

DER SPIEGEL

Nr. 45/6.11.06
Deutschland: 3,40 €



Wie gefährlich ist
die globale
Erwärmung
wirklich?



**ACHTUNG,
WELTUNTERGANG!**

Abdruck des Textes
aus dem Buch
"Der Spiegel" Nr. 45
vom 6. November 2006
© 2006 Spiegel-Verlag
Schönningh & Co. KG
Hamburg

Hausmitteilung

6. November 2006

Betr.: Titel, Moscheen-Streit, Clinton



Schon früh hat der SPIEGEL vor den Auswirkungen der globalen Erwärmung gewarnt. Das Titelbild vom August 1986, auf dem der Kölner Dom einsam aus einer Wasserwüste ragt, wurde vor 20 Jahren zur Ikone in der leidenschaftlich geführten Klimadebatte. Nur durch Verzicht und Einsparung, so die gestrenge Devise der Ökokämpfer damals, sei der Ausweg aus der Katastrophe noch zu finden. Mit zahlreichen Beiträgen hat der SPIEGEL in der Folge die Diskussion begleitet, und er zählte zu den Ersten, die abwägende Wissenschaftler zu Wort kommen ließen. „Wir werden das schon wuppen“, sagte der Klimamodellierer Hans von Storch (SPIEGEL 34/2003) und forderte, sich an die unvermeidlichen Folgen des weltweiten Klimawandels anzupassen. „Für diese Aussage wurden Storch und der SPIEGEL ebenso gescholten wie das Blatt zuvor für die Übertreibung mit dem Kölner Dom“, sagt Redakteur Gerald Traufetter, 34. Mittlerweile wird über die Vermeidung von Treibhausgasen im selben Atemzug geredet wie über die Anpassung an die steigenden Temperaturen – Pragmatismus setzt sich durch. Nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen, so stellten die Titelautoren bei ihren Recherchen fest, machen Teile der Industrie inzwischen beim Klimaschutz mit. Denn wegen der hohen Preise für Öl und Gas rechnet es sich immer mehr, Energie einzusparen – der Markt wird zum Verbündeten der Umweltschützer (Seite 78).

Die mehr als 200 000 Berliner Muslime leben in einer geteilten Stadt: Östlich der einstigen Grenze steht keine einzige Moschee. Nun aber will die Ahmadiyya-Gemeinde in Pankow-Heinersdorf ein Gebetshaus errichten, und seit der Plan bekannt wurde, laufen die Anwohner Sturm. „Jedes Grundstück, das in dem Ort zum Verkauf steht, löst bei den Einwohnern regelrecht Panik aus“, beobachtete SPIEGEL-Reporter Jochen-Martin Gutsch, 34: Die Deutschen befürchteten, ihr Viertel werde von Muslimen übernommen, wenn die Moschee erst einmal gebaut sei. Gutsch traf auf Bürger, die aus Furcht vor den Fremden ihr Wir-Gefühl wiederentdecken: „Es ist, als käme mit dem Protest gegen den Islam die DDR nach Heinersdorf zurück“, sagt er (Seite 68).

Wenn die US-Amerikaner am Dienstag den Kongress in Washington zum großen Teil neu wählen, dann geht es auch um die Frage, wer 2008 das Rennen um die Nachfolge von George W. Bush gewinnen kann. SPIEGEL-Reporter Marc Hujer, 38, und Washington-Korrespondent Georg Mascolo, 42, beobachteten im Wahlkampf einen Mann, der selbst nicht mehr für das Weiße Haus kandidieren darf, weil er acht Jahre dort residiert hat: Bill Clinton. Der Demokrat, der schon oft ziemlich weit unten war, ist wieder einmal ganz oben, als umjubelter Star seiner Partei. „Die Veranstaltungen mit Clinton waren wie Gottesdienste“, sagt Hujer, „die Leute warteten bis zu fünf Stunden auf ihn und geleiteten ihn mit Thank-you-Sprechchören auf die Bühne.“ Bushs Vorgänger wirbt für den Machtwechsel im Kapitol, vor allem aber für seine Ehefrau Hillary. Sollte die New Yorker Senatorin den Aufstieg an die Spitze der USA schaffen, wäre sie die erste Frau in diesem Amt – und Gatte Bill der erste „First Husband“ (Seite 138).



Hujer

Mascolo

Titel

Wie teuer wird der Klimawandel?	78
Bundesumweltminister Sigmar Gabriel über den schwierigen Kampf gegen die globale Erwärmung	92

Deutschland

Panorama: Regierungsfractionen vereinbaren Ministerbesuche / Alarmierende Finanzlage beim BDI / Kartellwächter attackieren Lottogesellschaften	17
Parteien: Union und Liberale rücken nach links – die SPD ist konsterniert	22
Union: SPIEGEL-Gespräch mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers über Fehler der Großen Koalition und seine Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes	27
Bundesregierung: Ist Verteidigungsminister Franz Josef Jung seinem Amt gewachsen?	32
Verteidigung: Die Ansprüche an die Fähigkeiten der Soldaten sinken	34
Diplomaten: Streitfall Abschiebung – das Auswärtige Amt macht Druck auf unkooperative Staaten	36
Gesundheit: Die Zahl der Asbest-Opfer steigt dramatisch	40
Flugverkehr: Eklatante Mängel bei den Personen- und Gepäckkontrollen	44
Religion: Rätselhafter Selbstverbrennung eines Erfurter Pfarrers	46
Strafjustiz: Der Prozess gegen einen Krankenpfleger in Kempten weist in eine düstere Zukunft für Alte und Kranke	48
Kulturpolitik: Wie viele Bilder müssen deutsche Museen an jüdische Erben zurückgeben?	52
Berufe: Krimi-Serien sorgen für Nachwuchs in der Rechtsmedizin	58

Gesellschaft

Szene: Kochbuch mit Rezepten der Artisten von „Afrika! Afrika!“ / Fernsehserien im Internet	61
Eine Meldung und ihre Geschichte	66
Weltanschauung: Wie sich am Bau einer Moschee im Osten von Berlin ein erbitterter Kulturkampf entzündet	68
Ortstermin: Heide Simonis redet in einer Hamburger Kirche über die Todssünde Geiz	76

Wirtschaft

Trends: Bundesregierung plant Hilfe für Airbus-Zulieferer / VW baut Stellen in Brüssel ab / EU kommt Berlin im Sparkassenstreit entgegen	99
Geld: Dollar bleibt Leitwährung / Beteiligungsfonds für Privatanleger	101
Banken: Die Deutsche Bank schafft Arbeitsplätze – in Indien	102
Investoren: Die Telekom-Pläne des russischen Oligarchen Wladimir Jewtuschenkow	104
Finanzen: Die Reform der Unternehmensbesteuerung baut auf das Prinzip Hoffnung	108
Gewerkschaften: SPIEGEL-Gespräch mit dem IG-Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters über Schröders Attacken und die Krise der Mitbestimmung	112
Konzerne: MAN fühlt sich von DaimlerChrysler geprellt	116
Glücksspiel: Windige Geschäfte mit Tippgemeinschaften	120

Medien

Trends: Berlusconi greift nach ProSiebenSat.1 / Dubioses Firmennetz um Aegis-Manager	123
Fernsehen: Vorschau/Rückblick	124
Zeitungen: Die Verlage drängen in den Sonntagsmarkt	126

Union und FDP rücken nach links

Seiten 22, 27



HENNING SCHACHT / ACTION PRESS

Union und FDP entdecken ihr Herz für Benachteiligte und Schwache: Nach Jahren der Reformversprechungen schicken sie sich nun an, die SPD mit Wohlfühlrhetorik und Geldgeschenken links zu überholen. CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers plädiert im SPIEGEL-Gespräch für mehr „soziale Gerechtigkeit“, während FDP-Chef Guido Westerwelle mit den Gewerkschaften flirtet.

Kanzlerin Merkel, Arbeiter

Asbest – der tödliche Stoff

Seite 40

Fast 1600 Menschen starben voriges Jahr in Deutschland an den Folgen von Asbest. Obwohl der Baustoff bereits seit 1993 verboten ist, wird die Zahl der Opfer weiter steigen, denn die winzigen Fasern zeigen ihre tödliche Wirkung oft erst Jahrzehnte später. Experten schätzen die Kosten für Entschädigungen und Renten auf über zehn Milliarden Euro.



PAUL LANGROCK / AGENTUR ZEIT

Asbest-Entsorgung

Peters rüffelt den Ex-Kanzler

Seite 112



BERT BOSTELMANN / BILDFOLO

In seinen Memoiren wirft Gerhard Schröder dem IG-Metall-Chef Jürgen Peters vor, seinen Sturz als Bundeskanzler betrieben zu haben – im SPIEGEL-Gespräch kontert der Gewerkschafter: „Schröder liegt daneben.“ Der Ex-Kanzler habe vielmehr eine falsche, nicht mehrheitsfähige Politik betrieben.

Peters

Die Lotto-Abzocker Seite 120

Hunderttausende versuchen ihr Glück mit kommerziellen Tippgemeinschaften. Hinter den Konstrukten stehen oft windige Geschäftemacher. Die Länderchefs wollen nun zumindest die Telefonwerbung verbieten.

Lotto-Ziehung



STEFAN OELSNER / ACTION PRESS



Verbrechensopfer in Neapel

Der Krieg der Camorra

Seite 142

Mit einem Dutzend Morden in wenigen Tagen versetzen Verbrecherclans Neapel erneut in Angst und Schrecken. Weil nun auch der Bestseller-Autor Roberto Saviano nach seinen Enthüllungen über die Camorra untertauchen musste, ist die Regierung Romano Prodi in Rom alarmiert – und will entschlossen zurückschlagen.

Befriedetes Bosnien? Seite 134

Die Bundeswehr will ihre Soldaten aus der Balkanrepublik zurückholen, Verteidigungsminister Jung hält das einstige Bürgerkriegsland für befriedet. Doch Serben, Muslime und Kroaten sind längst nicht versöhnt. Der Westen sollte sich nicht vorschnell „aus dem Staub machen“, warnt der Hohe Repräsentant Christian Schwarz-Schilling.

Bundeswehrpanzer bei Sarajevo



CLIVE BRUNSKILL / GETTY IMAGES

Schönheit des Spiels

Seite 164

Seit Jahren dominiert das elegante Spiel des Schweizer Roger Federer den Tennissport. Der amerikanische Romanautor David Foster Wallace beschreibt die Nummer eins der Welt als einen Athleten, für den manche physikalischen Gesetze nicht zu gelten scheinen.

Federer

Burgbau wie im Mittelalter

Seite 176

Seit neun Jahren bauen Steinhauer und Zimmerleute im französischen Guédelon eine Burg – mit den Techniken des 13. Jahrhunderts. Wissenschaftler preisen das Projekt als „Glücksfall“ experimenteller Archäologie. In 20 Jahren soll Richtfest sein.

Ausland

- Panorama:** Irakische Führung liebt das Reisen / Turbulenzen auf den Fidschi-Inseln / Muslimische Flughafenarbeiter in Paris suspendiert 131
- Bosnien:** Frieden ohne Aussöhnung? 134
- Der Hohe Repräsentant Christian Schwarz-Schilling über den geplanten Abzug der Bundeswehr 136
- USA:** Bill Clinton – die stärkste Waffe der Demokraten 138
- Italien:** Bandenterror in Neapel 142
- Indonesien:** Comeback des Suharto-Clans 146
- Kasachstan:** Nursultan Nasarbajews großer Traum 148
- Außenpolitik:** Minister Frank-Walter Steinmeiers Rundreise durch Zentralasien 152
- Global Village:** Wie die rumänischen Bauern künftig ihre Schweine schlachten sollen 159

Sport

- Tennis:** Der US-Autor David Foster Wallace beschreibt die Spielkunst des Weltranglisten-Ersten Roger Federer 164
- Krawalle:** Interview mit dem Soziologen Gerd Dembowski über die Gewalt in den unteren Fußball-Ligen 170

Wissenschaft · Technik

- Prisma:** Forscher entlarven Schiedsrichter als parteiisch / Impfung gegen Alzheimer 173
- Archäologie:** Wie im modernen Frankreich eine mittelalterliche Trutzborg entsteht 176
- Bücher:** Das turbulente Leben von Francis Crick – die erste Biografie über den Entdecker des genetischen Codes 180
- Computer:** Sind elektronische Wahlmaschinen wirklich sicher? 182
- Automobile:** Der neue Smart 186

Kultur

- Szene:** Das sächsische Herrscherhaus Wettin verlangt die Rückerstattung von Kunstgegenständen / Die Dichter-Legende Wolf Biermann wird 70 189
- Mode:** Designer-Star Helmut Lang, der den Look der neunziger Jahre bestimmte, bastelt an seinem Comeback als Künstler 192
- Skandale:** Der schmutzige Scheidungskrieg zwischen Paul McCartney und Heather Mills 198
- SPIEGEL-Edition:** Saul Bellows philosophischer Erinnerungsroman „Herzog“ 200
- Zeitgeschichte:** Eine monumentale Briefausgabe zeigt den Politiker und Industriemagnaten Walther Rathenau als tragische Figur 202
- Kino:** Der Vilsmaier-Film „Der letzte Zug“ schildert die Deportation von Berliner Juden 206
- Literatur:** Donald Antrims faszinierende Familiensaga „Mutter“ 208
- Bestseller** 211
- Nahaufnahme:** Der legendäre Plattenladen Rough Trade in London 212

- Briefe** 8
- Impressum** 214
- Leserservice** 214
- Chronik** 217
- Register** 218
- Personalien** 220
- Hohlspiegel / Rückspiegel** 222

Titelbild: Tim O'Brien für den SPIEGEL



SPIEGEL-Titel 44/2006



„Das wunderbare Titelbild trifft leider daneben, egal in welcher Besetzung die beiden Reiter zu sehen sind. Solange wir vier bis fünf Neben-Bundeskanzler haben, muss Rosinantes Sattel wohl leer bleiben, und die beiden Protagonisten sollten sich Sanchos Esel teilen.“

Reinhard Gerwin aus Münster in Nordrhein-Westfalen zum Titel „Wer regiert Deutschland? Ein Jahr Große Koalition“

großartige Hommage an Cervantes, dessen 390. Todestag sich geöhrt hat.

PREETZ (SCHL.-HOLST.)
CHRISTOPH CLAUS

Bei jedem zweiten Satz spürt man die Intention der Autoren, die Bundeskanzlerin zu provozieren: Tätig werden! Und sie haben recht – ich gehöre zu denen, die erstmals im Leben CDU gewählt haben, in der Annahme, Frau Merkel würde vielleicht geradliniger handeln, als im Wahlkampf zu vermuten war

(aus Rücksicht auf die erst einmal zu gewinnende Wahl). Und nun ist es genau umgekehrt. Man ist sprachlos, schüttelt den Kopf, hätte nie geglaubt, schneller als die (Neu-)Regierenden auf den Boden der Realität zurückgeholt zu werden – und wird die Konsequenzen ganz sicher ziehen, wenn weiter derart würdelos rum- und nicht durchregiert wird.

GÖTTINGEN

MARTIN TEUBER

Nach langem Wohlwollen – endlich – die Erkenntnis: Sancho Pansa ist keine Führungskraft. Was nun? Weiterwursteln lassen oder weg mit Schaden?

OLDENBURG

RUTH TENFELDE

Als die Große Koalition vor einem Jahr die Arbeit aufnahm, dachte ich, jetzt bekommen wir vielleicht die deutsche Mrs Thatcher. Nun muss ich aber zu meinem Bedauern feststellen, dass es nur für Frau Holle gereicht hat.

BAD MÜNSTEREifel (NRDRH.-WESTF.)

HANS SCHMITZ

Man hätte wohl schwerlich ein treffenderes Bild für die schneidende Eröffnung Ihres Artikels finden können: Eine in ihre Unterlagen verbissene Kanzlerin, sich bereits auf den ersten Seiten in Detailfragen verlierend, daneben ihr Stellvertreter, der, das Gesicht zur Decke gewandt, nach einer Eingebung zu suchen scheint. Nur der Ausdruck macht dem Betrachter deutlich, wie wenig der Vizekanzler mit dem, was immer er da oben auch zu sehen hofft oder glaubt, anfangen kann.

FULDATAL (HESSEN)

CLEMENS HERWIG

Frau Holle statt Mrs Thatcher

Nr. 44/2006, Titel:

Wer regiert Deutschland? Ein Jahr Große Koalition

Wer regiert Deutschland? Allein die Frage ist schon fast eine Provokation für über vier Millionen Arbeitslose, Millionen Sozialhilfeempfänger und Mitbürger, die ihren täglichen Lebensmittelbedarf an sogenannten Tafeln erbitten müssen. Die Regierenden haben den einzigen Souverän, nämlich das Volk, aus ihrem politischen Konzept gestrichen. Nur weil sie selbst, auch wenn sie dies bestreiten, von Lobbyisten und Managern der Großindustrie regiert und dirigiert werden.

ILFELD (THÜR.)

WOLFGANG JÖRGENS

Treffender wäre es gewesen, nicht die Windmühlen-Kämpfer aus der Hochliteratur für die Große Koalition als Analogie zu verwenden, sondern die beiden Bösewichte Max und Moritz vom unvergessenen Wilhelm Busch. Denn die Bevölkerung wird durch die Streiche der Politik mehr als nur geritzt und gerätzt. Vor allem aber hat Buschs Geschichte ein gerechtes Ende! Und heute wie damals atmet dann die Bevölkerung auf: „Gott sei Dank! Nun ist's vorbei mit der Übeltäterei!“

ITZEHOE (SCHL.-HOLST.)

WALTER MANZEY

Besser kann man den Zustand dieser Koalition nicht mehr analysieren. Wie recht hatte doch Joschka Fischer, Frau Merkel mit einem Soufflé zu vergleichen, das zusammenfällt, wenn man hineinpikt. Die „Regierungsleistung“ von Frau Merkel und Herrn Stoiber überrascht nicht sonderlich, jedoch bin ich fassungslos über die Rolle von Müntefering, Steinbrück & Co. Das diametral Entgegengesetzte zu tun, was im Wahlkampf gesagt wurde, geht nicht nur an die „Seele“ der Partei; ich fühle mich als damaliger SPD-Wähler schlichtweg betrogen. Dem sogenannten Normalbürger ist mittlerweile nur eines klar: Wer nach Rot-Grün mit Schwarz-Rot Licht am Ende des Tunnels sah, weiß heute: Es ist nur der entgegenkommende Zug.

HILDEN (NRDRH.-WESTF.)

BERND TIETZ



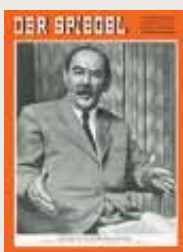
Koalitionspartner Müntefering, Merkel
Auf der Suche nach einer Eingebung

gleichstarken Partnern lässt eben keine „Basta-Politik“ zu, ohne dass der Laden auseinanderfliegt. Dass Angela Merkel zielstrebige Vorstellungen hat, steht außer Zweifel. Sie besitzt eine positive Eigenschaft, die den vielen Selbstdarstellern, die „Mehr Profil!“ rufen, fehlt: Sie hat erkannt, was zurzeit machbar ist und was nicht.

HAMM (NRDRH.-WESTF.)

SEBASTIAN KEMPER

Vielen Dank an Daniel Adel für das hinreißende Titelbild. Bleibt noch zu klären, wen der Esel darstellen soll. Als Wähler könnte ich mich mit ihm identifizieren. Das Bild sagt zur derzeitigen politischen Situation mehr aus, als es tausend Worte zum Ausdruck bringen könnten. Und es ist eine



Titel: Ungarns Ministerpräsident Imre Nagy

Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 7. November 1956

Rudolf Augstein an die Leser Eine turbulente Woche. **Personelle Verstärkung der Ostabteilung im Auswärtigen Amt** Fülle von Problemen. **Innenminister Schröder gegen politische Amnestie** Rechtsexperten warnen vor Hexenjagd. **Auswirkungen des Ungarn-Aufstands in der DDR** Langegehegte Forderungen. **Überfall auf Ägypten durch Briten und Franzosen** Maul- und Raubheldentum. **US-Autor erzielt Rekordsumme für Filmrechte** „Glatte und klebrige Romanze“.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter www.spiegel.de oder im Original-Heft unter Tel. 08106-6604 zu erwerben.

Fanatismus ist das Übel

Nr. 43/2006, Kulturkampf: Die Neo-Atheisten – Forscher wehren sich gegen Vormarsch der Christen in den USA



Gottesdienst in US-Kirche

Die alten Gräben brechen wieder auf

Klasse! Der SPIEGEL sollte das Thema öfter behandeln. Die Atheisten der Welt müssen sich endlich organisieren und den diversen Religionen in einer medial wirk-samen, intellektuellen Auseinandersetzung den Widersinn ihres infantilen Götterglaubens verdeutlichen. Vernunft, nicht Religion ebnet den Weg zu einer gewaltfreien, gerechten Weltgemeinschaft. Nicht Gott hat den Menschen geschaffen, sondern der Mensch Gott.

SIEGEN (NRDRH.-WESTF.)

MICHAEL LINDEN

Der Mensch und alle anderen Lebewesen als vernunftlose und egoistische, von der Evolution gezüchtete Überlebensmaschinen? Da lassen mich meine von Molekülen, Proteinen und Enzymen entstandenen Gedanken schauern. Ich hab es dann doch lieber mit einer von wem auch immer gelenkten Evolution, die so was Nutzloses, aber doch Wunderschönes wie einen Schmetterling hervorgebracht hat. Mir tun Menschen leid, die immer auf der Suche nach einem Beweis für die Nicht-existenz Gottes sind, auch hier ließe sich die Zeit sinnbringender nutzen. Ich bin überzeugt, dass nicht der Glaube an einen Gott das Übel über die Welt bringt, sondern der Fanatismus, sei er religiös oder politisch begründet.

SCHAAPFHEIM (HESSEN)

JENSEN FLECKENSTEIN

Vielen Dank für diesen Artikel, der wieder einmal beweist: Neben moderaten, vernünftigen und aufgeschlossenen Anhängern gibt es engstirnige Fanatiker in jeder Weltreligion – egal, ob im Christentum, im Islam oder eben im Darwinismus.

KÖLN

MICHAEL LABS

Richard Dawkins ist in Oxford Professor für „Public Understanding of Science“. Das ist letztlich eine Propagandaposition. So führt er sich auch auf. Mit Arroganz und religiösem Eifer gegen das Phänomen des Glaubens in der Welt. Lachhaft. Es gibt zum Beispiel keinen Widerspruch zwischen Glaube und Rationalität. Der christliche Glaube ist ein hochrational ausgear-

beitetes Gebilde. Nur in der Wahnwelt von Dawkins ist das anders. Er verwechselt Glaube mit Gefühl, sieht aber nicht das Irrationale in der Wissenschaft, die den Planeten Erde zerstört. Dawkins glaubt, bloße Wissenschaftsdogmatik könnte den Konflikt lösen. Das wird nicht gelingen.

OXFORD

DR. HANS-GEORG SCHNEIDER

Die alten Gräben brechen wieder auf. Provoziert durch naive Kreationisten, kommt nun der Vertreter der Gegenseite mit lediglich einer naturwissenschaftlich eingengten Vorstellung von Wirklichkeit, um die Ideologen der Gegenseite zu widerlegen. Dafür hat er natürlich gute Argumente – etwa das alttestamentliche Gottesbild betreffend. Leider merkt er nicht, dass er die Evolutionstheorie zum neuen Gott erhebt.

BERLIN

DR. FRITZ SCHOPOHL

Sachlich falsche Verquickung

Nr. 43/2006, Prominente: Die dubiosen Methoden des Star-Mediziners Dietrich Grönemeyer

Vielen Dank für diese treffende Darstellung. Übrigens gutes Foto mit der Unterschrift „Operateur Grönemeyer“: nur für die Kamera gestellt? Das Wichtigste fehlt: der Mundschutz! Ohne den ist die OP-Verkleidung wirklich nur ein Witz, aber wohl bezeichnend für den „Experten“. Übrigens, eine Frage: Würden Sie sich von einem Radiologen operieren lassen? Herr Grönemeyer schadet mit seinem Verhalten und wohl auch seiner Inkompetenz dem Ansehen vor allem der Ärzte, welche für relativ kargen Lohn und unter harten selbstgestellten Qualitätsanforderungen täglich Schmerz- oder Krebstherapie an Hunderttausenden Patienten der Republik betreiben.

BREMEN

DR. MED. LUDWIG ACKERMANN

Ihr Artikel ist eine ausgesprochene Herabsetzung nicht nur der Verdienste des Pioniers und Arztes Prof. Dr. Grönemeyer, sondern auch der Patienten, die er erfolgreich seit Jahren behandelt. Jeder Patient wählt den Arzt, zu dem er Vertrauen haben kann. Es geht bei Grönemeyer um den Menschen. Deshalb sind seine Bücher



Mediziner Grönemeyer

Medial produzierte Kompetenz

auch verständlich und keine wissenschaftlichen Abhandlungen, wie es bei Professoren der klassischen Medizin üblich ist. Die Kritiserer lehnen es ab, mit Grönemeyer im Dialog zu stehen, vielmehr verstecken sie sich hinter Enthüllungsjournalisten, um gezielt Unwahrheiten zu verbreiten. Grönemeyer hat 300 Arbeitsstellen geschaffen, sein Lehrstuhl ist einzigartig in der Bundesrepublik. Er hat seine Auszeichnungen mehr als verdient.

SCHAAN (LIECHTENSTEIN)

HON. KONSUL DR. WERNER WALSER

Kürzlich habe ich aus Neugier Prof. Grönemeyer in Berlin während eines Vortrags an der TU beobachtet. Eine so offensichtlich zweidimensionale, oberflächliche und teilweise sachlich falsche Verquickung von Medizin, Metaphysik und allgemeiner Lebenshilfe war beeindruckend. Interessant nun, dass in diesem Kontext den Schwiegermutter-Talkern à la Beckmann/Kerner offenbar die Rolle einer fachlich bewertenden Instanz überlassen wird. So weit, so lustig. Ernst wird es, wenn schwerkranke Patienten hilfesuchend die medial produzierte und PR-gestärkte Kompetenz solch vermeintlicher Fachleute zu Rate ziehen (müssen). Ich denke, deutlich mehr Verantwortung auf der Besetzungscouch konsumorientierter Medien stünde allen Beteiligten gut zu Gesicht.

POTS DAM

DIRK RUSS

Etwas mehr Demut

Nr. 43/2006, Essay:

Das Unterschichtenproblem von Politik und Medien

Vor 50 Jahren habe ich in der Schule gelernt, wie Karl Marx die Bevölkerung in nur zwei Gruppen eingeteilt hat: Ausbeuter und Ausgebeutete. Wieder (oder immer noch) modern, oder?

LEVERKUSEN

WINFRIED TAPPE

Auch wenn die Politik sich mit dem Umrubeln des soziologischen Begriffs Unterschicht in den des abgehängten Prekariats aus der Verantwortung stehlen möchte, sei vor gesellschaftlichen Zuständen gewarnt, in denen aus der Oberschicht das „aufgehängte Solventariat“ wird.

BERLIN

JOCHEN ISFORT

Ich glaube, diejenigen, die nun am lautesten schreien, haben offensichtlich keine Ahnung, was echte Armut bedeutet. Jeder, der in Deutschland lebt, egal, ob willig zu arbeiten oder nicht, wird auch nach Hartz IV ausreichend versorgt. Es gibt ganze Kontinente, in denen Tausende Kinder verhungern, obwohl ihre Eltern wahrlich hart arbeiten. Bei uns hingegen fordert man lautstark noch mehr Unterstützung. Etwas mehr Demut und Dankbarkeit für das, was der Staat für die Schwachen tut, würde manch einem gut zu Gesicht stehen. Das

satte Wohlstandsgerede über Armut in Deutschland, es ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die wirklich arm sind.

STUTTGART

MARKUS SIGMUND

Geld schützt grundsätzlich nicht vor kultureller und moralischer Armut. Viele „asoziale“ Wohlhabende gelten als gesell-



WALTER GRUBITZSCH / PICTURE ALLIANCE/ DPA

Arbeitslosenkneipe (in Leipzig)
Wohlstandsgerede über Armut

schaftlich integriert, fühlen sich aber durch ihr Eigentum zu nichts verpflichtet oder schädigen gar das Gemeinwohl.

HAMBURG

BERND LIEFKE

Selten habe ich ein so treffendes und auch packendes Essay über die sogenannte Unterschicht in unserer Gesellschaft gelesen. Leider vermisste ich sowohl beim Autor als auch bei unserer Regierung Konsequenzen aus der Analyse. Warum sind die Wünsche der Marktwirtschaft automatisch politische Regeln in der westlichen Gesellschaft? Wann wehrt man sich endlich gegen Billigimporte aus Volkswirtschaften, die aufgrund niedriger Umwelt- und Sozialstandards konkurrenzlos billig produzieren und so unsere Bevölkerung als Arbeiter überflüssig machen?

JENGEN (BAYERN)

MANFRED HÖSS

KREISVERB. OSTALLGÄU BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Altern ist grausam

Nr. 43/2006, Autoren: Alter und Tod als beherrschendes Literaturthema des Bücherherbstes / Der Publizist Hellmuth Karasek über sein neues Buch „Süßer Vogel Jugend“

Glückwunsch zu Ihrem Artikel und dem Interview. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Sterblichkeit fast vollständig tabuisiert und ausgeklammert wird. Ich will das nicht! Ich will, nein ich muss mich bemühen, diesen Dingen zu begegnen. Ich werde sterben – einfach so. Qualvoll viel-

leicht, unter Umständen allein. Und entweder bleibt etwas von mir und geht irgendwo hin, oder ich werde nicht mehr sein. Wie dem auch sei; es bleibt nur, Leben und Tod endlich zusammenzudenken, sich darüber mit sich und mit Freunden und Verwandten auseinanderzusetzen. Vielleicht ist man dann ja nicht allein, wenn es zu Ende geht. Demzufolge müsste das Karasek-Zitat präzisiert werden: Es gibt im Alter keine Solidarität, die es nicht auch schon in der Jugend gegeben hat.

BERLIN

NILS PICKERT, 27

Ich bin 75. Altern ist grausam und despektierlich. Es geschieht, während wir es leugnen. Und, weiß Gott, wir haben tausend Gründe, jung bleiben zu wollen, aber keinen einzigen, der das Altern rechtfertigt.

MANHHEIM

NORBERT STOFFEL

Alles faule Säcke?

Nr. 43/2006, Finanzen:
Berlins Kampf gegen die Schuldenkrise

In Berlin hat sich offenbar die gesamte Unterschicht versammelt: die politische, die geistige und die finanzielle! Der „Hoffende“ Bürgermeister Wowereit wird also nichts ändern. Betrüger gehören vor Gericht, wo ein angemessenes und resozialisierendes Urteil auf sie wartet. Warum sind diese politischen Kotzbrocken vor dem Gesetz gleicher?

HAMBURG

PETER JANSSEN

Nun weiß ich endlich, dass wir Berliner – im Gegensatz zum Beispiel zu den Hamburgern und vielen anderen soliden Bundesbürgern, die ja augenscheinlich sämtliche Subventionen entrüstet zurückgewiesen haben und wohl immer noch zurückweisen – alles faule Säcke sind, die sich auf Kosten der anderen Bundesbürger einen schönen Lenz machen. Aber nun ernsthaft, von Ihrem Blatt sollte man ei-



ALEX GRIMM / REUTERS

Senator Sarrazin, Regierungschef Wowereit
Verdammte Pflicht

gentlich eine sachlichere Darstellung erwarten können. Im Übrigen ist auch der immer wieder angeführte Städtevergleich Berlin und Hamburg aufgrund der völlig unterschiedlichen Entwicklung nach 1945 total realitätsfremd.

BERLIN

JOACHIM ZEITZ

Die Richter im fernen Karlsruhe haben die historische Situation nicht berücksichtigt, die Berlin zu einer unterprivilegierten Hauptstadt gemacht hat. Normalerweise ist eine Hauptstadt nicht nur Sitz der Regierung und des Parlaments, sondern auch das finanzielle und wirtschaftliche Zentrum des Landes. Vor dem Zweiten Weltkrieg war Berlin eine solche Hauptstadt. Heute ist das nicht mehr der Fall. Das BVG hat eine Entscheidung getroffen, die verfassungskonform sein mag, den realistischen Notwendigkeiten wird sie nicht gerecht.

ISERNHAGEN (NIEDERS.) DR. KARL-HEINZ BÜCHNER

In Ihrem Artikel zum Urteil des BVG zeigen Ihre Autoren, dass sie von der Berliner Landespolitik schlicht keine Ahnung haben, wenn Sie Klaus Wowereit für die Situation in Berlin verantwortlich machen. Ist es doch die rot-rote Koalition gewesen, die zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung wirklich ernsthaft am Schuldenabbau gearbeitet hat, während vorher vor allem Herr Diepgen gern den Wohltäter gespielt hat.

BERLIN

MARKO PREUSS

Wenn der Bund will, dass Berlin auf Augenhöhe mit anderen europäischen Hauptstädten bleibt, hat er die verdammte Pflicht, sich um seine Hauptstadt zu kümmern. Die Regierung hätte ja damals in dem beschaulichen, aber etwas verspießten Bonn bleiben können. Der Zustand Berlins war ja allgemein bekannt.

KÖNIGS WUSTERHAUSEN (BRANDENB.)

HUBERT WALDMANN

Da haben doch die Oberschichtbubis des SPIEGEL tatsächlich ein Traktat über Vorurteile zusammengeschrieben, das gedruckt wurde. Und mir, dem Berliner Prekario, wird mein Leben in Berlin – 25 Jahre Lehrer – nun von diesen Leuten erklärt, und ich zähle zu der neuentdeckten Unterschicht, die sich auch noch in der Hauptstadt der Unterschicht manifestiert. Ich gebe zu bedenken, dass ein amerikanischer Präsident seinerzeit für den Ausruf: „Ich bin ein Berliner“ mit dem Jubel der Nation (West) bedacht wurde. Nehmen wir ihn doch nach diesem Artikel auch als Vorläufer der Berliner Unterschicht.

BERLIN

PETER DLUZEWSKI

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

Eine Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält einen Postkarten-Durchhefter des SPIEGEL-Verlags/Abo, Hamburg. In der Heftmitte befindet sich in einer Teilaufgabe ein zwölfseitiger Beihefter der Firma Schöffel, Schwabmünchen. Eine Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält einen Prospektbeikleber der Firma Lexware, Freiburg. In einer Teilaufgabe befinden sich Beilagen der Firmen 1 & 1 Internet, Montabaur, Plan International, Hamburg, Pro.Idee, Aachen, World Vision Österreich GEV, Wien, Weltbild Verlag, Augsburg, sowie SPIEGEL-Verlag/Abo, Hamburg.



Müntefering, Merkel,
de Maizières

zen an den Fraktionsvorstandssitzungen der Roten teilnehmen – und umgekehrt. Zum Auftakt wird sich SPD-Arbeitsminister Franz Müntefering am Montag dem Unions-Fraktionsvorstand stellen. Der Vizekanzler will über die Pläne seines Hauses zur Reform der Rente und des Arbeitsmarktes berichten. Im Gegenzug wird CDU-Kanzleramtschef Thomas de Maizières im Führungsgremium der SPD-Fraktion Rede und Antwort stehen. Nach und nach sollen so alle Kabinettsmitglieder durch die Reihen des anderen Lagers

KOALITION

Minister im Austausch

Um das Klima in der Großen Koalition zu verbessern und die Beißhemmungen zu vergrößern, haben sich die Fraktionspitzen von SPD und Union zu einem ungewöhnlichen Schritt entschlossen: Ab dieser Woche sollen die Minister der Schwar-

geschleust werden. Die unkonventionelle Aktion ist eine Idee von Unions-Fraktionschef Volker Kauder und seinem SPD-Gegenspieler Peter Struck, die sich um den Zusammenhalt der Koalition um Kanzlerin Angela Merkel sorgen. Der Ministertausch ist nicht ohne Risiko: Im Jahr 1985 lud der damalige Kanzler Helmut Kohl den FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann zum CDU-Parteitag in die Essener Gruga-Halle ein. Vielen Delegierten ging die Geste an den Koalitionspartner damals deutlich zu weit.

KONGO-EINSATZ

Überstürzte Heimreise

Das Auswärtige Amt hat vorige Woche den deutschen Kongo-Botschafter Reinhard Buchholz unter ungewöhnlichen Umständen zurückgerufen. Der Diplomat habe Kinshasa überstürzt und ohne Angabe von Gründen verlassen, berichten Mitarbeiter anderer Botschaften. Im wohl kritischsten Moment, unmittelbar vor der Bekanntgabe des Ergebnisses der Stichwahl um das Präsidentenamt, soll nun ein Sonderbotschafter, voraussichtlich der eher Afrika-unerfahrene Michael Klor-Berchtold, die deutsche Repräsentanz leiten. Hintergrund der Personalie ist offenbar die Diskussion um die richtige Kongo-Strategie. Während Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsminister Franz Josef Jung für einen termingerechten Abmarsch der rund 750 deutschen Soldaten Ende November eintreten, plädieren andere für einen verlängerten Einsatz. Zu denen habe der jetzt abgelöste Botschafter gehört, heißt es in Berlin. Den letzten Anstoß zum überraschenden Personalaustausch könnte auch der völlig

missglückte Kongo-Besuch des Verteidigungsministers gegeben haben. Jung, Ende September auf Kurzvisite in Kinshasa, bekam weder den gewünschten Termin beim Leiter der Wahlkommission noch den beim amtierenden Präsidenten und sei, so Mitarbeiter, „äußerst verärgert“ gewesen.



Jung, Buchholz

INDUSTRIE

BDI in Finanznöten?

Erhebliche Geldnöte soll der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) haben. Das berichten mehrere mit der Situation vertraute Verbandsmanager. Laut einem BDI-Präsidiumsmitglied ist die Finanzlage in mehreren Vorstandssitzungen zur Sprache gekommen und als „akut“ und „alarmierend“ eingeschätzt worden. Eine der Ursachen sei die schlechte Zahlungsmoral einiger Mitgliedsunternehmen. Insbesondere Großunternehmen seien mit ihren Mitgliedsbeiträgen in Verzug – in Einzelfällen sogar mehrere Jahre. Einem anderen Insider zufolge soll der Verband bereits im dritten Jahr rote Zahlen schreiben. Experten mutmaßen, dass die geplante Fusion des BDI mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vor diesem Hintergrund eingefädelt wurde. Unter den Mitarbeitern des BDI herrscht unterdessen Unruhe – sie fürchten, dass zahlreiche befristete Arbeitsverhältnisse nicht verlängert werden. Ein BDI-Sprecher wollte die finanzielle Situation seines Verbandes am Freitag nicht kommentieren.



BDI-Zentrale in Berlin



ULRICH BAUMGARTEN / VARIO IMAGES

LOTTO

Kartellamt droht mit Zwangsgeld

Das Bundeskartellamt geht massiv gegen die Lottogesellschaften vor: Bis Dienstag müssen die staatlichen Glücksspielunternehmen sicherstellen, dass jeder Bürger bei jeder Gesellschaft spielen darf – ansonsten droht ein Zwangsgeld von bis zu einer Million Euro. Bisher fragen die Unternehmen beispielsweise per Internet die Postleitzahl der Spieler ab – um sicherzustellen, dass sie sich gegenseitig möglichst wenig Konkurrenz machen. Außerdem müssen die Gesellschaften des deutschen Lottoblocks bis Dienstag alle Tipps von privaten Spielvermittlern annehmen, erklärte eine Sprecherin des Bundeskartellamts. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hatte die sofortige Vollziehbarkeit der behördlichen Anordnung bestätigt. Die Lottogesellschaften erwägen nun, ihre Internet-Seiten mit der heiklen Postleitzahlen-Abfrage einfach zu schließen.

ÄRZTE

Millionenbetrug in der Praxis

Einem neuen, umfangreichen Abrechnungsskandal im Gesundheitswesen ist die Staatsanwaltschaft Koblenz auf der Spur. Wegen des Verdachts der Untreue beziehungsweise des Betrugs haben Ermittler Strafverfahren gegen Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter des Westerwälder Medizinprodukteherstellers Lohmann&Rauscher International eingeleitet. Die Verdächtigen sollen im großen Stil sogenannte Kit-Packs an Ärzte und Zwischenhändler geliefert haben, die Sprechstunden- und Praxis-



FRANK MAY / DPA

BRANDENBURG

Rot-rote Signale

Angesichts der ungeklärten Machtfrage in der märkischen Union, die bis zum Januar noch von Innenminister Jörg Schönbohm geführt wird, sendet die Linkspartei Signale in Richtung SPD. Die Sozialisten wollen der von Ministerpräsident Matthias Platzeck geführten SPD den Absprung aus der Großen Koalition schmackhaft machen. Bislang scheiterten solche Annäherungsversuche auch an einer Person – Heinz Vietze, letzter Bezirkschef der Potsdamer SED und noch Fraktionsgeschäftsführer der Linken im Landtag. Doch Vietze, dem Platzeck immer wieder die SED-Vergangenheit vorhält, will sich nun aus der ersten Reihe der Fraktion zurückziehen und in Berlin den Vorsitz der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung übernehmen. „Es ist Zeit für einen Generationswechsel“, so Vietze. Intern ließen führende Sozialdemokraten Schönbohm bereits wissen, dass es in den eigenen Reihen Befürworter der rot-roten Option gebe. Die SPD fürchtet, dass die Brandenburg-CDU unberechenbar wird, sollte der umstrittene Ex-Generalsekretär der Partei, Sven Petke, zum Schönbohm-Nachfolger gewählt werden und nicht der auf Ausgleich bedachte Wirtschaftsminister Ulrich Junhanns.



AXEL SCHMIDT / ACTION PRESS

Platzeck

GELD

„Ein absolutes Rätsel“

Winfried Lampe, 61, Leiter der Abteilung Banknotenentwicklung der Deutschen Bundesbank, über zerfallende Euro-Scheine.



SPIEGEL: Bundesweit zerbröseln derzeit Euro-Scheine unter den Händen ihrer Besitzer. Wie kann das passieren?

Lampe: In der gesamten EU gibt es rund 10,5 Milliarden Scheine, die Hälfte in Deutschland, und von denen sind bislang etwa 1500 zerfallen. Wir hatten im Juni erste Erkenntnisse über diese Schäden. Laboruntersuchungen bei einer Papierfabrik und bei zwei Landeskriminalämtern bestätigten, dass sie zerstört werden von rund 30-prozentiger Schwefelsäure, die das Grundmaterial Baumwollfasern zersetzt. Diese Säure gibt es so zum Beispiel in Autobatterien.

SPIEGEL: Wie kommt die Säure auf die Scheine?

Lampe: Das wissen wir nicht, das ist ein absolutes Rätsel. Wir haben Geldausgabeautomaten oder Gabelstapler auf

leckte Batterien untersucht, ohne Ergebnis. Die Ermittlungsbehörden gehen verschiedenen Spuren nach, bislang sind ja ausschließlich Euro-Scheine in Deutschland betroffen: vor allem 10er, 20er, 50er. Die Muster deuten darauf hin, dass die Säure aufgetropft oder aufgestrichen worden sein könnte.

SPIEGEL: Normalerweise wollen Kriminelle Geld haben; hier wird Geld vernichtet.

Lampe: Das ist schwer verständlich. Wir haben als Bundesbank genauso wenig wie die Europäische Zentralbank Erpresserbriefe erhalten. Wir müssen aber davon ausgehen, dass weiterhin solche Banknoten entdeckt werden. Wir kennen zwar die Ursache des Schadens, aber nicht den Verursacher. Vielleicht gibt es da draußen Täter, die einfach mal in die Tagesschau wollen. Für einen Dummen-Jungen-Streich ist die Zahl der beschädigten Scheine aber andererseits zu groß.

SPIEGEL: Bekommt der geschädigte Bürger sein Geld zurück?

Lampe: Aber sicher, wenn noch mehr als 50 Prozent des Scheins vorhanden sind, kann er die lädierten Banknoten bei der Bundesbank umtauschen. In unserem Nationalen Analysezentrum in Mainz werden ja auch immer wieder

Scheine vorgelegt, die aus Waschmaschinen kommen, von Mäusen angefressen oder bei Überschwemmungen beschädigt wurden. Selbst einem Bäcker, der seine Tageseinnahmen im Ofen weitgehend zu Asche verwandelte, konnte schon geholfen werden.

Zersetzter Geldschein



ISRAEL

Neue Verstimmung

Kaum hat sich Israels Premierminister Ehud Olmert bei Bundeskanzlerin Angela Merkel für den Scheinangriff israelischer Kampfflieger auf ein deutsches Marineschiff entschuldigt, gibt es neue Verstimmungen zwischen beiden Ländern. Bei einem Besuch der Unions-Fraktionsspitze vergangene Woche behauptete Israels Justizminister Meir Schitrit, sein Land könne beweisen, dass die Hisbollah nach wie vor Waffen von Syrien in den Libanon schmuggelt. Als Unions-Fraktionschef Volker Kauder nachfragte, warum Israel die Beweise nicht vorlege, redete sich Schitrit heraus: Aus „politischen Gründen“ könne man sie nicht veröffentlichen. „Das überzeugt mich nicht“, entgegnete Kauder. Der Vorgang hat erneut Premierminister Olmert auf den Plan gerufen: In der wöchentlichen Kabinettsitzung forderte er seine Minister auf, nicht weiter von Beweisen zu sprechen. Es gebe lediglich Hinweise etwa auf verdächtige Lastwagen und Flüge aus Iran. „Beweise haben wir nicht“, korrigierte Olmert seine Minister.

CDU

Rücksicht auf Apotheker

Die CDU achtet in dem im November neu erscheinenden „CDU-Magazin“ sogar in den Anzeigen auf Empfindlichkeiten der eigenen Klientel. Das bekam Johannes Mönter zu spüren, Chef von Sanicare, einer der größten Versandapotheken Deutschlands. Mönter ist bei anderen Apothekern unbeliebt, weil er ihre Preise unterbietet und den Abbau von Apothekerprivilegien fordert. Da er regelmäßig Anzeigen im SPD-nahen „Vorwärts“ schalte, sei er, so Mönter, mit „sehr intensiver Akquise“ regelrecht bedrängt worden, auch im neuen CDU-Blatt eine Anzeige zu platzieren. Er entschloss sich dazu, doch dann „meldete sich die Agentur kleinlaut bei uns und sagte, die CDU werde die Anzeige nicht veröffentlichen, denn in der CDU seien sehr viele normale Apotheker Mitglied, die man mit der Anzeige nicht verärgern wolle“, so Mönter. Ein Sprecher der Bundes-CDU sagt dazu, die Agentur habe zwar Anzeigen ak-



Sanicare-Versandapotheke (in Bad Laer)

quiriert, „aber im Lichte des Gesamtkonzepts wird am Ende entschieden, welche Anzeige genommen wird“. Mönter hat nun mehrere CDU-Bundestagsabgeordnete mit der Bitte um Aufklärung angeschrieben.

STASI

Presse darf berichten

In letzter Sekunde wird der umstrittene Gesetzesentwurf zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, der die Überprüfungen in Verdachtsfällen weiter ermöglichen soll, noch korrigiert.

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD wollen sicherstellen, dass die Presse weiter über Stasi-Fälle berichten kann. Dazu soll der Paragraph 20 geändert werden. Bislang hieß es dort: Im „Rechtsverhältnis“ dürfe niemand mehr Ex-Spitzeln ihre frühere Stasi-Tätigkeit vorhalten. Nun soll es heißen: Die Stasi-Tätigkeit dürfe ehemaligen

Stasi-Leuten lediglich „in arbeits- und dienstrechtlichen Rechtsverhältnissen nicht mehr vorgehalten werden“. Ferner sollen in Zukunft externe Wissenschaftler denen, die in der Birthler-Behörde tätig sind, gleichgestellt werden und wie diese auch nicht-anonymisierte Unterlagen bearbeiten können.

BEAMTE

Geld ohne Gesetz

Hessens Innenminister Volker Bouffier muss sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, einen zweistelligen Millionenbetrag ohne gesetzliche Grundlage ausgegeben zu haben. Die Grünen im Wiesbadener Landtag denken schon über eine Anzeige wegen Untreue gegen den CDU-Politiker nach. Bouffier hat in einem Brief an die hessischen Beamten und Versorgungsempfänger zwei „Einmalzahlungen“ von jeweils bis zu 250 Euro pro Person für Ende 2006 und 2007 angekündigt. Das Geld ist teilweise



Bouffier

schon ausgezahlt, die Gesamtkosten sollen bei 29 Millionen Euro liegen. Damit, so die Oppositionsfraktionen, sollten die Landesbediensteten vor der Hessen-Wahl Anfang 2008 wieder besänftigt werden, nachdem ihnen Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld

per Gesetz massiv gekürzt wurden. Wenn es nun wieder mehr Geld geben solle, müsse erst ein neues Gesetz her, meinen die Grünen. Doch ein entsprechender Entwurf hängt noch im Landtag. Die Auszahlungen seien dennoch legal, weil „unter Vorbehalt“ erfolgt, so ein Bouffier-Sprecher: „Wenn das Gesetz nicht kommen sollte, müssen die Beamten das Geld wieder zurückzahlen.“

Nachgefragt

Bio ohne Bibel

„Sollte die biblische Schöpfungsgeschichte wie bisher im Religionsunterricht gelehrt oder gleichberechtigt neben der Evolutionstheorie im Biologieunterricht behandelt werden?“

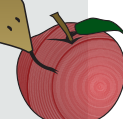
Nur im Religionsunterricht



Auch im Biologieunterricht

25%

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 31. Oktober und 1. November; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe





Kanzlerin Merkel, Metallarbeiter*: Harte Sanierungsarbeit wird vom Bürger nicht honoriert

JENS KOEHLER / DDP

PARTEIEN

Alles fließt

Die Koordinaten der bürgerlichen Parteien verschieben sich nach links: Die FDP flirtet mit den Gewerkschaften, Edmund Stoiber lässt die CSU grün lackieren, und die CDU ist drauf und dran, das von Gerhard Schröder gestutzte Arbeitslosengeld wieder auszubauen. Nur die SPD hält dagegen.

Der Berliner Statthalter der CSU, Peter Ramsauer, ist ein impulsiver Politiker. Er steht unter Dauerdampf, und wer seinen Unmut erregt, bekommt das schnell zu spüren – wenn es sein muss, über Ländergrenzen hinweg.

Am vergangenen Dienstag war Ramsauer zu politischen Gesprächen in Jerusalem, als er erfuhr, was sich in Deutschland Großes und seiner Ansicht nach Grausames tat. Soeben hatte der Landesvorstand der nordrhein-westfälischen CDU in Düsseldorf mit Billigung der Generalse-

ekretäre von CDU und CSU einen Ausbau der Arbeitslosenunterstützung gefordert. Damit würde genau jene Lohnersatzleistung, die SPD-Kanzler Gerhard Schröder einst gestutzt hatte, wieder ausgebaut.

„Täusch dich nicht“, tippte ein erregter Ramsauer in sein Handy, „ich mach da nicht mit.“ Adressat war CSU-Generalsekretär Markus Söder, der sich allerdings nicht beirren ließ. „Die Basis will es so“, lautete seine ebenfalls per SMS verschickte Antwort.

Der Generalsekretär fürchtet Volkes Zorn mehr als Ramsauers Unmut. Auf Söders Schreibtisch liegt eine interne Studie

der parteinahen Hanns-Seidel-Stiftung, die vermeldet, dass sich die Bürger aller Lager einen starken Staat wünschen, einen, der sie vor den Risiken des Lebens schützt und sich auch um die Schaffung von Arbeitsplätzen kümmert. Das Ergebnis, heißt es da, zeige „die großen Schwierigkeiten für die Parteien, mit grundlegenden Reformen, die auch Einschnitte ins soziale Netz beinhalten, Erfolg zu haben“.

Überall im bürgerlichen Lager beugen sich die Strategen und Parteivorsitzenden derzeit über gleichlautende Befunde: Harte Sanierungsarbeit wird offenbar vom Bürger nicht honoriert. Unbeliebt ist, wer vom

* In einer Maschinenfabrik in Neubrandenburg.

Sparen spricht. Unmöglich macht sich, wer Verzicht predigt, und sei es auch nur den auf eine Urlaubsreise, wie es jüngst SPD-Finanzminister Peer Steinbrück wagte.

Einfacher als unbequeme Diagnosen zu stellen und bittere Medizin zu verordnen ist allemal, dem Volke nach dem Mund zu reden. Beifall hat sicher, wer weitere soziale Segnungen verspricht, und Wahlen lassen sich ebenfalls leichter gewinnen, wenn man jene an sich bindet, die Leistungen empfangen: Schließlich ist die Masse der staatlich Alimentierten inzwischen annähernd so groß wie die Zahl jener, die einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen.

Die Reformpolitik in Deutschland, so scheint es, ist beendet, bevor sie richtig begonnen hat. Die ohnehin Zögerlichen fühlen sich durch die überraschend guten Wirtschaftsdaten, die dem Staat einen Milliardenseggen verschafften, bestätigt, dass Deutschland so schlecht nicht dastehe.

Unter den Erneuerern von gestern stellen sich derweil Gefühle der Ermattung und Entmutigung ein. Viele sind zu dem Schluss gekommen: Ihre Politik war richtig, aber erfolglos. Jetzt wollen andere mit einer falschen Politik für den Publikums-erfolg sorgen. Als Erstes wird parteiübergreifend der politische Sprachschatz gesäubert. Die Großvokabeln von gestern – Liberalisierung, Deregulierung, Flexibilisierung – befinden sich samt und sonders auf dem Friedhof der toten Worte.

Auch Angela Merkel sucht den Anschluss an die neue Zeit. Hieß es früher, der Staat müsse den Menschen mehr Ei-

Gerechtigkeit

„Geht es in Deutschland alles in allem eher gerecht zu?“

Infratest dimap für ARD-Deutschlandtrend im November; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe



genverantwortung ermöglichen, so sagt die Kanzlerin nun: „Wir wollen unser Land so ertüchtigen, dass sich die Schwachen auch in Zukunft darauf verlassen können, dass sie nicht alleingelassen werden.“

Eine neue Wohlfühlrhetorik ist angesagt, die das aufkeimende Gefühl von Globalisierungsangst und Modernisierungsverlust wieder dämpfen soll. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers spricht mit Bedacht von einer „neuen Sicherheit“, die er den Wählern in Aussicht stellt, die CSU will in ihrem neuen Grund-satzprogramm das Bekenntnis „zum kraft-vollen Sozialstaat“ festschreiben, Merkel ließ das Motto ihrer ersten Regierungs-

erklärung („Mehr Freiheit wagen“) mittlerweile an den Zeitgeist anpassen: „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ soll über dem neuen CDU-Parteiprogramm stehen, das derzeit erstellt wird.

Zunächst unmerklich, in jüngster Zeit aber mit spürbar forciertem Tempo haben die Schwesterparteien begonnen, ihr Koordinatensystem nach links zu verschieben. Mit einjähriger Verzögerung werden nun die Lehren aus dem Wahldebakel von 2005 gezogen, als es der schwarz-gelben Formation nicht gelang, das Wahlvolk zu überzeugen.

Vor allem die CSU leidet unter dem Reformkater. Sie erzielte bei der Bundestagswahl ein Ergebnis von 49,2 Prozent in Bayern – eines der miserabelsten in der Parteigeschichte. Seither lehnt Edmund Stoiber jede allzu kühne Reformidee als parteischädigend ab. Er hat sich entschieden, die CSU-Koordinaten wieder in Richtung Mitte zu schieben, da, wo die über-große Mehrzahl der Bürger ihre politische Heimat hat.

Mit der Renaissance des Sozialen erlebt auch ein Mann seine Wiederauferstehung, der als Restposten der Kohl-Jahre im politischen Niemandsland zu verschwinden drohte: Horst Seehofer. Mit seiner Hilfe wird die CSU zu einer sozialen und ökologischen Kuschelpartei umgebaut, die mit der CSU des Franz Josef Strauß kaum mehr als den Namen teilt. „Zukunftsnahe mit Menschlichkeit“, lautet Seehofers Parole.

Die heutige CSU umschmeichelt allein-erziehende Mütter, stellt sich schützend vor schwule Pärchen und plant, Kürzungen bei der Arbeitslosen-unterstützung rückgängig zu machen. Als Schlusspunkt dieses politischen Weichspülprogramms will der Generalsekretär seinen Verein nun auch noch grün lackieren.

Man müsse, so heißt es in einem von ihm verfassten Strategiepapier, das „ökologisch-bürgerliche Profil stärken“, um so zu einer „Partei der Lebens-themen“ zu werden. Die CSU dürfe sich „nicht nur auf traditionelle Wirtschaftspolitik allein verengen“.

Aus diesem Satz spricht eine leidvolle persönliche Erfahrung Söders, denn er war Mitautor des ökonomielastigen Wahlprogramms 2005, das auf die Wähler gewirkt hat wie eine Vogelscheuche auf einen Schwarm Spatzen. Zudem ist dem Christsozialen eine Untersuchung der politischen Konkurrenz in die Hände gefallen, wonach sich jeder fünfte CSU-Wähler vorstellen kann, bei den Grünen das Kreuz zu machen.

Jetzt greift Populist Söder von links an. In seinem Papier finden



Lebensmittelspenden (in Berlin): Immer mehr staatlich Alimentierte

sich Sätze, wie sie seit Jahrzehnten die Grünen predigen. Nun hat auch die CSU ihr Herz für sanfte Energiegewinnung entdeckt und will „weg von Öl und Kohle“. Die Zukunft gehört der Sonne, dem Wind und dem Kuhdung: Die „verstärkte Entwicklung regenerativer Energien muss in den Mittelpunkt der Technologiepolitik gerückt werden“.

Auch beim Traditionsthema der CSU, der Landwirtschaft, werden die alten Parolen eingemottet. Hatte Strauß noch mit Verachtung auf die Ökopaxe geschaut („Pubertäre Gehirne“), soll nun „die ökologische Landwirtschaft gleichberechtigt mit der konventionellen Landwirtschaft gefördert werden“.

Bei der grünen Gentechnik wollen die Christsozialen ihr Öko-Bewusstsein auch ganz praktisch unter Beweis stellen. Die Anbaufläche gentechnisch veränderter Pflanzen soll auf dem jetzigen Niveau von etwa 350 Hektar eingefroren werden, den Einstieg in die kommerzielle Nutzung von Genpflanzen lehnt die Partei auf mittlere Sicht komplett ab. Die CSU stelle damit „die Sicherheit einer gesunden Ernährung vor reine Marktinteressen“, schreibt Söder.

Für Merkel ist das CSU-Papier keine gute Nachricht. Sie hat sich immer für einen Ausbau der Gentechnik in Deutschland stark gemacht, eine Förderung dieser Branche ist zentraler Bestandteil der Hightech-Initiative von Forschungsministerin Annette Schavan.

Die reagierte denn auch unwirsch, als sie im fernen Seoul vom Gesinnungswandel der Schwespartei überrascht wurde. „Eine Ökopartei CSU ist nur schwer mit der hoch erfolgreichen Wirtschafts- und Innovationspolitik Bayerns in den letzten Jahrzehnten in Übereinstimmung zu brin-

gen“, entfuhr es der Merkel-Vertrauten und Wissenschaftsministerin.

Nicht nur die bayerische Union hat einen Strategiewechsel eingeleitet, der das Parteiengefüge in Deutschland nachhaltig verändern könnte; ganz vornean läuft auch FDP-Chef Guido Westerwelle. Sein Reformeifer ist in der Opposition weithin sichtbar stark abgeflaut, er funkt neuerdings auf einer anderen Frequenz.

Kaum ein Tag vergeht, an dem Westerwelle nicht demonstrativ seine Arme in Richtung der Mühseligen und Beladenen ausstreckt. Die Kürzung der Pendlerpau-

Westerwelles Reformeifer ist abgeflaut, er funkt neuerdings auf einer anderen Frequenz.

schale und des Sparerfreibetrags erbost ihn sehr: „Wieder sind die Kleinen die Dummen“, sagt er. Die Explosion der Energiepreise hält er für einen Skandal: „Eine warme Wohnung darf kein Luxus sein.“ Eine weitere Senkung der Ausgaben für Hartz IV lehnt er via „Bild“-Zeitung ab: „Viele Familien können nicht mehr. Ihnen stehen die Belastungen Oberkante Unterlippe.“

Der Oberliberale schlägt auch auf bislang verpönten Terrain, dem Verbraucherschutz, neue Töne an: Zum Frühstück im gläsernen FDP-Saal 6556, hoch oben im Berliner Paul-Löbe-Haus, empfing Westerwelle die großen Verbraucherverbände und überraschte die skeptischen Gäste: „Die simple Denkweise vom mündigen Verbraucher, dessen Schutz nur überflüssige Bürokratie ist, scheint aufgebrochen zu sein“, stellte Edda Müller, Vorsitzende des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, nachher zufrieden fest.

Bei Greenpeace und Co. ist die FDP ebenfalls vorstellig geworden. Er sei überrascht, berichtet Olaf Tschimpke, Präsident des Naturschutzbundes Deutschland, wie die Liberalen auf ihn zugegangen seien. Gemeinsam mit den Spitzen von vier weiteren Umweltverbänden war man beim FDP-Chef eingeladen, der sich sogleich beeilte, seine ökologische Gesinnung zu betonen.

Skeptisch fragten die Gäste nach, ob er denn derselbe sei, der im vergangenen Jahr noch die Ausgaben für den Landschaftsschutz als millionenschwere Geldverschwendung für Feldhamster und Grottenmolche verspottet habe. Der FDP-Mann erwiderte schlagfertig: „Diese Zuspitzung war doch nicht gegen die Umweltverbände gemünzt, das ging gegen die Grünen.“

Plötzlich hat Westerwelle auch die Gewerkschaften wieder lieb. DGB-Chef Michael Sommer fühlt sich jedenfalls vom neuen Westerwelle besser verstanden als vom alten. Der alte rief: „Gewerkschaftsfunktionäre sind die wahre Plage für unser Land.“ Der neue, den Sommer beim gemeinsamen Besuch eines Italo-Restaurants erst kürzlich genauer kennenlernte, zeigte Verständnis selbst für die jüngste Großdemonstration des DGB gegen die Berliner Regierung. Der Protest sei richtig, sagte der Liberale hernach auch öffentlich, „die Bürger brauchen mehr Geld“.

Geradezu tollkühn mutet Westerwelles Positionswechsel in der Rentenpolitik an. Die Altersgrenze bei 67 lehnt die FDP neuerdings ab, weil sie derzeit, ohne Reform des Arbeitsmarktes, „für Millionen Menschen eine zwei Jahre längere Arbeitslosigkeit oder eine handfeste Rentenkürzung“ bedeute. Die Delegierten des Rostocker FDP-Konvents im Mai folgten der Linie ihres Vormannes halb ungläubig, halb widerwillig. Sie ignorierten damit die Warnung ihres Ehrenvorsitzenden Otto Graf Lambsdorff, der zu mehr Standfestigkeit geraten hatte: „Wer glaubt, ohne Rentenkürzungen auszukommen, der macht einen Fehler.“

Nordrhein-Westfalen wird nun zum Testfall für die Gewendeten aller Parteien: Die dortige CDU/FDP-Koalition will gemeinsam auf die Wiedereinführung der alten beitragsbezogenen Arbeitslosengelder drängen.

Am Montag voriger Woche beschloss der Landesvorstand der Liberalen eine Bundesratsinitiative zur „Überarbeitung der Hartz-Gesetze“. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I müsse „stärker an die Beitragszahlung gekoppelt und dementsprechend gestaffelt werden“, verlangt der intern durchaus umstrittene Beschluss. Zudem müsse für diejenigen, die Arbeitslosengeld II erhalten, ein höherer Beitrag als bisher für die Altersvorsorge anrechnungsfrei bleiben.

* Bei der Vorstellung der Arbeitsmarktreformen am 16. August 2002.



Reformer Hartz, Schröder*: Die SPD-Spitze trug die Vorschläge tapfer mit



Bayerns Ministerpräsident Stoiber: *Vor allem die CSU leidet unter dem Reformkater*

Dieser Vorstoß, nahezu deckungsgleich mit den Initiativen von Rüttgers, hat viele Freidemokraten verstört. Deutlich haben sie noch in Erinnerung, wie Westerwelle im vergangenen Jahr gesagt hatte: „Mir ist die Sozialromantik suspekt, mit der auch Jürgen Rüttgers gelegentlich bei den Sozialreformen Norbert Blüm nacheifert.“

Heute klingt das ganz anders. Nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit in die Sozialhilfe zu rutschen, mahnt NRW-Forschungsminister Andreas Pinkwart, „entspricht nicht dem Gerechtigkeitsempfinden unserer Zielgruppe, der Angestellten von Siemens, BenQ oder der Telekom“.

Sein gewandelter Bundesparteichef Westerwelle hat nun die kleinen Angestellten und selbst die einfachen Arbeiter im Blick. Eine ihm vorliegende Wahlanalyse zeigt, dass die FDP keineswegs nur die Partei der Selbständigen ist. Knapp zwei Drittel der berufstätigen FDP-Wähler bei der Bundestagswahl waren Angestellte (41 Prozent) und Arbeiter (21 Prozent). Mit seinen Lockerungsübungen will Westerwelle diese Wählerschichten stärker an die FDP binden, auch um damit neue Optionen für die Rückkehr an die Regierungsmacht zu öffnen.

Dieser Schwenk ist vielen Partei-Jüngeren suspekt. Stellvertretend für andere in der Fraktion appelliert Daniel Bahr, die „klaren, stringenten Positionen nicht zu verwi-

schen und dadurch Glaubwürdigkeit zu verpielen“. Enttäuschte CDU-Anhänger, die sich gerade der FDP zuwenden, dürfe man nicht verprellen, mahnen wirtschaftsnahe Freidemokraten. Auch Ex-Fraktions- und -Parteichef Wolfgang Gerhardt grummelt.

Doch Westerwelle fühlt sich durch das anhaltende Umfragehoch bestätigt. Er will



FDP-Chef Westerwelle

„Die Bürger brauchen mehr Geld“

nach dem nächsten Urnengang nicht mehr an die Union gefesselt sein. Einst war er der Vorkämpfer für ein schwarz-gelbes Reformbündnis; doch diese Festlegung möchte er nun nicht mehr wiederholen. Seine Augen blinzeln listig, wenn er sagt: „Panta rhei – alles fließt.“

Inzwischen sind auch in der CDU die Dinge im Fluss. Es kam zu beachtlichen Machtverschiebungen: Der einstige Außen-seiter Jürgen Rüttgers gibt wenige Wochen vor dem Parteitag den Ton an.

Im Kanzleramt wird das mit einer Mischung aus Argwohn und Anerkennung verfolgt. „Der hat eine Strategie, wir nicht“, sagt einer aus dem engsten Führungskreis um Angela Merkel.

Die Kanzlerin entschied sich gegen eine Auseinandersetzung mit dem NRW-Premier, obwohl sie seine Pläne für eine Generalrevision von Hartz IV falsch findet. Ende November ist CDU-Parteitag, da ist flü-

gelübergreifende Harmonie gefragt. Ein Streit mit Rüttgers würde der Vorsitzenden wohl ein schlechteres Wahlergebnis beschern. Zudem besteht die Gefahr, dass ihr Generalsekretär Ronald Pofalla von den Delegierten abgestraft werden könnte. Die Zeiten, als Merkel für ihre Überzeugungen noch Risiken einging, sind vorbei.

Reformpolitiker von Gewicht erheben ihre Stimme in der Partei ohnehin nur noch selten. Der frühere Fraktionschef Friedrich Merz hat sich weitgehend in die Privatwirtschaft zurückgezogen. Der Heidelberger Steuerexperte Paul Kirchhof, einst Merkels Wunsch-Finanzminister, ist längst vergessen. Die Ministerpräsidenten Roland Koch und Christian Wulff wollen vor dem Bundesparteitag ebenfalls nicht durch allzu große Schroffheiten auffallen.

Wirtschaftsliberale wie der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Josef Schlar-
mann, haben bereits resigniert. Im kleinen
Kreis seufzte Schlarman, er müsse derzeit
häufig an den französischen Präsidenten
Charles de Gaulle denken. Der war 1958
mit dem Versprechen an die Macht ge-
kommen, Algerien als Teil Frankreichs zu
sichern. Wenig später entließ er das nord-
afrikanische Land in die Unabhängigkeit.

Die wahre Erschütterung aber löst die populistische Wende der Bürgerlichen andernorts aus – in der SPD. Die Führung der Sozialdemokraten zeigt sich empört im Angesicht eines politischen Gegners, der von links attackiert. „Was Rüttgers will,

* Mit Ehefrau Karin und Kindern eines Trachtenvereins vor der Bayerischen Staatskanzlei.

ist handwerklich dilettantisch und in seiner Wirkung auch nicht sozial“, sagt ein grimmier Vizekanzler Franz Müntefering. Eine solche Regelung werde mit den Sozialdemokraten „ganz sicher nicht“ kommen.

Auch Generalsekretär Hubertus Heil hat seine spezielle Ansicht über den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten: „Der Koalitionsvertrag ist eindeutig. Rüttgers' Verhalten ist charakterlos.“ Die SPD werde sich „die Agenda ganz sicher nicht



MARCUS BRANDT / DDP

CDU-Politiker Merz *Rückzug ins Private*

von Jürgen Rüttgers diktieren lassen“. Und er fragt, gefüttert von seinem Archiv: „Wollte Rüttgers 2004 die Arbeitslosenversicherung nicht sogar privatisieren?“

Parteichef Kurt Beck bleibt bislang noch in der Deckung. Doch Spitzengenossen wollen inzwischen immer drängender wissen: „Für welche Überzeugung steht eigentlich Angela Merkel?“

Der noch milde Tonfall könnte sich abrupt ändern: Sollte die Kanzlerin Rüttgers beim Parteitag folgen, was dieser ja fest erwartet, wollen Beck und Konsorten Merkel frontal attackieren.

Denn natürlich haben die Sozialdemokraten ein Problem, das weit ins Strategische reicht. Ausgerechnet die Union greift das Unbehagen auf, das Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Parteilinke seit langem umtreibt. SPD-Führungsleute und Spitzengewerkschafter haben erbittert um die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gestritten, das Thema und die damit verbundene gefühlte Ungerechtigkeit haben die Sozialdemokraten viele Sympathien, Mitglieder und Wählerstimmen gekostet. Allein seit der Agenda-Rede von Gerhard Schröder Anfang 2003 verlor die Partei mehr als 120 000 Mitglieder.

Dennoch trug die SPD-Spitze die von Schröder mit dem damaligen VW-Personalvorstand Peter Hartz ausgeheckten Reformvorschläge tapfer mit, immunisierte sich kollektiv gegen Kritik von außen – und ließ sich letztlich 2005 dafür sogar aus dem Kanzleramt wählen. Fällt nun möglicherweise durch Druck der Union die Hartz-Gesetzgebung, so die Befürchtung, gerät in der SPD mehr ins Rutschen als nur ein Gesetz zum Arbeitsmarkt.

Hinzu kommt: Rüttgers' Vorstoß trifft die Sozialdemokraten zum denkbar un-

günstigsten Zeitpunkt. Müntefering und Parteichef Beck sind seit Monaten bemüht, die abgekühlten Drähte zu den Gewerkschaften wieder zum Glühen zu bringen. So hatten sie die letzte Sitzung des SPD-Gewerkschaftsrats eigens in die IG-Metall-Zentrale nach Frankfurt verlegt. Und in der jüngsten SPD-Fraktionssitzung war es Vizekanzler Müntefering, der ein eindrückliches Plädoyer für ein Bündnis mit den Arbeitnehmern hielt: „Wir müssen uns dringend wieder die Frage stellen: Was sind eigentlich die gemeinsamen Themen?“

Für die Gewerkschaften steht die Antwort fest: Das könne nur die Generalrevision von Hartz IV sein. DGB-Chef Sommer sagt: „Ich bin für eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes entsprechend der Einzahlungsdauer. Das wäre zwar der Anfang vom Ende der Lebenslüge vom Fördern und Fordern. Aber genau das würde das Los vieler älterer Arbeitnehmer wirklich verbessern.“

Die SPD-Linke verfolgt das in Düsseldorf gestartete Schauspiel mit wachsender Bitterkeit. Nichts läge näher, als Rüttgers zu applaudieren – aber ist das opportun? „Die Union soll Vorschläge machen, wie sie das finanzieren will“, sagt eine wortkarge Anführerin Andrea Nahles. Aber auch sie weiß: „Das Thema ist wahnsinnig populär.“

Am vergangenen Montag bei einer DGB-Veranstaltung in Koblenz mit vielen älteren Arbeitnehmern bekam sie den Zorn hautnah zu spüren. Der Tenor im Saal sei eindeutig gewesen: „Ich habe 35 Jahre gearbeitet und kriege nach einem



ARNE DEDERT / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Finanzexperte Kichhof *Längst vergessen*

Jahr genau so viel wie die jungen Faulenzer: Das kann nicht sein.“

Noch hofft die SPD, sich mit einer sich neu orientierenden, sich sozialdemokratisierenden Union nicht wirklich beschäftigen zu müssen. Noch setzen die Strategen im Willy-Brandt-Haus darauf, dass Rüttgers' Vorstoß mit dem CDU-Parteitag beendet sein wird.

Genau das aber, sagt Rüttgers, werde nicht passieren. Sein Antrag soll danach zur Grundlage des Regierungshandelns werden: „Wenn es nötig ist, werden wir mit den Sozialdemokraten darüber streiten.“

PETRA BORNHÖFT, HORAND KNAUP,
RALF NEUKIRCH, RENÉ PFISTER



WERNER SCHÜERING

Unionspolitiker Rüttgers: „Ich will nicht, dass Politik sehenden Auges Menschen in die Altersarmut schickt“

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Blüm hatte da recht“

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, 55, über Fehler der Großen Koalition und seine Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes

SPIEGEL: Herr Rüttgers, die Wirtschaft brummt wie lange nicht mehr, die Arbeitslosenquote ist zum ersten Mal seit vier Jahren unter zehn Prozent gefallen, der Finanzminister darf sich über zusätzliche Milliarden freuen. Kanzlerin Angela Merkel aber ist mit der Union auf ein historisches Umfragetief abgesackt. Was sind die Gründe für diese Parallelwelten?

Rüttgers: Es gibt derzeit keine gemeinsame Leitidee, die diese Koalition zusammenschweißt. Die Große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger musste die erste schwere Konjunkturkrise der Republik bekämpfen, Willy Brandt hat mit den Liberalen die Ostverträge abgeschlossen, die CDU/FDP-Koalition unter Helmut Kohl brachte die Einheit Deutschlands unter Dach und Fach. Auch diese Koalition hat im Detail zunächst einiges erreicht – die Rente mit 67 etwa oder die Föderalismusreform – aber sie tut sich schwer, ihrem Regierungshandeln eine klare Kontur zu geben. Es gibt kein großes Ziel, das die Partner eint.

SPIEGEL: So weit die Lage. Aber was raten Sie Ihrer Partei?

Rüttgers: Meiner Meinung nach gibt es einen entscheidenden Punkt, an dem wir unser politisches Angebot erweitern müssen: Wenn wir den Menschen etwas zumuten, dann muss klar sein, dass das am Schluss zu mehr Sicherheit führt. Warum sollten sie sich sonst auf eine Phase der Unsicherheit einlassen?

SPIEGEL: Nun sagt die Kanzlerin genau das Gegenteil. Sie spricht davon, „mehr Freiheit“ zu wagen und forderte die Bürger jüngst auf, „ins Offene“ zu gehen.

Rüttgers: Jemand, der 50 Jahre alt ist und eine Familie hat, der kann nicht ohne die notwendige Sicherheit ins Offene gehen. Wenn der seinen Arbeitsplatz verliert, bekommt er bei unserer Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht einmal mehr einen neuen Job angeboten. Oder nehmen Sie einen Rentner. Wenn der 40 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, dann besitzt er nicht mehr die Freiheit, sich eine andere Altersvorsorge zu suchen. Dann muss er sich auf das beste-

hende System verlassen können. Freiheit und Sicherheit gehören für mich zusammen, sind die zwei Seiten einer Medaille.

SPIEGEL: Ihr neuer Lieblingslogan heißt „Neue Sicherheit“. Damit könnten auch die Sozialdemokraten für sich werben.

Rüttgers: Lassen Sie mich einen Irrtum ausräumen: Wenn ich von neuer Sicherheit spreche, dann heißt das nicht, dass ich den Menschen keine Veränderungen abverlange. Es gibt unvermeidbare Zumutungen, das müssen wir als Politiker offen sagen. Aber ich will den Bürgern gleichzeitig eine Lebensperspektive bieten, die frei ist von Willkür und Existenzangst. Das ist alles andere als sozialdemokratisch.

SPIEGEL: Als was würden Sie sich bezeichnen. Als sanften Reformen, als Arbeiterführer oder eher als Herz-Jesu-Sozialist?

Rüttgers: Es ist nicht mein Job, mich zu etikettieren. Ich versuche, den Leuten eine Politik anzubieten, zu der soziale Gerechtigkeit gehört. Ich will nicht, dass wir in eine Situation kommen, in der unsere Gesellschaft weiter auseinanderfällt, in der

Arme, Kranke oder Arbeitslose einfach unter die Räder kommen. Das war immer Markenkern christdemokratischer Politik. **SPIEGEL:** Aber wir erleben doch im Moment eine fast schon groteske Situation. Da gibt es einen Altkanzler von der SPD, der vor Ablauf seiner regulären Amtszeit zum Memoirenschreiber wurde, weil er mutige Reformen auf dem Arbeitsmarkt gewagt hat. Und da gibt es den Ministerpräsidenten der CDU, der diese Reformen wieder zurückdrehen will.

Rüttgers: Ich habe schon im Jahr 2004 eine Generalrevision der Hartz-Gesetze gefordert.

SPIEGEL: Schon damals sehr zum Ärger von Gerhard Schröder und Angela Merkel.

Rüttgers: Ich habe damals sehr intensiv mit meiner Parteichefin diskutiert, das stimmt.

klärt, das Arbeitslosengeld müsse auf zwölf Monate begrenzt werden, „um die Anreize zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen“. Woher der Sinneswandel?

Rüttgers: Ich habe mich immer für eine Deckelung für bestimmte Altersgruppen und eine Staffelung nach Bezugsdauer ausgesprochen.

SPIEGEL: Schon jetzt belastet die Hartz-Reform den Bundeshaushalt mit 6,5 Milliarden Euro zusätzlich gegenüber den vorherigen Regelungen. Was werden Ihre Vorschläge kosten?

Rüttgers: Wir haben im Landesvorstand der nordrhein-westfälischen CDU besprochen, dass dies komplett gegenfinanziert werden muss. Nach unserem Plan soll es Kürzungen geben für jüngere Arbeitslose. Das ist vertretbar, weil diese bessere Chancen haben,

er ihn im Fall der Fälle ohne schlechtes Gewissen vor die Tür setzen.

Rüttgers: Das ist graue Theorie. Bald kommt die Rente mit 67 Jahren. Heute sagen wir aber schon 47-jährigen Arbeitslosen, ihr bekommt wahrscheinlich keinen Job mehr. Dieser Jugendwahn in vielen Firmen ist ein Skandal. Aber die Politik kann daraus doch nicht die Schlussfolgerung ziehen, das Arbeitslosengeld im Alter noch weiter zu kürzen. Wer gegen Ende seines Berufslebens seinen Arbeitsplatz verliert, der muss sich wenigstens auf die Sozialversicherungssysteme verlassen können, in die er ein Leben lang eingezahlt hat. Das ist kein Almosen, das ist nur recht und billig.

SPIEGEL: Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes ist aber nur ein Punkt in Ihrem



Kampf um Arbeitsplätze*, CDU-Parteitag (2003 in Leipzig): „Dieser Jugendwahn in vielen Firmen ist ein Skandal“



Aber all die Erwiderungen, die mir öffentlich zuteil wurden, haben mich nicht überzeugt. Es kann doch nicht sein, dass ein Mann, der 30 Jahre lang Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, nach einem Jahr auf Hartz IV zurückfällt. Wir in der Union haben immer gesagt: Leistung muss sich lohnen. Deshalb soll es jetzt eine Staffelung des Arbeitslosengeldes geben.

SPIEGEL: Wie genau sieht die Staffelung aus, die Sie vorhaben?

Rüttgers: Bei einer versicherungspflichtigen Vorbeschäftigung von mindestens 15 Jahren erhöht sich die Bezugsdauer auf 15 Monate, bei 25 Jahren auf 18 Monate, und bei 40 Beitragsjahren hat der Arbeitslose Anspruch auf 24 Monate Unterstützung. Dafür kämpfe ich seit langem. Ich bin froh, dass auch die Bundespartei das jetzt so sieht.

SPIEGEL: Im Jahr 2002 haben Sie als Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag er-

schnell wieder einen Job zu bekommen. Ältere Arbeitnehmer haben dies nicht.

SPIEGEL: In Ihrem Antrag für den CDU-Bundesparteitag Ende November in Dresden findet sich zur Gegenfinanzierung kein Wort.

Rüttgers: Die Gegenfinanzierung steht im Antrag drin und ist seriös berechnet worden.

SPIEGEL: Ist das wirklich seriös, wenn Sie in Ihrem Vorschlag genau aufführen, welche neuen Leistungen Sie den Bürgern gewähren wollen, ihnen aber verschweigen, wie diese bezahlt werden sollen?

Rüttgers: Das stimmt so nicht. Wir sagen, dass künftig Kinder für ihre Eltern entstehen sollen, bevor diese zu Hartz-IV-Empfängern werden. Das halte ich für richtig, auch wenn die Sozialdemokraten das kritisieren.

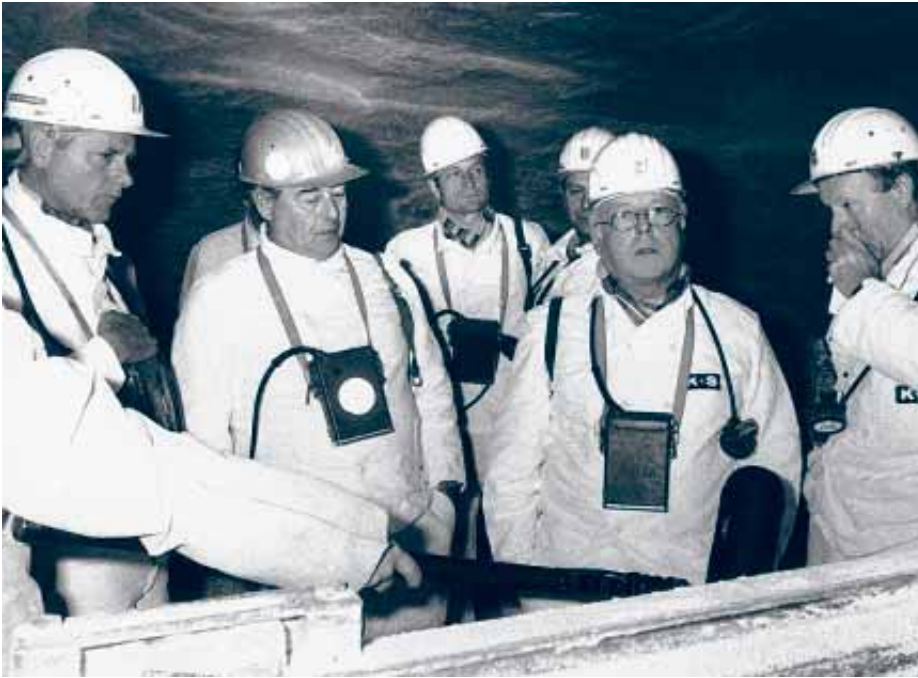
SPIEGEL: Im Grunde ist Ihr Vorschlag doch nichts anderes als ein Frühverrentungsprogramm. Wenn ein Arbeitgeber weiß, dass ein 63-jähriger Angestellter zwei Jahre lang Arbeitslosengeld bekommt, wird

Programm „Neue Sicherheit“. Bisher beläuft sich die Höchstgrenze für das sogenannte Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger auf maximal 16 250 Euro. Sie wollen es fast verdreifachen, auf nahezu 45 000 Euro, die dann für den Staat unantastbar sind. Eine Supermarktverkäuferin wird demnach für Menschen aufkommen müssen, die zwar arbeitslos sind, aber relativ gesehen dennoch ein beträchtliches Vermögen besitzen.

Rüttgers: Ich will nicht, dass Politik sehenden Auges Menschen in die Altersarmut schickt. Wir können den Bürgern nicht sagen, sorgt fürs Alter vor, und wenn sie dann arbeitslos werden, rufen wir ihnen schulterzuckend zu: Selber schuld, wenn ihr so viel gespart habt. Her mit dem Geld! Das ist nicht meine Vorstellung von Eigenvorsorge, und das ist erst recht nicht meine Vorstellung von Gerechtigkeit.

SPIEGEL: Wir dachten, Eigenverantwortung bedeutet, dass man von dem Geld, das man erspart hat, erst einmal lebt, bevor der Staat einspringt.

* Demonstration gegen die Schließung des BenQ-Werks in Kamp-Lintfort am 12. Oktober.



Minister Blüm (2. v. r.): „Am stärksten haben sich die Arbeiter von uns abgewendet“

Rüttgers: Richtig. Deshalb sind die Beträge auch nach oben gedeckelt. Es gibt keinen Freifahrtschein für das Leben auf Kosten anderer. Aber ich will dafür sorgen, dass jemand, der 30 Jahre lang gearbeitet hat, seinen Lebensstandard halten kann und nicht von einem Tag auf den anderen abstürzt.

SPIEGEL: Ist das, was Sie da vorschlagen, nicht ohnehin nur eine Trockenschwimmübung? Der derzeitige Arbeitsminister heißt Franz Müntefering, und der hat Ihre Initiative als „handwerklich dilettantisch“ bezeichnet und eine Umsetzung mit der Großen Koalition kategorisch ausgeschlossen.

Rüttgers: Ich glaube nicht, dass die Sozialdemokraten das durchhalten werden. Es ist ja offensichtlich, dass sie keine vernünftige Antwort haben auf unsere Vorschläge. Die Polemik von Müntefering ist hilflos. Sie zeigt mir: Wir haben die Sozialdemokraten an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen.

SPIEGEL: Hören wir daraus eine gewisse Genugtuung?

Rüttgers: Ich habe in den letzten Tagen ein hohes Maß an Zustimmung erfahren. 80 Prozent der Bevölkerung unterstützen meine Position. Das freut mich.

SPIEGEL: Auch in der Union gibt es viele Kritiker Ihrer Initiative. Sie hoffen darauf, dass sie in den Ordnern des Parteiarchivs verschwindet.

Rüttgers: Das passiert nicht. Der Vorschlag der NRW-CDU wird auf dem Bundesparteitag eine Mehrheit finden. Ich freue mich hier über die Unterstützung der Minister-

präsidenten Wulff, Koch, Müller und Stoiber. Dann gibt es eine klare Grundlage für die Verhandlungen mit der SPD über die Reform des Arbeitsmarktes, die ohnehin vor der Tür stehen.

SPIEGEL: Sie sind lange genug im Geschäft, um zu wissen, wie geduldig das Papier ist, auf dem Parteitagsbeschlüsse geschrieben sind.

Rüttgers: Nochmals klipp und klar: Ich gehe davon aus, dass ein Beschluss des Bundesparteitages Eingang findet in die Politik der Bundesregierung. Wenn es nötig ist, werden wir mit den Sozialdemokraten darüber streiten.

SPIEGEL: Haben Sie den Eindruck, dass Angela Merkel Ihre Ideen mitträgt?

Rüttgers: Selbstverständlich. Unser Generalsekretär Ronald Pofalla hat ja in den Beratungen im nordrhein-westfälischen CDU-Landesvorstand ausdrücklich zugestimmt. Das war sicher nicht nur seine Privatmeinung.

SPIEGEL: Roland Koch hat gerade mit Finanzminister Peer Steinbrück die Unternehmensteuerreform ausgehandelt. Werden Sie der Verhandlungsführer der Union bei der anstehenden Arbeitsmarktreform?



Rüttgers, SPIEGEL-Redakteure*
„Die Polemik von Müntefering ist hilflos“

Rüttgers: Nein, ich habe mich zum Beispiel bei den Verhandlungen zu den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger eingebracht. Wenn ich helfen kann, tu ich das gern.

SPIEGEL: Hat sich die Ausgangslage der Volksparteien nicht dadurch grundlegend geändert, dass inzwischen nur noch 40 Prozent der Bevölkerung hauptsächlich von der eigenen Arbeit leben? Offensichtlich ist es kein mehrheitsfähiges Programm, sich nur an diejenigen zu wenden, die selbst Leistungen erbringen.

Rüttgers: Wir müssen Konsequenzen aus der letzten Bundestagswahl ziehen. Ich möchte, dass die Union bei nationalen Wahlen in Zukunft wieder auf über 40 Prozent kommt. Das ist nur zu schaffen, wenn wir auch weiterhin die Partei der Arbeitnehmer und des Mittelstandes bleiben. Die CDU hatte über Jahrzehnte immer ein Ohr für die Sorgen von Rentnern und Arbeitern mit schmalem Gehalt, sie war nie eine Partei der Bosse. Das war das Geheimnis ihres Erfolges. In der Vergangenheit sind alle großen Mehrheitswechsel bei nationalen und regionalen Wahlen durch Wanderungen der einfachen Arbeitnehmer zustande gekommen. Diese Bevölkerungsgruppen muss die Union auch zukünftig im Blick haben. Das ist der Punkt, auf den die CDU nach meiner Auffassung achten muss. Hier lag der Fehler des letzten Wahlkampfes, das zeigen die Statistiken. Am stärksten haben sich die Arbeiter von uns abgewendet.

SPIEGEL: Gefährlich an dieser Strategie ist doch, dass die Union einen großen Teil ihrer Wählerschaft an die FDP abgibt. Schon jetzt liegen die Umfragewerte der Liberalen auf Rekordniveau.

Rüttgers: Ich halte diesen Punkt für nicht entscheidend. Es gab immer Wählerwanderungen zwischen der Union und der FDP. Aber uns gelang es auch immer wieder, die mit einem kraftvollen Wahlkampf zurückzuerobieren.

SPIEGEL: Ihr Vorgänger als Chef der NRW-CDU heißt Norbert Blüm. Es ist nicht allzu lange her, da wurde er von den meisten in der Union als hoffungsloser Sozialromantiker belächelt. Ist da jetzt eine Entschuldigung fällig?

Rüttgers: Ich habe das schon getan. Ich halte nicht alles für richtig, was Norbert Blüm gesagt hat. Er hat aber auch nicht immer unrecht gehabt.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Rüttgers: Ich glaube nicht, dass wir die deutschen Sozialversicherungssysteme damit retten, dass wir einfach mehr Steuergelder reinstecken. Das macht aus Menschen, die auf gleicher Augenhöhe einen Vertrag mit der Sozialversicherung abschließen, Bittsteller beim Staat. Blüm hatte da recht.

SPIEGEL: Herr Rüttgers, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Oben: am 2. April 1989 beim Besuch des hessischen Kaliwerks Neuhoof-Ellers; unten: Gabor Steingart und René Pfister.

BUNDESREGIERUNG

Der Selbstverteidiger

Wehrminister Franz Josef Jung ist das derzeit schwächste Glied im Kabinett. Seine Patzer sind ein Geschenk für die Opposition, und auch in den eigenen Reihen wächst die Kritik.

Um elf Uhr abends wird der Minister zum Menschen. Die Wok-Wok-Bar im Beiruter Interconti-Hotel beginnt sich zu leeren, und Franz Josef Jung stellt seufzend sein leeres Bierglas auf den Tresen. „Ab elf soll man nicht mehr über Politik reden“, sagt der Verteidigungsminister. Er hat diese Erkenntnis schon der Kanzlerin nähergebracht, doch die hält sich nicht daran.

Er auch nicht. Nicht an diesem Donnerstagsabend in der libanesischen Hauptstadt, dafür ist der Druck zu groß. Die Schädelbilder in der Boulevardpresse, Berichte über die mutmaßliche Misshandlung des

Und die „Süddeutsche Zeitung“ höhnte über den „Minister im Praktikum“.

Gefährlicher aber sind für ihn die Kritiker aus den eigenen Reihen. Keiner von ihnen ist bislang aus der Deckung gekommen. Sie reden hinter seinem Rücken, analysieren, ob die „Lernkurve“ des Ministers nun nach oben zeigt oder womöglich stagniert. Sorgenvoll legen sie die Stirn in Falten und beklagen die „Kommunikationschwäche“ des Hessen, der die unnachahmliche Fähigkeit habe, Wahres zur falschen Zeit zu sagen. Und sie bemängeln, dass es Jung immer noch nicht ge-

UMFRAGE: AUSLANDSEINSÄTZE

„Haben Sie den Eindruck, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr den deutschen Interessen eher nutzen oder eher schaden?“

nutzen 42%

schaden 46%

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 31. Oktober und 1. November; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

Verteidigungsminister Jung: „Ich halt das aus“

Deutsch-Türken Murat Kurnaz durch deutsche Elitesoldaten, die Aufregung um den Libanon-Einsatz der Deutschen Marine, der Ärger mit dem Kanzleramt über missverständliche Bosnien-Äußerungen – immer ist er es, der attackiert wird.

„Ich halt das aus“, sagt Jung, „ich bin kampferprobt. Manches muss man einfach ertragen.“ Der Minister greift nach einem frischen Bier. „Ich versteh das nicht“, sagt er, „ich versteh nicht, warum die so ein Buhei machen.“ Es ist Zeit, ins Bett zu gehen. Schließlich ist elf Uhr inzwischen auch längst vorbei. Und irgendwann muss wirklich Schluss sein mit Politik.

Der Minister hat derzeit keinen guten Lauf. Jung sei dem „Amt offensichtlich nicht gewachsen“, hat ihm der FDP-Wehrexperte Rainer Stinner bescheinigt und mutig prophezeit, der CDU-Mann aus Hessen werde „Weihnachten nicht mehr Verteidigungsminister“ sein. Der grüne Fraktionschef Fritz Kuhn freute sich, Jung sei eine „Belastung in der Großen Koalition“.



MARKUS SCHREIBER / AP



Übergabe der Führung des Libanon-Einsatzes an

nem Freund, dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch.

Um ihren mächtigsten Rivalen ruhig zu stellen, musste Kanzlerin Angela Merkel für Jung ein Ministeramt reservieren. Welches, war dem Chef der Hessen-CDU egal. Jung auch. Und so bekam er das Wehrrsorsort, das nicht nur sein Amtsvorgänger Peter Struck als „Schleudersitz“ bezeichnet.

Der unionsinterne Proporz hat Jung ins Amt gespült, und er sorgt nun dafür, dass der Koch-Kumpan trotz erkennbarer Lernschwächen erstaunlich stabil auf dem Ministersessel sitzt. Solange Jung nicht selbst in einen Skandal verwickelt ist, wird Merkel an ihm festhalten. Alles andere würde die parteiinterne Statik gefährlich stören.

Die Kanzlerin hat aus dieser Not eine Tugend gemacht. Tapfer verbreiten ihre Mitarbeiter, wie außerordentlich geschätzt der Hesse doch bei Hofe sei. Voller Hochachtung habe Merkel am Fernseher verfolgt, wie wacker sich Jung in der Schädelaffäre geschlagen habe.

Solch demonstratives Lob aus dem Kanzleramt gibt es nur für Mitstreiter, die es nötig haben. Neben der blassen Forschungsministerin Annette Schavan gilt Jung als derzeit schwächstes Glied im Kabinett. Wirtschaftsminister Michael Glos, der diesen ungeliebten Wanderpokal bislang für sich reklamieren konnte, scheint inzwischen besser Tritt gefasst zu haben. Jung hingegen tut alles, um ihn noch eine Weile zu behalten.

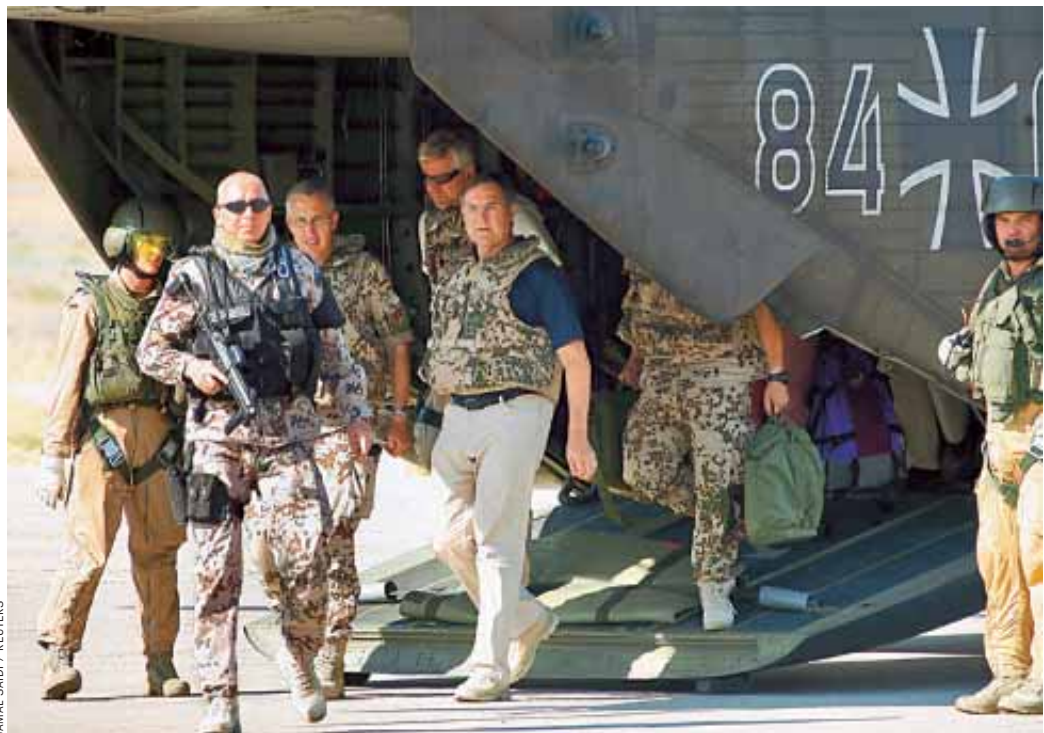
Er wolle dazu „beitragen, dass die Koalition insgesamt erfolgreich ist“, hatte er bei Amtsantritt versprochen, und: „Ich muss nicht jeden Tag Schlagzeilen produzieren.“ Beides will dem Juristen nicht so recht gelingen. Die typische Jung-Mi-

lungen sei, der Öffentlichkeit ein plausibles sicherheitspolitisches Konzept für die Auslandseinsätze der Bundeswehr vorzulegen.

Seit einem knappen Jahr lernt der Winzersohn aus Erbach im Rheingau im Amt, und die Öffentlichkeit nimmt teil an diesem schmerzhaften Prozess.

Ohne jede bundespolitische Erfahrung hat Jung einen der schwierigsten Jobs der Regierung übernommen. Ihm unterstehen etwa 250 000 Soldaten und 100 000 zivile Bedienstete. Mit 24 Milliarden Euro verwaltet er einen der größten Etatposten im Bundeshaushalt. Das Wort des Verteidigungsministers kann am Ende über Leben oder Tod entscheiden.

Dieses Amt übt nun ein Mann aus, der bis dahin nur regional eine Rolle gespielt hat. Jung war Generalsekretär der hessischen CDU, Leiter der Staatskanzlei und zuletzt Chef der Landtagsfraktion seiner Partei. Dass er jetzt in einer „ganz anderen Liga spielt“, wie er sagt, verdankt er sei-



Deutschland, Minister Jung auf Truppenbesuch in Afghanistan*: *Demonstratives Lob aus dem Kanzleramt*

sung aus Ungeschicklichkeit und starken Worten liefert der Opposition immer wieder sehnlich erwartete Vorlagen, die sich zu wertvollen Aufmerksamkeitspunkten in der Öffentlichkeit umwandeln lassen.

Jung und Merkel hätten das Libanon-Mandat für die Marine unter Vortäuschung falscher Tatsachen „erschlichen“, wetterten etwa die Liberalen in den vergangenen Tagen. Es sei längst nicht so „robust“, wie von der Regierungschefin und ihrem Minister dargestellt. Ein pfiifiger FDP-Mitarbeiter hatte in einem Staatssekretärsvermerk für den Verteidigungsausschuss eine scheinbare Ungereimtheit entdeckt. In einer Zone von sechs Seemeilen vor der libanesischen Küste werde die Marine auf „Anforderung des Libanon“ tätig, hieß es in dem Papier, das sich auf ein Protokoll bezog, das erst nach dem Bundestagsbeschluss ausgehandelt worden war.

Die Freidemokraten erkannten gleich das Geschenk, das ihnen der Minister unbeabsichtigt gemacht hatte, und bliesen zur Attacke. Die Einlassung des Verteidigungsausschusses stehe im offensichtlichen Widerspruch zur Erklärung der Kanzlerin, die vor der Bundestagsabstimmung im September doch noch erklärt habe, es gebe kein „Vetorecht“ Beiruts und: „Wir können den gesamten Bereich befahren.“

Jungs Ressort verkannte die politische Brisanz der Ausschussvorlage. Und dann war es zu spät. Die Aufregung im Verteidigungsausschuss war zu groß und drang umgehend in die Öffentlichkeit. Übersehen wurde dabei ein wichtiges Grundlagedokument: Bereits die Einsatzregeln der Uno aus dem September hatten unmiss-

verständlich festgehalten, dass die Blauhelmsflotte in den gesamten libanesischen Hoheitsgewässern und damit in der Zwölf-Meilen-Zone nur „mit Zustimmung der Regierung des Libanon“ zu „maritimen Abfang-Operationen“ befugt ist.

Die Regel stand vor der Bundestagsentscheidung fest und konnte von jedem Abgeordneten in der Geheimstutstelle des Parlaments eingesehen werden – auch von den jetzt so lautstarken Kritikern der FDP.

Vergebens versuchte sich Jung in der Rolle des Selbstverteidigungsministers. Eilig lud er die Spitzen des Auswärtigen Ausschusses zu einer Sonderunterrichtung in sein Ministerium ein – und patzte erneut. Die Obleute des Verteidigungsausschusses waren nicht gebeten worden und reagierten vergrätzt. Der SPD-Wehrexperte Rainer Arnold und sein CDU-Kollege Bernd Siebert schimpften im ungewohnten Gleichklang, beim Minister hapere es offenbar noch immer mit der „Kommunikation“.

Jung, einst Kochs Mann fürs Grobe, hat noch Schwierigkeiten, sein hessisches Kommunikationsverhalten den neuen Gegebenheiten anzupassen. Bereits am Anfang der Debatte um den Libanon-Einsatz hatte er munter von einem bevorstehenden „Kampfeinsatz“ schwadroniert. Die Kanzlerin reagierte ungehalten. „Robustes Mandat“, rüffelte sie öffentlich ihren Minister, „ist, glaube ich, die richtige Beschreibung.“

Im abhörsicheren Konferenzsaal des Verteidigungsministeriums ließ Jung inzwischen den Außenpolitikern des Bundestags das vertrauliche Uno-Protokoll zum Libanon-

Einsatz verlesen und erläutern. Per Video zugeschaltet, verkündete der deutsche Flottenadmiral Andreas Krause, in der Praxis könne er seine Mission „uneingeschränkt“ und zu „hundert Prozent“ erfüllen.

Die Sache sei geklärt, erklärte der Ausschuss-Vize Hans-Ulrich Klose hinterher. Es gebe keine Hinweise, dass die Regierung das Parlament vorsätzlich getäuscht habe: „Ich kann mich da nicht aufregen.“ Allerdings habe er ein „gewisses Verständnis“ für die Skeptiker der FDP. „Das Informationsverhalten der Bundesregierung“, so der Sozialdemokrat, „ist vielleicht verbesserungswürdig.“

Unerwartete Unterstützung bekam Jung indes vor seinem Besuch von der libanesischen Regierung. Am vergangenen Mittwoch machte sie dem deutschen Minister ein verfrühtes Willkommens-Geschenk. In einem Schreiben baten die Libanesen, die internationale Friedenstruppe möge doch bitte die gesamte Küste auch innerhalb der Sechs-Meilen-Zone kontrollieren – bis auf weiteres. Die eigenen Boote seien dem anhaltend hohen Seegang nicht gewachsen.

Das Meer zeigte sich zwar ungewöhnlich ruhig, als der Minister Ende vergangener Woche in Beirut eintraf, doch mit ihrer diplomatischen Geste hatten die Libanesen ihren Gast erst einmal aus der innenpolitischen Gefahrenzone gerettet.

Aufgeben kommt für Jung ohnehin nicht in Frage. Gern beruft er sich auf Helmut Kohl, der schließlich auch irgendwann als Provinzler in der Hauptstadt angefangen habe. „Berlin“, sagt er dann, „wird mich noch kennenlernen.“

KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN,
ALEXANDER SZANDAR

* Links: Am 15. Oktober an Bord eines italienischen Kriegsschiffes; rechts: am 19. Juli in Masar-i-Scharif.



Deutsche Patrouille in Kabul (2005)
„Schwierige Bedarfsdeckung“

Minuspunkte – für den Dienst in der Truppe kann es aber trotzdem reichen.

Die Botschaft der Bundeswehr lautet: Wir nehmen jeden, zumindest fast jeden.

„Unverantwortlich“ findet das Winfried Nachtwei vom Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied im Verteidigungsausschuss. Wolfgang Schmelzer vom Deutschen Bundeswehr-Verband protestiert: „Wir können nicht auf Schlüsselqualifikationen verzichten, nur um Lücken zu schließen.“

Immerhin: Die Bundeswehr nimmt nicht jeden mit auf ihre weltpolitisch heiklen Missionen. Wer aus psychologischer Sicht ungeeignet scheint, dürfe zwar freiwillig länger dienen, sagt ein Ministeriumssprecher. Für diese Klientel gebe es sogar eigens gekennzeichnete Stellen – vorsichtshalber sind die aber alle im Inland. Nach Afghanistan oder in den Kongo kommen nur die Besseren.

„Natürlich ist ein Job bei der Bundeswehr gerade für den arbeitslosen Jugendlichen besonders attraktiv“, sagt Oberst Olaf Bendrat vom Zentrum für Nachwuchsgewinnung Ost. Bei Bendrat müssen sich jene bewerben, die Zeitsoldat werden wollen. In Soldatenforen im Internet lässt sich nachlesen, wie sich Bewerber auf den Test vorbereiten. Ein Tipp zum Beispiel lautet: „Was zusätzlich nicht schlecht ist, wenn du den Namen des amtierenden Bundeskanzlers kennst und Sonstige, die so an der Macht sind, was natürlich auch den Verteidigungsminister mit einschließt.“

Rund 40 Prozent der Bewerber zum Zeitsoldaten sind den Fragebögen und Tests nicht gewachsen und fallen durch. Denen bleibt nur, sich für den freiwillig verlängerten Wehrdienst zu melden. Wer sich auf bis zu 23 Monate verpflichtet, hat die Chance, Auslandszuschläge zu kassieren. Er wird halt nur keine Karriere machen.

Ohne die jungen Männer, die ihren Wehrdienst ausweiten, wären die Auslandseinsätze gar nicht mehr zu stemmen. Etwa jeder dritte Posten im Mannschaftsdienstgrad wird von einem dieser willigen Rekruten besetzt. Und jeder zweite davon kommt aus dem Osten. Für viele ist die Verlängerung ihrer Bundeswehrzeit kein Traum, sondern die letzte Chance.

„Heute sitzen mehr Männer hier, die unbedingt tauglich sein wollen“, erzählt Sibylle Teichert, Medizinaldirektorin im Kreiswehrrersatzamt Hannover. Trotz Übergewicht und schlaffer Muskeln schaffen es viele durch die Musterung: Männer mit Kreislaufproblemen, mit Knieschäden, mit einem Loch in der Herzscheidewand.

Zudem beherrschten viele Soldaten, so klagt ein Unteroffizier, „die einfachsten Bewegungsabläufe nicht“. Doch wer einmal gemustert sei, fliege so schnell nicht mehr raus.

ULRIKE DEMMER, ANSBERT KNEIP

VERTEIDIGUNG

Fünf im Denken

Der Bundeswehr fehlt fähiger Nachwuchs. Damit die Truppe auch in Zukunft noch einsatzbereit bleibt, wird bei der Auswahl nicht mehr so streng gesiebt.

Ein paar Dinge sollte man schon mitbringen, wenn man Fallschirmjäger bei der Bundeswehr werden will: den Willen zum Sprung, zum Beispiel, eigentlich wohl selbstverständlich. Ähnlich ist es bei Gebirgsjägern: Die sollten, so wünscht es die Truppe, idealerweise schwindelfrei sein.

Aber das ist es denn auch schon.

In der „Minimalwertetabelle“ des Psychologischen Dienstes der Bundeswehr werden die Fähigkeiten der Rekruten mit einem Punktesystem von Eins bis Sieben bewertet, zum Beispiel das Denkvermögen. Eine „1“ erhalten die allerhellsten Köpfe, „4“ ist Durchschnitt, danach wird es dunkel. Panzergrenadier-Kandidaten müssen hier mindestens Durchschnitt aufweisen, für Fallschirm- oder Gebirgsjäger reicht bereits eine Fünf im Denken.

Trotzdem fällt es der Bundeswehr immer schwerer, geeignetes Personal zu finden – selbst unter denen, die gar nicht viel Eignung mitbringen müssen. Wer seinen Wehrdienst freiwillig verlängern oder als Zeitsoldat dienen will, muss beispielsweise psychisch einigermaßen belastbar sein und eine gewisse „Verhaltensstabilität“ mitbringen. Schließlich sollen die Soldaten beim Auslandseinsatz mit dem Druck zu recht kommen – ohne auffällig zu werden und mit Schädeln vom Gräberfeld zu posieren.

Für die einfachen Soldaten, die Mannschaftsdienstgrade also, reicht dabei schon eine „5“ als Psycho-Bewertung, mithin knapper Durchschnitt. Das ist ein recht niedriger Anspruch, aber wohl immer noch zu hoch.



Isaf-Soldat mit Totenschädel

Ins Ausland kommen nur die Besseren

Seit Anfang Oktober hat die Bundeswehr die Standards deshalb gesenkt. Zur „Erleichterung der schwierigen Bedarfsdeckung“, so heißt es in einem Papier des Verteidigungsministeriums, gelten nun neue Mindestwerte: Wer sich bereit erklärt, den Wehrdienst auf 23 Monate auszudehnen, wird selbst dann nicht abgelehnt, wenn seine soziale Kompetenz und die psychische Belastbarkeit mit einer Sechs, der zweit schlechtesten Bewertung, beurteilt wurden.

Das Problem ist im Kern demografischer Natur. Es gibt immer weniger 18- bis 21-Jährige, und von denen verweigert ein großer Teil den Wehrdienst. Im Jahr 2009 sind nach Bundeswehrschätzungen statt zuletzt 450 000 nur noch 350 000 junge Männer wehrpflichtig. In Ostdeutschland, wo die Truppe derzeit mehr als 40 Prozent ihrer Rekruten und freiwillig länger Dienenden gewinnt, wird sich die Zahl der möglichen Kandidaten auf 50 000 halbieren. Und von denen, die sich für eine Karriere in der Armee interessieren, genügen immer weniger den Erwartungen.

Die Konsequenz: einfach weniger erwarten.

Wer sich also beim Prüfgespräch als rücksichtslos, egoistisch und arrogant zeigt, wer unkooperativ wirkt, Denkblockaden hat und die „latente Bereitschaft“ mitbringt, „soziale Normen zu missachten“, der sammelt laut einer Bewertungshilfe für Bundeswehrpsychologen zwar jede Menge



Minister Steinmeier, jemenitische Hauptstadt Sanaa: Durch abgehörte Telefonate überführt

DIPLOMATEN

Achse der Aussitzer

Hart greift die Bundesregierung gegen einen Staat durch, der die Abschiebung von Landsleuten aus Deutschland verhindert hat. Zwei jemenitische Konsularbeamte mussten heimreisen.

Die jüngste Krise zwischen Deutschland und dem Jemen begann am 23. Juni 2006 – nicht in Berlin, nicht in Aden oder Sanaa, diese Krise begann morgens um acht auf dem Flur der Ausländerbehörde Kassel, vierter Stock. Auf der einen Seite warteten an jenem Freitagvormittag 22 Jemeniten, alle ohne gültige Papiere. Und auf der anderen stand ein ziemlich nervöser Herr, der allen Grund hatte, nervös zu sein, weil er nämlich gleich lügen würde: der jemenitische Diplomat Mohammed al-Rueini, Mitarbeiter des Frankfurter Konsulats der Republik Jemen.

Wie in einem Kriminalfall luden die hessischen Beamten die Ausländer zur Gegenüberstellung mit Rueini. Welcher von den 22 denn nun Jemenit sei, fragten die Deutschen, und ob er Namen kenne, Geburtsorte, damit seine Botschaft Papiere beschaffen könne, für die Abschiebung in den Jemen. Doch obwohl die Behördenleute den Diplomaten extra in einem der besten Kasseler Hotels untergebracht hatten, um die Kooperation zu befördern, wollte er nicht einen seiner Landsleute erkennen. Mehr noch: Das eine könne er ganz sicher sagen, von denen da sei auf jeden Fall „keiner“ jemenitischer Staatsbürger.

Der Märchenonkel von Kassel löste damit einen diplomatischen Eklat aus, wie ihn die Bundesrepublik in der Vergangenheit nur ungern mit einem Staat riskiert hat: Rueini musste Deutschland im September verlassen, weil ihm die hiesigen Beamten mit aufgezeichneten Telefonaten und diversen Originalurkunden nachweisen konnten, dass er systematisch die Rückführung jemenitischer Flüchtlinge torpediert hat – offenbar mit Deckung seines Außenministeriums. Auch ein zweiter Konsularbeamter musste auf Druck der Bundesregierung gehen.

Dass Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) den beiden Diplomaten tatsächlich den Gang in die Heimat nahelegen ließ, wirkt in der sonst so stillen wie stillvollen Welt der Diplomatie wie eine lautstarke Protesthandlung. Steinmeier hat es offenbar satt, immer wieder Botschafter einbestellen zu müssen, die alles tun, um die Identifizierung von Landsleuten und damit ihre Abschiebung zu verhindern. Und er hat genug von den Versprechungen, künftig werde alles besser, aber keine vier Wochen später beschwerten sich doch wieder die Ministerialen aus den Bundesländern bei ihm, sie würden mit ihren Ab-

schiebe-Kandidaten weiter hingehalten. Erwischt hat es zwar nun den Jemen, gemeint sind damit aber auch alle anderen Länder, die auf einer schwarzen Liste der deutschen Ministerialbehörden stehen, im Regierungsjargon „Problemstaatenliste“ genannt.

Die Achse der Aussitzer reicht von Kuba über Algerien bis Pakistan, von China über Ägypten bis nach Liberia. Die unter Verschluss gehaltene Sünderkartei umfasst 29 Länder, und sie umfasst das ganze Repertoire an Trickereien, mit denen man sich die lästigen Deutschen mit ihren nervigen Abschiebungen vom Hals zu halten vermag.

Dazu gehört zum Beispiel die Forderung Burkina Fasos, vor der Heimreise müsse der Ausländer erst mal eine bis zu dreijährige Ausbildung in Deutschland bekommen, nicht zu vergessen 10 000 Euro, damit ihm der Start zu Hause leichter falle. Eritrea wiederum verlangt drei Zeugnisaussagen von Landsleuten in Deutschland, dass der Kandidat wirklich aus Eritrea kommt. Wo man nun diese drei eritreischen Zeugen auftreibt, die noch dazu älter als 40 Jahre sein müssen? Nicht das Problem der Diplomaten.

Als baden-württembergische Beamte mal einen verurteilten Mörder beim eritreischen Konsulat in Frankfurt vorführen wollten, hatten sie ebenso Pech wie bayerische Kollegen mit einem Serientäter bei der äthiopischen Vertretung in Berlin: Der äthiopische Botschafter war angeblich nicht da, und bei den Eritreern kamen die Deutschen nicht mal am Pfortner vorbei – obwohl die Termine fest vereinbart waren.

Auch Nigeria verweigerte 2005 einfach monatelang Vorführungen in der Bot-

schaft. Begründung: Die Deutschen behandelten Nigerianer immer so schlecht, wofür es zwar mitunter tatsächlich Anzeichen gab, was aber kaum als dauerhaftes Argument im zwischenstaatlichen Umgang taugt. Als die Botschaft den Stopp wieder aufhob, stieg der Tarif pro Vorführung von 130 auf 250 Euro.

In der Vertretung von Aserbaidschan soll der Preis für gewünschte Angaben monatelang noch deutlich höher gelegen haben – allerdings nicht für die deutschen Behörden, sondern für Aserbaidschaner, die nicht abgeschoben werden wollten. Für angeblich 1500 Euro, so Hinweise, die bei den Ausländerbehörden eingingen, hätten sie sich eine Bescheinigung kaufen kön-

Nicht unendlich, aber immerhin neunstellig sind die Kosten, die jedes Jahr nach Schätzung der Ausländerbehörden entstehen, weil die Botschaften sich querstellen. Bei 68 865 Flüchtlingen aus Problemstaaten, so die amtliche Hochrechnung in der Liste, erreichen allein die vom deutschen Fiskus zu tragenden Lebensunterhaltskosten rund 410 Millionen Euro im Jahr. Und auch, wenn die Zahl von 505 verhinderten Abschiebungen jemenitischer Flüchtlinge angesichts historisch niedriger Asylzahlen und rigider deutscher Prüfverfahren kaum ins Gewicht fällt – die Sabotage von Staats wegen ist ein Affront im diplomatischen Gewerbe, den sich keine Regierung gefallen lassen will.



Abschiebung von Flüchtlingen (in Hamburg): Bakschisch fürs Bleiberecht

nen – eine Art Bakschisch fürs Bleiberecht. Aus dem Papier ging dann hervor, dass man zwar in Aserbaidschan geboren sei, aber wundersamerweise trotzdem kein aserbaidshanischer Staatsbürger, Abschiebung ausgeschlossen. 114 solcher Fälle stellten die Ausländerbehörden fest.

Meistens allerdings bremsen die Problemstaaten deutsche Behörden nicht mit Schikanen, sondern durch schlichtes Nichtstun aus. So stellten die Deutschen bei den Vertretungen im ersten Halbjahr 2005 rund 6700 Anträge mit dem Ziel, entweder neue Pässe zu besorgen oder in Interviews die wahre Herkunft von Ausländern auszuforschen. Doch auf gut die Hälfte der Anträge kam mehr als sechs Monate lang keine Antwort aus den Botschaften und Konsulaten.

Besonders lange dauert es zum Beispiel bei der Elfenbeinküste, Pakistan oder Ägypten, so lange, dass ein offenbar sarkastisch veranlagter Beamter die „Überprüfungsdauer“ in der Problemstaatenliste zum Teil mit einer umgekippten „8“ vermerkt hat – das mathematische Kürzel für unendlich.

Schon im März 2005 hatte sich der jemenitische Botschafter im Auswärtigen Amt deswegen einen Rüffel abgeholt. Natürlich versprach er Besserung, aber von 18 deutschen Anträgen blieben im ersten Halbjahr 2005 trotzdem 17 mindestens ein halbes Jahr lang unbearbeitet liegen. Seit gut einem Jahr ermitteln nun die hessischen Behörden gegen die Vertreter des Konsulats in Frankfurt.

Mühsam trugen die deutschen Fahnder Indizien für die systematische Verweigerung zusammen, der Verfassungsschutz schaltete sich ein. Schließlich zapften die Ermittler sogar Telefone an – bei Diplomaten ein höchst heikles Vorgehen, das zeigt, wie hoch der Leidensdruck sein muss. In bis zu hundert Fällen stellten sich Mohammed al-Rueini und sein Kollege Ali al-Thaur bei der Identifizierung dumm. Mal behaupteten sie, der Flüchtling sei Äthiopier, kein Jemenit; in anderen Fällen tippten sie auf Somalier oder Eritreer.

Deutsche Ermittler vermuten, dass es sich um einen Freundschaftsdienst für die

Flüchtlinge gehandelt haben könnte, die hier bleiben wollten. Möglich aber auch, dass sich der Jemen ungeliebte Bürger auf Abstand halten wollte, in Deutschland eben. Außerdem stärken dort verdiente Devisen, die nach Hause geschickt werden, die heimische Wirtschaft.

So oder so ist aus dem Fall nun ein Exempel geworden. Die Bundesregierung will zeigen, dass sie solche Obstruktion nicht länger tatenlos hinnimmt, auch nicht beim Jemen, obwohl dort immer mal wieder Deutsche entführt werden und das Auswärtige Amt für solche Fälle dringend auf gute Beziehungen angewiesen ist.

Kaum hatten die Hessen ihr Ermittlungsdossier nach Berlin geschickt, bestellten Steinmeiers Ministeriale am 28. August deshalb den jemenitischen Botschafter Yahya Ali Mohamed al-Abjadh ein. Die Jemeniten revanchierten sich: Schon einen Tag später musste in Aden der deutsche Botschafter Frank Marcus Mann zum Rapport bei Außenminister Abubakr Abdullah al-Kirbi antreten. Der schlug aber nur den üblichen Weg vor: unauffällige Bereinigung, bloß kein Aufsehen. Ein jemenitischer Spitzenbeamter könne doch mit dem nächsten Flugzeug nach Deutschland kommen und das Nötige regeln.

Doch Steinmeiers Diplomaten, sonst Meister der leisen Lösung, dachten diesmal nicht an Zurückhaltung – zu offensichtlich lag der Fall. In der ersten Septemberwoche sprach ein deutscher Spitzenbeamter beim stellvertretenden jemenitischen Außenminister vor und legte nach: ein dickes Dossier, das die gravierendsten Fälle akribisch ausbreitete. Der Jemen, so der Diplomat, sei auf der ganzen Linie „unkooperativ“, die überführten Konsularbeamten Mohammed al-Rueini und Ali al-Thaur ziehe die Regierung in Aden besser zurück.

Danach wurde der Fall im Jemen zum Politikum. Die Regierung hat die deutschen Anschuldigungen offiziell zurückgewiesen, sie basierten „auf fragwürdigen Quellen“ – als ob die Protokolle der abgehörten Telefonate nicht eindeutig wären. Die deutsche Regierung, giften die Diplomaten in Sanaa, wolle mit ihrer Forderung, die Konsularbeamten abzuziehen, Einfluss auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen nehmen – eine, wie es in Berlin heißt, „abstruse Unterstellung“.

Auch ein Gipfeltreffen zwischen Steinmeiers Staatssekretär Georg Boomgaard und dem jemenitischen Minister für internationale Zusammenarbeit, Abdulkareem al-Arhabi, brachte keinen Kompromiss. Schließlich, Ende September, gab der Jemen endlich auf, räumten Rueini und Thaur ihre Abwehrstellung in Frankfurt am Main. Die beiden Diplomaten, die in so vielen Fällen verhindert hatten, dass Landsleute in die Heimat zurückfliegen mussten, flogen selbst zurück nach Hause.

JÜRGEN DAHLKAMP, HOLGER STARK



PAUL LANGROCK / AGENTUR ZENIT

Asbest-Entsorgung (im Berliner „Palast der Republik“ im Oktober): Tragisches Ende eines Wunderstoffs

GESUNDHEIT

Der späte Tod

Asbest ist seit Jahren verboten. Doch ihre schreckliche Wirkung zeigen die feinen Fasern des Baustoffs erst jetzt: Mehr als anderthalbtausend Menschen sterben jedes Jahr, Hunderttausende von Arbeitern und Heimwerkern sind gefährdet.

Der Arzt versuchte herauszufinden, wo sein Patient sich den Tod geholt hatte, aber Klaus Jeziorkowski konnte es ihm nicht sagen.

Die Diagnose war eindeutig: Mesotheliom – Krebs im Rippenfell. Die Prognose war es ebenso: Jeziorkowski, 71, emeritierter Literaturprofessor, hatte vielleicht noch ein oder zwei Jahre zu leben. Die geschätzte Todeswahrscheinlichkeit der Krankheit: über 90 Prozent. Aber woher hatte er den teuflischen Tumor?

Der Arzt erklärte ihm, dass dieser Krebs üblicherweise nur bei Menschen auftritt, die viel mit Asbest zu tun hatten. Jeziorkowski grubelte, vermutete Asbest in der Frankfurter Universität oder den Bibliotheken, in denen er so viele Jahre verbracht hatte.

Dann erinnerte er sich: „Vor dem Studium habe ich sechs Monate als Hilfsarbeiter am Hochofen gearbeitet.“ Heiße Schlacke hatte seine Kolonne zu transportieren, ein Anzug aus Asbest schützte ihn damals vor der Hitze – und sorgte vermutlich dafür, dass der Professor heute, fast fünf Jahrzehnte später, in tödliche Gefahr geriet.

Jeziorkowski musste lernen, was nur wenigen bewusst ist: Asbest ist kein Problem der Vergangenheit. Der Stoff ist zwar seit 1993 in Deutschland verboten, doch ihre schreckliche Wirkung zeigen seine winzigen Fasern erst jetzt. Das „Mineral der

tausend Möglichkeiten“, wie es einst von den Werbern der Industrie gepriesen wurde, ist zum Mineral der tausend Tode geworden.

Fast 1600 Menschen tötete der Stoff vergangenes Jahr in Deutschland, Hunderttausende bringt er in Lebensgefahr (siehe Grafik). Schon jetzt sterben jedes Jahr mehr Menschen an Asbest als durch Arbeitsunfälle. Den „Höhepunkt der Erkrankungswelle“ erwarten die Berufsgenossenschaften sogar erst zwischen 2010 und 2015.

Es ist das tragische Ende der Geschichte eines Gifts, das lange als Wunderstoff galt: unbrennbar, hitzebeständig, säure-resistent, reißfest, flexibel und auch noch billig. Die Silikatfasern des Asbests bedeckten bald Wände und Böden, sie steckten in Tischtennisplatten und Toastern, sie wurden in Beton gemischt, unter Böden gestrichen, um Heizungsrohre gewunden.

Die Folgen lassen sich heute zum Beispiel in Augsburg besichtigen, Oblatterwallstraße 18. Die „Zentrale Erfassungsstelle asbeststaubgefährdeter Arbeitnehmer“, ein unscheinbarer grauer Kasten, ist das größte Sündenregister der deutschen Industriegeschichte. Hier sind Arbeiter erfasst, die früher mit Asbest zu tun hatten.

Hunderttausende von Röntgenbildern hüten die Experten hier, alles Aufnahmen von Brustkörben, angefertigt zu Zeiten,

da die Arbeiter noch gesund waren. „Jeden Monat verschicken wir etwa 4000 an Ärzte“, sagt Sachbearbeiter Olaf Nilson, 43. Die Menschen, von denen die Bilder stammen, erhalten zur gleichen Zeit einen warnenden Brief: „Sehr geehrter Herr ..., in früheren Jahren waren Sie bei Ihrer beruflichen Tätigkeit Asbeststaub ausgesetzt. Derartige Asbeststaubbelastungen können zu Veränderungen in der Lunge führen.“

Nilson schickt – das ist die Aufgabe der Erfassungsstelle – die Menschen zum Arzt, damit ein Mediziner alte und neue Röntgenaufnahmen miteinander vergleicht. Spätestens alle drei Jahre sollen sie von einem Spezialisten überprüfen lassen, ob sich ihre Lunge verändert hat und auf welche Art sie das tut. Asbestose, Berufskrankheit Nummer 4103 in der Liste der Berufskrankheiten, ist selten tödlich, aber oft beschwerlich. Lungen- und Kehlkopfkrebs, Nummer 4104, sind manchmal heilbar, aber meistens tödlich. Wächst ein Tumor im Rippenfell, Bauchfell oder Herzbeutel, heißt die Krankheit Mesotheliom, Nummer 4105, ist kaum frühzeitig erkennbar und endet fast immer tödlich.

Regelmäßig bekommen Nilson und seine Kollegen eine Ahnung von den Schicksalen, die hinter den Röntgenbildern stecken. „Fast jeden Tag kommen Briefe zurück“, sagt Nilson. „Meistens ist dann

ein Stempel von der Post drauf: „Empfänger verstorben.“ Manchmal schreiben auch die Witwen.

511 358 Arbeitnehmer, aktuelle und ehemalige, sind in Augsburg erfasst, das hat die letzte Zählung zum Jahreswechsel ergeben, 309 891 davon schweben in Gefahr und wurden schon zum regelmäßigen Arztbesuch aufgerufen. Und es gibt noch weitaus mehr Todeskandidaten: „Die Dunkelziffer ist hoch“, sagt der Leiter der Erfassungsstelle, Eckart Bulla.

Denn nicht alle Betriebe, die mit Asbest gearbeitet haben, wurden registriert; und aus den Betrieben, die erfasst sind, sind es nicht alle Mitarbeiter. Gar nicht erst zuständig sind die Augsburger für Hobby-Handwerker und andere Menschen, die nur in ihrer Freizeit dem Staub ausgesetzt waren: die sich etwa Eternit-Platten fürs Dach zurechtgeschnitten oder beim Renovieren den asbesthaltigen Fußbodenbelag herausgerissen haben. „In den vergangenen Jahren haben wir mehr als 2000 verdächtige Materialproben aus privaten Haushalten untersucht“, berichtet die Stiftung Warentest – die Hälfte sei belastet gewesen.

Das Bayerische Landesamt für Umweltschutz rät dringend, „im Zweifel eine Analyse durch ein anerkanntes Labor“ durchführen zu lassen. In jedem Fall gelte: „Faserfreisetzung vermeiden, das heißt nicht bohren, sägen oder fräsen.“ Denn jede noch so kleine Menge kann Krebs hervorrufen. „Theoretisch könnte schon eine einzige Faser Krebs auslösen, allerdings nur mit einer sehr geringen Wahrscheinlichkeit“, warnt das Landesamt.

Das klingt beunruhigender, als es ist. „Wir haben alle solche Asbestkörperchen in der Lunge, sie kommen in der Natur vor und müssen in geringer Menge nicht krank machen“, sagt Dieter Köhler, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie. In seiner Klinik würde er Asbest nicht unbedingt herausreißen, „überstreichen reicht auch, um die Fasern zu binden“.

Doch Köhler weiß, wie gefährlich der Stoff ist, wenn die Fasern in die Atemluft geraten. „Ich habe schon eine Ehefrau behandelt, die immer nur die Hosen ihres Mannes ausgeschüttelt hat und dann Asbestose bekam.“

Die tückische Faser ist viel zu klein, als dass sie mit bloßem Auge zu erkennen wäre, ein etwa ein Nanometer langes Stäbchen, das unter dem Elektronenmikroskop aussieht wie ein Schaschlik-Spieß.

Gelangt eine Asbestfaser in die Lunge, ist die Körperabwehr zur Stelle. Doch die Fresszellen können die harte Faser nicht zerstören. Immer neue Abwehrzellen versuchen sich vergeblich und sterben ab, die Reste bleiben an der Faser kleben. Diese Stäbchen mit Verdickungen reizen dann die Lunge, lassen das Gewebe vernarben und Tumoren wachsen.

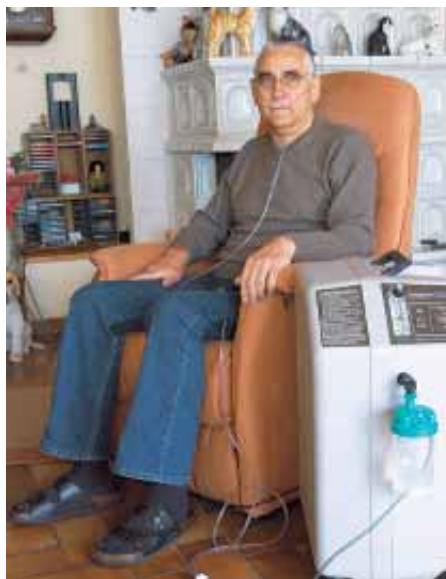


Zentrale Erfassungsstelle, Sachbearbeiter Nilson: „Empfänger verstorben“

Die Menschen aber leben lange mit den Asbestfasern, manche jedenfalls. Hannelore Ehlers aus Berlin trägt sie schon fast 50 Jahre in ihrer Lunge, ihre Schwester indes ist tot. 1959 arbeitete Ehlers in der Spinnerei der Deutschen Asbestwerke in Berlin-Reinickendorf. Gewaltige Maschinen spannen Asbest für Feuerwehrranzen oder feuerfeste Decken. „Ich musste die Fäden wieder verbinden, wenn sie gerissen waren“, sagt Ehlers. „Wenn die Maschine wieder anfuhr, dann staubte das, als wenn man die Betten ausschüttelt.“

In der Halle sah es dann aus, als fiele frischer Schnee. „Das Asbest war so dicht in der Luft, dass man sich kaum sehen konnte“, sagt Ehlers.

Auch ihre Schwester Marianne arbeitete in der Fabrik, fast fünf Jahre lang. Sie ist vor 18 Jahren gestorben, Asbestose und Lungenkrebs, Hannelore Ehlers hat sie bis



Asbest-Opfer Pudelko

„Das hat immer schön gestaubt“

zum Ende begleitet. „Sie ist elendig zugrunde gegangen“, sagt sie.

Vor drei Jahren diagnostizierte der Arzt auch bei ihr Asbestose; eine Überraschung war es nicht, trotzdem ein Schock. Regelmäßig bekommt sie „einen Wahnsinns Husten, wie wenn man erstickt“. Und alles nur, weil sie damals niemand aufgeklärt habe. Einen Atemschutz gab es nicht, nur eine „Schmutzzulage“ von ein paar Mark, erinnert sich Ehlers. „Dabei wussten die doch damals schon, was das für ein Zeug ist.“

Tatsächlich war die tödliche Gefahr in den fünfziger Jahren längst bekannt und erforscht, schon die Nationalsozialisten erkannten an, dass der Stoff Asbestose und Lungenkrebs auslösen kann. Doch das Problem wurde erst ignoriert und dann klein geredet. „Die Bundesrepublik hat es lange laufen lassen“, klagt der emeritierte Arbeitsmedizinprofessor Hans-Joachim Woiwitz aus Gießen, einer der Vorkämpfer für das Asbest-Verbot. „Das war in den Siebzigern ein Spießrutenlauf.“

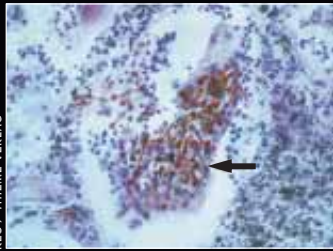
Die Industrie tat alles, um den Wunderstoff weiter verwenden zu können. Als etwa 1977 das Europa-Parlament einmal Kritik äußerte, bedauerten die Lobbyisten des Asbestverbands e. V. in einem vertraulichen Rundschreiben, dass „wir trotz nachhaltiger Bemühungen“ den kritischen Bericht „nicht verhindern konnten“. Jetzt werde man bei „rund 800 Persönlichkeiten des Deutschen Bundestags, des Europa-Parlaments“ und der „zuständigen Ministerien und Behörden“ intervenieren, um unangenehme Folgen vorzubeugen.

Ebenso wenig verhindern konnten die Lobbyisten, dass der SPIEGEL 1980 exklusiv über eine Studie berichtete, die Woiwitz im Auftrag des Umweltbundesamts erstellt hatte. Darin kam der Professor zu dem Schluss: Asbest gehört verboten.

Prompt protestierte der Gesamtbetriebsrat der Eternit AG bei Bundesar-

Schleichendes Gift

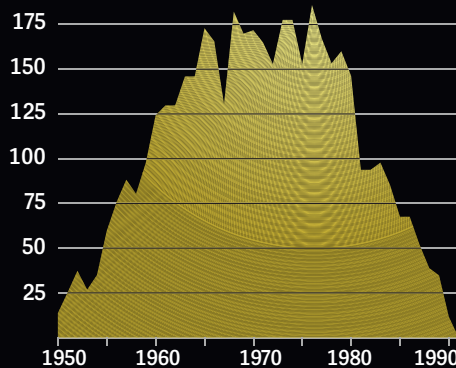
Wie der Umgang mit Asbest in Deutschland ...



Ansammlung von Asbestkörperchen in der Lunge

ASBESTVERBRAUCH

Westdeutschland, in tausend Tonnen



Quelle: Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, ab 1995 auch Unfallkassen und landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften

... die Menschen Jahrzehnte später krank macht

NEUERKRANKUNGEN verursacht durch Asbeststaub

Asbestose**

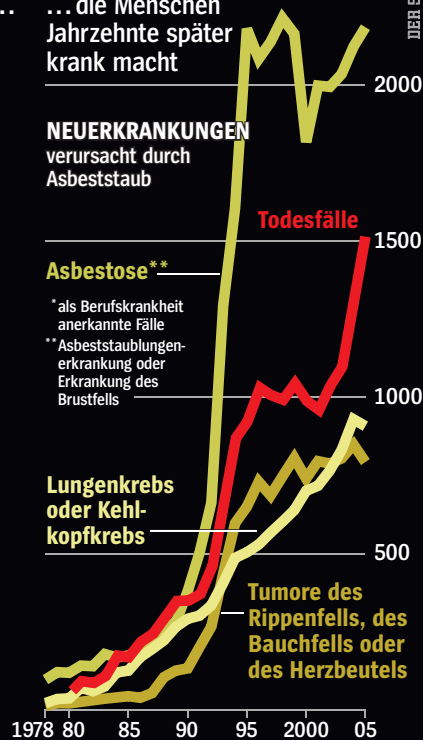
* als Berufskrankheit anerkannte Fälle

** Asbeststaublungen-erkrankung oder Erkrankung des Brustfells

Lungenkrebs oder Kehlkopfkrebs

Tumore des Rippenfells, des Bauchfells oder des Herzbeutels

Todesfälle



DER SPIEGEL

beitsminister Herbert Ehrenberg (SPD). Schon die Ankündigung eines Verbots würde „nicht nur zu Massenentlassungen führen“, hieß es in dem Schreiben – es bestehe die Gefahr, „dass unsere Gesellschaft zusammenbrechen kann, bevor neue Technologien entwickelt wurden“.

Ein lächerliches Argument in einem Kampf, den Leute wie Witowitz erst Jahre später endgültig gewannen. 1993 trat das umfassende Verbot in Kraft.

Da aber hatten Männer wie Jürgen Pudelko schon lange verloren. Sie wussten nur nichts davon. Heute sitzt der 59-Jährige auf seinem Sofa und hat einen Schlauch in der Nase. Und weil der Schlauch neun-einhalb Meter lang ist, spielt sich das Leben von Jürgen Pudelko aus Hamburg fast nur noch auf den wenigen Quadratmetern rund um sein Sauerstoffgerät ab.

„Vor zwei Jahren haben sie Lungenkrebs und Asbestose festgestellt“, sagt er. Den Tumor schnitten die Ärzte aus seinem Körper, dann ging es Pudelko besser, doch vor einigen Monaten bekam er kaum noch Luft. Nun hat er die Maschine, die ihm den Sauerstoff in die Nase pustet.

Ende der sechziger Jahre war Pudelko „Spritzer“, wie er selbst sagt. Er hatte eine Pistole in der Hand, ähnlich einem Hochdruckreiniger, nur dass seine Pistole über einen Schlauch mit einer Maschine verbunden war, die Asbestfasern hineinpustete. „Das hat immer schön gestaubt“, sagt er. In Zwölf-Stunden-Schichten habe er

das Zeug gespritzt – in Kraftwerken, auf Schiffen, in Raffinerien.

Und dort steckt es heute vielfach noch. So dramatisch die Folgeschäden für die Menschen sind, so immens sind die Folgekosten für die Wirtschaft und den Staat. Bekanntestes Beispiel: der Palast der Republik in Berlin. Erst kürzlich wurde bekannt, dass sein Abriss noch länger dauert und noch rund zehn Millionen Euro teurer wird als ohnehin geplant. Denn jetzt wurde Asbest auch in den Fugen gefunden – dort hatte den Stoff bei der Abbruch-Aus-schreibung angeblich keiner vermutet.

„Da kommt jetzt einiges auf uns zu“, sagt der Geschäftsführer des Deutschen Abbruchverbands, Andreas Pocha. Die Unternehmen, die seinem Verband angehören, darf es freuen. Gewerbe-Immobilien werden für gewöhnlich etwa 35 Jahre genutzt, sagt Pocha, und besonders viel Asbest wurde in den siebziger Jahren verbaut. Es gibt also nun viel Geld zu verdienen.

Noch immer wird Asbest abgebaut und verbaut. Mehr als zwei Millionen Tonnen werden jedes Jahr gefördert, schätzt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Industrielle in Russland, China oder Kanada behaupten: Man müsse nur die richtige Asbest-Art richtig verwenden, dann drohe keine Gefahr. Die bläulichen oder braunen Asbest-Sorten seien vielleicht gefährlich, nicht aber das weiße sogenannte Chrysotil.

Dem widersprechen viele Experten. Die Internationale Vereinigung für soziale Sicherheit, ein Zusammenschluss von Krankenkassen und Berufsgenossenschaften, spricht von einer „gesundheit-politischen Zeitbombe“. Sie sieht einen „eindeutigen wissenschaftlichen Konsens darüber, dass Asbest in allen seinen Formen krebserregend ist, auch in geringen Dosen“.

Noch aber will Kanada seine Bergwerke nicht schließen. Etwa in der Stadt, die sogar ihren Namen dem Stoff verdankt: Asbestos in der Provinz Quebec. Hier liegt eines der größten Abbaugelände der Welt, die Tagebaue sind sechs Quadratkilometer groß, 350 Meter tief. Weiter südlich aber, in den Vereinigten Staaten, ist der Stoff mittlerweile weitgehend verboten und ernährt die Anwälte.

Bis 2002 mussten Industrie und Versicherungen, so eine Studie des Rand Institute for Civil Justice, bereits über 70 Milliarden Dollar zahlen. In Deutschland sind die Ansprüche niedriger – aber addieren sich doch zu einer erklecklichen Summe: „Deutlich über zehn Milliarden Euro“ müssen insgesamt wohl an Asbest-Opfer ausgezahlt werden, schätzt Joachim Breuer, Hauptgeschäftsführer der gewerblichen Berufsgenossenschaften.

Doch etliche Betroffene klagen darüber, dass sie zu wenig, zu spät oder überhaupt keine Rente kassieren. „Die Berufsgenossenschaften drücken die Entschädigungen, wo sie nur können, wenn sie denn überhaupt zahlen“, sagt Angela Vogel, Vorstandsmitglied des Verbands arbeits- und berufsbedingt Erkrankter. Die Berufsgenossenschaften weisen derartige Vorwürfe zurück.

Peter Lerche geht es nicht mehr ums Geld. Er ist dankbar für jeden Monat, den er noch lebt. Zweieinhalb Zentimeter Durchmesser hat der Tumor, den er in seinem Brustkorb trägt. Lerche, 65, freut sich, dass der Krebs in den vergangenen Monaten nicht gewachsen ist. Mit 13 Jahren wurde er Lehrling, später Heizungsbaumeister. Der Essener hat hart gearbeitet, ein Leben lang und fast immer mit Asbest. „In meinem Beruf gab's doch fast keine Sache, die nicht asbesthaltig war“, erzählt er auf einer Sitzung der Asbestose-Selbsthilfegruppe in Essen. Der Kitt für die Kessel, die Dichtungen, die Rohre, die Lüftungs-kanäle – überall Asbest.

Als die Gefahr dann bekannt wurde, machte er sogar einen Lehrgang. Das Zeugnis hängt heute an der Wand seines Büros: Am 4. August 1993 bescheinigte die Handwerkskammer Düsseldorf, dass Herr Peter Lerche die erforderliche Sachkunde „für Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten an Asbestzementprodukten“ besitzt.

Nur aus seinem Körper kann die Fasern niemand mehr herausholen.

MARKUS VERBEET, MARC WIDMANN

FLUGVERKEHR

Erschreckende Mängel

Tests der Bundespolizei bringen es an den Tag: Die Sicherheitskontrollen an Flughäfen sind löchrig, viele Waffen bleiben unentdeckt.

Die Kontrolleure der Kontrolleure kommen oft zu dritt, mal in Business-Kluft, mal im legeren Urlauber-Dress. Der erste sucht sich unauffällig einen Platz, von dem aus er die Szenerie überblicken kann, der zweite reiht sich in der Schlange unmittelbar vor dem dritten ein – und das ist der, der den Köder bei sich trägt: ein Klappmesser im Schuhabsatz etwa oder ein zur Bombenattrappe umgebautes Kofferradio im Handgepäck.

367-mal forderten Beamte der Bundespolizei und Sicherheitsleute des Flughafen-

mindestens einer von drei Versuchen glückte, mit Waffen an den Kontrolleuren vorbeizukommen. An anderen Flughäfen, sagen Sicherheitsleute, seien die Zahlen nicht besser. Harald Hofsä, Personalratschef der Bundespolizei in Köln, hält eine ähnliche Quote dort für „realistisch“.

Besonders erfolgreich sind die Testschmuggler, wenn sie gezielt Schwachpunkte ausloten. Einmal, berichtet ein Insider, hätten die Beamten bei zahlreichen Checks hintereinander Messer und Pistolen im Genitalbereich versteckt. Reihenweise fielen insbesondere junge Kontrolleure mit muslimischem Glauben durch – offenbar aus Scham, gerade dort rigoros abzutasten. „An den Kontrollstellen sind im Schnitt 40 Prozent Ausländer, darunter viele Türken“, sagt ein leitender Mitarbeiter der Sicherheitsfirma FIS, die in Frankfurt und anderen Flughäfen kontrolliert.

Wer einen Lockvogel mit Waffe passieren lässt, muss mit einem Eintrag in die Personalakte rechnen. In Frankfurt wurden in der ersten Jahreshälfte zudem mindestens 19 Kontrolleure zur Nachschulung verdonnert und zwei entlassen, weil sie bei Realtests versagten. Die FIS-Leute tragen

amüsiert ist, wenn die Fluggesellschaften über eine stockende Abwicklung klagen.

„An langen Warteschlangen hat niemand Freude“, sagt der für Sicherheit zuständige Fraport-Vize Manfred Schölch. Zwar sei eine Quote von mehr als 30 Prozent unentdeckter Waffen nicht schön, „aber wir haben die Defizite erkannt und arbeiten daran, besser zu werden“.

Nur wie das gehen soll, ist unklar – denn billiger werden sollen die Kontrollen auch. Druck machen vor allem die Fluggesellschaften, denen die Sicherheitsentgelte zu hoch sind. Mitte des Jahres teilte der Fraport-Vorstand den „lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ mit, dass „unsere Kunden“ eine „nachhaltige Senkung der Kosten“ verlangten. Dafür, so die Planung, soll bis Jahresende eine neue Firma gegründet werden, die das Personal der FIS größtenteils übernimmt – und noch niedrigere Eingangstarife zahlt.

Und das, obwohl die Anforderungen an die Kontrolleure wachsen. Seit diesem Montag müssen die Sicherheitsleute auch dafür sorgen, dass die Passagiere Flüssigkeiten nur noch in durchsichtigen Plastiktaschen und Portionen von höchstens



SCHÖNING / ULLSTEIN BILDERDIENST

Fluggastkontrolle in München: „An langen Warteschlangen hat niemand Freude“

betreibers im ersten Halbjahr 2006 allein am größten deutschen Verkehrsflughafen in Frankfurt am Main das Sicherheitspersonal an der Personen- und Gepäckkontrolle zur verdeckten Qualitätsprüfung heraus. Die Ergebnisse solcher „Realtests“ halten die Behörden unter Verschluss wie Staatsgeheimnisse. Mit gutem Grund: Sie offenbaren regelmäßig eklatante Sicherheitsmängel. In einem Quartal in der ersten Hälfte dieses Jahres waren 45 von 123 Schmuggelversuchen am Frankfurter Airport erfolgreich. Das heißt: 45-mal innerhalb von drei Monaten hätte im schlimmsten Fall ein Messer, eine Pistole oder eine Bombe an Bord eines Flugzeugs gelangen können.

Eine solche Quote von gut 36 Prozent ist keineswegs selten. Seit Jahren gibt es in Frankfurt häufig Testreihen, bei denen

neben großer Verantwortung ständig das Risiko, arbeitslos zu werden – bei einem Einstiegsstundenlohn von 7,66 Euro nach einer knapp sechswöchigen Ausbildung. „Modernes Sklaventum“ nennt das Josef Scheuring von der Gewerkschaft der Polizei: „Wenn man für diese Arbeit motivierte Leute will, darf man sie nicht so erbärmlich bezahlen.“

Immer wieder klagen die oft jungen FIS-Angestellten über den Druck, dem sie sich ausgesetzt fühlen. Wenn die Schlangen vor den Kontrollschaltern länger werden und die Fluggäste unruhiger, könne unterbewusst der Drang entstehen, etwas schneller und weniger gründlich zu arbeiten, weiß FIS-Betriebsratschef Raimund Kress – zumal auch der Flughafenbetreiber Fraport als Muttergesellschaft der FIS nicht

100 Millilitern in den Flieger mitnehmen. Dafür sei das Personal in Frankfurt um 100 Kontrolleure verstärkt worden, sagt Schölch. Ein Großteil der zusätzlichen Leute wird allerdings damit beschäftigt sein, den täglich bis zu 180 000 Fluggästen zu erklären, dass ihre Tüte nur ein Minivolumen von einem Liter haben darf oder dass sie ihren 125-Milliliter-Rasierwasser-Flakon in den Mülleimer werfen müssen.

Den Passagieren, meint Bundespolizist Hofsä, sei die ganze Angelegenheit ohnehin kaum mehr vermittelbar: „Sie sollen die Nagelfeilen abgeben, die sie für ihre Frau gekauft haben, aber gleichzeitig kommen bei den Realtests Waffen oder Bombenattrappen durch die Kontrollen – und das nicht gerade selten.“

MATTHIAS BARTSCH,
JÜRGEN DAHLKAMP, HOLGER STARK

RELIGION

Rätselhaftes Fanal

Dreißig Jahre nach dem Freitod von Oskar Brüsewitz verbrennt sich erneut ein ostdeutscher Pfarrer öffentlich. Der Geistliche fürchtete die Ausbreitung des Islam.

Die Erfurter Augustinerkirche ist bis auf den letzten Platz besetzt. An Luthers alter Wirkungsstätte wird zum Reformationstag ein Kantaten-Gottesdienst geboten, der übergemeindliche Oratorienchor intoniert Johann Sebastian Bach: „Es ist das Heil uns kommen her.“ Nach dem Gottesdienst soll es fröhlich weitergehen, mit einem „heiteren Theaterumgang auf Luthers Spuren“.

Doch um 10.45 Uhr ist es mit der Freude im Kloster jäh vorbei. Eine Schwester der Communität Casteller Ring entdeckt während des Gottesdienstes in einer nahen Baugrube einen lichterloh brennenden Mann. Sie hört ihn schreien: „Jesus“, „Jesus“. Beherzte Passanten löschen das Feuer, die herbeigeeilten Schwestern beruhigen das noch ansprechbare Brandopfer: „Der Heilige Christophorus ist bei dir.“

Am nächsten Tag ist der 73-jährige Roland Weißelberg tot.

Das Fanal von Erfurt schreckt Geistliche in ganz Deutschland auf. Denn der lebensmüde Rentner war ein Pfarrer im Ruhestand, und seinen geplanten Tod am Reformationstag hat er offenbar dem Kampf gegen die Ausbreitung des Islam in Deutschland gewidmet – und als Mahnung an seine evangelische Kirche verstanden.

Der Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Axel Noack, warnte umgehend vor einem Kulturstreit. Sein Thüringer Amtskollege Christoph Kähler regte die Entwicklung einer neuen Gesprächskultur an. Derweil befürchtet der Präsident der „Islamischen Religionsgemeinschaft“ in Berlin, Abdurrahim Vural, nach dem spektakulären Feuertod vor allem eines: das Ende des mühsamen Dialogs der Religionen.

Im Stadtteil Windischholzhausen im Südosten von Erfurt sitzt Uwe Edom in seinem Pfarrhaus und versucht zu verstehen, was kaum zu verstehen ist. 26 Jahre wirkte Weißelberg in der Kirchengemeinde, 2 Jahre als Hilfsprediger, 24 Jahre als Pfarrer. 1989 ging er in den Ruhestand. Fröhlich, offen, burschikos sei der Mann gewesen. Geschätzt hätten ihn die Menschen, sagt Edom, weil er sich nie gedrückt habe vor einer Auseinandersetzung, auch nicht mit den Mächtigen der SED.

Der vermeintliche Vormarsch des Islam hat den Theologen zweifellos umgetrieben

in letzter Zeit. Vor Monaten, erinnert sich Edom, habe Weißelberg ihn darauf angesprochen. Es muss in etwa zu jener Zeit gewesen sein, als der Karikaturenstreit weltweit eskalierte. Weißelberg war besorgt, dass der Islam immer stärker werde: „Wir müssen was dagegen tun.“

Doch die Meinungen der beiden Kirchenmänner waren verschieden, und so gingen sie nach kurzer Diskussion wieder ihrer Wege. Der eine vergaß das Gespräch, der andere steigerte sich offenbar immer weiter in seinen Wahn hinein. Ende September übernahm Weißelberg einen Got-

Weißelberg das Treffen immer wieder unter das Motto Islam stellen wollen. Doch Mehrheiten fand er nicht. In diesem Jahr wurde das Thema „Öffentlichkeit“ gewählt, davor waren „Ökumene“ sowie „Gott und Geschichte“ an die Reihe gekommen.

Weißelberg hat Begriff eine Art Abschiedsbrief hinterlassen. Es ist die Kopie eines Briefes, den er im Nachgang der Berliner „Idomeneo“-Inszenierung – deren Absetzung er ausdrücklich begrüßte – an die Lokalzeitung geschickt hatte. Es ist keine Abrechnung mit dem Islam, vielmehr beklagt Weißelberg den

„Generalangriff gegen die Religion jeglicher Couleur“.

Inzwischen ist klar, dass die Oper doch wieder aufgeführt wird. Selbst die Islam-Konferenz war dafür. Weißelberg hatte sich dagegen vor allem den Protest seiner eigenen Kirche erhofft: „Rottet die Infamie aus!“

Rätselhaft erscheint deshalb, was der Pensionär wirklich von einer Auseinandersetzung mit dem Islam erwartete. In Thüringen liegt der Ausländeranteil bei zwei Prozent. Auf 2,3 Millionen Einwohner kommen etwa 3000 Muslime. Und die sind weitgehend unauffällig: Der Verfassungsschutz versichert, dass die große Mehrheit der Thüringer Muslime „ihren Glauben friedlich und im Einklang mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung“ lebe.

Abdullah Dündar sitzt in seinem „Big Bazar“ nahe Erfurt und kann die Nachricht gar nicht fassen. Der Imam von Erfurt streicht sich nachdenklich durch den Bart: „Ich habe Leid im Herzen.“ Dündar hat in Erfurt eine alte Gärtnerei gekauft und den Klinkerbau als Moschee umgebaut. Weiter im Zentrum gibt es einen Gebetsraum. Bis zu 200 Muslime kommen regelmäßig zum Freitagsgebet, seit 1996 existiert die Gemeinde in der Stadt. Schulklassen kommen zur Moschee, um etwas über die fremde Religion zu erfahren. Dündar, dem Weißelberg nie begegnet ist, war im vergangenen Jahr zu einem dreitägigen Seminar im Augustinerkloster – das Thema war der Islam.

An dem Tag, an dem Pfarrer Roland Weißelberg brennend wie eine Fackel auf dem Gelände des Augustinerklosters stand, war Dündar im Studio des Erfurter Radios F.R.E.I. Der Imam diskutierte über das Miteinander der Religionen mit dem Chef der jüdischen Landesgemeinde – und mit einem Vertreter der evangelischen Kirche Thüringens.

STEFFEN WINTER



Erfurter Augustinerkloster: „Rottet die Infamie aus!“



Imam Dündar, Pfarrer Weißelberg (um 1976): Leid im Herzen

tesdienst in Erfurt-Marbach. Auch bei dieser Gelegenheit, so erinnern sich Teilnehmer, warnte er die Gemeinde vor der Ausbreitung des Islam.

Sollte sein Tod also die Kirche wachrütteln und zu Gegenwehr ermuntern? Dann hätte der Fall Parallelen zu einer anderen spektakulären Selbstverbrennung, welche 1976 die Evangelische Kirche in der DDR erschütterte. Am 18. August vor 30 Jahren verbrannte sich der Pfarrer Oskar Brüsewitz vor der Michaeliskirche in Zeitz, um gegen die antikirchliche Bildungspolitik der SED zu protestieren. Auch dieser Freitod sollte die eigene Kirche zum Handeln drängen, was seinerzeit tatsächlich gelang. Die Schwestern, die Weißelberg brennen sahen, glauben außer „Jesus“ noch andere Rufe gehört zu haben, die als „Oskar, Oskar“ gedeutet wurden.

Zurück bleibt Ratlosigkeit. Elfriede Begrich, die Erfurter Pröpstin, die ihr Büro am Ort der Selbstverbrennung unterhält, kennt Weißelberg als aktiven Teilnehmer des alljährlichen Ruheständlerkonvents. Sicher, in den vergangenen Jahren habe

STRAFJUSTIZ

„Ich habe es nicht ertragen“

Das Landgericht Kempten wird demnächst einen Pfleger wegen Patiententötungen verurteilen. Der Prozess weist in eine düstere Zukunft für Alte und Kranke. *Von Gisela Friedrichsen*



Verteidiger Ahegger, Fischer, Angeklagter L.: „Keine feindliche Gesinnung, keine Heimtücke und keine niedrigen Beweggründe“

Ist das die Zukunft, die uns alle erwartet? Ein Gedanke, so beängstigend, dass er hinter angeblich wichtigeren Fragen versteckt wird, bis er fast verschwindet. Blättert man die Fälle auf, in denen Pfleger oder Krankenschwestern Patienten getötet haben, stellt sich diese Frage ein ums andere Mal, sie stellt sich immer drängender. Ist das unser aller Zukunft? Werden sich künftig derartige Straftaten nicht sogar noch häufen? Was kommt da auf uns zu?

Betrachtet man in diesem Licht den Prozess gegen den Krankenpfleger Stephan L. vor dem Landgericht Kempten, in dem am 20. November voraussichtlich das Urteil gesprochen wird, drängt sich der Eindruck auf, als gäbe es tatsächlich nur ein Problem: Wie kann man L. möglichst lange einsperren – als ob sich das Beängstigende am besten durch wilde Drohung und Beschwörung vertreiben ließe.

Der Arzt: „Die Patientin war in einem bemitleidenswerten Zustand. Ganz gelb wegen der Leber, völlig abgemagert, sie stand vor dem natürlichen Ende. Wir haben ihr Morphium gegeben gegen den furchtbaren Bauchschmerz. Es war Bauchspeicheldrüsenkrebs im Endstadium. Der Magen war wegen eines Darmverschlusses riesenhaft ausgedehnt. Sie hat sich furchtbar gequält. Wir rieten dem Ehemann, einen Priester zu holen.“

Der rechtsmedizinische Gutachter: „Der Zustand hätte durchaus noch Stun-

den bis Wochen anhalten können. Prognose: kurzfristig mittel bis gut, langfristig schlecht.“

Der Verteidiger: „Die Patientin sollte schon im Februar 2003 ‚palliativ‘, also nur noch zur Linderung der Schmerzen, einer Chemotherapie unterzogen werden, was scheiterte. Sie musste mit ihren Schmerzen nach Hause geschickt werden, weil man ihr im Krankenhaus nicht mehr helfen konnte. Damals wog sie 43 Kilo. Als sie am 5. April 2003 erneut in die Klinik kam, wog sie noch 30 Kilo. Sie hatte also binnen zwei Monaten noch mal 13 Kilo verloren.“

An diesem 5. April verabreichte der Krankenpfleger L., heute 28, der Todgeweihten in der Klinik von Sonthofen eine Spritze mit einem Narkotikum, sodann ein muskellähmendes Medikament, woran sie schnell und schmerzfrei starb.

Der Staatsanwalt: „Es lag schwerstes Leiden vor. Mitleid als Motiv des Täters ist objektiv nachvollziehbar.“ Das heißt aus seiner Sicht: zwar Totschlag und nicht Mord, aber in einem besonders schweren Fall, zu bestrafen mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe unter Maßgabe der besonderen Schwere der Schuld.

Ist das angemessen? In der Öffentlichkeit wurde der Fall als Beispiel für eine angeblich selbstherrliche Wahllöslichkeit des Pflegers L. angesehen, denn die Patientin war erst 40 Jahre alt. Nicht einmal eine

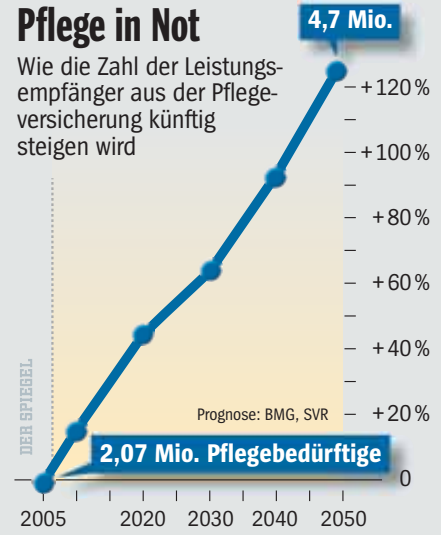
40-Jährige war also vor der Todesspritze des Todespflegers sicher!

Es ist viel Stimmung gemacht worden gegen L., der 29 Patienten umgebracht haben soll – aus Mitleid, wie er in der ersten Vernehmung erklärte, und wegen seiner Überforderung im Umgang mit schwerstkranken und zumeist hochbetagten Patienten: „Ich habe es nicht ertragen.“

L. begann am 6. Januar 2003 auf der Inneren Abteilung zu arbeiten. Er war Be-

Pflege in Not

Wie die Zahl der Leistungsempfänger aus der Pflegeversicherung künftig steigen wird



rufsanfänger. In der ersten Vernehmung sagte er: „Ich war nach kurzer Zeit in Sonthofen mit so total vielen schwerkranken, leidenden Patienten konfrontiert und hatte mit so vielen Patienten, denen es ebenso schlechtging, zu tun, das war mehr als je zuvor.“ Er kam nicht zurecht, wenn sich ein Kranker nicht mehr mitteilen, nicht mehr atmen konnte, sondern nur noch schnappte, wenn verwirrte Greise, die sich nicht mehr rühren, geschweige denn an einer Behandlung mitwirken konnten, die nicht mehr begriffen, was mit ihnen geschah, zwecks „Mobilisierung“ auf Nachtstühle verfrachtet wurden, wenn Nahrung in sie hineingestopft wurde, die sie nicht mehr schlucken konnten oder wollten.

L. hatte Mitgefühl mit den Todkranken. Mitleid bedeutet Mit-Leiden. L. litt mit den Sterbenskranken und an dem eigenen Gefühl, mit dem Leid dieser Schwerkranken nicht fertig zu werden. Es fehlte ihm, dem Anfänger, an der professionellen Distanz zu Menschen, die nicht mehr sie selbst waren, und an Erfahrung, wie man sich diese Distanz antrainiert. Wäre er kaltschnäuziger gewesen oder abgestumpft oder weniger empathiefähig, hätte er die Taten vermutlich nicht begangen.

Warum hat man sich auf der Station nicht um den Neuen gekümmert? Hat keiner bemerkt, dass er nicht zurechtkommt? Es fiel nicht mal eine plötzlich steigende Zahl von Verstorbenen auf, es waren im-



Intensivmedizin am Lebensende: Immer mehr Menschen werden 100 Jahre alt

mer viele. Nur weil Medikamente fehlten, kam man L. auf die Spur.

Die Gefahr mangelnder Distanz in Pflegeberufen, in denen man es mit dem Sterben zu tun hat, ist bekannt. L. ist nicht der erste Krankenpfleger, der am Mit-Leiden scheiterte und auch daran, dass ihm niemand beistand. Er galt als Außenseiter, war nicht ins Team integriert. An wen hätte er sich wenden sollen?

Er hätte eben den Beruf wechseln müssen, argumentieren die Anwälte der Nebenklage. Er hätte seine Überforderung selbst erkennen und beseitigen müssen und darüber nachdenken, dass er zu viel des Mitleids mit den Kranken hat. Und außerdem, was heißt schon Mitleid? „Der Mitleidende teilt sich mit“, wissen die Opferanwälte. Mitleid sei „ein kommunikativer Prozess“. Wie muss man sich das vorstellen? Dass das Feuer selbst zum Feuerlöscher eilt und diesem erklärt, wenn nicht bald einer lösche, werde es brennen?

Vom Patienten Müller (Name geändert) hieß es im Pflegebericht, er habe, obwohl die Angehörigen vom Arzt schon auf sein baldiges Ende vorbereitet wurden, noch „sehr gut gegessen und getrunken“, ehe er starb. Dass ihm Essbares zugeführt wurde, ergibt sich auch aus dem Obduktionsbericht: Selbst mehr als eineinhalb Jahre nach dem Tod wurde in Müllers Speise- und Luftröhre noch Nahrung gefunden.

Die Rechtsmedizin, vertreten durch Professor Matthias Graw, tat sich in Kempten mit der „retrospektiven Prognose“ hervor; mehr als ein Dafürhalten ist das nicht, auch wenn es wissenschaftlich hochtrabend vortragen wird. Graw erkannte bei Müller einen „ondulierenden Krankheitsverlauf“. Am 30. Januar 2003 reagierte der Mann noch mit Ja und Nein, er trank aber nicht und aß nicht. Am 31. Januar war auch eine „orale Medikamentenvergabe“ nicht mehr möglich. Am 1. Februar verweigerte er alles. Am 2. Februar wurden ihm vier Teelöffel Joghurt eingeflüßt (eben die Reste in Speise- und Luftröhre).

Soll das „ondulierend“ sein? Verteidiger Jürgen Fischer im Plädoyer: „Es geht um die Reduktion des Patienten darauf,

was man ihm noch mit dem Löffel einflößen konnte. Hieraus ein wellenförmiges Auf und Ab des Gesundheitszustandes zu konstruieren – wird die Löffelgabe geschluckt, so ist die Welle oben, findet keine Schluckbewegung statt, dann ist sie flach – ist völlig absurd.“

Patient Müller, seit Jahren schon ein Pflegefall, wurde nach einem Schlaganfall in die Klinik gebracht. Er war gestürzt und kam nicht mehr auf die Beine. Zu untersuchen, ob er innere Verletzungen erlitten hatte, verbot sein Zustand. Er reagierte auf nichts mehr. Dann bekam er auch noch Fieber, weil er sich in seiner Verwirrtheit den Blasenkatheter ein ums andere Mal zog. L. ertrug nicht, wie man den über 80-Jährigen am

Mordlust, ja Mordgier und Ergötzen an der Trauer der Angehörigen?

Leben zu halten versuchte, und verabreichte ihm eine rasch wirkende tödliche Spritze.

Der Staatsanwalt: Totschlag in einem besonders schweren Fall. Da der Patient vor der Spritze bereits ins Koma gefallen war, scheide Heimtücke, also eine Verurteilung wegen Mordes, aus. Trotzdem Lebenslang, Pardestück aller staatsanwaltlichen Strafanträge. Der Kemptener Sitzungsvertreter unterschied zwei Sorten von Mitleid: das objektive, wenn eine unheilbare schwere Krankheit bestehe und der Kranke am Ende seines Lebens angelangt sei. Dieses Mitleid könne man akzeptieren, nicht aber das subjektive Mitleid.

Aber gibt es denn überhaupt ein anderes Mitleid als ein subjektives, da es doch eine höchstpersönliche Regung ist? Ja doch, sagt der Staatsanwalt. Wenn der Gutachter einen Fall (retrospektiv) für aussichtslos erklärt, halte er Mitleid für gerechtfertigt. Also Totschlag. Wenn aber noch Chancen attestiert werden – subjektives, unbeachtliches Mitleid, also Mord. Ist letztlich auch egal: Lebenslang kommt bei dieser Rechnungsart immer heraus.

Man mag den Kopf schütteln angesichts solchen Schubladendenkens und sich fra-

gen, was das noch mit Aufklärung zu tun hat. In Wahrheit, und das ließ sich sogar an der Mimik und Gestik der Richter, des Staatsanwalts und des Psychiaters ablesen, hielt man in Kempten dadurch sicheren Abstand von der bangen Frage: Werde auch ich am Ende meines Lebens malträtiert werden mit medizinischem Folterwerkzeug? Werde auch ich dem Personal in Kliniken und Heimen ausgeliefert sein wie Patient Müller und andere, wenn ich nichts mehr selbst bestimmen kann, wenn man mich gewaltsam am Leben hält, weil ich in meiner Verwirrtheit oder Qual nicht mehr schreien kann: Nein! Jeder Fall öffnete für einen Moment den Vorhang, der eine grauenhafte Zukunft noch verhüllt.

Wer wird mich versorgen, wenn ich uralte werden sollte? Meine Kinder? Professionelle Helfer oder überforderte, an mir und an sich leidende wie L.? Immer mehr Menschen werden künftig mindestens 100. Die Hälfte aller Neugeborenen von heute wird das Jahr 2106 erleben. Wer wird sie pflegen, wenn sie nicht mehr ansprechbar sein werden? Es gibt immer weniger Kinder. Werden sie sich einst für die vielen Alten aufopfern?

Die Kemptener Staatsanwaltschaft und die Hinterbliebenen fordern wegen der Vielzahl der Fälle, die „den Atem stocken und die Fassung verlieren lassen“, Höchststrafen. Sie sprachen von Mordlust, ja Mordgier, vom Ergötzen L.s an der Trauer der Angehörigen. Das sehe man schon daran, sagte der Schwiegersohn einer Verstorbenen, dass L. sich „lächelnd mit seinen Verteidigern unterhalten“ habe.

Nach Angaben eines Arztes wog jene Frau, Lungenkrebs im Endstadium, gerade noch 36,7 Kilo. „Wie Auschwitz“ sei sie ihm vorgekommen. „Wir haben sie gar nicht mehr genauer untersucht“, sagte der Arzt als Zeuge vor Gericht.

Die Verteidiger L.s – Jürgen Fischer aus Frankfurt am Main und Oliver Ahegger, Kempten –, die in einem großen Plädoyer die ganze Misere vor Augen geführt haben, sehen bei L. weder feindliche Gesinnung, Heimtücke noch sonstige niedrige Beweggründe. Natürlich sei er nicht befugt gewesen zu töten, natürlich habe er sich strafbar gemacht. Doch muss jedes Nachdenken über die Gründe, warum ein junger Mensch das Leiden anderer nicht aushielt, gleich mit der Keule „Mord“ und „Lebenslang“ niedergeknüppelt werden? Wird sich künftig auch nur ein einziger Pfleger weniger überfordert fühlen, wenn L. auf unabsehbare Zeit hinter Gittern verschwindet?

Der Bundesgerichtshof hat bisher Patiententötungen, bei denen ein Mitleidsmotiv angenommen werden konnte, als Totschlag bewertet und zeitige Freiheitsstrafen akzeptiert. „Die Eilfertigkeit, an das Böse zu glauben, ohne es genügend untersucht zu haben, geschieht aus Hochmut und Trägheit“, schrieb der französische Schriftsteller François de la Rochefoucauld 1662. Es kann auch Angst sein. ♦

KULTURPOLITIK

Moral und Millionen

Jüdische Erben verlangen von deutschen Museen die Rückgabe Dutzender hochkarätiger Bilder. Es geht um späte Gerechtigkeit, aber auch um sehr viel Geld. Nun lädt der Kulturstatsminister zum Krisengipfel ins Kanzleramt.



Kunstsammler Lauder, erworbenes Klimt-Bild*: „Eine Art inoffizieller Berater“

Zu erwarten ist ein Society-Event ersten Ranges. Am Mittwochabend trifft sich in der New Yorker Dependance von Christie's die Hautevolee der Kunstsammler. Das weltweit größte Auktionshaus rechnet beim „Impressionist and Modern Art Evening Sale“ im Rockefeller Center unweit der Fifth Avenue mit über 1500 Interessenten. Aufgerufen werden Werke von Paul Gauguin, Pablo Picasso, Gustav Klimt und auch ein Bild von Ernst Ludwig Kirchner, das bis zum 1. August noch im Berliner Brücke-Museum hing.

Der Umsatz an diesem Abend dürfte 300 Millionen Dollar deutlich übersteigen. Das 1913 entstandene Kirchner-Bild „Berliner Straßenszene“, das der Berliner Senat an

die Enkelin des jüdischen Kunstsammlers Alfred Hess zurückgab, wird nach der Erwartung von Christie's für über 20 Millionen Dollar unter den Hammer kommen.

Wenn diese Ikone des deutschen Expressionismus den Eigentümer wechselt, wird unweigerlich eine Debatte in Deutschland wieder aufflammen – um den schwierigen Umgang mit einem sehr speziellen Teil der NS-Vergangenheit. Denn der Fall Kirchner ist erst der Anfang.

Auf zahlreiche wertvolle Kunstwerke in deutschen Museen haben jüdische Erben Ansprüche erhoben. Und diejenigen, die darüber zu entscheiden haben – ob Museumsdirektoren oder Landespolitiker –, stehen vor einem Dilemma: Da sind auf der einen Seite Nachfahren verfolgt oder ermordeter deutscher Juden, die zurückverlangen, was ihren Vorfahren einst abgepresst wurde. Da existiert auf der anderen

Seite das öffentliche Interesse, wichtige Kunstwerke im Lande zu halten. Und da sind die Vorwürfe von Museumsdirektoren, dass es einigen Akteuren beim Umgang mit der Kunst nicht mehr um Moral, sondern lediglich um Millionen geht – geschäftstüchtigen Anwälten, die dem gefräßigen Kunstmarkt neue Nahrung zuführen wollen.

Im Kern geht es um die Frage, ob die moralisch begründete Rückgabe durch den Millionenpoker um einzelne Werke moralisch diskreditiert wird.

Unstrittig ist, dass deutsche Museumsdirektoren durch die Berliner Rückgabe des Kirchner-Bildes unter erheblichem Druck stehen; unbekannt hingegen, um wie viele Kunstwerke es geht. Nach Schätzungen von Experten könnten bis zu 50 Meisterwerke aus deutschen Museen in die Villen und Tresore von Sammlern in aller Welt abwandern. Forderungen nach Rückgabe liegen vor für Bilder von Ernst Ludwig Kirchner, August Macke, Lyonel Feininger und Franz Marc. Die Stuttgarter Staatsgalerie etwa wurde aufgefordert, das Ölbild von Marc „Die kleinen blauen Pferde“ von 1911 herauszugeben. Beim Wilhelm-Hack-Museum in Ludwigshafen liegt ein Restitutionsbegehren für „Das Urteil des Paris“ von Kirchner vor, im Sprengel Museum in Hannover für Marcs „Katze hinter einem Baum“. Betroffen sind insgesamt über ein Dutzend staatlicher Museen.



Umstrittene Gemälde von Feininger („Barfüßer“)

* Mit Renee Price (l.), Direktorin der „Neuen Galerie“, und Erbin Maria Altmann am 12. Juli in New York vor dem Gemälde „Adele Bloch-Bauer I“ (1907).

Doch niemand kann genau sagen, ob dies sämtliche Fälle sind. Denn Verschwiegenheit eint die Akteure – die Anwälte der Erben, aber auch die Museumsdirektoren und Kulturpolitiker. Nicht einmal Bernd Neumann (CDU), Staatsminister für Kultur und Medien, weiß, welches Museum mit welcher Forderung konfrontiert ist. Aufgeschreckt von der heftigen Kritik an der Rückgabe der Kirchner-Straßenszene, will er die Direktoren wichtiger Kulturinstitutionen und Museen sowie Rechtsexperten noch in diesem Monat zu einem Krisengespräch ins Kanzleramt bitten.

Denn er selbst steht in der Pflicht. Schließlich war es die Bundesregierung, die auf der „Washingtoner Konferenz“ im Dezember 1998 zusicherte, geraubte Kunstgüter an die Nachfahren von NS-Opfern herauszugeben. Regierungsbeamte hatten dieser Konferenz mit großem Unbehagen entgegengesehen. Während der damalige Kulturstatsminister Michael Naumann die Rückgabe vehement befürwortete, trieb das Auswärtige Amt die Sorge um, Deutschland würde in Washington auf der Anklagebank landen. Man registrierte mit „Besorgnis“, heißt es in dem Protokoll einer interministeriellen Vorbesprechung, dass die US-Vorstellungen „die Schaffung neuer unbegrenzter Restitutionsansprüche bedeuten könnten“.

Zumindest in einem Punkt konnten Diplomaten schon bald Entwarnung geben: „Zwischen Nazis und Deutschland“, kableten sie nach einem Vorbereitungstreffen in die Heimat, „wurde auch rhetorisch kein Zusammenhang hergestellt.“ In einem anderen schlugen sie Alarm – bei dem Meeting war von der Rückgabe von rund 110 000 Stücken im Wert von 10 bis 30 Milliarden US-Dollar die Rede.

Doch in Berlin vermochten die imposanten Zahlen offenbar niemanden beeindrucken – die Vorgaben für die deutschen Vertreter in Washington änderten sich

nicht. Sie unterzeichneten mit den Delegierten von 43 weiteren Staaten eine elf Punkte umfassende Erklärung. In der NS-Zeit beschlagnahmte Kunstwerke, so deren Essenz, sollten gesucht, identifiziert und die rechtmäßigen Erben ermittelt werden. Mit denen solle „eine gerechte und faire Lösung“ gefunden werden.

Die Freude über den Konsens von damals ist inzwischen dem Ärger über die Welle von Rückgabeanträgen gewichen. Und Experten beschleicht inzwischen der Verdacht, dass einige der Akteure von Washington nicht nur das Wohl der Nachfahren der Nazi-Opfer im Blick hatten. Im Kanzleramt hat man die alten Akten durchgesehen – und ist dabei auf einen Mann mit multipler Mission gestoßen.

Einen wesentlichen Anteil am Zustandekommen der Konferenz hatte ein Amerikaner, der einer der größten Kunstsammler der Welt ist: Ronald Lauder, 62, Erbe des nach seiner Mutter benannten Kosmetikkonzerns Estée Lauder. Milliardär Lauder, dessen jüdische Familie aus Österreich stammt, war zudem Schatzmeister des World Jewish Congress, der eine „Commission for Art Recovery“ begründete, eine Kommission für Kunstsicherstellung. Deutsche Diplomaten ermittelten, wer der Initiator dieser Kommission war. Sie wurde „auf Betreiben von Lauder eingerichtet“, schrieb das deutsche Konsulat in New York an das Auswärtige Amt.

Viele Kunstexperten merkten erst Jahre später, wie zielgerichtet der Amerikaner agiert hatte – beim Kampf jüdischer Erben um die Herausgabe von fünf Bildern des Wiener Jugendstilmalers Gustav Klimt, die sich im Besitz der Republik Österreich befanden. In diesem Jahr haben sich die Erben – völlig zu Recht – durchgesetzt. Und Lauder, früher zeitweilig US-Botschafter in Wien, brüstete sich damit, als „eine Art inoffizieller Berater“ der Familie fungiert

zu haben, welche die Bilder zurückholte. Mit ganz offiziellem Erfolg: Im Juni erwarb er selbst das restituierte Prunkstück „Adele Bloch-Bauer I“ für 135 Millionen Dollar.

Der Mann, der in Deutschland für einen fairen Umgang mit den jüdischen Restitutionsansprüchen sorgen wollte, war Michael Naumann. Er setzte durch, dass im Dezember 1999 eine „Gemeinsame Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“ beschlossen wurde. Für Streitfälle wurde eine „Beratende Kommission“ gegründet.

Doch bei der Umsetzung der Washingtoner Erklärung wurden die Restitutionsmöglichkeiten in Deutschland erweitert – durch eine simple Begriffsänderung. Sollten eigentlich nur „von den Nationalsozialisten beschlagnahmte Kunstwerke“ restituiert werden, war nun von „NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut“ die Rede. Jetzt ließ sich auch die Rückgabe von „Fluchtkunst“ begründen, von Bildern, die aus Deutschland emigrierte Juden während der NS-Zeit verkauft hatten, um sich ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Zudem wurde der Verbleib strittiger Bilder in Museen an hohe Auflagen gebunden: Im Falle von Kunstverkäufen in der NS-Zeit etwa sollten die betroffenen Museen nicht nur nachweisen, dass für die Bilder ein marktgerechter Preis vereinbart, sondern dieser auch tatsächlich bezahlt worden war. Die meisten solcher Quittungen aber wurden niemals ausgestellt oder sind nicht mehr vorhanden – wie im Fall der 1936 verkauften „Straßenszene“. Da der Berliner Kultursenat eine Empfangsquittung nicht vorlegen konnte, gab er das Kunstwerk zurück.

Doch in vielen deutschen Museen fehlte es nicht nur an Belegen. „In den Nachkriegsjahren“, sagt Naumann, „existierte



Kirche I“, 1924), Marc („Die kleinen blauen Pferde“, 1911), Kirchner („Das Urteil des Paris“, 1912): „Zweifelhafte Herkunft“



VG BILD-KUNST, BONN 2006; ECKEL / ULLSTEIN BILDERDIENST

Kulturstaatsminister Neumann: Kaum Überblick

in den deutschen Museen kein Unrechtsbewusstsein.“ Im Januar 1999 gab er zu Protokoll: „Meines Wissens gibt es bisher immer noch nicht zufriedenstellende Bemühungen der deutschen Museen, genau dieses zu tun, nämlich eine exakte Bestandsaufnahme der Kunstgüter mit dubiosem Ursprung bzw. zweifelhafter Herkunft aus den Beutezügen des Dritten Reiches zusammenfassend aufzulisten.“

Das hat sich inzwischen geändert – allerdings nicht unbedingt in Naumanns Sinn. Viele Museen lassen inzwischen Recherchen anstellen, um Rückgabanträge abzuwehren. Ihre Direktoren klagen über „raffinierte Anwälte“ und die „knallharte moralische Keule“, mit der diese drohen würden.

In der Tat sind es oft erst Anwälte, die Erben animieren, Rückgabeforderungen stellen zu lassen. So offenbar geschehen im Fall Kirchner und anderer Bilder, die einst zur Sammlung des Erfurter Schuhfabrikanten Alfred Hess gehörten: Die Hess-Enkelin Anita Halpin zeigte noch vor sechs Jahren kein Interesse an den Bildern ihres Großvaters. Inzwischen ließ sie mehrere Dutzend Bilder aus der einstigen Sammlung Hess mit Rückgabebefehlen belegen. Vertreten wird sie vom Restitutionsanwalt David J. Rowland, der in der New Yorker Park Avenue residiert.

Während der Berliner Senat im Geiste Naumanns handelte, verhält sich der Bund in einem Fall wie viele Museumsdirektoren – und verweigert einfach die Herausgabe. Sogar Bundespräsident Horst Köhler war bereits mit dem Fall befasst.

Schon seit Jahren fordert der Chilene Juan Carlos Emden vom Bundesfinanzministerium die Herausgabe zweier wertvoller Gemälde aus dem 18. Jahrhundert. Die Bilder des italienischen Malers Bernardo Bellotto, besser bekannt als Canaletto, musste sein Großvater, der jüdische Kaufmann Max Emden, nach seiner Emigration aus Deutschland in der Schweiz verkaufen. Seit 1949 sind sie im Besitz der Bun-

desrepublik. Doch eine Rückgabe, teilten Steinbrücks Beamte den Emden-Anwälten im August abschließend mit, komme nicht in Frage. Die Bilder, so ihre Begründung, seien nicht „Gegenstand eines Zwangsverkaufs“ gewesen.

Dabei verhält es sich mit der Causa Emden kaum anders als mit dem Schicksal der Sammlung Hess. Sammler Max Emden, dem auch Werke holländischer Altmeister und französischer Impressionisten gehörten, verließ 1933 endgültig Deutschland und siedelte in den Schweizer Kanton Tessin über. Sein in Deutschland zurückgelassenes Firmenimperium musste er später unter Zwang verkaufen.

Folglich lebte der jüdische Emigrant in der Schweiz überwiegend vom Verkauf seiner Gemälde, die er rechtzeitig in Sicherheit gebracht hatte. Nachdem Emden die Canalettos 1938 über Kunsthändler in München und London angeboten hatte, kaufte sie Hitlers Kunsthändler Karl Haberstock. Die barocken Stadtansichten sollten nach dem „Endsieg“ das geplante „Führermuseum“ in Linz zieren.

Als Kaufpreis waren 60 000 Schweizer Franken vereinbart, nach Aussage von Emden-Erbe Juan Carlos ein „skandalöser Preis“. Bis heute ist fraglich, ob Max Emden selbst diese Summe überhaupt erhalten hat. 1940 starb er im Schweizer Exil, die Bilder gelangten in die Depots des Bundes. Später landete der dekorative „Zwingergraben“ im Speisezimmer der Villa Hammerschmidt. Köhler ließ das Bild allerdings abhängen, nachdem er über seine Provenienz aufgeklärt worden war.


Marc-Bild „Katze hinter einem Baum“ (1910)
Einem Dammbau vorbauen

Doch Steinbrücks Beamte wollen offenbar einem Dammbau vorbauen. Denn in den Depots des Bundes liegen laut Experten noch bis zu hundert Gemälde, die in die Kategorie „Fluchtkunst“ fallen. Zudem erklärte Juan Carlos Emden bereits, dass er das Bild nicht „über die Wohnzimmercouch“ hängen werde. Große Auktionshäuser hätten bei ihm schon vorgefühlt.

Die harte Linie der Steinbrück-Beamten verfolgt auch Hans Ottomeyer, Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums in Berlin. Im Herbst vergangenen Jahres hatte der Sohn des jüdischen Zahnarztes und Sammlers Hans Sachs die Reste einer einmaligen, einst 12 000 Stücke umfassenden Plakatsammlung reklamiert, die 1938 im Auftrag von Joseph Goebbels beschlagnahmt worden war; rund 3500 Plakate tauchten nach dem Krieg im Ost-Berliner Museum für Deutsche Geschichte wieder auf. Bei einer Restitution, warnte Ottomeyer, wäre es „ein großer Verlust, wenn die Sammlung blattweise verhöht wird“. Erst erheblicher politischer Druck aus dem Kanzleramt brachte den Museumschef dazu, einer Anrufung der eigens für Streitfälle eingerichteten Kommission zuzustimmen.

Ähnlich wie Ottomeyer argumentiert die Direktorin der Moritzburg in Halle, Katja Schneider, die „kein einziges Bild freiwillig zurückgeben will“. In ihrem Fall hat ebenfalls der New Yorker Anwalt Rowland einen Anspruch formuliert. Abgesehen hat er es auf Bilder der Sammlung expressionistischer Kunst des jüdischen Frankfurter Unternehmers Ludwig Fischer. Dessen Frau verkaufte 24 Bilder von Kirchner, Marc und Heckel 1924 gegen Zahlung einer Leibrente über 20 Jahre, die von den Nationalsozialisten spätestens 1935 eingestellt wurde. Rowland verlangt nun nicht nur die vollständige Bezahlung, sondern auch ein Ölbild von Franz Marc, „Die weiße Katze“, aus der Sammlung Fischer. Das „kleine Geldangebot“, das die Moritzburg ihm gemacht habe, reicht Rowland, der drei Fischer-Erben aus den USA vertritt, nicht aus.

Beim Gipfeltreffen der Museumschefs und Restitutionsexperten Ende November im Kanzleramt sollen nicht nur diese Fälle diskutiert werden, sondern auch eine generelle Strategie. Weil Museumsdirektoren und Kulturpolitiker „oftmals überfordert“ seien, drängt der gerade pensionierte Direktor der Stuttgarter Staatsgalerie, Christian von Holst, auf die Einrichtung einer zentralen Forschungsstelle, welche die oft abenteuerlich verschlungenen Wege der Kunstwerke ermitteln soll.

Davon könnten auch die großen Auktionshäuser profitieren. Im aktuellen Magazin von Christie's heißt der Kunstsammler Hess, dem einst das Kirchner-Bild gehörte, mit Vornamen nicht mehr Alfred, sondern – Sigmund Freud lässt grüßen – Adolf.

MICHAEL SONTHEIMER, ANDREAS WASSERMANN

Quincys Erben

Quotenstarke TV-Serien wie „CSI“ und „Crossing Jordan“ sorgen für Nachwuchs am Obduktionstisch. Schon Schüler bewerben sich um Praktika in der Rechtsmedizin.

Die wirksamste Waffe von „CSI“-Agent Nick Stokes ist das Wattestäbchen. Zwei Stück reichen zuweilen, um ein Verbrechen aufzuklären: Mit dem einen sicherte TV-Held Stokes auf der Brust einer Prostituierten Reste von K.-o.-Tropfen. Mit dem anderen tupfte er im Mund eines ausgeraubten Freiers herum. Der Vergleich der Proben führte nach 45 Minuten zum forensischen Volltreffer: Das kriminelle Callgirl hatte seinen Kunden betäubt und dessen Brieftasche geleert.

Stefanie Ritz-Timme, 44, hat generell nichts gegen Wattestäbchen, trotzdem wäre der adrette Ermittler aus der Serie „Crime Scene Investigation“, kurz „CSI“ genannt, bei ihrer nächsten Klausur glatt durchgefallen. „Man müsste zuerst Blut und Urin untersuchen“, erklärt die Chefin der Rechtsmedizin den Studenten am Universitätsklinikum Düsseldorf und stoppt den Film bei der Labor-Szene. „Im Speichel lassen sich die Tropfen nur selten nachweisen.“

Zwar stimmt das, was in Hollywood gedreht und was in Hörsälen gelehrt wird, nicht unbedingt im Detail überein. Auf Publikum wirken amerikanische Krimi-Serien wie „CSI: Den Tätern auf der Spur“, „Medical Detectives“ oder „Crossing Jordan – Pathologin mit Profil“ jedoch wie eine mächtige PR-Kampagne für eine einst als freudlos empfundene Ärzte-Disziplin: Immer mehr Medizinstudenten interessieren sich für Rechtsmedizin oder Pathologie, die jeweiligen Institute erhalten Anfragen nach Schüler-Praktika en masse.

„Das Sezieren von Ratten macht mir im Bio-Leistungskurs viel Spaß, daher würde ich gern ein Praktikum in der Rechtsmedizin absolvieren“, schreibt eine Gymnasiastin an Direktorin Ritz-Timme. Ein ganzer Stapel solcher Bewerbungen türmt sich auf ihrem Schreibtisch, in ihrer beliebtesten Vorlesung mit dem Titel „Wie arbeiten CSI-Agenten wirklich?“ wird wohl auch im Wintersemester kein Sitzplatz frei bleiben. „Die Serien sind ja nicht schlecht recherchiert, doch die Realität sieht anders aus.“

So bemüht sich Ritz-Timme, wenigstens mit den gängigsten Klischees aufzuräumen: „Wir sind keine Agenten, die ständig am Tatort rumspringen. Und eine toxikologische Untersuchung dauert eben nicht ein paar Minuten, sondern mitunter ein paar Monate.“ Ein anderes, oft wiederkehrendes Missverständnis ist die Verwechslung



Szene aus der Serie „CSI“: „Die Realität sieht anders aus“

des Pathologen mit dem Rechtsmediziner. Die Pathologie sezziert zwar auch, aber ihr Ziel ist es, Krankheiten zu erforschen, statt Mörder zu überführen.

Als spannenden Stoff entdeckt hat das deutsche Fernsehen die Leichenbeschauer bereits in den Achtzigern mit der Serie „Quincy“. Doch während Jack Klugman in der Rolle des kalifornischen Gerichtsmediziners als väterliche Figur daherkam, sind seine Erben jung, smart, sexy – und oft weiblich. Die TV-Heldin in Weiß ist ganz emanzipierte Wissenschaftlerin, spricht mitleidsvoll zu den Toten und ab-



Rechtsmedizinerin Ritz-Timme
Detektivarbeit am blanken Stahltisch

solviert neben der DNA-Analyse noch einen Flirt. „Besonders junge Frauen scheinen durch die Serien auf den Geschmack gekommen zu sein“, sagt Wolfgang Eisenmenger vom Rechtsmedizinischen Institut in München. „Wir erhalten gut ein Drittel mehr Bewerbungen als vor diesem Serien-Boom.“

Wohin die Entwicklung gehen könnte, zeigt ein Blick in das Heimatland von Quincy & Co.: Vor sieben Jahren studierten an der West Virginia University nur 4 Studenten eines der forensischen Schwerpunktfächer. Fünf Jahre später waren es bereits mehr als 400. Für Deutschland lässt sich der Trend bei Studienanfängern nicht so leicht in Zahlen fassen, da sich die Facharztausbildung zum Rechtsmediziner oder Pathologen erst an das klassische Medizinstudium anschließt. Krimi-Fans, die hierzulande Detektivarbeit am blanken

Stahltisch leisten wollen, stecken zurzeit mitten im Hauptstudium.

Wie zum Beispiel Nicole Gläser aus Erlangen, achtes Semester, am liebsten sieht sie die Episoden aus Las Vegas mit „CSI“-Agent Stokes. Die Studentin hat eine Famulatur in der Rechtsmedizin absolviert, schwärmt von Gerichtsterminen und gibt zu, dass das Fernsehen „an meinem Traumjob sicherlich nicht unschuldig ist“. Sie sei stark an der wissenschaftlichen Seite der Arbeit interessiert, „ich muss nicht Notarzt werden und Menschenleben retten“, so die 24-Jährige.

Ob ihr Traum indes in Erfüllung geht, ist keineswegs sicher. „Die Aussichten, eine feste Stelle zu ergattern, sind äußerst gering“, warnt Stefan Pollak. Der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Rechtsmedizin sieht die aktuelle Entwicklung skeptisch: „Wir brauchen nicht noch unnötige Werbung durch solche Serien.“

Für mehr Personal gibt es in den rechtsmedizinischen Instituten zwar objektiv Bedarf, doch die Planstellen werden knappgehalten. Experten schätzen, dass jährlich mehr als 2000 Tötungsdelikte unentdeckt bleiben, weil Staatsanwaltschaften die teuren Autopsien scheuen.

Dabei wäre Nachwuchs mit einer Portion Fernsehwissen an manchem Obduktionstisch durchaus hilfreich. Schließlich orientieren sich mitunter auch Täter an den einschlägigen Filmen. In der oberpfälzischen Kleinstadt Waldmünchen beispielsweise ermordete 2004 ein junger Mann seine Kollegin und verwischte die Spuren mit wissenschaftlicher Akribie – nach dem Vorbild der TV-Serie „Profiler“.

SIMONE KAISER

Was war da los, Herr Takasaki?

Der japanische Kfz-Ingenieur Takao Takasaki, 55, über eine sonnige Freizeitbeschäftigung

„Ein Rennen mit Solarautos zu fahren ist ein bisschen wie Fernsehen im Bett: Mein Körper liegt flach ausgestreckt, nur der Kopf ist leicht erhöht, so dass ich die Rennstrecke vor Augen habe. In diesem Fall war das die Formel-1-Strecke in Suzuka, meine Durchschnittsgeschwindigkeit lag allerdings nur bei 80 Stundenkilometern. Vor 15 Jahren habe ich mir mein erstes Solarauto gebaut. Wie in der Formel 1 kommt es auch bei uns auf die Taktik an. Der Batterieverbrauch muss ständig neu berechnet werden, und man sollte ein gutes Gespür dafür haben, wann Wolken aufziehen. Über Handy bekomme ich von meiner Frau die entsprechenden Fahrhinweise.“



Solarautos (Takasaki hinten r.)

TORU HANA / REUTERS

KOCHEN

Heimat im Suppentopf

Man nehme ein Huhn und eine Dose Bier, trinke einen Schluck aus der Dose, würze das Huhn, setze es auf die Dose und brate es im Ofen 45 Minuten bei 160 Grad. Aus Südafrika stammt das Rezept („Huhn auf Dose“), nach Europa mitgebracht hat es einer der Artisten aus André Hellers Spektakel „Afrika! Afrika!“. Küche ist Heimat, vertraute Gewürze schmecken nach Kindheit, die gut hundert Künstler der Hellerschen Zirkusrevue nahmen ihr Afrika mit auf Tournee, im Suppentopf. Hellers ehemalige Sprecherin Barbara Schmid hat deren Rezepte gesammelt, nachzulesen sind sie nun in einem Koch- und Bilderbuch, das farbige und nicht immer fröhliche Geschichten zu diesen Gerichten und Artisten erzählt. Yvon aus Gabun tritt auf mit seiner „Hangover-Bouillon“, die so gut gegen Kater hilft, der ivoirische Choreograf Georges Momboye mit seinem „Rindfleisch in Gombo-Sauce“ und dem „Poulet Kedjendou“; seine Rezepte hat er von den Frauen seines Vaters, die er alle Mutter nennt. Und Khady Gueye, die senegalesische

Tänzerin, die im August aus dem achten Stock in den Tod stürzte, ist mit „Thieboudienne“ vertreten, Reis mit Fisch. Sie kochte es so gern für sich und ihre Gäste, im Hotelzimmer nach der Show.

Barbara Schmid, Harald Eisenberger: „Afrika! Afrika! Das Kochbuch“. Brandstätter Verlag, Wien; 192 Seiten; 34,90 Euro.



Südafrikanisches Hühnergericht

HARALD EISENBERGER

FERNSEHEN

Schnelle Fortsetzung

Die Fans amerikanischer Fernsehserien nutzen das Internet, um sich die neuesten Folgen aus den USA zu besorgen, lange bevor sie im deutschen Fernsehen laufen – und immer häufiger sogar schon in einer deutschen Fassung. Zum Beispiel „Lost“: Auf dem US-Sender ABC läuft zurzeit die dritte Staffel der Mystery-Serie, in Deutschland hat die zweite gerade erst begonnen. Wenige Stunden nach der Ausstrahlung in den USA liegen die Folgen im Internet bereit – legal als Kaufangebot für den iPod oder illegal und in besserer Qualität in den Tauschbörsen. Und weil die Originalsprache oft schwer zu verstehen ist, stellen kundige deutsche Fans sogenannte Subtitle-Dateien bereit: Der Film läuft nun mit deutschen Untertiteln. Auf Seiten wie subtitles.de liegen mittlerweile Übersetzungen für mehr als 2000 ausländische Filme bereit, für Serien wie „Lost“ oder „Heroes“, die in Deutschland noch nicht angelaufen ist, aber auch für Filmklassiker wie „Der Herr der Ringe“. Die Übersetzungen sind oft erstaunlich gut. Die Fernsehsender nehmen den lockeren Umgang mit ihren Urheberrechten gelassen hin. Juristische Probleme habe er noch nicht gehabt, sagt der Betreiber der Seite, jedenfalls bislang nicht.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Der Marathon-Mann

Wie der Berliner Justiz ein alter Bekannter in die Arme lief

Am Sonntag, den 24. September stand Christian Neuling auf der Straße des 17. Juni in Berlin. Es war neun Uhr am Morgen und kühl, die Meteorologen sagten einen schönen Tag voraus, fast zu warm für einen Marathonlauf, bei dem individuelle Bestzeiten und Weltrekorde fallen sollten.

Neuling trug seine weißen Turnschuhe, weiße Socken, eine kurze schwarze Sporthose, darüber ein ärmelloses schwarzes Hemd. Für einen Mann seines Alters besitzt er einen erstaunlich flachen Bauch. Er ist 63 Jahre alt.

Um neun Uhr hob Klaus Wowereit, Berlins Regierender Bürgermeister, einen Revolver in die Luft, zog den Abzug durch und eröffnete den 33. Berliner Marathon. Rund 40 000 Läufer und Läuferinnen setzten sich in Bewegung. Zwischen ihnen Neuling, er trug die Startnummer 8854. Es war nicht sein erster Marathon. Man darf davon ausgehen, dass er sich wohl fühlte in der Menge, unerkannt.

Über das, was folgte, kursieren zwei Versionen. Zunächst hieß es, dass Neuling während des Marathons von einem Berliner Oberstaatsanwalt überholt worden sei, der ihn erkannte. Kurze Zeit später verbreitete die Berliner Staatsanwaltschaft, dass der Oberstaatsanwalt Neuling während des Rennens nicht zu Gesicht bekam, sondern Neulings Namen zufällig in einer Teilnehmerliste des Marathons entdeckt hatte. Für Neuling ist es unerheblich, welche Variante der Wahrheit entspricht, denn das Ergebnis ist in beiden Fällen das gleiche. Neuling ist wieder wer.

Von der öffentlichen Bühne verschwand er vor einem halben Jahr, im Mai, als er das Landgericht Berlin verließ, als freier Mann. Es war das vorläufige Ende einer verschachtelten Geschichte, die als Berliner Bankenskandal in die Annalen der Republik einging.

Die wesentlichen Bestandteile des Skandals waren eine Spende über 40 000 Mark, entgegengenommen 1995 von Klaus Landowsky, damals CDU-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus und Vorstandsvorsitzender einer Bank,

der Berlin Hyp. Das Geld stammte von einem Konto, das Neuling und einem seiner Geschäftspartner gehörte. Hinzu kommen Kredite über rund 600 Millionen Mark, zugesagt von der Berlin Hyp an die Firma Aubis. Einer ihrer beiden Geschäftsführer war Neuling. Mit den Millionen kaufte er zusammen mit einem Partner rund 16 000 Wohnungen im Osten Deutschlands, fast ausschließlich Plattenbauten. Sie sollten saniert, vermietet oder teuer verkauft werden, das Geschäft misslang, die Berlin Hyp stand vor der Pleite, die Spende wurde publik, der Skandal war da.

In seinem Verlauf verlor der damalige Regierende Bürgermeister Eberhard

Diepgen sein Amt, die CDU die Macht in Berlin, der Steuerzahler 1,75 Milliarden Euro und Tausende Angestellte der Muttergesellschaft der Berlin Hyp, der landeseigenen Bankgesellschaft Berlin, ihren Job.

Wegen all dieser Dinge stand Neuling nicht vor Gericht. Verfolgen konnte die Berliner Staatsanwaltschaft nur eine Nichtigkeit, einen Betrug, den Neuling begangen haben soll, was er jedoch bestreitet. Es geht dabei um überhöhte Heizkostenabrechnungen in den Aubis-Plattenbauten. Zwei Jahre zog sich der Prozess hin, dann wurde er vorläufig eingestellt. Ärzte bescheinigten Neuling, dass ihm nicht mehr zuzumuten sei, seinem Prozess beizuwohnen. Neulings Psyche machte nicht mehr mit.

Schon bald ging das Gerücht um, das Ende des Prozesses sei nicht vorläufig, sondern endgültig. Eine Neuauflage des Verfahrens wäre zu langwierig, zu teuer. Die Ex-Angestellten der Bankgesellschaft Berlin, denen zugemutet worden war, arbeitslos zu werden, waren nicht begeistert.

Fünf Monate später stand Neuling auf der Straße des 17. Juni. Kurz darauf war in Berliner Zeitungen zu lesen, dass der vor kurzem noch schwerkranke Neuling beim Marathon gestartet war und ihn auch beendet hatte – mit einer respektablen Zeit: 4:26:39.

Journalisten riefen Neulings Anwalt, Wolfgang Ziegler, an. Er sagte, der Marathon sei „eine therapeutische Maßnahme“. Neulings Ärzte hätten seinem Mandanten geraten, sich zu bewegen. Sachverständige Mediziner meldeten sich zu Wort, in Zeitungen, und staunten über die rasche Genesung des Patienten. Schwere psychische Probleme gehen häufig einher mit Antriebslosigkeit, mit einem Mangel an Zielstrebigkeit. Sie jedoch ist vonnöten, in erheblichem Maße, um einen Marathon zu überstehen.

Es gibt ein Bild von Christian Neuling, es zeigt ihn beim Zieleinlauf. Er jubelt, er hat die Hände geballt, die Fäuste nach oben gestreckt. Er sieht nicht müde aus, nicht schwach, sondern sehr fit. Er unterbot seine Zeit vom vergangenen Jahr um 21 Minuten.

Das Bild ist auch im Berliner Landgericht bekannt. Neulings Anwalt wurde vergangene Woche mitgeteilt, dass sich sein Mandant zu einer weiteren Untersuchung einzufinden habe.

UWE BUSE



Neuling (l.) beim Zieleinlauf

„Krank“ bei Marathon – Das Berliner Landgericht prüft, ob der ehemalige CDU-Politiker und Geschäftsführer der Immobilienfirma Aubis, Christian Neuling, tatsächlich verhandlungsunfähig ist.

Aus der „Frankfurter Allgemeinen“



Islam-Gemeinde beim Gebet: Alles rückt zusammen, der 11. September, der Karikaturenstreit, die Rütli-Schule

WELTANSCHAUUNG

Die Bärtigen kommen

Die Bundesregierung will die Anhänger des Islam integrieren, doch im Osten der Hauptstadt wehrt sich das Volk gegen die alltägliche Annäherung: Der geplante Neubau einer Moschee treibt Anwohner und Muslime in einen erbitterten Kulturkampf. *Von Jochen-Martin Gutsch*

Im Prinzip erzählt der Esel aus Keramik die ganze Geschichte. Irgendjemand aus der Bürgerinitiative brachte ihn mal mit, von irgendeiner Bank, Swietlik weiß das nicht mehr so genau, und eigentlich spielt es auch keine Rolle. Entscheidend ist, dass der Esel kein Schwein ist.

Der Esel steht vor Joachim Swietlik auf dem Tisch wie ein Beweis für die verfahrenere Lage. Früher gab es Sparschweine in Deutschland. Aber Muslime mögen keine Schweine. Deshalb verschenken die Banken jetzt gern Sparesel. Ein Esel ist neutral, ein Esel verletzt keine Gefühle. „Bei so kleinen Sachen fängt es an“, sagt Swietlik. „Wir weichen immer zurück.“

„Wir“, das ist Deutschland, ist die Demokratie, die Aufklärung, das Christentum. Jedenfalls sieht es so aus, als könnte am Ende auch Pankow-Heinersdorf be-

troffen sein. Vor 17 Jahren kam der Westen. Jetzt kommt der Muslim.

Swietlik ist Vorsitzender der „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger“. Vor ein paar Tagen haben sie das kleine Büro bezogen, in dem er jetzt sitzt, einen alten Holzschrank hineingestellt, einen alten Computer, eine Kaffeemaschine, Stühle, einen Konferenztisch. Neben der Eingangstür stehen noch acht leere Flaschen Sekt. Dienstag und Donnerstag machen sie jetzt Bürgerberatung, von 17 bis 19 Uhr.

Die Lage des Büros könnte kaum besser sein, Tiniusstraße 9. Nur ein Gebäude versperrt den Blick auf das Nebengrundstück. Ins Feindesland. Swietlik und die anderen von der Bürgerinitiative sitzen nun wie ein Grenzposten an der Trennlinie zwischen Abendland und dem Morgenland, das nebenan errichtet werden soll.

Jahrelang stand das Nebengrundstück leer. Es gab noch die DDR, als die alte Sauerkrautfabrik schloss. Das war 1987. Dann passierte nichts mehr, das Grundstück wuchs zu. Dort, wo eine Sauerkrautfabrik war, soll jetzt bald eine Moschee stehen.

Am 19. April 2005 stellte die Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde beim Bezirksamt Pankow, Amt für Planen und Genehmigen, einen Antrag auf Vorbescheid für den Bau eines islamischen Gemeindezentrums mit Moschee. Die Moschee sollte zweistöckig sein, mit einem zwölf Meter hohen Minarett. Bislang nutzt die Ahmadiyya-Gemeinde ein Einfamilienhaus in Reinickendorf als Moschee. Man wollte sich gern vergrößern. Auf der Bezirksamtssitzung vom 26. April 2005 wurde das gesamte Amt über den Bauvorantrag unterrichtet, später wurde die Bezirksverordnetenversammlung



MARKUS WÄCHTER / BERLINER ZEITUNG

Demonstrierende Moschee-Gegner in Berlin-Heinersdorf: Vor 17 Jahren kam der Westen, jetzt kommt der Muslim

durch die monatlich erstellte Liste aller Vorbescheide informiert. Niemand wurde unruhig. Niemand sah ein Problem. Womöglich war das der erste Fehler.

Der Antrag durchlief die üblichen Prüfungen. Die Moschee würde in einem Ortsteil ohne Muslime stehen. Und sie würde die erste im Osten der Stadt sein. Aber auch daran dachte erst mal niemand.

Joachim Swietlik wohnt 300 Meter von der geplanten Baustelle entfernt. Am 7. März 2006 las er eine kleine Meldung in der Zeitung, wonach auf der Sitzung des Bauausschusses am 9. März auch der Bau einer Moschee in der Tiniusstraße vorgestellt werden sollte. Swietlik hielt das für einen Irrtum und vergaß die Sache erst mal. Es gibt keine Muslime in Heinersdorf, zumindest waren ihm nie welche aufgefallen. Wo es keine Muslime gibt, würde es auch keine Moschee geben.

Auf der Bauausschusssitzung am 9. März wollte man eigentlich über Geschosszahlen reden, Wegerechte, die Statik – was ein Bauausschuss eben so macht und was sonst niemanden interessiert.

Aber diesmal kamen Heinersdorfer Bürger, es wurde voll und sehr laut. Die Bürger sprachen von einer Studie, die der Ahmadiyya-Gemeinde antijüdische und antichristliche Positionen nachsagte, der evangelische Pfarrer stellte die Qualifikation der Architektin infrage, ein anderer sagte, dass die täglichen Fernsehbilder

doch zeigten, dass Muslime nicht geeignet seien, sich hier anzusiedeln. Es war der Auftakt zu einem Kampf, der jetzt über ein halbes Jahr andauert.

Bezirksamt und Bürger einigten sich später auf eine große Informationsveranstaltung am 30. März in der Turnhalle der Heinersdorfer Schule. Es ist der Abend, an dem die Auseinandersetzung eskaliert.

1500 Bürger kommen, aber mehr als die Hälfte findet keinen Platz. Die Halle ist zu klein, die Bürger sind wütend, es wird gebüllt, gedroht, ein paar Rechte tauchen auf. Die Polizei bricht die Veranstaltung ab, bevor sie überhaupt begonnen hat. Die Vertreter der Ahmadiyya-Gemeinde, die künftigen Bauherren, werden schließlich unter Polizeischutz aus dem Saal geleitet. Irgendjemand beginnt mit dem Ruf „Wir sind das Volk“, am Ende rufen es viele.

Es war wieder Revolution in Heinersdorf, es gab wieder etwas, wogegen man aufstehen musste.

Der Islam war bisher nie bis Pankow-Heinersdorf gekommen. Er kam ja nicht mal richtig in den Osten der Stadt. Er blieb drüben in Kreuzberg, Neukölln oder im Wedding, er war weit weg, man kannte ihn hier aus den Nachrichten, man konnte die deutsche Debatte um Integration und Parallelgesellschaften verfolgen wie Probleme aus einer fernen Welt.

In den Talkshows streiten Politiker über Leitkultur, Ehrenmorde und ob das Kopf-

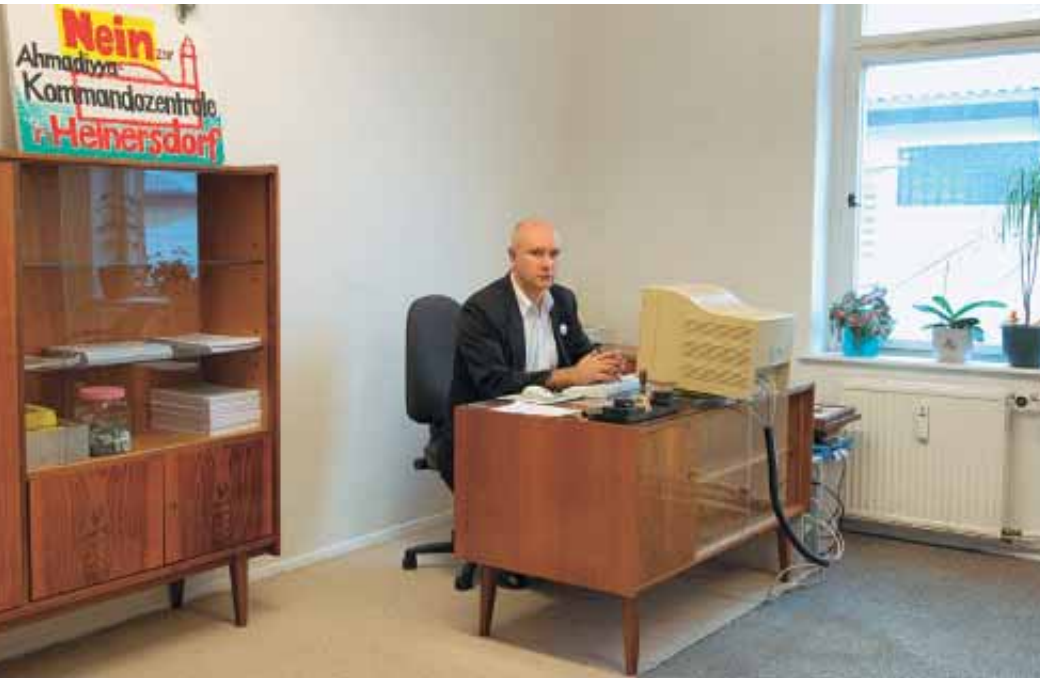
tuch ein Zeichen für mangelnde Integration sei und die Unterdrückung der Frau.

Wolfgang Schäuble, der Innenminister, hat jetzt die Idee vom deutschen Muslim. Die Wortschöpfung klingt ein bisschen wie eine Kreuzung. Wie der Wunsch nach jemandem, der mehr so ist wie man selbst. Mehr deutsch, weniger Muslim. Der deutsche Muslim, so hat der Innenminister formuliert, solle sich als Bürger eines religiös neutralen Rechtsstaats fühlen, die Regeln dieses Staates achten und die Freiheit des religiösen Bekenntnisses nutzen; würden Muslime ausgeschlossen oder schließen sie sich selbst aus, so warnt der Innenminister, dann bilde sich ein Staat im Staate. Zum ersten Mal gibt es deshalb eine Islamkonferenz, eine Annäherung auf höchster Ebene.

Aber wie soll man sich ganz unten annähern, da, wo die Muslime leben und eine Moschee bauen wollen?

In Heinersdorf stellten sich die Leute ängstlich Fragen: Wie kommen die Muslime ausgerechnet auf uns? Wer sind die? Und warum bauen Fremde in unserem Ortsteil plötzlich eine Moschee?

Heinersdorf ist Berlin, aber eher geografisch als gefühlt. Heinersdorf hat 6500 Einwohner und gehörte in der DDR zum Bezirk Weißensee, später wurde es dem Stadtbezirk Pankow zugeschlagen. In Heinersdorf gibt es viele Einfamilienhäuser, Autohändler, eine Kleingartenkolonie und



MICHAEL TRIPPEL / OSTKREUZ

Protestführer Swietlik: „Kennen Sie die Grundlagen der NSDAP?“

eine evangelische Kirche. Viele Leute sind hier geboren und zogen nie fort.

Im April gründete sich die „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger“, kurz Ipahb, mit dem Ziel, den Bau der Moschee zu verhindern. Sie umfasst jetzt 70 Leute. Joachim Swietlik betreute zunächst die Website, später, als der Vorsitzende, ein pensionierter Urologe, mit Herzrhythmusstörungen zurücktrat, wurde er der neue Vorsitzende.

Es ist sein erstes Amt. Es ist das erste Mal, dass Swietlik, 42 Jahre alt, Dauercamper und gelernter Baumaschinist, in die Politik gerät. Er gibt Interviews im Fernsehen, er spricht mit Journalisten aus Brasilien, Amerika und Tschechien, die Visitenkarten liegen in seiner Brieftasche wie Nachweise einer wundersamen Karriere.

Zu den Ablehnungsgründen, die die Bürgerinitiative formulierte, gehören Dinge wie Verkehrschaos, fallende Grundstückspreise neben der Befürchtung, „unsere Kultur dem Islam anzupassen“. Es ist der längste Absatz unter allen. „Am Ende der Entwicklung, die wahrscheinlich schon auf Jahrzehnte im Voraus geplant ist, folgt die Etablierung einer Ahmadiyya-islamischen Parallelgesellschaft mit dem Ziel, unsere freiheitlich-demokratische Rechtsordnung zu stürzen.“

Die Ahmadiyya-Gemeinde hat in Berlin bisher nur knapp 200 Mitglieder, aber was heißt das schon? Für Swietlik und die meisten Heinersdorfer rückte mit dem Bau begehren der Ahmadiyya-Gemeinde alles zusammen: der 11. September, die Anschläge von London, der Karikaturenstreit, der Kopftuchstreit, der Dschihad, die Rütli-Schule, die misslungene Integration. Die Moschee würde ein Anfang sein, der ganze Rest später nach Heinersdorf folgen.

Am 24. Juni hing ein Plakat am großen Schornstein des Baugrundstücks: „Keine Terrorzellen in Deutschland“. Die Bürgerinitiative hatte damit nichts zu tun, aber Swietlik sagt: „Es gab einige unter uns, die meinten, warum wir nicht selbst auf die Plakatidee gekommen sind.“

Berlins Innensenator Ehrhart Körting hält die Ahmadiyya-Muslime für einen „eher orthodoxen Club“. Sie seien aber „weder Verfassungsfeinde noch gewaltbereit“.

In Deutschland leben rund drei Millionen Muslime, darunter 30 000 Ahmadis, die meisten sind pakistanischstämmig. Weltweit soll es zwölf Millionen Ahmadis geben. Gegründet wurde die Bewegung 1889 in Indien von einem Mann namens Mirsa Ghulam Ahmed. Nach der ortho-

Sie sitzen wie Grenzposten an der Linie zwischen Abendland und Morgenland.

xen islamischen Lehre war Mohammed der letzte Gesandte Gottes. Die Ahmadis sehen das genauso, glauben aber an so etwas wie Schattenpropheten, die ebenfalls Botschaften Gottes empfangen. Zu ihnen gehöre auch Mirsa Ghulam Ahmed, der Gründer. Mit diesem Glauben ziehen die Ahmadis die Ablehnung vieler Muslime auf sich, denn das islamische Glaubensbekenntnis lautet: „Es gibt keinen Gott außer Allah, und Mohammed ist sein Prophet.“

Das pakistanische Parlament erklärte 1974 alle Ahmadis wegen Abweichung von der traditionellen Lehre für Nichtmuslime. Es gab und gibt Verfolgungen, auch in anderen islamischen Ländern. 1975 wurde die Ahmadiyya von der saudi-arabischen „Liga der islamischen Welt“ aus der Gemeinschaft des Islam, der Umma, ausgeschlossen.

Am 14. September führte Joachim Swietlik die bisher letzte Protestdemonstration gegen die geplante Moschee an. Sie startete am Baugrundstück der geplanten Moschee in der Tiniusstraße und ging bis vor das Pankower Rathaus. Rund 1500 Menschen folgten ihm.

Zwei Wochen später tagte, einige Kilometer entfernt, die große Islamkonferenz. Innenminister Wolfgang Schäuble verkündete, dass der Islam „ein Teil Deutschlands“ und „ein Teil unserer Zukunft“ sei. Man kann sagen, Swietlik und Schäuble waren in derselben Stadt. Sie äußerten sich zum selben Thema. Aber sie dachten in unterschiedliche Richtungen. Der Innenminister betonte die Chancen der Integration, Muslime könnten etwas beitragen zur Gesellschaft, was vielen Deutschen zu entgleiten drohe, sie achteten die Familie, die Alten und die Tradition.

Swietlik, evangelisch getauft, aber Atheist im Leben, betont die Risiken des Zusammenlebens. Was bei Schäuble „Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit“ heißt, das ist bei Swietlik die Angst davor, dass eine fremde Religion und eine fremde Kultur sein Leben und seinen Stadtteil unterwandern. Man kann nicht sagen, dass Swietlik es sich einfach macht, er liest alles, was er in die Hand bekommt, Bücher über den Islam, den Terror, Schriften über die Ahmadiyya. Aber die Dinge werden nicht klarer, sie werden immer schwieriger. „Je tiefer ich in die Materie eindringe, umso größer sind eigentlich meine Befürchtungen“, sagt Swietlik. Zu Hause liegt auch ein Koran, er begann erst von vorn, bis ihm jemand sagte, dass die Suren hinten kürzer und verständlicher seien. Jetzt liest Swietlik von hinten.

Er war eine Zeitlang arbeitslos, im Juli machte er sich selbständig. „Glastechnik“, sagt Swietlik. Er repariert jetzt Autoscheiben, Steinschläge. Führt man mit Swietlik

ein Gespräch, fliegt ab und zu die große Politik ins Heinersdorfer Büro. All die Probleme der islamischen Welt. Die Milizen in Darfur. Die Sunniten

und Schiiten im Irak. „Die Lage in Somalia ist ja gerade völlig am Kippen“, sagt Swietlik.

Dann spricht Swietlik von der Fatwa, die jetzt mal kommen müsste. Eine Fatwa?

Swietlik lehnt sich vor, an seinem Jackett den Anstecker der Bürgerinitiative.

„Eine Fatwa ist eine Art islamischer Rechtsspruch. Eine verbindliche, offizielle Sache. Würde es so was geben von der Ahmadiyya zum 11. September, in der sie die Anschläge verurteilt, dann wäre das für mich absolut überzeugend.“

Swietlik lehnt sich zurück. Eine Fatwa.

Dann sagt er, dass er vermutlich nicht in der Bürgerinitiative wäre, wenn es sich bei den Ahmadiyya-Muslimen um Aleviten handeln würde. „Die Aleviten als muslimische Strömung sind liberaler.“ Swietlik hat einen Lieblingssatz, er lautet: Wir, als

Bürgerinitiative, sind nicht grundsätzlich gegen Moscheen.

Aber weshalb wehrt er sich dann so dagegen? Was ist das Problem?

„Die Ahmadiyya soll ja eine Moschee bauen können, aber dort, wo die Gemeinde ihr Zentrum hat, in Reinickendorf. Oder dort, wo bereits viele Muslime wohnen. Kreuzberg, Wedding.“

Ein paar Minuten zuvor beklagte Swietlik noch die Ghettoisierung in Berlin, die Parallelgesellschaften. Jetzt plädiert er dafür, sie zu zementieren.

Könnte man nicht gelassen sein und die Moschee zumindest akzeptieren, auch wenn sie einem nicht gefällt?

„So eine Mentalität hat es leider in Deutschland schon mal gegeben, in den zwanziger Jahren“, sagt Swietlik. „Kennen Sie die Grundlagen der NSDAP?“

In solchen Momenten hat man das Gefühl, das alles durcheinandergerät.

Die Leute von der Bürgerinitiative haben sich ein paar Mal mit der anderen Seite getroffen, der Ahmadiyya-Gemeinde. Sie saßen zusammen, sie unterhielten sich, meist waren es moderierte Gespräche irgendwelcher politischer Stiftungen. Man versuchte, aufeinander zuzugehen, einen ergebnisoffenen Dialog zu führen, wie Swietlik sagt. Die Ahmadiyya-Muslime erklärten ihr Weltbild und betonten ihre Friedlichkeit. Die Heinersdorfer führten Koranverse und Aussagen des Kalifen der Ahmadiyya an, die ihrer Ansicht nach das Gegenteil bewiesen. Es ging nur um eine Moschee, andererseits hatten sie ein bisschen das Gefühl, hier ein ganzes Wertesystem zu verteidigen. Am Rande von Berlin kämpfte die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen die Scharia. Man kann nicht sagen, dass sich beide Seiten nähergekommen wä-

ren, man kann nicht sagen, dass passiert ist, was der Innenminister gern hätte: dass sich Deutsche, egal ob Muslime, Juden, Christen oder Atheisten, darüber verständigen, was sie als Staatsbürger miteinander verbindet. Sie trafen sich in kleinen Delegationen, wie die Abgesandten zweier Kulturen. Schon die Begrüßung verlief schwierig.

Die Ahmadiyya-Frauen gaben den Heinersdorfer Männern nicht die Hand. So ist es Sitte. Im Wege der westlichen Aufklärung beschlossen daraufhin die Heinersdorfer, auch den Ahmadiyya-Männern nicht mehr die Hand zu geben. „Für uns gilt Gleichberechtigung“, sagt Swietlik. Sie stehen sich jetzt alle nur noch gegenüber und nicken freundlich.

Abdul Basit Tariq wird, wenn die Moschee steht, nach Heinersdorf ziehen. Ta-

Die Frau bewegt sich hinter der gläsernen Tür wie ein Geist.

riq ist der Imam der Ahmadiyya-Gemeinde in Berlin. Er sitzt auf der Couch seiner Reinickendorfer Wohnung, ein schwerer, müder Mann in weißen Socken, weißen Hosen und einem weißen Gewand. Es ist Ramadan, Tariq ist seit vier Uhr auf den Beinen. Mitten in seinen Ausführungen zur Geschichte der Ahmadiyya-Muslime nickt er plötzlich ein. Auf dem Tisch liegt die Einladung des Botschafters der USA, William Timken. Tariq hatte vor ein paar Tagen auf der offiziellen Gedenkveranstaltung zum 11. September gesprochen.

Tariq wurde in Pakistan geboren, seit 1982 ist er in Deutschland, seit 1997 deutscher Staatsbürger. Die Freitagspredigt hält er auf Deutsch, über seiner Couch hängt ein Bild, das irgendwie deutsch aussieht,

Gebirge und See, und auch die Gemeindeglieder sind angehalten, Deutsch zu lernen, so verfügte es der Kalif der Ahmadiyya, der in London sitzt. Womöglich ist Tariq ja der deutsche Muslim, womöglich ist er Schäubles Mann.

Dann klopft es an der Wohnzimmertür, Tariq schreckt aus dem Schlaf hoch. Er steht auf, öffnet die Tür, einen Spalt nur, durch den sich eine Frauenhand schiebt und Tariq das klingelnde Handy reicht. Die Hand ist alles, was man als Besucher sieht. Dann schließt sich der Spalt wieder. Imam Basit Tariqs Frau bewegt sich hinter der gläsernen Wohnzimmertür wie ein Geist.

Die Ahmadiyya-Muslime sind konservativ. Streng in ihrem Glauben, in ihren Traditionen und Regeln. Im Gemeindehaus der Ahmadiyya-Muslime in Reinickendorf

liegen Informationshefte für Besucher aus, über die Ehe im Islam und die Rechte und Pflichten des Mannes im Islam, und einige Dinge, die

dort drinstehen, werden den Heinersdorfern nicht gefallen. Die Ehen unter den Ahmadis werden meist arrangiert, die Frau kann studieren und auch arbeiten, aber nur mit Zustimmung des Mannes. „Als äußerste Maßnahme zur Wiederherstellung des Ehefriedens“ ist es dem Mann gestattet, „seine Frau durch eine leichte körperliche Bestrafung zur Vernunft zu bringen“.

Im Fernsehen läuft tonlos MTA, der Ahmadiyya-Sender, und Tariq spricht über den Schleier, der die Frauen schützt und Allah näherbringt, die Probleme des Sportunterrichts für Musliminnen, den Schwimmunterricht, die Gefahr von Klassenfahrten und darüber, dass „Heiraten gesund ist und der Wille Gottes“. Er spricht von „den Versuchungen der westlichen Welt“, und am Ende hat man das Gefühl, dass es Imam Basit Tariq nicht anders geht als Joachim Swietlik von der Bürgerinitiative. Beide leben in derselben Stadt. Beide versuchen, sich hier ihre eigene Welt zu bewahren. Gegen all das, was von außen kommt. Wahrscheinlich sind sich Swietlik und Tariq näher, als sie denken.

Im Moment wartet die Ahmadiyya-Gemeinde auf die Erteilung der Baugenehmigung. Die Prüfung ist in der Endphase, einen positiven Bauvorbescheid gibt es bereits; und weicht der Bauantrag davon nicht grundsätzlich ab, wird es die Genehmigung geben, sagt die Baustadträtin. Unabhängig von allen Diskussionen.

Die Bürgerinitiative wartet auch – auf das Ergebnis des Widerspruchs gegen das abgelehnte Bürgerbegehren. 90 Prozent der wahlberechtigten Heinersdorfer Bürger, sagt Swietlik, hätten unterschrieben, dass sie gegen den Moscheebau sind.

„Und da sind wir an einem Punkt, den wir einfach nicht verstehen“, sagt Joachim Swietlik, der Vorsitzende. „Demokratie sollte doch immer dem Mehrheitswillen



MICHAEL TRIPPEL / OSTKREUZ

Berliner Imam Tariq: „Heiraten ist gesund und der Wille Gottes“



DIETERSCHWER.COM

Ahmadiyya-Deutschland-Chef Wagishauser: *Immer auf der Suche nach Grenzbereichen*

Geltung verschaffen. Das ist doch das Grundprinzip der Demokratie, oder? Wenn also in einem Ortsteil wie Heinersdorf 90 Prozent gegen einen Moscheebau sind, dann ist das doch eine eindeutige Aussage. Und wir verstehen nicht, warum die Politiker sich nicht danach richten.“

Es ist das Wir-sind-das-Volk-Prinzip.

Ein DDR-Gefühl.

Nicht die PDS oder die SPD, sondern Friedbert Pflüger und die CDU waren es dann, die das Gefühl aufnahmen. Während der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit in der fernen Mitte Berlins davon sprach, dass es keine „No-go-Areas für Moscheen“ gebe, kam Bürgermeisterkandidat Pflüger im Berliner Wahlkampf in der Tiniusstraße vorbei und sagte, dass die Heinersdorfer das Recht hätten, nein zu sagen. Dass die Standortwahl unglücklich sei. Die Heinersdorfer fühlten sich verstanden, und so wurde ausgerechnet der Westdeutsche Pflüger, der zuvor nie in dieser Gegend war, zum Helden von Heinersdorf. Für Joachim Swietlik hatte das zur Folge, dass er nicht mehr PDS wählte wie stets zuvor, sondern CDU.

Natürlich könnte die Ahmadiyya-Gemeinde ihre Moschee woanders bauen, Heinersdorf ist ein Zufall, das Grundstück der alten Sauerkrautfabrik war zu haben, es war günstig, und es gab keinen Bebauungsplan. Auf der Deutschlandkarte im Frankfurter Zentralbüro der Bewegung stecken da, wo Berlin liegt, zwei Fähnchen. Ein blaues im Westen, in Reinickendorf. Das bedeutet Gemeindezentrum. Ein weißes im Nordosten, in Heinersdorf. Das bedeutet Grundstück. Das weiße Fähnchen soll jetzt rot werden. Das bedeutet Moschee. Es wäre die 18. Moschee der Gemeinde in Deutschland.

Dem Chef der deutschen Ahmadiyya, Abdullah Uwe Wagishauser, ist der Osten genauso fremd wie den Heinersdorfern der Islam. Pankow kannte er aus dem Song von Udo Lindenberg. Von Heinersdorf hatte er nie gehört. Wagishauser wuchs katholisch auf, mit 18 trat er aus der Kirche aus. Das war im Jahr 1968. Er zog in eine Kommune in Bonn, sie versuchten die freie Liebe, rauchten Hasch, schossen sich LSD ins Gehirn und waren auf der Suche nach spirituellen Erlebnissen. Wagishauser las, meditierte, dachte über Grenzbereiche nach und versuchte irgendwo anzukommen. Als er 26 war, wollte er nach Tibet und landete über Iran und Afghanistan schließlich in Indien. Es verschlug ihn nach Qadian, in den Geburtsort von Mirsa Ghu-

Es ist das Wir-sind-das-Volk-Prinzip. Ein DDR-Gefühl.

lam Ahmed, den Gründer der Ahmadiyya. Ihn faszinierte die Gemeinschaft, die Frömmigkeit, die Religiosität. Eine Woche später war Uwe Wagishauser Ahmadiyya-Muslim und hieß Abdullah Uwe.

Als er nach dreieinhalb Monaten zurück nach Deutschland kam, ging er zum Arbeitsamt. Das besorgte ihm einen Job bei der Lufthansa. Dort arbeitet er, 30 Jahre später, immer noch.

Wagishauser ist 56 Jahre alt, dünn, blass, mit einem asketischen Gesicht. Er macht viel Sport. Marathon, Triathlon. Er ist noch immer auf der Suche nach Grenzbereichen. Insofern würde Heinersdorf passen.

Wagishauser hat keinen großen Plan für den Konflikt. Er setzt auf Annäherung durch Gewöhnung. Durch Fakten. Das ist alles. „Wir haben die Erfahrung gemacht,

dass die Proteste aufhören, wenn auf dem Grundstück erst mal gebaut wird“, sagt er. Die Ahmadiyya hat in den letzten Jahren einige Moscheen gebaut oder versucht zu bauen. Fast überall gab es Proteste, Bürgerinitiativen, Widerstand. Wagishauser hat keine Strategie für eine Annäherung entwickelt, sondern eine Strategie zur Durchsetzung seiner Moschee-Projekte.

Im Moment ist er nicht mehr ganz so sicher, wie er sich verhalten soll. Der Widerstand in Heinersdorf ist ungewöhnlich heftig. Andererseits ist Heinersdorf so gut oder schlecht wie jeder andere Ort in Berlin. „Niemand möchte eine Moschee in seiner Umgebung haben“, sagt Wagishauser. „Da können wir noch so viele Informationsveranstaltungen machen. Was haben wir an manchen Orten, an denen wir bauen wollten, geredet, erklärt, diskutiert. Am Ende hat es nichts gebracht. Früher war vielleicht der Kommunismus die große Bedrohung; jetzt der Islam. Es ist die Auseinandersetzung unserer Zeit.“

In den nächsten Wochen soll es ein Streitgespräch geben. Nur Swietlik und Wagishauser. Mann gegen Mann. Das Gespräch wird protokolliert, womöglich veröffentlicht, falls eine Zeitung interessiert ist. Es könnte dann ein Dokument sein dafür, wie seit einem halben Jahr die Gräben immer tiefer werden. Wie man nicht darüber redet, wie man miteinander leben könnte, sondern darüber, wie man sich am besten aus dem Weg geht. Ein Dokument, das von Misstrauen erzählt und nicht von Annäherung, womöglich wahrhafter als jede Islamkonferenz.

Im Frühjahr hat der Kampf begonnen. Jetzt ist es Herbst. Sie treffen sich fast jede Woche in der Gaststätte der Kleingartenanlage und besprechen die Lage. Sie sitzen zusammen auf alten Stühlen wie die Mitglieder eines Fußballclubs. Sie treffen sich, auch weil es guttut. Swietlik sagt, er habe

von den 70 Leuten aus der Bürgerinitiative vorher vielleicht 2 gekannt. Nach der Wende hätten sich die Strukturen in Heinersdorf verän-

dert. Die alte Gemeinschaft verschwand. „Jetzt ist es wieder fast so wie früher.“ Man kümmerge sich umeinander. Sie haben T-Shirts drucken lassen, auf denen „Du bist Heinersdorf“ steht.

Es klingt wie die Rückkehr eines lange vermissten Gefühls. Manchmal ist es hilfreich, einen Feind zu haben; wer man ist, was einen verbindet, lässt sich so besser sagen.

Joachim Swietlik sagt, er hoffe nicht, dass die Lage in Heinersdorf eskaliere, wenn auf dem Grundstück gebaut wird.

Abdullah Uwe Wagishauser sagt, dass er die Moschee später nicht besonders sichern möchte. Es wird nur einen Hausmeister geben. Es ist ein Mann aus seiner Gemeinde. Ein starker, freundlicher Mann, der sich vor nichts fürchtet.

Ein Ostdeutscher. ◆



Gier ist geil

Ortstermin: In einer Hamburger Kirche redet Heide Simonis über die Todsünde Geiz – und offenbart die Sucht des Politikers.

Nichts kann jetzt schöner sein für Heide Simonis, als in der Hauptkirche St. Katharinen in Hamburg zu stehen und einen Vortrag zur Todsünde Geiz zu halten. Eigentlich hat sie sich „fluchend auf den Weg gemacht“ wegen des schlechten Wetters, aber jetzt, sagt sie, „freu ich mich richtig, dass ich hier sein kann“. Und sie findet es „sehr lieb“, dass so viele Leute gekommen sind an diesem Mittwochabend, rund 150.

Man kennt diesen Sound. So reden nur Politiker. Sie sind immer am glücklichsten da, wo sie gerade sind, sie können Interesse an einem Vortrag in Zuwendung für sich selbst verwandeln. Zuhörer werden zu Leuten, die lieb zu einem sind.

Heide Simonis war bis zum Frühjahr 2005 Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein. Jetzt ist sie die Bundesvorsitzende des Kinderhilfswerks Unicef, und an dem Auftritt eines ehemaligen Politikers ist besonders interessant, ob man etwas darüber erfährt, wer da mal regiert hat. Ein hohes politisches Amt veredelt den Inhaber und zwingt ihn zu einer gewissen Zurückhaltung. Danach sieht man manchmal den wahren Menschen.

Das Thema Geiz interessiert Heide Simonis nicht besonders. Sie hat sich ein bisschen „durchgegoogelt“, und jetzt weiß sie was von Dagobert Duck und Ebenezer Scrooge, dem Geizhals bei Charles Dickens. Sie schimpft gegen Schnäppchenjäger, und ihre beiden gerechten Schwestern spielen auch irgendwie eine Rolle, werden jedenfalls zweimal mit strengen Ansichten zitiert, und dann ist Simonis schon bei ihren Unicef-Anliegen und erzählt von der Armut der Kinder in Deutschland und in Afrika. Es kommt der Vorwurf, dass eine Verbindung zwischen Wohlhabenden und Elenden kaum noch bestehe. „Da sind die Fäden gerissen“, sagt sie und erntet Applaus.

In der folgenden Diskussion fragt die Pastorin der Hauptkirche St. Katharinen, Ulrike Murmann, ob Heide Simonis nicht selbst Schnäppchenjägerin sei und gern auf Flohmärkten einkaufe. „Ja, ja“, sagt Heide Simonis, und ihr entfährt ein tiefer Seufzer. Also, vielleicht würden ihr jetzt die verstorbenen Tanten Sophia und Alma zuhören, oben „auf der Wolke“, denn die, sagt sie, mit einem Blick nach oben, seien

entsetzt gewesen, dass die Heide nur mit kleinster Aussteuer geheiratet habe. Nun jedoch kann sie Sophia und Alma oben auf der Wolke mitteilen, dass sie 150 Tischdecken habe, und zwar viele aus Leinen, was es heute kaum noch gebe. Unverschämte teuer. Weiterhin sei sie im Besitz von sehr vielen Gabeln, Messern, „Töpfchen und Tiegelchen“ sowie hundert Teilen Art-déco-Geschirr, wäre aber lieber im Besitz von hundert Teilen Jugendstil-Geschirr, das aber sei viel zu teuer.

Jedenfalls ziehe sie gern über Flohmärkte und kaufe ein, was sie kriegen könne, und wenn sie erfolgreich gewesen sei, set-

„Oh“, sagt Heide Simonis.

Immerhin hat der Abend sein eigentliches Thema gefunden: Gier ist geil. Das passt besser zu einer Politikerin, da ihr Berufsstand von Geiz wenig weiß. Im Gegenteil, viele Politiker sind verschwenderisch mit sich selbst. Sie können nicht genug davon kriegen, sich anderen zuzumuten. Ehemalige Ministerpräsidentinnen reden in Kirchen, ehemalige Kanzler schreiben Bücher und werben dafür, als wäre die Welt ein Wochenmarkt.

Man muss gesehen haben, mit welchem Behagen Heide Simonis dahergeplaudert hat. Ihre Stimme trällerte, tirilierte. Sie war etwas betrunken vom Selbstgenuss. Von über 30 Jahren in der Politik weiß sie, wie viel Aufmerksamkeit ihr solches Selbstentblättern bringt.

Politiker sind Experten für Gier, vor allem für Gier nach Aufmerksamkeit. Heide Simonis ist im März 2005 viermal angetreten, um sich zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen, auffallend oft. Sie ist viermal gescheitert, und ihr größter Schock danach war der leere Terminkalender, sagt sie selbst. Niemand hörte mehr zu. Sie ging zur Unicef und hatte wieder Termine und Zuhörer.

Und wenn sie jetzt so plaudert, dann fragt man sich, ob nicht die gerechten Schwestern, die Tanten Alma und Sophia oben auf der Wolke und der Gott der Aussteuer mitregiert haben in Schleswig-Holstein. Ob nicht mehr Irrsinn im ganzen politischen System drinsteckt, als man auch bei einigem Misstrauen ahnt?

An dem Job bei der Unicef mache ihr Spaß, erzählt sie zum Schluss, dass er mit „Glitzer und Glamour“ zu tun habe. Da müsse sie unbedingt noch eine Geschichte erzählen, wie sie bei einer Veranstaltung war, und nur zwei Stuhlreihen von ihr entfernt habe George Clooney gegessen, der Schauspieler, der Schöne.

Und plötzlich stößt Heide Simonis einen Schrei aus. Es ist ein hoher, schriller Schrei: „Ahhhhhh.“ Es ist der Schrei von Mädchen beim Popkonzert.

„George Clooney“, ruft sie mit einer Stimme, die vor Begeisterung vibriert, in die Kirche. Danach ist es wie so oft nach großem Lärm: still, sehr still.

DIRK KURBUWEIT



Referentin Simonis: „Töpfchen und Tiegelchen“

ze sie sich zu Hause hin und trinke „ein Schlückchen Sekt auf mich selber“. Aber so wie früher, als sie die nachgeholte Aussteuer tütenweise vom Flohmarkt geschleppt habe, sei das leider nicht mehr. Der Flohmarkt sei teuer geworden.

Sie hat glücklicherweise schon einiges zusammentragen können. Kürzlich ist sie umgezogen und hat „800 Kisten“ gebraucht, um ihr Hab und Gut zu verstauen. „Das ist total bekloppt“, sagt wohligh Heide Simonis von der Unicef.

Nun folgt ein schöner Satz der Pastorin Murmann: „Woran du dein Herz hängst, das ist dein Gott.“



Titel

Wege aus der Treibhausfalle

Neuer Kampf ums Klima: Ein britischer Ökonom beziffert den Schaden der globalen Erwärmung. In Kalifornien bestimmt das Thema den Wahlkampf. In Nairobi streiten 6000 Delegierte über die Drosselung der Treibhausgase. Können Industriebosse und Ingenieure die Erde retten?

Der Tag, an dem sich das Klima auf der Welt veränderte, war ein Montag. Montag voriger Woche, Punkt zehn Uhr. Da trat in London ein grauhaariger Herr mit einer randlosen Brille vor die Presse. Seine Worte waren klar, seine Botschaften alarmierend. Niemand kann jetzt noch behaupten, er habe nicht gewusst, welchen Schaden er der Erde zufügt.

Eine Zahl war es, die die gefühlte Temperatur auf dem Planeten schlagartig in die Höhe schießen ließ: 5,5 Billionen. Sir Nicholas Stern hat ein Phänomen beziffert, das sich die meisten Menschen nur

schwammig vorstellen können. Er hat komplexe physikalische Prozesse in eine Einheit umgerechnet, mit der die Menschen täglich umgehen: Geld.

5,5 Billionen Euro könnte es kosten, wenn die Menschheit weiterhin so gewaltige Mengen von Klimagasen in die Atmosphäre pumpt. Das sind 20 Prozent ihrer gesamten Wirtschaftskraft. Zum Vergleich: Während der großen Depression der dreißiger Jahre hat die Weltökonomie in ähnlichem Umfang eingebüßt.

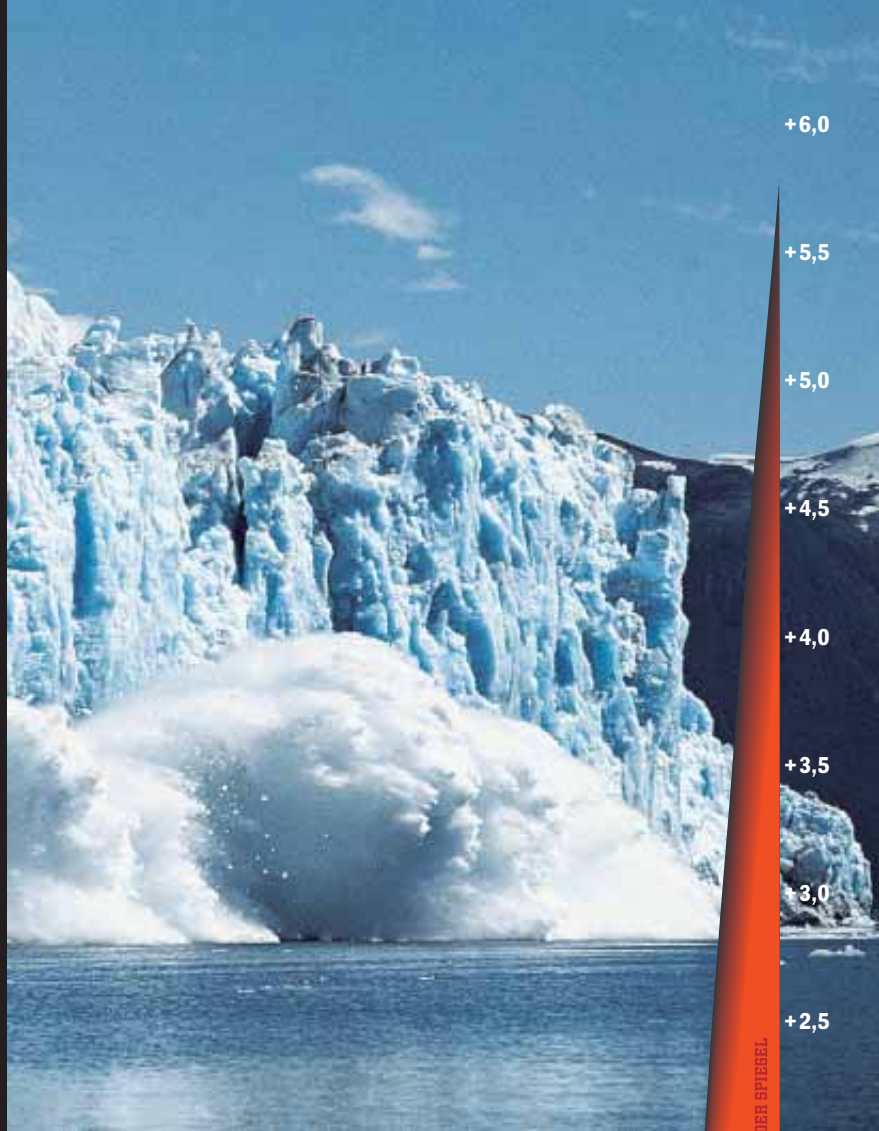
Die Folgen des Klimawandels hat der ehemalige Chefvolkswirt der Weltbank pe-

nibel aufgelistet: das Verdörren ganzer Landstriche, die Überflutung der Küsten, das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten. Und vielen Schrecken hat er ein Preisschild aufgeklebt, zu zahlen nach Rechnungseingang mit Datum 30. Oktober.

Der Makroökonom hat damit das drängendste Umweltproblem unserer Zeit in die Sprache seiner Zukunft übersetzt: „Der Klimawandel ist das größte Marktversagen, das es je gab.“

War das tatsächlich „der Tag, an dem das Klima wechselte“, wie der britische „Independent“ doppeldeutig titelte? War

ROURE / AP (L.); HOA-QUI/LAIF (M.); EDMAIER / PHOTOPRESS (R.)



DER SPIEGEL



der Montag wirklich jener magische Wendepunkt in der Treibhausdebatte? Schaltet die Weltgemeinschaft jetzt vom Reden um ins Handeln?

Umweltaktivisten jedenfalls fühlten sich bestätigt: Jetzt habe auch die Wirtschaft verstanden, was sie ihr jahrelang gepredigt hätten. „Es gibt keinen Deckmantel mehr, um sich zu verstecken“, feixt Charlie Kronick

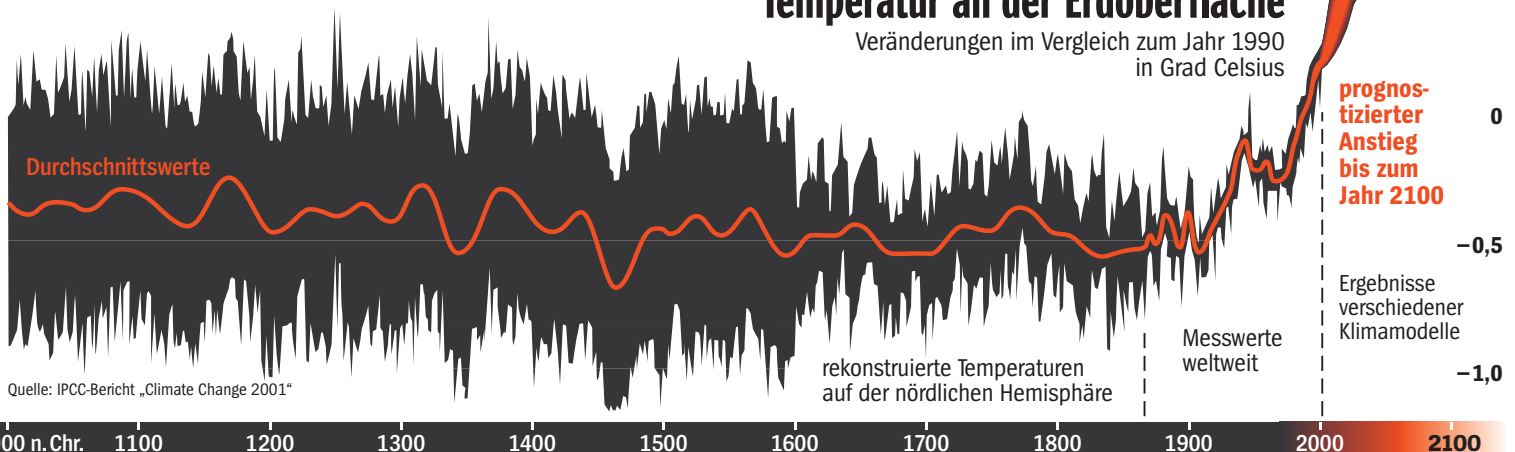
von Greenpeace. Jetzt reiche es nicht länger, dass die Industriebosse nur ein „Windrädchen auf der Konzernzentrale“ stehen hätten, das „knapp zur Beleuchtung der Vorstandstoiletten reicht“, befand sogar das wirtschaftsfreundliche „Handelsblatt“. Auch die Politiker müssten nun richtig ran. „Das Desaster wird sich nicht in einer Science-Fiction-Zukunft zutragen“, sagte

der britische Ministerpräsident Tony Blair. Der Premier stand zusammen mit Stern auf der Bühne und nannte das 616-seitige Werk „den wichtigsten Bericht über die Zukunft“ der Erde.

Wie stets, wenn es ums Klima geht, rief der Bericht auch Kritiker auf den Plan. Ganz

Temperatur an der Erdoberfläche

Veränderungen im Vergleich zum Jahr 1990 in Grad Celsius



Globaler Hitzestau

Symptome und mögliche Folgen der Klimaerwärmung

Erwärmung um: **+5°**

Die zunehmende Versauerung der Ozeane schädigt die marinen Ökosysteme nachhaltig und gefährdet Fische und Fischerei. Die Himalaja-Gletscher verschwinden völlig. Die Wasserversorgung von einem Viertel aller Chinesen ist gefährdet. Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht kleine Inseln und Weltstädte wie Lissabon, New York oder Tokyo.

+4°

Die Hälfte der arktischen Tundra verschwindet. Die Hälfte der Naturschutzgebiete weltweit ist nicht mehr in der Lage, ihre Schutzziele zu erfüllen. In Afrika fallen die Ernten um 15 bis 35 Prozent geringer aus. Bis zu 300 Millionen Menschen sind in den Küstengebieten von Überflutungen betroffen.

+3°

Alle zehn Jahre suchen schwere Dürren Südeuropa heim. Bis zu 170 Millionen Menschen werden jährlich Opfer von Fluten und Überschwemmungen. Zwischen 150 und 550 Millionen Menschen mehr als heute hungern. Die Ernten in den hohen Breiten dagegen sind ergiebiger denn je.

+2°

Das südliche Afrika und die Mittelmeerregion verfügen über 20 bis 30 Prozent weniger Wasser. 40 bis 60 Millionen Menschen mehr erkranken in Afrika an Malaria. 15 bis 40 Prozent aller Arten drohen auszusterben, zum Beispiel Eisbären, Karibus und viele Amphibien. Das Abschmelzen des grönländischen Eispansers kommt irreversibel in Gang.

Erwärmung um: **+1°**

80 Prozent der Korallenriffe leiden regelmäßig unter der Korallenbleiche. Das Verschwinden kleinerer Andengletscher bedroht die Wasserversorgung von 50 Millionen Menschen. In den Tropen sterben 300 000 Menschen mehr an Durchfallerkrankungen, Malaria oder Unterernährung. In den hohen Breiten dagegen verbessern sich die Ernten. Weil das Meereis schmilzt, können Bodenschätze in der Arktis besser erschlossen werden.

°C



SIBIRISCHER PERMAFROST

Straßen, Pipelines und Industrieanlagen versinken im Morast, wenn der sibirische Permafrostboden taut. In der Stadt Jakutsk sind inzwischen mehr als 300 Gebäude weggesackt. Schon benötigt die neue Trasse der Qinghai-Tibet-Eisenbahn, die über 550 Kilometer Permafrost führt, teure Kühlsysteme gegen das Auftauen des Bodens.

RPS / ULLSTEIN

ASIATISCHER MONSUN

Der Monsun bringt dem Indischen Subkontinent 75 bis 90 Prozent seines jährlichen Regens. Mit dem Klimawandel wird die Luftströmung ihre Stärke verändern und unzuverlässiger werden. Überflutungen, aber auch Dürren könnten die Folge sein.



AMIT DAVE / REUTERS

AUSTRALISCHE DÜRRE

Im Südosten Australiens hat es in den vergangenen Jahren so wenig geregnet wie noch nie seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Die Hälfte der Agrarflächen ist von Versteppung bedroht. Alle vier Tage bringt sich ein australischer Bauer aus Verzweiflung um. Steigt die globale Temperatur um vier Grad, wird Landwirtschaft in den meisten Teilen Australiens unmöglich sein.



C. MCGRATH / GETTY IMAGES

AMAZONAS

Durch die Klimaerwärmung droht das Amazonasgebiet auszutrocknen. Das Abholzen der Wälder beschleunigt den Prozess noch. Global trägt der Kahlschlag natürlicher Wälder mehr zum Anstieg der CO₂-Konzentration bei als der Verkehr. Weniger Kahlschlag könnte den Klimawandel daher auf einfache Weise abbremsen.



BILDERBERG

THOMAS GRABKA / LAIF

ARKTISCHES MEEREIS

Forscher erwarten, dass der arktische Ozean bis spätestens 2100 im Sommer eisfrei sein wird. Die Arktis-Anrainer erhoffen sich neue Schifffahrtsrouten und leichteren Zugang zu Bodenschätzen. Die Inuit und viele arktische Tierarten verlieren ihre Heimat.



ARTENSTERBEN

Schon ein weiterer Anstieg der Temperatur um ein Grad könnte zum Aussterben von zehn Prozent aller Landtierarten führen. In der östlichen Ostsee ist die Ringelrobbe bedroht. Das Tier zieht seine Jungen auf dem Eis auf. Die Dauer der Eisbedeckung jedoch könnte bald schon zu kurz sein für die erfolgreiche Aufzucht.



GOLFSTROM

Der warme Golfstrom ist für das milde Klima in Mitteleuropa verantwortlich. Hier z. B. auf den Scilly Islands im Ärmelkanal. Erste Hinweise zeigen, dass der Golfstrom sich abschwächt. Ob er abreißen wird, ist bislang ungewiss. Als Folge könnte sich Europa entgegen dem globalen Trend abkühlen.



KNUT MUELLER / DAS FOTOARCHIV



AFRIKA UND SÜDASIEN

Vor allem in den Entwicklungsländern leben die Verlierer des Klimawandels. Rund 800 Millionen Menschen leiden derzeit an Mangel oder Unterernährung. Ein Anstieg der globalen Temperatur um nur ein Grad könnte ihre Zahl auf 1,3 Milliarden anwachsen lassen. 250 000 Kindern pro Jahr könnte der Klimawandel das Leben kosten.

Quellen: Stern Review; „Guardian“; „Independent“

OZEANVERSÄUERUNG

Die Kalkschalen winziger Planktonorganismen drohen sich aufzulösen, sollten die Ozeane weiter versauern. Aus manchen Gebieten könnten sie schon in wenigen Jahrzehnten vollständig verschwinden. Dadurch würde die Fischerei weiter leiden. Denn am oberen Ende der Nahrungskette stehen Fischarten wie Lachs, Kabeljau oder Thunfisch.



gezielt habe Stern nur die düstersten Prognosen ausgewertet, meint etwa der niederländische Klimaökonom Richard Tol. Sterns Resümee beschimpft er als „alarmistisch und inkompetent“. Der Nobelpreisträger und Volkswirt Robert Solow wiederum lobte Sterns Expertise als „ruhig, durchdacht und sorgfältig argumentierend“.

Als wohltuend empfinde er besonders Sterns Diktion. Sie ist frei von moralinsaurer Untergangsrhetorik, wie sie von der Ökoszene gern gebraucht wird. Stern macht vielmehr ganz nüchtern eine Kosten-Nutzen-Rechnung auf: Investitionen von einem Prozent der Weltwirtschaftskraft jährlich würden bereits reichen, um das Schlimmste noch abzuwenden. Dies ist seine frohe Botschaft. Die Investitionen in den Klimaschutz betrachtet er als riesiges Subventionsprogramm. Es werde

die Wirtschaft zur neuen, grünen Blüte treiben. „Die Märkte für klimaschonende Technik könnten 2050 schon 550 Milliarden Dollar groß sein“, frohlockt Stern.

Tony Blair ist von so viel Pragmatismus begeistert. Er stellte dem Volkswirt sogleich den wohl quirligsten Handlungsreisenden in Sachen Weltklima an die Seite, den Ex-Vizepräsidenten der USA, Al Gore. Zusammen sollen sie die USA, den größten CO₂-Produzenten der Welt, zum Mitmachen bekehren.

Von der britischen Insel her bläst ein scharfer politischer Wind. Den bekam auch Bundeskanzlerin Angela Merkel zu spüren, als sie am Freitag von Blair empfangen wurde. Sogleich schwor der sie auf sein Ansinnen ein: Während der EU-Ratspräsidentschaft und als Gastgeberin des nächsten G-8-Gipfels müsse sie das Thema ganz oben auf die Agenda heben.

Ausgerechnet die Umwelt-Musterschüler aus Deutschland müssen nun also zusehen, wie sich die Briten zum Klimawächter des Planeten aufschwingen. „Wir sind nicht auf Ballhöhe“, gesteht Bundesumweltminister Sigmar Gabriel im SPIEGEL-Interview (siehe Seite 92).

Bisher reichte alle Umweltrhetorik nicht, um eine spürbare CO₂-Reduzierung zu bewirken. Zu schnell wächst die globale Wirtschaft, zu rasch steigt der Wohlstand, was nichts anderes heißt, als dass die Treibhausgas-Emissionen der Industrieländer steigen, und zwar um 2,4 Prozent seit dem Jahr 2000. Schuld ist vor allem der Verkehr: 23,9 Prozent plus seit 1990, so verkündete der Uno-Klimasekretär Yvo de Boer am vergangenen Montag.

Unter diesen dramatischen Vorzeichen werden diese und folgende Woche bis zu 6000 Delegierte auf der Weltklimakonferenz in Nairobi debattieren. Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt: Wie lässt sich noch verhindern, dass die Temperaturen auf der Erde um volle fünf Grad steigen? Und wie



GREENPEACE / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Eisbär in der Arktis: Ein Foto wird zur Ikone des Klimawandels

sollte sich die Menschheit rüsten für eine Erwärmung von zwei Grad, die inzwischen als unabwendbar gilt?

Das nämlich ist das Fazit von jahrzehntelanger Forschung über den Wandel im Treibhaus Erde. „Die Daten haben unsere Hypothesen, die wir in den letzten 20 Jahren aufgestellt haben, weitgehend bestätigt“, sagt Hans von Storch, deutscher Klimamodellierer der ersten Stunde und ein besonnener Geist in der oft hitzköpfigen Klimagemeinde. Dies wird auch der Tenor des im Februar erscheinenden Vierten IPCC-Berichts der Vereinten Nationen sein, den derzeit mehrere hundert Wissenschaftler als kleinsten gemeinsamen Konsens ihrer Erkenntnisse aushandeln.

Dass Kohlendioxid die Atmosphäre aufheizt, argwöhnte schon vor über hundert Jahren der schwedische Nobelpreisträger Svante Arrhenius. Um vier bis sechs Grad höhere Temperaturen berechnete er für den Fall, dass der Mensch den CO₂-Gehalt der Atmosphäre verdoppele. Er freute sich bereits auf das Ende der kalten nordischen Winter.

Der wohl erste Warner hieß dann Roger Revelle. Der US-Professor begann in den fünfziger Jahren, in regelmäßigen Abständen auf den Mauna Loa zu kraxeln, einen 4170 Meter hohen Vulkan auf Hawaii. Von dort ließ er Instrumente in den Himmel steigen, um die Konzentration des Spurengases aufzuzeichnen. Die zackige Messkurve wies einen verstörenden Trend nach oben auf (siehe Grafik Seite 86).

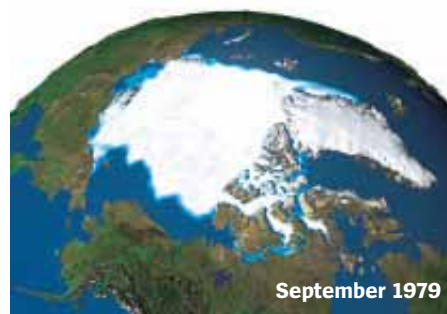
Revelle begriff rasch, was das bedeutete: Etwas noch nie Dagewesenes, Dramatisches vollziehe sich auf dem Planeten, orakelte er in den siebziger Jahren vor dem US-Kongress. Zur gleichen Zeit jedoch spekulierte der angesehene US-Klimatologe Stephen Schneider über den möglichen Beginn einer neuen Eiszeit. Ganz ernst genommen wurden sie beide nicht.

Erst in den achtziger Jahren nahm die Debatte Fahrt auf – auch auf Betreiben der

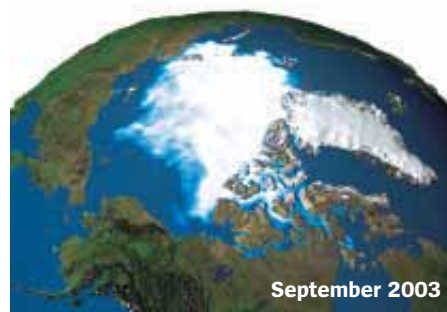
Atomlobby. Die Nuklearfreunde hielten die drohende Erwärmung für das beste Argument für ihre emissionsarme Technik.

Etwa zur gleichen Zeit begann der Aufstieg der Klimaforschung zur Milliarden-Dollar-Disziplin. Mit immer gewaltigeren Rechnern simulierten die Wissenschaftler die Atmosphäre, anhand von Eiskernen aus Grönland und der Antarktis rekonstruierten sie die Klimageschichte, mit Bojen und Ballons spürten sie den globalen Luft- und Wasserströmen nach. So produzierten die Gelehrten all jene Mosaiksteinchen, die sich zusammensetzen zum unheilvollen Bild, das die heutige Debatte um den Klimawandel beherrscht.

Zwar provozierte die Selbstgefälligkeit, mit der die Klimawarner die bevorstehende Sintflut in immer düsteren Farben ausmalten, Widerstand. Doch gehören die



September 1979



September 2003

Satellitenbilder des arktischen Meers
Ohne Eisbrecher bis zum Nordpol

grundsätzlichen Kritiker zu einer schwindenden Minderheit.

Richard Lindzen vom Massachusetts Institute of Technology zählt dazu. Ihn überzeugen auch die drei großen Uno-Klimaberichte nicht. Die Computermodelle des Klima-Establishments hält er schlicht für falsch. Um maximal ein Grad werde sich die Erde erwärmen, hat er ausgerechnet.

Andere Forscher verweisen auf Klimaereignisse in der Vergangenheit. Schon mehrfach in der Menschheitsgeschichte habe sich das globale Klima verändert, auch ohne dass der Mensch in das Geschehen eingegriffen habe. In all diesen Fällen jedoch, so wendet die Mehrheit der Klimaforscher ein, gab es natürliche Erklärungen wie etwa die Aktivität der Sonne oder Schwankungen von Meeresströmungen für das Auf und Ab des Quecksilbers.

Vor zwei Jahren bekamen die Klimadissidenten dann noch einmal Aufwind. Michael Crichton, Bestsellerautor aus den USA, verfasste eine geschickte Mischung aus Fiktion und realen Fakten. Eine skrupellose Allianz aus Klimaforschern und Ökoterrorenisten will eine Flutwelle auslösen, um die Menschheit aufzurütteln. Im Nachwort bezieht Crichton unmissverständlich Stellung: „Niemand weiß, inwieweit der derzeitige Erwärmungstrend vom Menschen verursacht wird.“

Den Kampf um die Bilder im Kopf der Bürger aber verlor Crichton am Ende doch. Denn er stieß auf einen Gegner, der Spezialist ist für die Dramaturgie des Weltuntergangs: den Hollywood-Regisseur Roland Emmerich. Sein Film „The Day After Tomorrow“ schwelgt regelrecht in der Klima-Apokalypse: Erst ersäuft die Erde unter einer enormen Flutwelle, dann erstarrt sie unter einem Eispanzer – und Millionen Kinogänger erschauerten. Nur ein Jahr später schien die Natur den Film bestätigen zu wollen: Hurrikan „Katrina“ ertränkte New Orleans.

Doch ist es wirklich zulässig, solche Katastrophen den Klimagasen anzulasten? Hat es nicht immer Dürren, Hungersnöte, Stürme und Seuchen gegeben?

Tatsächlich ist es unmöglich, einzelne Naturereignisse eindeutig auf den Treibhauseffekt zurückzuführen. Zuverlässige Aussagen können die Forscher nur über Mittelwerte treffen: Im Durchschnitt, so ihre Prognose, werde sich das Klima der Erde ändern, und zwar deutlich. Die Indizienlage dafür ist erdrückend.

0,03 Prozent Kohlendioxid enthält die Luft, hieß es lange in den Schulbüchern. Es stimmt nicht mehr. Längst sind es fast 0,04 Prozent, eine Steigerung um mehr als ein Viertel. Und so winzig der Unterschied klingen mag: Er hat gewaltige Auswirkungen auf das globale Wettergeschehen.

Denn wie das Glas eines Treibhauses hindert das Kohlendioxid zusammen mit Wasserdampf und anderen Gasen die von

der Erdoberfläche abgestrahlte Wärme daran, ins All zu dringen. Je mehr Kohlendioxid in der Luft, desto mehr Wärme wird in der Atmosphäre zurückgehalten. Um rund ein halbes Grad ist die Erde bereits heute wärmer als noch in vorindustrieller Zeit. Wird der Ausstoß von Treibhausgasen nicht verringert, erwarten Experten bis 2050 ein Temperaturplus von zwei Grad. Im Jahr 2100 könnte die Erde sogar um fünf Grad wärmer sein als heute. Zum Vergleich: Auch zwischen der letzten Eiszeit und der Gegenwart liegt ein Temperaturunterschied von etwa fünf Grad.

„Schon ein weiterer Anstieg um ein Grad Celsius bedeutet eine kritische Schwelle“, urteilt Jim Hansen, Direktor vom Goddard Institute for Space Studies der Nasa. „Jenseits davon werden wir Veränderungen sehen, die die Erde zu einem anderen Planeten machen werden als den, den wir kennen.“

Hansen befürchtet wie viele Klimawissenschaftler eine Art „Point of no return“, der, einmal überschritten, zu positiven

Rückkopplungen führen könnte. Eine dramatische Beschleunigung der Erderwärmung erwarten die Forscher beispielsweise, wenn die Permafrostböden der Tundren Sibiriens und Nordamerikas auftauen.

Kilometertief ist das Erdreich dort gefroren. Doch die faszinierende Landschaft ächzt unter der neuen Wärme. Bis zu 90 Prozent der steinharten Erde könnten noch in diesem Jahrhundert auftauen, befürchten manche Gelehrten. Um mehrere hundert Kilometer nach Norden soll sich die Frostgrenze bald verschieben. Rückkopplungseffekte befördern das Tauwetter noch. Denn schmelzen Schnee und Eis der Tundra, wird dunklere Vegetation sprießen. Die jedoch absorbiert die Sonnenstrahlung stärker: Die Region erwärmt sich weiter.

Das größte Problem allerdings: In den steinharten Böden lagert eine wahre Klimabombe. Geschätzte 400 Milliarden Tonnen Methan sind im Permafrostboden der Arktis gefangen, und dieses Gas ist noch weitaus treibhauswirksamer als CO₂. Wird bei Tauwetter auch nur ein Bruchteil davon

frei, steigt die Welttemperatur weiter. Dann könnte irgendwann selbst das Horrorszenario der Klimaforschung Wirklichkeit werden: das Abschmelzen des grönländischen Eispansers.

Bis zu drei Kilometer dick und fünfmal so groß wie Deutschland ist das gewaltige Eisreservoir. Und es fängt bereits an, sich aufzulösen. „Die Eiskappe Grönlands schmilzt mit einer Geschwindigkeit von 235 Kubikkilometern jährlich, und auch am westantarktischen Eisschild hat man Anzeichen von Instabilität entdeckt“, sagt der australische Zoologe und Paläontologe Tim Flannery, Autor des Buchs „Wir Wettermacher“. „Diese beiden Eismassen enthalten genug gefrorenes Wasser, um im Falle ihres Abschmelzens den Meeresspiegel global um zwölf Meter anzuheben.“

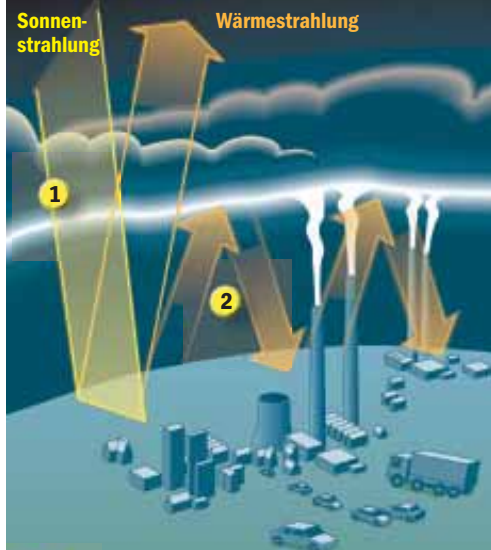
Werden also Tokio, Lissabon und New York bald in den Fluten versinken? 1000 Jahre werde es noch dauern, bis Grönland eisfrei sei, beschwichtigen Experten. Bis zum Ende des Jahrhunderts rechnen Forscher nur mit einem Anstieg des Meeresspiegels von 10 bis 90 Zentime-

Rechnung mit vielen Variablen

Wie der Mensch das Klima aufheizt

Dass der Mensch zur globalen Erwärmung beiträgt, ist unstrittig.

Wie groß der Effekt genau ist, lässt sich nur mühsam berechnen. Computermodelle müssen eine Vielzahl von komplexen und sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren berücksichtigen. Einige davon sind rechts erläutert.



- 1** Sonnenstrahlung erwärmt die Erdoberfläche. Ein großer Teil wird als langwellige Wärmestrahlung wieder in den Weltraum abgegeben.
- 2** Klimawirksame Spurengase wie Kohlendioxid oder Methan wirken wie das gläserne Dach eines Treibhauses. Sie hemmen die Wärmeabstrahlung ins All. Die Folge: Die Atmosphäre heizt sich auf.

DER SPIEGEL

BEWÖLKUNG

Wolken und Kondensstreifen in hohen Luftschichten speichern die Sonnenwärme, niedrigere Wolkenschichten wirken hingegen kühlend.

VEGETATION

Pflanzen entziehen der Atmosphäre Kohlendioxid und begrenzen so die Erwärmung. Brandrodung und Abholzung verschärfen den Erwärmungstrend.

LANDWIRTSCHAFT

In der Landwirtschaft, vor allem bei der Viehzucht, wird Methan freigesetzt. Das Gas ist 23-mal so klimaschädlich wie Kohlendioxid.

POLAREIS

Eis reflektiert das Sonnenlicht. Schmelzen große Eisflächen, wird mehr Strahlung in Wärme umgesetzt – die Erderwärmung beschleunigt sich.

STÄDTEBAU

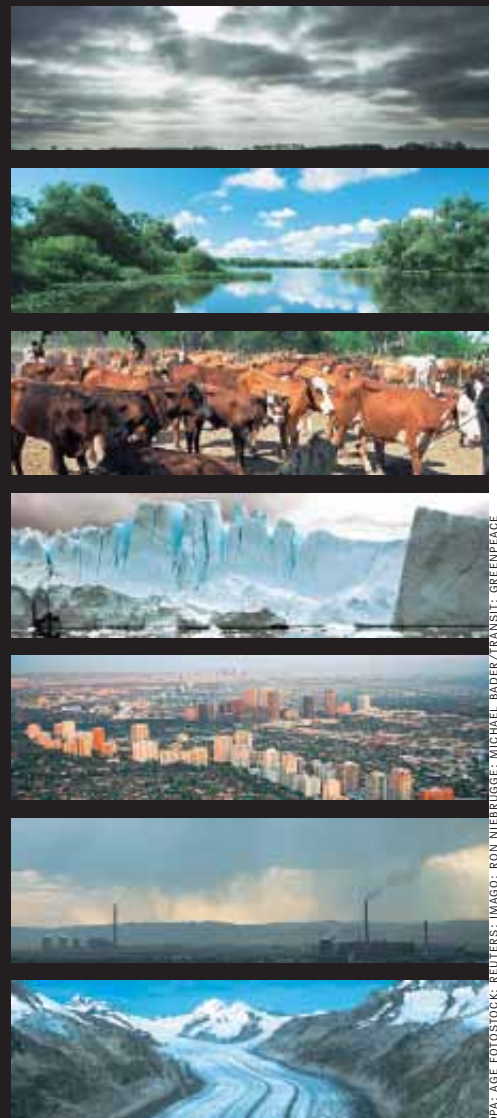
Immer mehr Natur fällt der Zivilisation zum Opfer. Die Zersiedelung der Landschaft und die Versiegelung von Flächen verändert die klimatischen Bedingungen.

AEROSOLE

Neben den Klimagasen beeinflussen auch Schmutzpartikel in der Luft das Klima. Sie fördern die Wolkenbildung und wirken eher kühlend.

KONTINENTALEIS

Schmelzen die Gletscher, so steigt langfristig der Meeresspiegel. Knapp zwei Prozent des weltweiten Wassers sind in kontinentalem Eis und Schnee gespeichert.



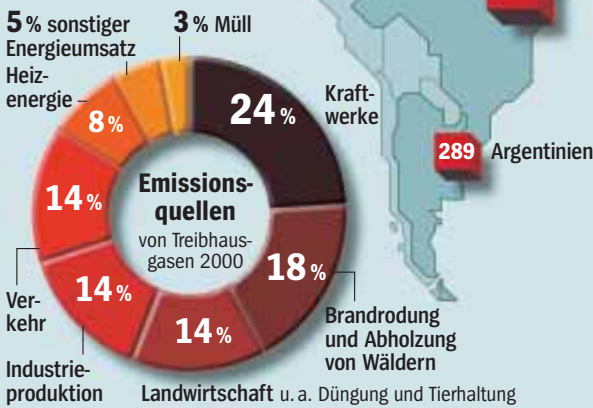
DPA; AGE FOTOSTOCK; REUTERS; IMAGO; RON NIEBRUGGE; MICHAEL BADER/TANSIT; GREENPEACE

6928

Einheizer der Erde

Die größten Verursacher von Treibhausgasen

Ausstoß in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent (im Jahr 2000)



CO₂-Konzentration der Erdatmosphäre in ppm (Teile auf eine Million Teile Luft)



tern. Doch selbst das wird die Weltgemeinschaft vor Probleme stellen.

75 Millionen Menschen weltweit sind derzeit an den Küsten von sturmbedingten Überschwemmungen bedroht. Bei einem Meeresspiegel-Anstieg um 40 Zentimeter werde diese Zahl auf schätzungsweise 200 Millionen ansteigen, berichtet der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen in seinem Gutachten „Die Zukunft der Meere: zu warm, zu hoch, zu sauer“. Mehr als 500 000 Menschen leben schon heute auf flachen Inseln wie den Malediven oder auf pazifischen Atollen nur knapp über dem Wasserspiegel.

In dem Inselstaat Vanuatu fanden die ersten Umsiedlungen auf höhergelegene Gebiete bereits statt. Und auch in Indonesien verändert das „Global Warming“ längst den Alltag.

„Wir müssen mehrmals im Jahr unser Dorf verlassen, weil das Meer immer weitere Teile des Strands überflutet“, sagt Maryandi, Dorfvorsteher in der Gemeinde Cembra Java, 150 Kilometer von der

Hauptstadt Jakarta entfernt. Zunehmend führe das zur Versalzung der Brunnen.

Singapur verzeichnete im vergangenen Jahr die größten Niederschlagsmengen seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Im Golf von Thailand messen Klimatologen inzwischen ein bis anderthalb Grad wärmeres Wasser. Vor verheerenden Auswirkungen auf das Festland warnt der thailändische Ozeanograf Anond Snidvongse: „Wir erwarten flutbedingte Erdrutsche im Norden Thailands, und auch Bangkok wird wohl von nie gesehenen Überschwemmungen heimgesucht werden.“

Der Klimawandel, so scheint es, ist längst in der Lebenswirklichkeit vieler Menschen angekommen. Auch die Inuit der Arktis berichten von rasanten Veränderungen. Vögel und Fischarten tauchen auf, für die es in ihrer Sprache gar keine Namen gibt. Jagdbeute wie Robben, Walrosse oder Eisbären, deren Lebenszyklus eng mit dem Meereis verknüpft ist, wird rar.

Als Ikone des Klimawandels kann inzwischen das Foto jenes Eisbärs gelten, der mit großem Satz von einer Eisscholle zur

anderen springt. Nur auf dem Meereis können die gewaltigen Tiere Jagd auf Robben machen. Doch immer später kommt der Winter, die Eisschmelze immer früher, so dass sich die Bären keine ausreichende Fettschicht anfressen können.

Um acht Prozent pro Jahrzehnt schmilzt die arktische Eiskappe inzwischen. Noch nie seit Beginn der Satellitenbeobachtung registrierten die Wissenschaftler weniger Meereis zwischen Grönland und Sibirien als im vergangenen Sommer. Im August 2005 überquerte die russische „Akademik Fjodorow“ als erstes Schiff der Seefahrtsgeschichte ohne Eisbrecherhilfe den Pol.

An Land kein besseres Bild: Der gesamte Wasserhaushalt der Arktis gerät durcheinander, wenn der Permafrostboden schmilzt. Schon beobachten Forscher, wie ganze Seen in den Boden sickern und die Flüsse anschwellen. Um sieben Prozent hat die Wassermenge in den letzten 60 Jahren zugenommen, die sich aus russischen Flüssen wie dem Ob in das Arktische Becken ergießt.

Gravierende Konsequenzen nicht nur für die Region, sondern für das globale

Prognose für den CO₂-Ausstoß 2025

gegenüber 2002, nur energiebedingte Emissionen



Quelle: WRI, „Guardian“

Klima befürchten die Forscher. Sinkt nämlich durch den Süßwasserzufluss der Salzgehalt des Polarmeers, könnte es im schlimmsten Fall sogar seine Funktion als „Motor der globalen Ozeanzirkulation“ einbüßen, warnt Volker Rachold vom International Arctic Science Committee. Auch der Golfstrom wäre davon betroffen, jene warme Meeresströmung, die Europa sein mildes Klima beschert.

Mehr Regen in den höheren Breiten, gleichzeitig noch weniger Regen in den ohnehin trockenen Zonen der Erde erwarten die Forscher. Die Verlierer dieses Trends sitzen vor allem in den Entwicklungsländern. Mit bis zu 200 Millionen Klimaflüchtlingen rechnet der britische Ökologe Norman Myers. Fünfmal mehr Land

findet, steigt automatisch das Krankheitsrisiko. Mit 40 bis 60 Millionen zusätzlichen Opfern allein in Afrika rechnet Stern bei einem globalen Temperaturanstieg von zwei Grad.

Die Lebenswelt spielt verrückt, sobald sich Temperatur- und Wasserhaushalt der Erde verändern. Vögel wie der Trauerschnäpper finden nach der Rückkehr aus ihren Winterquartieren kaum mehr Nahrung für ihre Jungen vor, weil die Raupensaison bereits vorbei ist. Schmetterlingsarten wie der Gelbäugige Mohrenfalter wagen in den Schweizer Alpen den Gipfelsturm, weil es dort nicht mehr so kalt ist. Immer häufiger schwirrt das Taubenschwänzchen in Norddeutschlands Vorgärten, ein Falter, der eigentlich rund ums Mittelmeer heimisch ist. Von dort stammt auch ein weiterer Neuankömmling, der inzwischen Brandenburg terrorisiert: der Dornfinger, eine Spinne, deren Bisse schmerzhaft wie Wespenstiche sind.

Ohnehin Deutschland: Zu schön erscheint manchem die Aussicht auf Palmen an der Ostsee und plauschige Oktoberabende in Hamburger Strandcafés. Tatsächlich sind zwei bis drei zusätzliche Grad in Deutschland bis zum Ende des Jahrhunderts sehr wahrscheinlich – zur Freude der Tourismusindustrie. Erkauft wird der Temperaturanstieg, den Prognosen der Klimaforscher zufolge, allerdings durch Hitzewellen und Sturzregen.

„Das Wetter wird einfach extremer“, sagt Daniela Jacob vom Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg, Chefautorin einer im April vom Umweltbundesamt vorgelegten Studie mit dem Titel „Regionale Klimasimulationen für Deutschland, Österreich und die Schweiz“. Die klimati-

sche Fieberkurve der Nation bis zum Jahr 2100 haben Jacob und ihre Kollegen von einem Supercomputer errechnen lassen. 42 000 Gigabyte Klimadaten lagern nun im 15. Stock eines Hamburger Uni-Gebäudes.

Ein klarer Trend zeichnet sich dabei ab: feuchtere, wärmere Winter und trockenere Sommer als bisher. Regelrecht mediterran könnte es vor allem im Osten Deutschlands werden. Eitel Sonnenschein also ab sofort auch nördlich der Weißwurstgrenze?

Tatsächlich gehört Deutschland eher zu den Gewinnern des Wandels. Vor allem die Hoteliers an der Ostseeküste dürfen frohlocken. Bis zu drei Grad wärmer könnte es auf Usedom und dem Darß werden.

In anderen Branchen ist die Stimmung durchwachsen. Freunde des Ökowaldes dürfte es freuen, dass die ungeliebte Fich-



ARGUS (O.); NATIONAL GEOGRAPHIC / GETTY IMAGES (U.)

Intakte, ausgebleichene Korallen: Dreifache Verlierer

als heute könnte schon 2050 unter extremer Dürre leiden, darunter die Mittelmeerregion, Gebiete in Afrika und Teile Süd- und Mittelamerikas.

„Schmelzende Gletscher werden in der Regenzeit das Überflutungsrisiko erhöhen; in der Trockenzeit wird sich die Wasserversorgung reduzieren, was schließlich ein Sechstel der Weltbevölkerung bedrohen könnte“, schreibt der Brite Stern in seinem Report. Versalztes Trinkwasser, schlechte Ernten und Seuchenzüge seien mögliche Folgen. Laut einer Studie der WHO sterben schon heute jährlich mehr als 150 000 Menschen an den Folgen des Klimawandels. Ursache dafür ist vor allem die Zunahme bestimmter Krankheiten. Wenn etwa die Malariamücke Anopheles immer mehr stehendes Wasser zum Brüten

te eines der ersten Opfer der hiesigen Veränderung sein könnte. Manchen Waldbauern dagegen wurmt es: „Die Wärme macht die Fichte schwach und den Käfer stark“, sagt etwa Christian Kölling von der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft. 2500 Hektar Fichtenwald fielen beispielsweise in diesem Jahr in Mittelfranken dem Borkenkäfer zum Opfer. „Mit zwei Grad Temperaturanstieg werden wir gerade noch umgehen können, weil unsere einheimische Buche damit klarkommt“, sagt Kölling. „Wenn jedoch die fünf Grad plus kommen, können wir den ganzen Laden zusperren.“

Häufigere „Tropennächte“, in denen die Temperatur nicht unter 20 Grad sinkt, sagen Forscher für das Deutschland Ende unseres Jahrhunderts voraus. Auch die Zahl der heißen Tage mit Temperaturen

und löst sich zu viel CO₂ im Wasser, droht dessen Versauerung den Kalk der Korallentiere aufzulösen.

Schon sind die Skelette der Korallen vielerorts messbar dünner geworden. Auch gepanzerte Planktonorganismen wie etwa einzellige Algen oder winzige marine Flügelschnecken sind bedroht. Diese Organismen sind besonders wichtig für das marine Ökosystem, weil sie an der Basis der gesamten Nahrungskette stehen.

Das Desaster in den Meeren kündigen die Forscher bereits seit Jahren an. Warum, so fragte sich manch ein Experte in der vergangenen Woche, schlägt es dann solche Wogen, wenn ein Professor aus Oxford brav all diese bekannten Dinge auflistet?

Denn in der Tat sorgte Sterns Bericht in Großbritannien für Aufsehen. Vielleicht war der Zeitpunkt gut gewählt. Brütend-

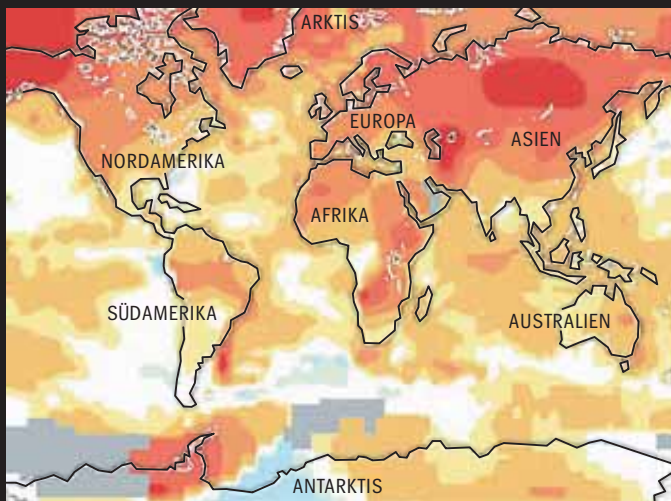
Temperaturveränderung innerhalb der letzten 30 Jahre

in Grad Celsius

DER SPIEGEL

Quelle: PNAS

- +1,6 bis +2,1
- +1,2 bis +1,6
- +0,8 bis +1,2
- +0,4 bis +0,8
- +0,2 bis +0,4
- 0,2 bis +0,2
- 0,4 bis -0,2
- 0,8 bis -0,4
- keine Messung



über 30 Grad wird sich beispielsweise in Berlin vermutlich mehr als verdoppeln. Die Raver der Love Parade werden das begrüßen. Bei anderen schwächt die Hitze die Lebensgeister.

Die Liste der Folgen des Klimawandels lässt sich beliebig fortsetzen. So könnten etwa Stätten des Weltkulturerbes wie der Itsukushima-Schrein in Japan oder die Palazzi von Venedig in den Fluten versinken, stiege der Meeresspiegel auch nur um einen Meter.

Ein Szenario raubt den Forschern aber vor allem den Schlaf: jene Ökokatastrophe, die sich in den Ozeanen abzeichnet. Fische verändern ihre Züge, um wärmerem Wasser zu entfliehen. Giftige Algen sind auf dem Vormarsch. Die Korallenriffe sind gleich dreifache Verlierer des Klimawandels: Wird das Wasser wärmer, stoßen die Korallenpolypen ihre symbiotischen Algen ab und die Riffe bleichen aus; steigt der Meeresspiegel zu schnell an, versinken die auf Licht angewiesenen Lebensgemeinschaften in ewiger Dunkelheit;

heiße Sommer, Wasserknappheit und dann, für Briten ein Angriff auf ein nationales Heiligtum, das Verbot, den Rasen zu sprengen: All das hatte seine Wirkung auf die Volksseele nicht verfehlt.

Offenbar hat das Thema „Global Warming“ in den vergangenen Monaten das Bewusstsein der Briten im Sturm erobert. Laut einer Umfrage vom September gilt ihnen der Treibhauseffekt als „ernsteste Gefahr für die Zukunft des Planeten“, weit vor Terrorismus und Krieg.

Das hat bei den großen Parteien eine informelle Koalition fürs Grüne etabliert. Nicht nur Blair, der am liebsten so wenig wie möglich über das Irak-Desaster reden möchte, hat den Klimaschutz für sich entdeckt. Längst hat auch Oppositionsführer David Cameron bei den konservativen Tories die Ökologie zum Hauptanliegen erklärt. Mit diesem Thema sind Wahlen zu gewinnen, darin sind sich die Berater beider großen Parteien einig.

In Deutschland jedoch, dem selbsternannten Umwelt-Musterland, scheint da-

„Wir sind nicht auf Ballhöhe“

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, 47, über Rückschläge und Erfolge im Kampf gegen den weltweiten Klimawandel

SPIEGEL: Was muss passieren, damit beim Weltklimagipfel in Nairobi nicht wieder nur laue Absichtserklärungen herauskommen?

Gabriel: Wir müssen bis zum Jahr 2050 den weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber 1990 mindestens halbieren. Für uns Industrieländer bedeutet das eine Reduktion um 60 bis 80 Prozent. Das muss von der Staatengemeinschaft im Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll verbindlich festgeschrieben werden. Nairobi ist ein Schritt auf dem Weg dahin. Wir werden dort auch darüber reden, was man tun kann, um ärmeren Ländern bei der Bewältigung des Klimawandels zu helfen.

SPIEGEL: Große Luftverpester wie die USA oder auch China und Indien wollen bei Kyoto gar nicht mitmachen. Ohne die werden Sie Ihre Ziele nie erreichen.

Gabriel: Wir müssen die USA wieder stärker in den Kyoto-Prozess einbinden. Das kann gelingen. Was China und Indien angeht, sie sind bei Kyoto dabei, allerdings ohne Minderungsverpflichtung. Wenn Europa diesen Ländern beweist, dass Wachstum auch mit geringeren CO₂-Emissionen möglich ist, werden sie mitziehen.

SPIEGEL: Wird all das nicht zu lange dauern? Der Ökonom Nicholas Stern warnt vor einem Schaden von bis zu 20 Prozent der Weltwirtschaftskraft, wenn die Politik nicht sofort umsteuert.

Gabriel: Da sind nicht nur die Politiker gefragt, sondern alle Bürger. Deshalb will ich dafür sorgen, dass in Sachen Klimaschutz endlich überall das Problembewusstsein steigt. Auch in Deutschland sind wir nicht auf Ballhöhe. Viele nehmen den Klimaschutz immer noch als Gutmenschen Diskussion wahr. Dabei gilt auch für uns, was Stern sagt: Wir müssen mittelfristig ein Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts für Klimaschutz ausgeben. Das wären gut 22 Milliarden Euro. Nichts zu tun wird mindestens fünfmal so teuer.

SPIEGEL: Die Briten scheinen den Deutschen da voraus zu sein. Dort ist der Klimaschutz längst ein Top-Thema.

Gabriel: Großbritannien hat eine starke Finanzindustrie, die ganz klar die Bedrohung für die Weltwirtschaft durch

den Klimawandel sieht. Bei uns ist das genau umgekehrt. Wir sind stark durch die verarbeitende Industrie geprägt. Die Unternehmen sagen: Macht uns bloß nicht so viele Auflagen für den Klimaschutz, das kostet uns nur Geld.

SPIEGEL: Was unternehmen Sie konkret, um den Klimawandel aufzuhalten?

Gabriel: Gemeinsam mit der EU-Kommission setzt sich die Bundesregierung vor allem für eine Steigerung der Energieeffizienz ein. Da liegen die größten

Kilometer der Neuwagenflotte zu verringern. Das ist nur mit einem Spritverbrauch von 6,0 Litern beim Benzin und 5,3 Litern beim Diesel zu schaffen. Wenn die Hersteller diese Zusage nicht einhalten – und danach sieht es derzeit aus –, will die EU-Kommission dies per Richtlinie regeln. Ich würde dies unterstützen. Es muss verbindliche Obergrenzen für den CO₂-Ausstoß von Neuwagen geben. Die deutschen Autos verbrauchen immer noch zu viel Sprit. Sparsamere Motoren sind möglich, auch in der Oberklasse.

SPIEGEL: Sie haben einen „New Deal“ für eine ökologische Industriepolitik vorgeschlagen. Das klingt reichlich wolkig.

Gabriel: Ist es aber nicht. Ich sage nur, dass Staat und Wirtschaft bei der Entwicklung und beim Export von moderner Umwelttechnik enger zusammenarbeiten müssen.

SPIEGEL: Wie soll das aussehen?

Gabriel: Ich war zum Beispiel gerade in der Türkei. Das Land muss 70 Milliarden Euro investieren, um die EU-Umweltstandards zu erreichen. Das ist ein Markt für deutsche Unternehmen, bei dessen Erschließung die Bundesregierung helfen könnte.

SPIEGEL: Umweltschützer werfen Ihnen Doppelzüngigkeit vor, weil Sie als Ober-Öko auftreten, aber an Kohlekraftwerken festhalten. Dabei sind dies große Luftverpester.

Gabriel: Diese Umweltschützer müssen mir eine Frage beantworten: Wenn wir alle gegen Kern-

kraft sind und auch noch die Kohlekraftwerke abschalten, wo soll dann bitte schön der Strom herkommen? So viel Gas gibt es nicht, dass wir damit die Kohle ersetzen könnten. Und auch die erneuerbaren Energien sind längst noch nicht in der Lage, die Lücke mit erträglichen Preisen zu schließen. Deshalb brauchen wir auch die Kohle, aber natürlich mit effizienterer Technik und weit weniger CO₂-Ausstoß.

SPIEGEL: Die Union rät zu einer Abkehr vom Atomausstieg.

Gabriel: Vergessen Sie's. Ich will nicht zwischen Pest und Cholera wählen, sondern den gesunden Weg gehen.

INTERVIEW: ROLAND NELLES



Minister Gabriel: „22 Milliarden für Klimaschutz“

Potentiale. Derzeit schaffen wir europaweit pro Jahr eine Steigerung der Energieeffizienz um ein Prozent. Wenn wir zu einer Steigerung von rund drei Prozent kämen, würden wir damit im Jahr 2020 europaweit 780 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Das ist das Doppelte dessen, was wir laut Kyoto-Protokoll einsparen müssen.

SPIEGEL: Ist das alles? Sie könnten zum Beispiel auch Höchstverbräuche für Autos festlegen.

Gabriel: Das wird auf europäischer Ebene entschieden. Es gibt die Selbstverpflichtung der europäischen Autoindustrie, bis 2008 den Ausstoß auf durchschnittlich 140 Gramm CO₂ pro

BERND WUSTNECK / DPA



MANUEL SILVESTRI / ACTION PRESS

Überschwemmter Markusplatz in Venedig (Dezember 2005): *Das Weltkulturerbe versinkt in den Fluten*

von kaum einer auszugehen. Zwar gehören deutsche Firmen bei der Solarenergie und beim Windradbau unumstritten zur Weltspitze. Doch ansonsten führt der Klimaschutz hierzulande seit Jahren schon ein eigenartiges Schattendasein. In den achtziger Jahren hatte die Apokalypse noch Konjunktur: Waldsterben, Smogalarm und Giftmüll beherrschten die Debatte. Inzwischen jedoch ist das Interesse erlahmt. Die breite Bevölkerung mag nichts mehr hören über Umweltgefahren.

Auch Kanzlerin Merkel fiel in letzter Zeit nicht gerade durch umweltpolitische Verve auf. So muss sie sich nun anhören, wie ihr die Briten auf die Sprünge helfen wollen. Bei einer Grundsatzrede vorvergangene Woche in Berlin etwa mahnte die britische Außenministerin Margaret Beckett: „Sie hier in Deutschland haben die diplomatische und moralische Autorität, um jetzt wirklich etwas zu bewirken.“

Ausgerechnet Merkel muss sich schulmeistern lassen, die doch einst als Umweltministerin eine Vorreiterin des Klimaschutzes war. Sie war es, die 1995 die erste Sommersmogverordnung durchsetzte. Sie plädierte später, entgegen der offiziellen Linie ihrer Partei, für eine Ökosteuer. Und auch bei der Verabschiedung des Kyoto-Protokolls kämpfte sie wie kaum einer ihrer Amtskollegen für eine massive Reduktion der CO₂-Emissionen.

Doch im Kanzleramt verlor sie, wie viele ihrer deutschen Polit-Kollegen, das Thema aus den Augen. In zu schlechter Erinnerung war noch, wie sich die rot-grüne

Bundesregierung in einer endlosen Umwelt-Farce ums Dosenpfand verstrickte.

Nun jedoch hat sich die Kanzlerin vorgenommen, Klima- und Energiepolitik zu Schwerpunktthemen ihrer EU-Ratspräsidentschaft zu erklären. Sie hofft, die EU zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen um mindestens 30 Prozent in den nächsten 14 Jahren zu verpflichten. Vor allem aber wird es darum gehen, US-Präsident George W. Bush stärker in den internationalen Klimaschutz einzubinden.

Die Chancen für einen Kurswechsel stehen so gut wie lange nicht. Denn selbst im Land der größten Klimasünder ist eine Art Ökobewegung in Gang gekommen, die noch vor fünf Jahren niemand für möglich gehalten hätte. Kaum ins Präsidentenamt gekommen, hatte Bush 2001 verkündet, seine Regierung ignoriere das Kyoto-Protokoll, das eine stufenweise Eindämmung von Kohlendioxid und anderen Klimagasen vorsieht.

Fünf Jahre lang wollte Bush danach nichts mehr von Klimaschutz wissen. Lieber trat er auf als Verteidiger des energiehungrigen „american way of life“. Dann, plötzlich, im Januar dieses Jahres, hielt er seinen Landsleuten in einer Ansprache vor, sie seien ja „süchtig nach Öl“.

Dass er selbst diese Sucht geschürt hatte, scherte ihn nun nicht mehr. Auch dass er es gewesen war, der Zug um Zug die Umweltschutzgesetze seines Vorgängers einkassiert und die Förderung von Solarenergie und Windkraft eingefroren hatte, schien er vergessen zu haben.

Nun aber scheint Bush begriffen zu haben, dass er in seinem Kampf gegen den Terrorismus nur vorankommen kann, wenn er die Abhängigkeit vom arabischen Öl verringert. Biodiesel von heimischen Äckern propagiert er seither als „freedom fuel“.

Zudem ist Bush und seinen Beratern nicht entgangen, dass sich das Bewusstsein für den Klimawandel im Volk dramatisch geschärft hat. Plötzlich scheint den Magazinen „Time“ und „Newsweek“ das Thema titelfähig. Rasch eroberte auch Al Gores Dokumentarfilm „Eine unbequeme Wahrheit“ die Kinos. Sogar die religiöse Rechte schaut sorgenvoll gen Himmel. In diesem Jahrhundert, barmt ein Verbund namens Evangelical Climate Initiative, „könnten Millionen Menschen wegen des Klimawandels sterben“.

Allen voran prescht ein muskelbepackter Österreicher. Arnold Schwarzenegger, Gouverneur von Kalifornien, hat kürzlich ein Gesetz verabschiedet, dem zufolge der Ausstoß von CO₂ bis 2020 um ein Viertel nach unten gefahren werden muss. Solaranlagen auf einer Million Dächern sollen bis zum Jahr 2018 von kalifornischer Sonne beschienen werden.

„Ich will hier wirklich nicht für Arnie werben“, erklärte Außenminister a.D. Joschka Fischer kürzlich bei einem Auftritt an der Harvard University. Aber dessen Energiepolitik sei richtig. Die Gouverneurswahl in Kalifornien am 7. November wird Fischer zufolge eine Signalwirkung haben. Falls die Mehrheit des mit 36 Mil-



HANS-JÜRGEN BURKARD / BILDERBERG

Industrielandschaft im chinesischen Anshan: *Niemand kann jetzt noch behaupten, er habe nichts gewusst*

lionen Einwohnern bevölkerungsreichsten US-Staates für Schwarzeneggers Öko-Agenda stimme, würden ihm Politiker anderer US-Staaten unweigerlich folgen.

Dass etwas in Bewegung gekommen ist, spürt nicht nur der erfahrene Machtpolitiker Fischer. Liegt es etwa daran, dass sich beim Klimaschutz Ökonomie und Ökologie plötzlich nicht mehr gegenseitig ausschließen? Immerhin fast sieben Prozent des deutschen Stroms werden bereits durch die erneuerbaren Energien Wind, Sonne und Biomasse erzeugt. Und der Ausbau kommt, trotz sinkender Subventionen, rasch voran. Rund 200 Milliarden Euro will die Branche bis 2020 in Deutschland investieren. Das ehrgeizige Ziel: Jede fünfte Kilowattstunde soll grünen Ursprungs sein.

Schon produzieren Windräder Strom zu Kosten, die nur noch wenige Cent über denen von Kohlekraftwerken liegen. Zum Erstaunen vieler sind sie gar zum Exportschlager geworden. „Für uns fahren permanent vier Schiffe von Århus nach Houston“, sagt der Leiter der Siemens-Windsparte, Andreas Nauen.

Doch auch an einer zweiten Front ist ein Wandel im Bewusstsein spürbar. Lange Zeit war unter Politikern, Umweltschützern und Klimaforschern nur eine Antwort auf die globale Erwärmung erlaubt: den CO₂-Ausstoß radikal zu senken. „Alle anderen Vorschläge galten als so etwas wie Verrat“, klagt der Klimamodellierer Hans von Storch.

Mittlerweile jedoch wird auch die Idee der Ketzer akzeptiert: Die Menschheit, so sagen sie, müsse sich mit der Klimaveränderung arrangieren, und das heißt: Deiche

müssen hochgezogen, Entsalzungsanlagen errichtet, dürreresistente Pflanzen gezüchtet werden.

Zunehmend versuchen Politiker wie Forscher, die Angelegenheit gar ins Positive zu wenden. Nicht „Angst vor den negativen Effekten des Klimawandels“ dürfe die Debatte bestimmen, forderten beispielsweise die niederländischen Umweltpolitikern Pielke und Pier Vellinga im Fachblatt „Nature“. Die Anpassung an den Wandel müsse vielmehr als „Gelegenheit für technische, institutionelle und gesellschaftliche Innovationen“ gesehen werden.

Die Forscher wissen, wovon sie reden. 60 Prozent der Niederlande liegen heute schon unter dem Meeresspiegel. Nur ein ausgeklügeltes System verschiedener Deiche und Dämme verhindert den finalen Tauchgang der Holländer. Seit 2000 gilt zudem eine neue „Mit dem Wasser leben“-Strategie, die künftigen Sturmfluten nicht mehr nur gepanzerte Deiche entgegensetzt, sondern auch weite Überschwemmungsflächen im Hinterland bietet.

Die Vision großer „Hydrometropolen“ entwerfen Pielke und Vellinga, schwimmender Städte also, die dereinst 15 Millionen Menschen eine Welt zum Leben und Arbeiten bieten könnten, „auf und umgeben von Wasser“. Die Idee erscheint futuristisch – und ist letztlich doch nur konsequent. Denn verhindern kann die Folgen der Erderwärmung ohnehin niemand mehr. Die Herausforderung ist es, die Kosten der Veränderung zu minimieren.

Oftmals lässt sich leicht abschätzen, ob sich die rechtzeitige Anpassung an den Wandel lohnt, etwa im Fall der Nordseeinsel Sylt. Eine Studie mit dem Titel „Kli-

mafolgen für Mensch und Küste“ entwirft das Szenario einer um 25 Zentimeter höheren Nordsee. 33 Millionen Euro würden Sandvorspülungen für Sylt kosten, die dem Blanken Hans selbst dann noch standhalten könnten, kalkulieren die Autoren. Demgegenüber beziffern sie den Nutzen des Sandwalls zum Schutz der Sachwerte, Häuser, Strände und Dünen auf 381 Millionen Euro, also fast das Zwölfwache.

Doch wie weit werden und können Menschen gehen, wenn sie ihr angestammtes Territorium gegen den Klimawandel verteidigen wollen? In welchem Verhältnis sollen Vermeidung und Anpassung stehen? Hans-Joachim Schellnhuber, der Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, fasst die optimale Strategie so zusammen: „Es geht darum, das Unbeherrschbare zu vermeiden und das Unvermeidbare zu beherrschen.“

Am Ende, resümiert der Brite Stern, sei die Balance zwischen Anpassen und Vermeiden eine Frage des Geldes. Denn je rascher der CO₂-Ausstoß gedrosselt werden soll, desto teurer wird das für die Weltwirtschaft. Er empfiehlt, sich lieber nicht zu ehrgeizige Ziele zu setzen. Langfristig werde es reichen, dafür zu sorgen, dass der Kohlendioxid-Gehalt der Atmosphäre von heute 380 ppm nicht auf über 550 ppm steigt. Das, so Stern, werde die Menschheit ein Prozent ihrer Wirtschaftskraft kosten – ein Beitrag, der ihm „signifikant, aber handhabbar“ erscheint.

Das Schlimmste sei damit abgewendet: Der Erde werde ein Hitzeschock um fünf Grad Celsius oder gar noch mehr erspart bleiben. Stattdessen komme sie mit einer Erwärmung um zwei oder drei Grad da-



PAUL LANGROCK / ZENIT

Photovoltaisches Solarkraftwerk (bei Arnstein in Franken): Die Wirtschaft treibt neue grüne Blüten

von. Wer auch das verhindern will, dem explodieren die Kosten.

Denn schon bei einer CO₂-Konzentration von 550 ppm in der Erdatmosphäre zu landen wird nicht einfach. Möglich wäre dies nur, wenn die Emissionen des Treibhausgases bis 2050 um 25 Prozent reduziert würden – und dies, obwohl sich die Wirtschaftskraft des Planeten innerhalb dieser Zeit mehr als verdoppeln wird.

Stern hat errechnet, welch enorme Anstrengung das bedeuten würde: Erreichen lasse sich das Ziel nur, wenn die Menschheit ihren Energieverbrauch, verglichen mit einer Entwicklung ungezügelter Wachstums, auf ein Viertel senkt.

Darf der Deutsche dann also statt 20 000 Kilometer nur noch 5000 Kilometer pro Jahr mit seinem Auto fahren? Muss er, statt 2000 Liter Öl im trauten Heim zu verfeuern, mit nur 500 Litern über den Winter kommen? Ein solcher Verzicht, das weiß auch Stern, ist illusorisch. Deshalb werde der Mensch seinen liebgewonnenen Komfort nur mit Hilfe seiner Erfindungsgabe verteidigen können. Die aber lasse sich gezielt beflügeln – und zwar, da ist Stern ganz Ökonom, mit Hilfe des Markts.

Einerseits könnten draconische Steuern auf Kohlendioxid erhoben werden. Die intelligentere Lösung in den Augen vieler Forscher aber besteht darin, den Klimasaldo des Menschen nicht mit dem Instrumentarium der Politik, sondern mit dem des Kapitalismus abzutragen. Der Trick: Kohlendioxid wird kurzerhand zu einem Wirtschaftsgut erklärt, so wie Weizen, Autos oder Turnschuhe. Es wird umgeschlagen auf einem Markt, der mit Emissionen handelt.

Die EU betreibt ihn bereits, auch an der Chicagoer Börse haben über 100 US-Unternehmen ein System etabliert, bei dem jedes Jahr eine begrenzte Zahl von Emissionszertifikaten ausgegeben wird. Plötzlich wird es damit für jede Firma ökonomisch sinnvoll, in den Klimaschutz zu investieren – entweder durch mehr Energieeffizienz im eigenen Unternehmen oder durch die Unterstützung von Projekten, mit denen der CO₂-Ausstoß irgendwo anders auf dieser Welt vermindert wird. So könnten nach Schätzung von Uno-Klimasekretär Yvo de Boer 100 Milliarden Euro jährlich in die Dritte Welt fließen, für moderne Kraftwerke, Solarkocher oder Energiesparbirnen.

Der Stern-Bericht lobt denn auch den Emissionshandel und empfiehlt, dieses Werkzeug global auszuweiten. Stern sieht bereits eine Art industrielle Zeitenwende am Horizont aufziehen. Sie könnte das CO₂-freie Kohlekraftwerk bringen, wie es der Energieriese Vattenfall in der Niederlausitz bauen will. Oder aber das Kohlendioxid wird in alte Gaskavernen verklappt, wie es im brandenburgischen Ketzin ausprobiert wird.

Der Kraftstoff der Zukunft dürfte unterdes vom Acker kommen – 3,5 Millionen Hektar blieben in Deutschland im Jahre 2020 neben der Nahrungsproduktion übrig, um Mais und andere energiereiche Pflanzensorten anzubauen. Ihre Biomasse würde ausreichen, ein Viertel des deutschen Kraftstoffs zu ersetzen, schätzt die Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe.

Auf Menschen wird es also ankommen, die Erfindersinn und Gründergeist besitzen. Nur Wissenschaft und Wirtschaft werden dafür sorgen, dass sich die Mensch-

heit auf den sich wandelnden Lebensraum einstellen kann. Haben die Konzernbosse das bereits begriffen?

Seltsames tut sich. Da behauptet BP, ihr Firmenkürzel stehe nicht für British Petroleum, sondern für „Beyond Petroleum“, „Jenseits des Öls“. Und die Großbank HSBC erklärt sich zur ersten klimaneutralen Bank der Welt, weil sie ihre Kohlendioxid-Emission in Höhe von 500 000 Tonnen mit dem Bau von Windkraftanlagen in Neuseeland kompensiert.

Alles nur Werbetricks? Oder gibt es sie doch, die Ökos in Nadelstreifen? Welches Unternehmen ökologisch ist, definiert heute schon längst nicht mehr Greenpeace allein, sondern auch die Analysten des Finanzdienstleisters Dow Jones.

Sie haben Sustainability-Indices aufgesetzt. Darin werden die größten börsennotierten Unternehmen anhand ihrer Nachhaltigkeit bewertet. „Alle Konzerne wollen da rein“, sagt Sven Bode, Klimaexperte vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, „nur so gewinnt man das Vertrauen der Investoren.“ Denn der CO₂-Ausstoß ist zum Gradmesser für die Leistungskraft eines Unternehmens geworden. Ist er höher als bei der Konkurrenz, dann heißt das nichts anderes, als dass die Produktion ineffizient ist.

Nichts hassen Analysten und Investoren mehr als das, und so könnte etwas dran sein an dem geflügelten Wort, das derzeit über dem Börsenparkett der Wall Street kursiert: „Grün, das ist doch auch die Farbe der Dollar!“

PHILIP BETHGE,

JÖRG BLECH, RÜDIGER FALKSOHN,
THOMAS HÜETLIN, JÜRGEN KREMB,
ROLAND NELLES, GERALD TRAUFFETTER

AIRBUS

Bund will Zulieferern helfen

Nach den Pannen bei der Produktion des neuen Airbus-Großraumflugzeugs A380 plant die Bundesregierung Hilfen für Zulieferer, denen aufgrund der Verzögerungen ein finanzieller Engpass oder gar die Insolvenz drohen könnte. Das geht aus einem Schreiben von Ex-Airbus-Deutschland-Chef Hans-Joachim Gante hervor – nun Chef des Branchenverbandes BDLI –, das am Mittwoch vergangener Woche an die betroffenen Mitgliedsfirmen verschickt wurde. In dem auf Anregung des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) verfassten Brief fordert der Luftfahrt-Lobbyist die einzelnen Zulieferer auf, die finanziellen Folgen zu quantifizieren. „In einem ersten Gespräch mit Vertretern des BMWi“, begründet Gante die Blitzumfrage, „wurde Bereitschaft signalisiert, an einer Lösung mitzuwirken“ und „im konkreten Einzelfall Hilfen zur Verfügung zu stellen“. Aus einer anderen Passage des vertraulichen Schreibens geht zudem detailliert hervor, wie sich die Auslieferungstermine gegenüber der ursprünglichen Planung exakt verschieben. Danach werden allein in den kommenden beiden Jahren jeweils 24 Jets weniger produziert als zunächst an-



Verladung eines A380-Rumpfteils (in Hamburg)

genommen. Auch in den nachfolgenden 24 Monaten klappt zwischen Plansoll und tatsächlicher Produktion noch immer eine Lücke von zusammen 25 Maschinen.

VOLKSWAGEN

Abbau in Brüssel



Golf-Produktion (in Wolfsburg)

Dem VW-Werk Brüssel stehen harte Einschnitte bevor. Der VW-Konzern will die Produktion von 80 000 Golf, die bislang in Belgien gefertigt wurden, 2007 nach Wolfsburg verlagern. Die Beschäftigten im Stammwerk müssen nach dem neuen Tarifvertrag dann 33 statt 28,8 Stunden und fünf statt vier Tage arbeiten. Die Belegschaft in Brüssel kann nicht darauf hoffen, dass sie zum Ausgleich mehr Polos bauen kann, die bislang in Pamplona produziert werden. Die spanische Fabrik arbeitet mit niedrigeren Kosten. Der VW-Vorstand will das Werk in Brüssel zwar nicht komplett schließen. Doch wenn 2007 mehr als ein Drittel der Jahresproduktion nach Wolfsburg abgegeben wird, müssen in Belgien weit mehr als 1000 Arbeitsplätze gestrichen werden.

LOHNCOSTEN

Einseitige Rechnungen

In einer internen Expertise über die Arbeitskosten in ausgewählten Industriestaaten erheben Fachleute des Bundesfinanzministeriums (BMF) schwere Vorwürfe gegen das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Die Beamten werfen dem IW vor, „den Wirtschaftsstandort Deutschland schlechter darzustellen, als er tatsächlich ist“, und ihn „zu beschädigen“. Hintergrund der Attacke sind IW-Berechnungen, nach denen die Arbeitskosten in der Industrie in Deutschland mit rund 26 Euro im Jahr 2003 weit vor Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden oder den USA gelegen haben. Die BMF-Experten werfen ihren Kollegen schwere methodische Mängel vor. So berücksichtigten diese bei ihren Berechnungen nur die Löhne der Industriearbeiter, die in Deutschland wegen der im Vergleich besseren Qualifikation besonders hoch seien. Würden die Gehälter auch der Angestellten in der Industrie eingerechnet, verschwinde der Wettbewerbsnachteil fast vollständig. Nach

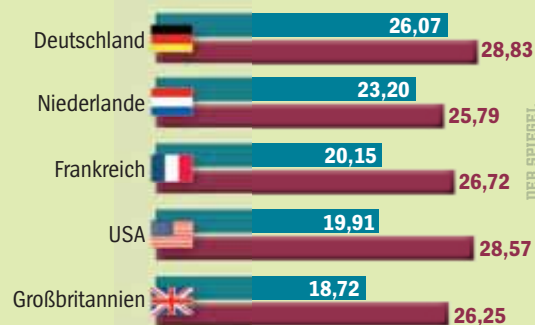
Berechnungen des BMF ergäbe sich dann ein Stundenlohn von 28,83 Euro in Deutschland gegenüber 28,57 Euro in den USA und 26,72 Euro in Frankreich. Außerdem berücksichtigte das IW keine Produktivitätsunterschiede. Das Resümee der Steinbrück-Beamten: „Die Vergleichsrechnungen des IW sind fachlich/wissenschaftlich nicht haltbar und nach unserem Eindruck in starkem Maße interessengeleitet.“

Lohnkosten

im Verarbeitenden Gewerbe in Euro pro Stunde

IW-Berechnung: **nur Arbeiter**

Bundesregierung: **Arbeiter und Angestellte**



Quelle: Bundesregierung



Zentrale der Landesbank Berlin

PAUL LANGROCK / AGENTUR ZENIT

SPARKASSEN

EU kommt Merkel entgegen

Die EU-Kommission kommt Bundeskanzlerin Angela Merkel im sogenannten Sparkassenstreit überraschend weit entgegen. In einem vertraulichen Schreiben vom vorvergangenen Donnerstag bot sie der Regierung drei Lösungsvorschläge an. Der günstigsten Option zufolge könnte der umstrittene Paragraph 40 des Kreditwesengesetzes völlig unverändert bleiben. Er regelt, dass Sparkassen „öffentlich-rechtlich“ sein müssen. Die Regierung müsste nur sicherstellen, dass ein eventueller privater Erwerber der Berliner Sparkasse den Namen uneingeschränkt und zeitlich unbegrenzt verwenden darf; die Berliner Sparkasse ist eine Tochter der Landesbank Berlin, die laut einer Verfügung der EU bis Ende 2007 verkauft werden muss. Merkel will den Kompromiss, um ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH)

während ihrer Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr zu vermeiden. Doch beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) stößt die Option auf vehemente Ablehnung. Der Verband will zwar nicht mehr selbst für die Landesbank bieten. Doch die S-Finanzgruppe versucht derzeit ein Erwerbskonsortium aus finanzkräftigen Sparkassen zusammenzustellen – oder aus Landesbanken. Mit der Blockade wolle der DSGV, vermuten Regierungsbeamte, ein Verfahren vor dem EuGH provozieren. Das Kalkül: Je größer die Rechtsunsicherheit eines privaten Investors ist und je länger sie dauert, desto weniger wird er bieten. DSGV-Chef Heinrich Haasis rechne sich so die besten Chancen dafür aus, dass ein öffentlich-rechtlicher Bieter den Zuschlag erhalte. Der Verband wollte am Freitag nicht Stellung nehmen.

KORRUPTION

Schmiergelder von Dornier?

In Liechtenstein läuft seit kurzem die Aufarbeitung der Schmiergeldaffäre um den nigerianischen Ex-Diktator Sani Abacha. Wegen Untreue und Geldwäsche müssen sich Treuhänder, Geschäftsleute sowie die beiden Söhne von Abacha vor Gericht verantworten. Für die Erstellung eines Aluminiumwerks hatte der deutsche Anlagebauer Ferrostaal in den neunziger Jahren über Vaduzer Tarnfirmen Hunderte von Millionen Mark Schmiergelder an Abacha bezahlt. Laut Anklageschrift scheint aber Ferrostaal nicht das einzige Unternehmen gewesen zu sein, das Zahlungen an den Diktator



Vaduz

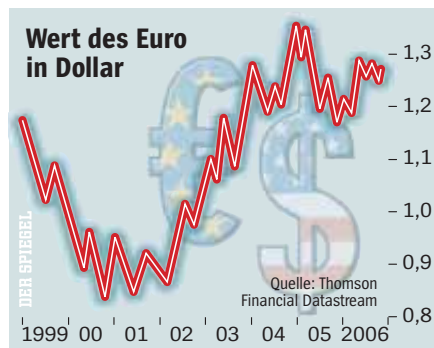
ALFRED BUELLESBACH / VISION

über das Fürstentum laufen ließ. Die Manager der MAN-Tochter konnten auch auf das Netzwerk des inzwischen insolventen Flugzeugbauers Dornier zurückgreifen. Die Gründung der Briefkastenfirma MLS für Abacha im Januar 1994 stand „zunächst unter dem Gesichtspunkt, dass ein Konto für Bestechungszahlungen im Ausmaß von 19,5 Mio. DM im Zusammenhang mit einem geplanten Flugzeugankauf durch das nigerianische Militär benötigt wurde“, schreiben die Ermittler über die Rolle eines bayerischen Geschäftsmanns. Zusammen mit einem Partner sei er in Nigeria „mit der Vermittlung des Verkaufs von Flugzeugen der Firma Dornier“ beschäftigt gewesen. Er habe ausgesagt, dass „Korruptionszahlungen in Nigeria alltägliches Geschäft“ seien.

DEVISEN

Dollar bleibt wichtigste Währung

Immer wieder prognostizieren Experten eine Ablösung des Dollar durch den Euro als weltweite Leitwährung. Die enorme Verschuldung der USA und Umschichtungen in den über vier Billionen Dollar schweren Währungsreserven der Zentralbanken scheinen die Vorhersagen zu stützen. Doch laut einer neuen Studie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS) in Basel ist der Weg für die europäische Konkurrenz weiter als bislang angenommen. In Sachen Größe, Kreditqualität und Liquidität „übertreffen die Dollar-Finanz-



märkte immer noch die Euro-Märkte“, schreiben die BIS-Forscher in ihrem Fazit. Und der Euro sei noch nicht in der Position, mit dem Dollar in der Rolle als Reservewährung gleichzuziehen. Zwar habe der Euro-Anteil in den Währungsreserven bis 2003 stetig zugenommen, danach aber nicht mehr. In 2006 liege der Anteil weit unter dem Dollar-Anteil von rund 66 Prozent der Reserven. Sehr krass verlief dagegen die Verdrängung des Yen durch das Pfund als dritt wichtigste Währung. Der Anteil der Japaner in den Reserven der Zentralbanken halbierte sich seit Ende der achtziger Jahre auf fünf Prozent. Dank einer erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung konnten die Briten ihre Position von fünf auf zwölf Prozent ausbauen.



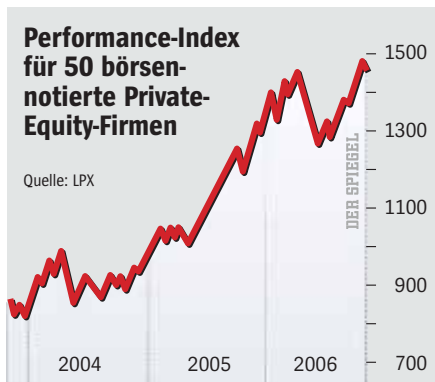
US-Zentralbank Federal Reserve

BETEILIGUNGSKAPITAL

Heißer Markt

Privatanlegern bieten sich mehr Möglichkeiten, am aktuellen Boom der Beteiligungsfonds teilzunehmen. Denn es gibt weltweit eine größere Zahl börsennotierter Private-Equity-Gesellschaften. Deren Wertentwicklung unterscheidet sich im Durchschnitt nicht wesentlich von denjenigen Fonds, die sich nur an

einen exklusiven Kreis von Großanlegern wenden. „Weniger als die Hälfte der klassischen Private-Equity-Fonds waren in der Lage, den Index börsennotierter Firmen zu schlagen“, hat der Basler Wirtschaftsprofessor Heinz Zimmermann in einer neuen Studie festgestellt. Als Messlatte hat Zimmermann den LPX50-Index genommen, der die Wertentwicklung von 50 börsennotierten Gesellschaften wie 3i Group, Wendel, American Capital oder SVG Capital in einem Index vereint. Jetzt gibt es Banken wie ABN Amro, die mit Hilfe eines Zertifikats unterschiedliche Indices der Private-Equity-Industrie nachbilden. Solche Investitionen eignen sich allerdings nur für risikofreudige Anleger. Der Markt für Beteiligungskapital ist heißgelaufen. Die Preise für Unternehmensübernahmen sind explodiert. Viele Experten erwarten bald fallende Renditen für die Branche.





Boomstadt Bombay: Gutausgebildete Hochschulabgänger für 10 000 Euro im Jahr

HELDUR NETOCNY / PANOS

BANKEN

Ab nach Indien

Die Deutsche Bank erwirtschaftet Rekordgewinne, und sie schafft auch wieder Arbeitsplätze – aber vor allem in Indien. Aggressiv wie kein anderes deutsches Kreditinstitut verlagert sie hochqualifizierte Jobs, in Bangalore und Bombay entstehen riesige Verwaltungszentren.

Josef Ackermann, der Schweizer an der Spitze der Deutschen Bank, hat eine Menge dazugelernt. Er weiß inzwischen, was ankommt in Deutschland – und was nicht.

Kein Victory-Zeichen im Gerichtssaal mehr, wenig Rechthaberei: Fast schon bescheiden kam die Aussage des Deutsche-Bank-Chefs vor Gericht daher, als er vergangene Woche im Mannesmann-Prozess in Düsseldorf die Prämien in Millionenhöhe an die Manager des Telekommunikationskonzerns rechtfertigte.

Auch als Ackermann einen Tag zuvor einen Rekordgewinn von 6,3 Milliarden Euro vor Steuern für die ersten neun Monate des Jahres präsentierte, machte er aus Sicht seiner PR-Berater alles richtig. „Wir werden in den nächsten zwei Jahren weitere Stellen in Deutschland aufbauen“, versprach er. Noch vor eineinhalb Jahren hatte Ackermann einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, als er trotz hoher Gewinne einen massiven Arbeitsplatzabbau ankündigte.

Die frohe Botschaft ist jedoch nur ein Teil der Wahrheit. Was Ackermann verschwieg: Zwar baut die Deutsche Bank tatsächlich Arbeitsplätze in Deutschland auf, so wurden dieses Jahr 700 neue Mitarbeiter im Vertrieb eingestellt. Doch gleichzeitig geht der Abbau hochqualifizierter Jobs verstärkt weiter. Der Nettoeffekt ist gleich null.

Aggressiv wie nie zuvor verlagert die Deutsche Bank Arbeitsplätze nach Indien. In den Metropolen Bombay und Bangalore entstehen riesige Verwaltungszentren. Interne Unterlagen zeigen, dass allein in den drei Tochtergesellschaften DNETS, DBOI und GMC in Indien 2007 über 4000 Leute arbeiten sollen. Schon in diesem Jahr steigt die Zahl der Mitarbeiter bei den drei Firmen von 350 auf 2200 an.

Der Öffentlichkeit wird suggeriert, dass es in Indien vor allem um den Aufbau des Privatkundengeschäfts auf dem Subkontinent geht. Tatsächlich wurden zwischen Neu-Delhi und Chennai seit 2005 acht Fi-

lialen eröffnet. In den wenigen Geschäftsstellen arbeiten bereits 1600 Inder, die meisten davon im mobilen Vertrieb. Am vergangenen Wochenende reiste Anshu Jain, der Chef des globalen Wertpapierhandels der Deutschen Bank, in sein Heimatland, um dort den hunderttausendsten Kunden zu begrüßen.

Die Deutsche Bank weiß, wie brisant die ganze Wahrheit ist – und behält sie deshalb lieber für sich. Denn das Beispiel der größten deutschen Bank zeigt, was der Kreditbranche bevorsteht: ein radikaler Schwund qualifizierter Arbeitsplätze. Auch Bankmitarbeiter müssen künftig die Konkurrenz aus Fernost fürchten. Nach dem Marktführer werden andere Finanzdienstleister auf den Trend aufspringen.

Weniger zurückhaltend geben sich die Verantwortlichen der Deutschen Bank, wenn sie zu Analysten sprechen, also vor Menschen, die sich vornehmlich für Kosten und Gewinne interessieren. „Wir gehören zu den aggressivsten Auslagerern von

Arbeitsplätzen“, sagte der Amerikaner Michael Cohrs Anfang Oktober auf der Investorenkonferenz der Bank mit unverkennbarem Stolz. Er ist unter anderem für den Zahlungsverkehr und die Handelsfinanzierung zuständig. Die Verlagerung in das indische Bangalore habe die Kosten „dramatisch gekürzt“.

Bereits Mitte der neunziger Jahre hatte die Deutsche Bank einzelne IT-Dienstleistungen in Indien angesiedelt. Doch die neue Welle trifft auch Kernbereiche des Kreditinstituts. In der Abwicklung des Wertpapiergeschäfts sollen, so die Vorgabe, mittelfristig über ein Drittel aller Stellen in Billiglohnländern ausgelagert werden. Das wird vor allem die teuren Standorte London und New York treffen. Auch viele Hundert Wertpapieranalysten, die die Chancen von Unternehmen an den Börsen beurteilen, sitzen mittlerweile in Indien.

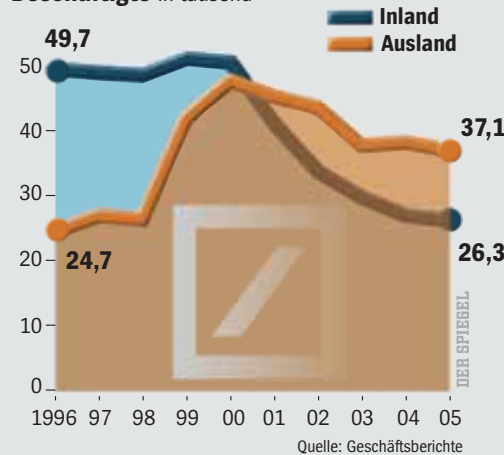
Im Januar wurde das Gebäude der Tochter DB Operations International (DBOI) im Velankani Tech Park von Bangalore gemäß hinduistischer Traditionen geweiht. Seither wird dort bei internationalen Handelsgeschäften kontrolliert, ob die Ware geliefert wurde und ob Rechnung sowie Versicherung vereinbarungsgemäß abgewickelt wurden. Buchführungssysteme werden von hier optimiert, Software-Spezialisten passen hier die IT-Systeme von SAP für die bankinterne Nutzung an.

Und in der philippinischen Hauptstadt Manila, bei der Tochtergesellschaft Deutsche Knowledge Services, überprüfen seit kurzem mehrere Hundert Controller die Buchungen im Weltkonzern oder bewerten täglich die Wertpapierpositionen. Die oft hochqualifizierten Leute haben zunächst die Arbeit ihrer teureren Kollegen in anderen asiatischen Standorten wie Hongkong, Tokio, Singapur oder auch Australien übernommen.

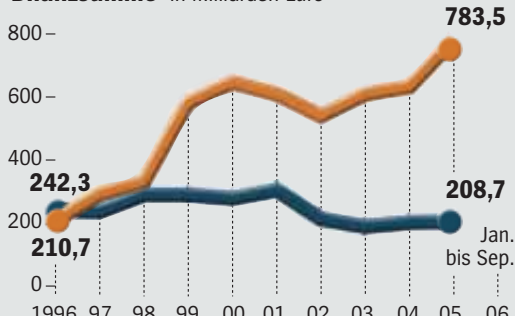
Doch dass dies erst der Anfang einer für den Finanzplatz Deutschland bedrohlichen

Deutsche Bank Geschäftszahlen

Beschäftigte in tausend



Bilanzsumme in Milliarden Euro



Eigenkapitalrendite
bereinigt, vor Steuern

4,4 %
30,1 %

Entwicklung ist, hat sich mittlerweile auch in der Bankzentrale in Frankfurt am Main herumgesprochen. Selbst Teile der Personalabteilung der Deutschen Bank sind von Abwanderung bedroht. Die Reisekosten werden schon seit zwei Jahren für Mitarbeiter in Deutschland von Bratislava aus abgerechnet, 300 Arbeitsplätze fielen weg.

Nun retteten rund 200 Deutsch-Banker ihren Job in der Lohnbuchhaltung, indem sie am 1. November in eine eigenständige GmbH ausgelagert wurden, die nicht mehr dem Banktarifvertrag unterliegt.

Für Dienstag hat der Betriebsrat die für das Controlling zuständigen Unternehmensbereichsleiter eingeladen. Sie fordern Aufklärung über die weiteren Verlagerungspläne. „Die Details des Arbeitsplatzabbaus werden immer nur vereinzelt kommuniziert“, sagt ein Frankfurter Betriebsrat.

Die Vorgehensweise ist immer gleich. Zunächst werden die komplizierten Abläufe eines Unternehmensbereichs in kleine Segmente zerhackt, die Arbeitsschritte auch international vereinheitlicht, und dann wird überlegt, ob zumindest einzelne Bereiche von Asien im 24-Stunden-Schichtdienst viel billiger erledigt werden könnten.

Im Controlling ist längst die Entscheidung gefallen, global mit Hilfe eines neuen Organisationsmodells zu arbeiten. Für rund 4000 Mitarbeiter weltweit wird sich die Arbeitsweise ändern. Nun sollen möglichst viele Bereiche identifiziert werden, die an Billigstandorte verlegt werden können.

Kritiker warnen davor, sensible Bereiche des Bankgeschäfts nach Manila zu verlagern, die Verhältnisse in Südostasien seien instabil.

Immerhin ist die Bank vorsichtig genug, künftig das Wissen bei einer weiteren Tochterfirma in Bombay zu doppelten.

Nun wird allenfalls noch darüber diskutiert, ob wegen der höheren Sprachkompetenz in Deutsch ein weiterer Standort in Osteuropa aufgemacht werden soll. „Wenn die Vorgänge erst einmal digitali-



Deutsche-Bank-Zentrale in Frankfurt a. M., Bankchef Ackermann: Finanzanalysen aus Bangalore, Reisekostenabrechnungen aus Bratislava

siert sind, dann ist der Standort egal“, erläutert Michael Stephan Duesberg vom IT-Dienstleister EDS das Prinzip. Für die deutschen Angestellten sind das schlechte Aussichten.

Bisher fühlten sich zumindest gutausgebildete Mitarbeiter vor der Konkurrenz aus Fernost sicher. Es traf immer nur die anderen, ungelernte Arbeiter am Fließband oder unmotivierte Büroangestellte. Doch globale Finanzkonzerne wie die Citigroup, HSBC, Bank of America, J.P. Morgan Chase und GE Capital haben vorgemacht, dass es sich für die Banken lohnt, den indischen Arbeitsmarkt anzuzapfen. Allein diese fünf Unternehmen haben nach Erkenntnissen der Unternehmensberatung Boston Consulting mehr als 30 000 Jobs verlagert.

„Ein sehr gut ausgebildeter Hochschulabgänger in Indien kostet mich inklusive aller Nebenkosten 10 000 Euro, ein gleich ausgebildeter Deutscher 100 000 Euro“, sagt ein Bereichsleiter der Deutschen Bank. Deshalb entsteht Handlungsdruck in einer Bank, die sich unter Führung von Ackermann immer mehr als Finanzmulti versteht.

Immer wieder weist der Deutsche-Bank-Chef bei seinen öffentlichen Auftritten darauf hin, dass in Deutschland nur noch weniger als 30 Prozent der Geschäfte getätigt werden. „Wir sind die am globalsten aufgestellte Investmentbank“, sagt er. Künftig sollen verstärkt auch Privatkunden in aller Welt betreut werden.

Die Zukunft der Deutschen Bank liegt in den schnell wachsenden Märkten der Schwellenländer. Auch da spielen indische Zulieferer eine zentrale Rolle.

In China hat die Deutsche Bank die Beteiligung an einem Kreditinstitut erworben und will in Zukunft auch die drei eigenen Geschäftskundenfilialen für das Privatkundengeschäft nutzen. Dabei vertraut sie nicht mehr der eigenen Expertise, sondern nutzt ein indisches System. Die indische IT-Firma I-Flex stellt ein vollfunktionierendes Banksystem zur Verfügung, mit dem Konten verwaltet, Wertpapiere gekauft oder Bargeld in den chinesischen Filialen ausgezahlt werden kann.

Das System gehört weiterhin den Indern, es soll in allen neuen Märkten eingesetzt werden. Die Deutsche Bank zahlt I-Flex einen bestimmten Betrag für jeden Nutzer. Das ist sehr kostensparend, aber der deutsche Marktführer macht sich abhängig.

Im nächsten Jahr plant die Deutsche Bank, mit Hilfe des indischen Systems eine Privatkundenbank in der Türkei zu eröffnen. Erste Erfahrungen sammelt das Kreditinstitut gerade in Deutschland. In elf Filialen arbeiten türkischsprachende Kundenberater. Neben zweisprachigen Formularen sollen fünf kostenlose Überweisungen in die Türkei die Kunden locken.

CHRISTOPH PAULY



ITARTASS / REUTERS

Staatspräsident Putin (l.), Unternehmer Jewtuschenkow (M.): Abfuhr aus Bonn

INVESTOREN

Der Plan des Oligarchen

Ein Moskauer Milliardär versucht, nach der Deutschen Telekom zu greifen. Der Vorstoß wurde – vorerst – abgeschmettert, die Angst vor den Russen bleibt.

Die Besucher wirkten unscheinbar, aber doch irgendwie auffällig. „Wie aus einem Agentenfilm der sechziger Jahre sahen die aus“, erinnert sich einer, dem die Russisch sprechende Delegation aufgefallen war, die vor ein paar Wochen in der Bonner Telekom-Zentrale bei Konzernchef Kai-Uwe Ricke aufkreuzte.

Die Russen, Abgesandte des Moskauer Mischkonzerns Sistema, überbrachten einen konkreten Plan ihres Chefs Wladimir Jewtuschenkow. Der Moskauer Oligarch wollte eine größere Beteiligung an der Deutschen Telekom AG übernehmen. Zur Finanzierung des milliardenschweren Aktiendeals könnte Sistema im Gegenzug seine Mobilfunktochter Mobile TeleSystems (MTS) in die Deutsche Telekom einbringen, schlugen die Russen vor.

Nach kurzer Rücksprache mit dem Bund, der immer noch größter Aktionär der Telekom ist, lehnte Ricke das Ange-

bot dankend ab. Fortan war die Stippvisite der Sistema-Manager in der Telekom-Zentrale kein großes Thema mehr und vielleicht auch schon fast wieder vergessen – bis zur vergangenen Woche.

Da enthüllten Tageszeitungen den in Bonn und Berlin längst ad acta gelegten Plan als aktuelle Neuheit: „Russischer Oligarch greift nach der Telekom“ titelte „Die Welt“. Der Mischkonzern Sistema wolle die Telekom „unter seine Kontrolle bringen“, berichtete das „Handelsblatt“.

Seither brodeln die Gerüchteküche, und im Telekom-Aufsichtsrat scheint gar Alarmstimmung zu herrschen. Da ist von „Industrie-Imperialismus“ russischer Oligarchen die Rede oder gar – ganz wie zu Zeiten des Kalten Krieges – von einem „machtpolitisch motivierten Angriff einer russischen Clique“.

Sistema

Beteiligungen nach Segmenten 2005 in Millionen US-Dollar

Telekommunikation	9697
Banken	1115
Versicherungen	581
Technologie	562
Immobilien	332
Einzelhandel	146
Massenmedien	82
Sonstige	2009



СИСТЕМА

Quelle: Sistema

* Beim Besuch der Sitronics-Tochtergesellschaft Mikron am 17. Oktober.

Besonnenere Gemüter fragen sich: Wer hat ein Interesse daran, dass die alte Geschichte jetzt neu aufgekocht wird? Der Vorstand – um einen Einstieg endgültig zu vereiteln? Der Aufsichtsrat – um seine eigene Position zu festigen? Oder die Russen – um die deutsche Regierung zu einer klaren Haltung gegenüber ihren Expansionsplänen in den Westen zu zwingen?

Eines ist klar: Es war nicht der erste, und es wird vor allem nicht der letzte Versuch russischer Investoren sein, sich in deutsche Konzerne einzukaufen. Vergangene Woche verkündete bereits Sistema-Konkurrent Alfa Interesse an der Telekom.

Die Firmen verfügen dank reichlich sprudelnder Petro-Dollar über enormes Kapital und über die politische Unterstützung ihres Präsidenten Wladimir Putin, der sein Land in die Top-Liga der Weltwirtschaft führen will. Und der Sistema-Vorstoß macht den deutschen Konzernlenkern deutlich, dass es nicht nur US-Fonds sind, die ihre Unabhängigkeit bedrohen, sondern jetzt auch russische Oligarchen.

Offiziell spielen alle den Fall herunter. Sistema will seinen Vorstoß nicht einmal bestätigen, ein Sprecher bezeichnete die Berichte gar als „kompletten Unsinn“. Die Telekom will „zu Marktgerüchten grundsätzlich nicht Stellung nehmen“. Das Berliner Finanzministerium versichert: Es gebe keine Gespräche mit den Russen, und „einem derartigen Plan würden wir auch nicht zustimmen“.

Und der Mann, der im Hintergrund angeblich die Fäden zieht, schweigt. Er ist den Deutschen bestens bekannt: Ron Sommer, der ehemalige Chef der Telekom.

Der promovierte Mathematiker wurde im Juli 2002 von der Bundesregierung aus dem Amt gedrängt, danach verschwand er fast komplett aus der Öffentlichkeit. Sinnt er jetzt auf Rache? Will er nach einem Einstieg der Russen den Vorsitz im Telekom-Aufsichtsrat übernehmen?

Sicher ist: Sommer und der Sistema-Großaktionär Jewtuschenkow kennen sich seit vielen Jahren, seit 2005 ist er offiziell im Aufsichtsrat der Sistema. Neben ihm steht auch noch Helmut Reuschenbach in Diensten Jewtuschenkows. Der ehemalige Leiter der Finanzabteilung der Telekom ist Aufsichtsratsmitglied bei MTS und der East-West United Bank, einer Luxemburger Finanztochter von Sistema. Ein- bis zweimal im Jahr trifft er bei konzerninternen Veranstaltungen seinen Ex-Chef Sommer.

Der wiederum, das macht die Sache doppelt pikant, berät nicht nur Jewtuschenkow, sondern sitzt gleichzeitig in einem Beirat der New Yorker Private-Equity-Firma Blackstone. Die hatte in diesem Frühjahr dem Bund ein 4,5-Prozent-Paket

der Telekom abgekauft und verfügt nun über einen Sitz im Aufsichtsrat.

Auch die Mobilfunkfirma MTS ist Sommer bestens bekannt. Mitte der neunziger Jahre war die Moskauer Firma von Sistema und der Telekom gegründet worden. Rund 100 Millionen Euro hatten die Bonner damals für einen gut 40-prozentigen Anteil an Mobile TeleSystems gezahlt – und kassierten alles in allem rund 2,8 Milliarden Euro, als sie in den vergangenen Jahren unter dem Druck der Schuldenlast ihre Anteile nach und nach verkauften.

Nicht nur der Erfolg von MTS stärkt Sommers Überzeugung, mit seiner globalen, aber teuren Expansionsstrategie von Anfang an die richtige Richtung eingeschlagen zu haben. Da liegt es nahe, ihm auch Ambitionen auf den Aufsichtsratsvorsitz zu unterstellen.

Freunde des ehemaligen Telekom-Chefs halten solche Pläne für unwahrscheinlich. „Sommer ist mit verschiedenen Aufsichtsratsposten gut ausgelastet und tut es sich bestimmt nicht an, sich in Deutschland noch mal anprangern zu lassen“, meint ein enger Bekannter.

Sicher ist dagegen, dass Sommers Arbeitgeber Jewtuschenkow seinen Konzern zum Global Player ausbauen will – und die Telekom dafür der richtige Partner wäre.

Kapitalbeteiligungen an Unternehmen im Ausland sichern Jewtuschenkow zudem für die kommenden Veränderungen im Moskauer Machtgefüge ab: Oberbürgermeister Jurij Luschkow, ein Schwager Jewtuschenkows, hört 2007 auf, Putins zweite Amtszeit endet 2008. Auf Aktiva jenseits der russischen Grenze hätten neue Machthaber keinen Zugriff.

Jewtuschenkows 90 000 Mitarbeiter starker Mischkonzern ist an der Londoner Börse rund zehn Milliarden Euro wert, im nächsten Jahr soll die Tochter Sitronics, die am Rand von Moskau Fernseher, Handys und DVD-Spieler herstellt, an der New Yorker Technologiebörse Nasdaq gelistet werden. Dann will Jewtuschenkow seine Sistema zu einem der weltweit führenden Technikkonzerne ausbauen. „Warum soll es uns nicht gelingen, ein russisches Samsung zu schaffen?“, fragt er.

Zu einem Kommentar, ob er an seinen Telekom-Plänen auch nach der Abfuhr aus Bonn und Berlin festhalte, war Jewtuschenkow vergangene Woche nicht zu bewegen. Wahrscheinlich wäre dabei auch nicht viel herausgekommen. Als ihn kürzlich ein Reporter beim Putin-Besuch in seiner Elektronikfabrik darauf ansprach, ob er denn selbst ein Sitronics-Handy habe, blaffte der Magnat zurück: „Was wollen Sie hören? Ich sage nie die Wahrheit.“

KLAUS-PETER KERBUSK, MATTHIAS SCHEPP



Berater Sommer
Doppelt pikant



FINANZEN

Sprung ins Mittelfeld

Mit ihrer Unternehmensteuerreform legt die Koalition einen Entwurf vor, an dem noch kräftig gearbeitet werden muss. Umstritten ist vor allem die geplante Strafsteuer auf Jobverlagerungen.

Im Sitzungssaal 4393 des Bundesfinanzministeriums herrschte am vergangenen Donnerstagnachmittag der Geist der Harmonie und der unbedingte Wille zur Einigung. Die Koalitionsarbeitsgruppe zur Unternehmensteuerreform legte letzte Hand an ihren Reformvorschlag, und alle wollten zu einem Abschluss kommen.

Auf der Agenda stand, ungeschrieben zwar, aber für jeden der gut ein Dutzend anwesenden Fachleute des Regierungslagers spürbar, mehr als die Verschiebung von Steuersätzen oder das Streichen von Schlupflöchern. Für den Unionsverhandlungsführer, Hessens Ministerpräsidenten Roland Koch, war es die letzte Gelegenheit, vor dem CDU-Parteitag ein vorzeigbares Reformkonzept zu präsentieren.

Sein Gegenüber auf SPD-Seite, Finanzminister Peer Steinbrück, wollte endlich beweisen, dass die Große Koalition zu mehr imstande ist als zu Stümpereien à la Gesundheitsreform. „Mit der Unternehmensteuerreform haben wir ein wichtiges Werkstück vorgelegt“, zog er anschließend die Bilanz des monatelangen Reformringens, und Koch nickte zufrieden.

Steinbrücks Bezeichnung beschreibt den Zustand des Vorhabens ziemlich ehrlich. Ein Werkstück ist noch unvollkommen, es bedarf der weiteren Bearbeitung. So wird es auch der Unternehmensteuerreform ergehen. Es muss noch tüchtig gehobelt und gefeilt werden.

Dabei sind einige Konturen, die sich abzeichnen, durchaus vielversprechend. So sollen deutsche Aktiengesellschaft und GmbH, die bislang unter den Industrie-

staaten mit die höchste Steuerbelastung zu tragen hatten, kräftig entlastet werden. Ihre Steuerlast sinkt Anfang 2008 von derzeit gut 38 auf 29,8 Prozent. Damit macht der Steuerstandort Deutschland einen gehörigen Sprung ins internationale Mittelfeld.

Ähnlich gut wie den Kapitalgesellschaften soll es auch den Personenunternehmen ergehen. Sie bezahlen eigentlich Einkom-

Eckpunkte der Steuerreform

ab 2008

Steuerbelastung für Unternehmen, derzeit durchschnittlich 38,6 %

► Absenkung auf 29,8 %

vor allem durch geringeren Körperschaftsteuersatz (derzeit 25 %)

► Absenkung auf 15 %

Entlastung +28,8 Mrd. €

Gegenfinanzierung -23,8 Mrd. €

durch Streichung und Einschränkung verschiedener Steuerschlupflöcher

Nettoentlastung +5,0 Mrd. €

ab 2009

Pauschale **Abgeltungsteuer von 25 %** auf Zinsen, Dividenden und private Veräußerungsgewinne (ausgenommen Immobilien). Veräußerungsverluste können nur mit Gewinnen und Erträgen aus Kapitalanlagen verrechnet werden. Die bisherigen Haltefristen fallen weg.

Finanzexperten Koch, Steinbrück

„Wichtiges Werkstück“

mensteuer bis hin zum Spitzensteuersatz von 42 Prozent. Künftig müssen sie ebenfalls nur höchstens 29,8 Prozent ihres Gewinns an den Fiskus abführen, wenn sie ihn im Unternehmen lassen. Insgesamt fünf Milliarden Euro soll der Unternehmenssektor künftig weniger Steuern zahlen als bisher.

Auch die geplante Abgeltungsteuer von 25 Prozent auf Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne, die 2009 in Kraft treten soll, ist gegenüber dem gegenwärtigen Zustand eine Verbesserung.

Allerdings bewegen sich die Reformer, wie stets bei Steuerrechtsänderungen, auf unsicherem Grund. Die Einnahmeausfälle, die die Tarifsenkungen mit sich bringen, sind noch relativ genau zu beziffern: 29 Milliarden Euro. Anders sieht es bei den Finanzierungsmaßnahmen aus. Die geben Steinbrück, Koch und Co. mit 24 Milliarden Euro an. Doch die Qualität der Refinanzierungsvorschläge ist durchwachsen, sie reicht von sicheren Einnahmen über Hoffnungswerte bis hin zu Luftbuchungen.

Eine ziemlich unsichere Angelegenheit ist beispielsweise die sogenannte Zins-schranke, die verhindern soll, dass Unternehmen durch Zinszahlungen Gewinne am deutschen Fiskus vorbei in Niedrigsteu-rländer schleusen. Sie erlaubt, dass nur 30 Prozent des Gewinns durch Zinsaufwand gemindert werden dürfen. Was übrig bleibt, kann erst in den Folgejahren steuersparend verrechnet werden. Ausgenommen von dieser Einschränkung sind Unternehmen, die nachweisen können, dass im ganzen Konzern das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital nicht günstiger ist als in dem überprüften Tochterunternehmen.

Die Reformtruppe ist stolz auf ihre Lösung. Sie macht die ursprünglich geplante und heftig kritisierte generelle Besteuerung von Finanzierungskosten wie Zinsen oder Leasingraten überflüssig. Doch die 1,5 Milliarden Euro, die Steinbrücks Leute als Mehreinnahmen verbucht haben, sind fragwürdig. Steuerprofis aus großen Dax-Unternehmen haben Mitgliedern der Arbeitsgruppe schon signalisiert, dass sie das Konstrukt nicht für praktikabel halten, weil kein deutsches Finanzamt die Kapitalstruktur eines international tätigen Unternehmens prüfen kann. Die Folge: Die fin-digen bis windigen Bilanzakrobaten in den Firmenzentralen könnten den Steuer-beamten nach Belieben die jeweils nötigen Finanzierungsstrukturen vorgaukeln. Allen Bedenken zum Trotz fand es Aufnahme in den Finanzierungskatalog. Vorerst.

Beim Unterpunkt „Zusätzliches Mehr-aufkommen durch Sicherung des nationa-len Steuersubstrats“ haben sich die Groß-koalitionäre völlig dem Prinzip Hoffnung hingegeben. Hinter dem Finanzkader-welsch verbirgt sich schlicht die Annahme,

dass sich die Steuerreform in Teilen selbst finanziert, entweder weil Unternehmen wegen niedriger Tarife wieder lieber Steuern in Deutschland bezahlen oder weil zusätzliches Wachstum entsteht, was mehr Geld in die öffentlichen Kassen spült. 3,5 Milliarden Euro haben Steinbrücks Rechner dafür angesetzt. Ob es tatsächlich so kommt, bleibt nach den Erfahrungen vorangegangener Steuerreformen zweifelhaft. Im Grunde kaschiert der Posten nur, dass die Nettoentlastung der Unternehmen statt 5 Milliarden Euro in Wirklichkeit 8,5 Milliarden Euro beträgt.

Als Krönung ihres Einfallsreichtums haben die Reformer eine steuertechnische Weltneuheit im Angebot. Die umschreiben sie mit „Besteuerung von Funktionsverlagerungen“. Dahinter steckt nicht weniger als eine Strafsteuer für den Fall, dass ein internationaler Konzern Know-how oder Arbeitsplätze ins günstigere Ausland



Bundesfinanzministerium in Berlin
Geist der Harmonie in Saal 4393

verlagert. Das geht aus einem vertraulichen Entwurf für ein Verwaltungsschreiben des Bundesfinanzministeriums an die Länderfinanzbehörden hervor.

Als steuerrelevante Tatbestände werden dort beispielsweise aufgeführt:

- die Ausleihe von deutschem Personal in Niedrigsteuerländer;
- die Übertragung von Patenten und Produktionsverfahren, deren Kosten in Deutschland geltend gemacht wurden, deren Erträge nun aber im Ausland niedriger versteuert werden sollen;
- die „Verlagerung der gesamten Produktion ins Ausland“.

Um die Steuerschuld des verlagernden Unternehmens zu berechnen, empfehlen die Berliner Ministerialen kurzerhand den Griff zur Fiktion. Die Finanzbehörden der Länder sollen künftig ein „Gewinnpotential“ schätzen oder berechnen, auf jeden Fall taxieren.

Dabei bewegen sich Steinbrücks Beamte tief in der Welt des Konjunktivs, wie ihr Definitionsversuch enthüllt: „Gewinnpotential ist der sowohl aus Sicht des verlagernden als auch des übernehmenden Unternehmens erzielbare Gewinn, auf den ein ordentlicher und gewissenhafter Geschäftsleiter in Kenntnis der maßgeblichen Umstände nicht unentgeltlich verzichten

würde, beziehungsweise für den ein solcher Geschäftsleiter bereit wäre, ein Entgelt zu zahlen.“ 1,8 Milliarden Euro soll die neue Abgabe bringen.

Penibel listet das Papier aus der Hauptstadt den Kollegen in der Provinz auf, wie bislang steuerbefreite Verlagerungen aufgespürt werden können. „Anhaltspunkte für eine Funktionsverlagerung ergeben sich regelmäßig aus der Analyse von Personalorganigrammen und deren Veränderung.“

Auch verringerte Umsatzerlöse oder Gewinne sowie niedrigere Lohnaufwendungen könnten ein deutlicher Hinweis sein.

Mit der neuen Steuerpflicht kommt auf die Wirtschaft auch mehr Bürokratie und Buchhaltungsaufwand zu. Um dem Finanzamt keine Auskunft mehr schuldig zu bleiben, müssen die Unternehmen künftig lückenlos darüber Buch führen, wo gerade welches Patent genutzt und wo gerade welche Maschine mit welchem Personal bedient wird. „Im Rahmen dieser Analyse ist der Steuerpflichtige aufzufordern, unter Vorlage von Aufzeichnungen die eingetretenen Veränderungen darzustellen.“

So berechtigt das Anliegen, die Steuerflucht einzudämmen, auch sein mag, Fachleute warnen vor Risiken und Nebenwirkungen. Denn was als Hürde für den Abfluss von Kapital gedacht ist, könnte sich als Stolperschwelle in die umgekehrte Richtung herausstellen. Warum sollte ein international tätiges Unternehmen noch in Deutschland forschen und entwickeln, wenn für die uneingeschränkte Nutzung seiner Erkenntnisse eine Strafsteuer fällig wird? „Für den Finanzminister mag das verlockend sein“, meint DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun, „ich kann aber nur davor warnen: Auf mittlere Sicht schwächt diese Maßnahme den Investitions- und Innovationsstandort Deutschland.“

Der hannoversche Steuerprofessor Stefan Homburg hält die geplante Neuerung schlicht für eine „Bundesfluchtsteuer“. Sie verstoße zudem gegen das Prinzip, dass nur realisierte Gewinne besteuert werden dürfen. Außerdem kollidiere sie mit der in der EU verabredeten Freiheit für Kapitalverkehr und den Prinzipien des Europäischen Binnenmarkts. Seine Prognose: „Das Ding wird ganz schnell tot sein.“

Gelegenheit, Teile des Reformwerks aus dem Gesamtpaket herauszubrechen, ergeben sich noch genug. Zunächst werden sich die Parteiführungen der Koalition mit dem Ergebnis befassen, einen Referentenentwurf soll das Finanzministerium bis Februar kommenden Jahres fertigstellen. Danach kommt es in die parlamentarische Beratung, eine Anhörung von Experten und Interessenverbänden inbegriffen.

Bei jeder dieser Gelegenheiten dürfte noch einmal an Steinbrücks und Kochs Werkstück gearbeitet werden. Diese Aussichten konnten das Wohlgefühl der beiden Großreformer jedoch nicht schmälern. Koch: „Wir sind stolz.“

CHRISTIAN REIERMANN

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Schröder liegt daneben“

Der IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Peters, 62, über die Vorwürfe des ehemaligen Bundeskanzlers, seinen Sturz betrieben zu haben, eigene Konzepte, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, und die Frage, ob gekaufte Betriebsräte bei Volkswagen die Mitbestimmung in eine Krise gestürzt haben



Gewerkschafter Peters: „Die Agenda 2010 war schlicht nicht mehrheitsfähig“

SPIEGEL: Herr Peters, wie fühlt man sich als jemand, der einen Kanzler gestürzt hat?

Peters: Ach, das ist zu viel der Ehre. Auf der einen Seite werden die Gewerkschaften als machtlos hingestellt, auf der anderen sollen einzelne Vorsitzende den Kanzler gestürzt haben. Das ist doch merkwürdig. Gerhard Schröder beschreibt in seinem Buch, dass er mit seiner Politik außerordentliche Schwierigkeiten hatte, auch mit

den Gewerkschaften. Richtig ist, dass wir die Agenda 2010 nicht als geeignetes Politikmodell angesehen haben. Dass wir aber den Kanzler stürzen wollten, ist eine sehr eigenwillige Interpretation.

SPIEGEL: Sie müssen doch maßlos enttäuscht sein, schließlich haben Sie ihn immer wieder unterstützt?

Peters: Sie haben recht. Die Wahl 1994 in Niedersachsen hat die SPD mit ihm an

der Spitze doch nur deshalb gewinnen können, weil die IG Metall das Beschäftigungsproblem bei Volkswagen lösen konnte.

SPIEGEL: Wären dort 30 000 Leute entlassen worden, statt die Viertagewoche einzuführen ...

Peters: ... wäre die SPD weg vom Fenster gewesen. Auch bei der Wahl 1998 in Niedersachsen hat Schröder von der Politik der Gewerkschaften profitiert. Damals gab es wieder Turbulenzen, diesmal beim Stahlwerk Peine-Salzgitter. Eine feindliche Übernahme hätte möglicherweise Tausende Arbeitsplätze gekostet. Nicht zuletzt durch unsere gemeinsame Rettungsaktion baute er die absolute Mehrheit in Niedersachsen aus und erhielt damit die Kanzlerkandidatur. Bei der Bundestagswahl 1998 wollten wir eine andere Politik, die war mit Helmut Kohl nicht möglich. Erstmals in unserer Geschichte haben wir für einen Regierungswechsel geworben. So etwas wird gern vergessen.

SPIEGEL: Das heißt, Schröder ist undankbar und verbreitet nun so etwas wie eine Dolchstoßlegende?

Peters: Es gibt Tatsachen, und es gibt Ansichten über Tatsachen. Er bemüht zurzeit Ansichten über Tatsachen. Das fängt schon damit an, dass er einige Daten nicht ganz richtig sieht. Beispielsweise bin ich erst im Sommer 2003 zum IG-Metall-Vorsitzenden gewählt worden, die Auseinandersetzungen über die Agenda 2010 hatten sich aber bereits im März aufgebaut. Es war auch nicht ich, der die Gespräche im SPD-Gewerkschaftsrat abgebrochen hat, sondern mein Vorgänger Klaus Zwickel.

SPIEGEL: Er macht trotzdem Sie persönlich für seine Niederlage verantwortlich.

Peters: Schröder liegt daneben. Die Agenda 2010 war schlicht nicht mehrheitsfähig. Er tut jetzt so, als sei das eine Sache zwischen ihm und mir gewesen. Welchen Vorteil hätten wir gehabt? Schwarz-Gelb etwa? Insofern enttäuscht es mich schon, dass uns Schröder so wenig strategisches Denken zutraut.

SPIEGEL: Auch wenn Sie ihn anfangs unterstützt haben: Spätestens mit Beginn seiner Reformpolitik haben Sie ihm den Krieg erklärt.

Peters: Das ist nicht richtig. Ich darf daran erinnern: Schröder hat damals die Tarifautonomie infrage gestellt, um seine Hartz-

BERT BOSTELMANN / BILDFOLO

Gesetze bei der Union durchzubekommen – obwohl er wusste, dass er das weder in der eigenen Fraktion noch in der Bevölkerung mehrheitsfähig durchsetzen konnte. Wir haben – seinem Wunsch folgend – die Arbeitgeber überzeugen können, die Tarifautonomie als gemeinsame Grundlage fortzuentwickeln, aber keine betrieblichen Bündnisse für Arbeit per Gesetz anzustreben. Der Union fehlte damit die Munition. So haben wir Schröder von dem Druck befreit, den er sich selbst gemacht hat.

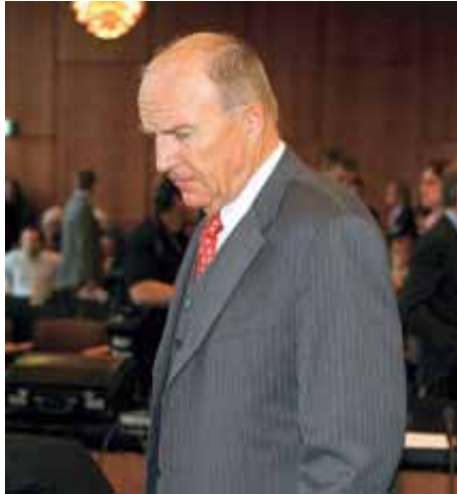
Personal-Service-Agenturen war gar nicht so verkehrt. Die Arbeitslosen sollten aus einem Sozialrechtsverhältnis in ein Arbeitsrechtsverhältnis überführt werden, um sie dann in Arbeit zu bringen. Systematisch. Die PSA könnten beispielsweise als überbetrieblicher Einsatzbetrieb der Unternehmen einer Region fungieren, um Mehrarbeit runterzufahren und stattdessen Arbeitssuchende einzusetzen. Wenn wir allein die Hälfte der mehr als 1,4 Milliarden Überstunden abbauen in Deutsch-

Beschäftigungsverhältnissen. Warum soll das im sozialen Bereich nicht anerkannt werden?

SPIEGEL: Der Staat nimmt wahrscheinlich in diesem und im nächsten Jahr 39,5 Milliarden Euro mehr an Steuern ein als erwartet. Sollen die in solche Projekte fließen?

Peters: Jedenfalls ein Teil davon. Das kann ich mir durchaus vorstellen.

SPIEGEL: Die Arbeitswelt ist in einem gewaltigen Umbruch. Prekäre Beschäftigung, Zeitarbeit, befristete Verträge spalten die



Gewerkschafter Zwickel, Volkerts, Kanzler Schröder*: „Wir müssen aktiv politisch Einfluss nehmen“

SPIEGEL: Inzwischen scheint die Reformpolitik, die Sie so bekämpften, doch zu greifen. Die Steuerquellen sprudeln stärker als erwartet, die Arbeitslosigkeit sinkt auf den tiefsten Stand seit vier Jahren.

Peters: Steuereinnahmen können doch nicht der Maßstab sein, eine Reformpolitik zu beurteilen. Die deutschen Unternehmen profitieren von einer boomenden Weltwirtschaft, denen geht es glänzend. Wenn jetzt nicht die Steuern fließen, wann denn sonst?

SPIEGEL: Dass die Arbeitslosigkeit erheblich sinkt, hat Ihrer Meinung nach nichts mit den Reformen zu tun?

Peters: Nein. Über vier Millionen Arbeitslose ist doch eine verheerende Zahl. Sie ist leicht gesunken, weil die Konjunktur angezogen hat. Wir beobachten vielmehr, dass sich die Arbeitslosigkeit verfestigt – und zwar insbesondere bei den Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt: den über 55-Jährigen, die entgegen allen Sonntagsreden im Regelfall keine Chance haben, und den unter 25-Jährigen: Wer bis dahin keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz hat, bei dem besteht die Gefahr, dass sich aus der Perspektivlosigkeit eine Radikalisierung entwickelt.

SPIEGEL: Wie sehen dann Ihre Konzepte zur Senkung der Arbeitslosigkeit aus, wenn Sie die Reformen der Regierung nicht gelten lassen?

Peters: Zunächst einmal brauchen wir ordentliches Wachstum, aber das allein wird nicht reichen. Die ursprüngliche Idee der

land, könnten Tausende Arbeitsplätze entstehen.

SPIEGEL: Die Personal-Service-Agenturen sind doch komplett gescheitert.

Peters: Aus der Erfahrung sollte man lernen und das Konzept verbessern. Es wäre ja auch nur ein Baustein.

SPIEGEL: Und wie sehen die anderen Bausteine aus?

Peters: Wir brauchen öffentlich geförderte Beschäftigung! Es können etwa Kindertagesstätten gebaut und Betreuer beschäftigt werden. Man kann Nachhilfeunterricht für Schüler organisieren oder Schulen sanieren. In der Infrastruktur gibt es genügend zu tun. Wir wollen, dass was passiert. Das bringt nicht immer gleich 1000 oder 10000 Arbeitsplätze. Aber Kleinvieh macht auch Mist.

SPIEGEL: So etwas gibt es doch schon und nennt sich Ein-Euro-Job.

Peters: Ein-Euro-Jobs schaden nur. Ich rede von öffentlich finanzierten Beschäftigungsprogrammen, mit denen zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse aufgebaut werden. Wenn ich Sozialdienste aufbaue und die Einnahmeseite reicht nicht aus, muss der Staat den Rest übernehmen. Bei Opernhäusern ist das doch auch möglich. Schauspieler, Beleuchter oder Bühnenbildner sind nichts anderes als Menschen in öffentlich geförderten

Beschäftigten in zwei Klassen. Wie stellt sich die IG Metall darauf ein?

Peters: Wir müssen dagegensteuern. Arbeit darf nicht arm machen. Es ist eine Illusion, zu glauben, prekäre Beschäftigung bringt ein Beschäftigungswunder. In Spanien gibt es einen großen Gesellschaftsvertrag zwischen Regierung und Gewerkschaften, um gerade diese Beschäftigungsverhältnisse wieder zurückzuführen. Ich halte das für nachahmenswert.

SPIEGEL: Gerade jetzt, wo die Mittelschicht Angst vor dem Absturz hat, müssten die Leute den Gewerkschaften doch die Türen einrennen?

Peters: Wenn in einer Region die Industriearbeitsplätze abgebaut werden, ist es für uns nicht so einfach, neue Mitglieder zu gewinnen. In Sachsen-Anhalt beispielsweise sind wir nach der Wende mit rund 330 000 Industriearbeitsplätzen und 169 000 IG-Metall-Mitgliedern gestartet. Heute gibt es dort vielleicht noch 33 000 Industriearbeitsplätze und 42 000 Mitglieder. Diesen Verlust kann man in anderen Regionen nicht so leicht kompensieren. Trotzdem: Wir brauchen die persönliche Ansprache der Menschen in jenen Firmen, die gewerkschaftlich noch nicht hoch organisiert sind. Wo wir das machen, haben wir auch Mitgliederzuwachs.

SPIEGEL: Ihr bisher wichtigstes Argument gegen Arbeitslosigkeit ist gescheitert – die Arbeitszeitverkürzung ...

Peters: ... warum das denn? Da urteilen Sie aber etwas vorschnell.

* Links: im Mannesmann-Prozess; Mitte: auf einer Kundgebung auf dem Wolfsburger VW-Gelände am 2. November 2004; rechts: bei der Eröffnung der IG-Metall-Vorstandsverwaltung in Frankfurt am Main am 15. Juni 2005.



ULRICH BAUMGARTEN / VARIO IMAGES

Turbinenproduktion bei Siemens: „Nicht so einfach, neue Mitglieder zu gewinnen“

SPIEGEL: Viele Betriebe kehren zur 40-Stunden-Woche zurück. Und auch Volkswagen beendet gerade das Projekt Viertagewoche.

Peters: Sicher, die Arbeitgeber wollen die 40-Stunden-Woche. Sie wollen weniger Menschen in den Betrieben, weil sie dann weniger Kosten haben. Das ist nicht unsere Philosophie. Was Volkswagen angeht, haben wir ganz andere Probleme. In den USA verkauft VW Autos mit Verlusten. Jetzt kann man den Tarif absenken, um die Verluste zu minimieren. Ich kann mir aber auch die Frage erlauben, warum es überhaupt zu Verlusten in den USA kommt. Liegt es vielleicht an der Modellpolitik? Kann es sein, dass das Fahrzeug mit seiner Ausstattung vom Kunden gar nicht gewollt wird? VW sollte zusehen, dass es nicht an den Märkten vorbeiproduziert, statt am Tarifvertrag zu schrauben.

SPIEGEL: Dennoch: Die Viertagewoche ist Vergangenheit. Die Arbeitszeitverkürzung und die Modellpolitik – gerade bei VW – basierte doch auf einer Art Nichtangriffspakt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, der letztlich allen Seiten geschadet hat. Ist die Mitbestimmung in der Krise?

Peters: Das sehen Sie falsch. Die Betriebsräte oder die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat sind doch nicht für Versäumnisse des Managements verantwortlich zu machen.

SPIEGEL: Dass es bei VW gekaufte Betriebsräte gab, zeigt doch, wie nah die Interessenvertreter der Arbeitnehmer dem Management stehen.

Peters: Ach, allein das Wort „gekauft“. Persönliche Verfehlungen wird niemand befürworten. Aber von einer Krise der Mitbestimmung kann man deshalb doch nicht reden. Das ist konstruiert.

SPIEGEL: Das Verhalten vom Ex-Betriebsratschef Klaus Volkert ist aber doch ziemlich real.

Peters: VW hat Herrn Volkert in die Kategorie der Manager einsortiert. Das war uns nicht bekannt.

SPIEGEL: Informell galt er doch schon lange als Co-Manager.

Peters: Das ist doch nur eine Etikettierung. Noch mal: Dass er als Manager geführt wurde und mehrere hunderttausend Euro verdient hat, war uns nicht bekannt.

SPIEGEL: Theoretisch hätte Ihnen das bekannt sein müssen, anhand der Mitgliedsbeiträge, die er der IG Metall bezahlt hat. Ein Prozent des Bruttolohns muss man doch abgeben.

Peters: Glauben Sie ernsthaft, dass sich das in seinen Mitgliedsbeiträgen wiederfand? Trotzdem kann der nicht gekauft worden sein. Selbst wenn es so wäre, hätte es nichts genutzt: Schließlich ist der Vorsitzende nicht allein auf der Welt, wir haben Gremien und Kontrollinstanzen, die auch ein Wörtchen mitzureden haben ...

SPIEGEL: ... die aber nicht verhindern konnten, dass er aus der persönlichen Schatulle von Peter Hartz rund zwei Millionen Euro als Sonderbonus bekommen hat.

Peters: Ich kann mir nicht vorstellen, dass Herr Hartz über eine persönliche Schatulle verfügt hat, aus der er solche Beträge entnehmen konnte.

SPIEGEL: Hatten Sie irgendwelche Kenntnisse von den Vorgängen bei VW?

Peters: Nein, ich bin 1998 in den Vorstand der IG Metall gewählt worden, war also während dieser Vorgänge schon nicht mehr Bezirksleiter in Niedersachsen. Ich



BERT BOSTELMANN / BILDFOLO

IG-Metall-Chef Peters (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*
„Arbeit darf nicht arm machen“

kenne weder Frau Barros persönlich, noch ist mir der Organisator dieser Veranstaltungen, Herr Gebauer, bewusst untergekommen.

SPIEGEL: Sind Ihnen selbst jemals Vergütungen seitens der Arbeitgeber angeboten worden?

Peters: Nein, wie kommen Sie darauf? Und wenn, hätte ich gewusst, was ich mit denen getan hätte, die mir so etwas anbieten.

SPIEGEL: Wie bewerten Sie die Aussage Ihres Vorgängers Klaus Zwickel beim aktuellen Mannesmann-Prozess, die Millionenabfindungen für den Ex-Vorstandschef Klaus Esser seien für „außergewöhnliche Leistungen“ gerechtfertigt?

Peters: Es gehört sich nicht, dass ich die Aussagen meines Vorgängers kommentiere. Ganz generell gilt: Eine solche Honorierung wie die von Esser halte ich nirgendwo für gerechtfertigt. Keine Leistung eines einzelnen Menschen kann eine x-fache Vergütung eines normalen Arbeitnehmers rechtfertigen.

SPIEGEL: Sollte man Vergütungen bei Managern begrenzen?

Peters: Ich glaube, dass wir zu einer Begrenzung solcher Vergütungen kommen müssen. Appelle werden da nichts bringen. Die Aufsichtsräte, die solche Einkommen beschließen, werden sich Gehältern annähern müssen, die die Gesellschaft für akzeptabel hält – notfalls mit Hilfe des Gesetzgebers.

SPIEGEL: Woher nehmen Sie als IG Metall eigentlich das Mandat, sich politisch ständig einzumischen?

Peters: Alles, was in der Politik passiert, tangiert die Arbeitnehmer in irgendeiner Form. Das gilt für die Gesundheitsreform wie für die Rente. Wenn die Beiträge steigen, bringt das massive Ausgabenzuwächse für die Bürger mit sich. Es wäre aber ein Fehler, zu glauben, dass wir in Tarifrunden politische Fehler korrigieren können. Eine Gewerkschaft kann nicht der Reparaturbetrieb des Staates sein. Deshalb müssen wir auch in Zukunft aktiv politisch Einfluss nehmen.

SPIEGEL: Und wie lange werden Sie das noch tun? Treten Sie vereinbarungsgemäß im kommenden Jahr ab und überlassen ihrem Stellvertreter Berthold Huber den Vorsitz?

Peters: Ich habe meine persönliche Lebensplanung und ändere sie, wenn es die Umstände erfordern. Das habe ich bereits vor drei Jahren bei meiner Wahl gesagt. Dabei bleibt es.

SPIEGEL: Was könnten das für Umstände sein?

Peters: Das werden wir bereden, wenn das Ereignis eintritt.

SPIEGEL: Aber die Vereinbarung zwischen Ihnen und Huber gibt es?

Peters: Ja, selbstverständlich.

SPIEGEL: Herr Peters, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Alexander Jung und Janko Tietz in der IG-Metall-Zentrale in Frankfurt am Main.

KONZERNE

Verschobenes Vermögen

Der Lastwagenbauer MAN wirft einer Tochtergesellschaft von DaimlerChrysler betrügerische Machenschaften vor – und fordert Schadensersatz von mehr als einer halben Milliarde Euro.



MAN-Chef Samuelsson, DaimlerChrysler-Manager Schmückle: Leere Hülle?

Rainer Schmückle ist das, was man bei DaimlerChrysler einen harten Hund nennt. Er redet nicht lange drum herum. Er fragt nicht viel. Er entscheidet. Deshalb wurde Schmückle zuerst als Sanierer zur einstigen Bahntochter Adtranz geschickt und von 2001 bis 2005 zum Lastwagenhersteller Freightliner. Anschließend wurde er als Chief Operating Officer mit der Durchsetzung des Sparprogramms bei Mercedes-Benz betraut. Damit ist der 46-Jährige hinter Konzernchef Dieter Zetsche der zweite Mann bei der Mercedes Car Group.

Es ist klar, dass so einem nicht nur Nettigkeiten nachgesagt werden. Aber was der Lastwagenhersteller MAN der DaimlerChrysler-Tochter Freightliner und damit auch dessen Ex-Chef Schmückle in zwei Klagen nun vorwirft, geht über die üblichen Nachreden hinaus.

MAN hält der DaimlerChrysler-Tochter Freightliner in einer Klageschrift „eine Serie von betrügerischen Transfers“ vor, eine „Verschwörung“ sogar. Vor einem Londo-

ner Handelsgericht fordert MAN 532 Millionen Euro Schadensersatz. In einem zweiten Verfahren vor dem Bezirksgericht Multnomah County im US-Bundesstaat Oregon, dem Sitz von Freightliner, drohen dem Konzern „punitive damages“. Das sind Strafen, die abschreckend wirken sollen. Sie können ein Mehrfaches des Schadens betragen.

Die Verhandlung in Multnomah County beginnt an diesem Montag. Verliert Freightliner den „Case No. 0412-13050“, dann könnte der Gesamtschaden leicht bei einer Milliarde Euro liegen.

Dies sind die Fakten. Sie klingen unglaublich. Denn im Zentrum dieses Wirtschaftskrimis, in dem es um den Kauf von Unternehmen, geschönte Bilanzen und

verschobene Firmenwerte geht, stehen nicht zwei Mittelständler, sondern zwei Weltkonzerne. Beide zeigen sich unverzüglich. MAN will Geld, und DaimlerChrysler will sich, so ein Konzernsprecher, „energisch zur Wehr setzen“.

Seinen Ausgangspunkt hatte diese Auseinandersetzung im Jahr 2000, als MAN von dem kanadischen Lkw-Hersteller Western Star dessen britische Tochter ERF für insgesamt 173 Millionen US-Dollar kaufte. Nach einiger Zeit stellten die Münchner fest, dass die Zahlen in den ERF-Bilanzen wenig mit der tatsächlichen Lage des Unternehmens zu tun hatten.

Am 16. August 2001 gab MAN bekannt, dass der Unternehmenschef und der Finanzchef von ERF wegen Unregelmäßigkeiten in der Bilanz gehen müssten. Die Zeitungsberichte darüber dürften auch von Managern der DaimlerChrysler-Tochter Freightliner aufmerksam verfolgt worden sein. Zum Zeitpunkt, als die ERF-Bilanzen geschönt wurden, hatten sie zwar nichts mit dem Unternehmen zu tun. Inzwischen aber hatte Freightliner die damalige Muttergesellschaft von ERF, Western Star, übernommen.

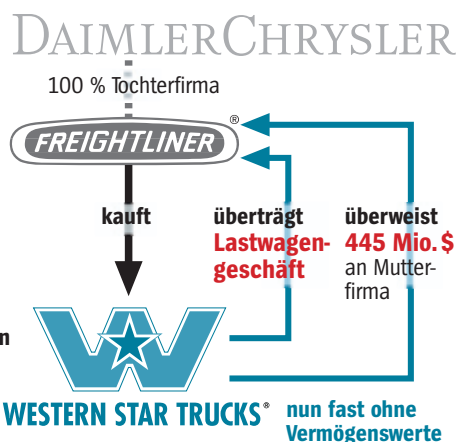
MAN monierte am 17. Oktober 2001 in einem Brief an Western Star, dass die Finanzinformationen über ERF falsch gewesen seien. Statt des ausgewiesenen Gewinns habe das Unternehmen zum Zeitpunkt der Übernahme massive Verluste gemacht. Darüber hinaus seien die Vermögenswerte überbewertet und die Verpflichtungen „in sehr signifikantem Maß“ unterbewertet worden. MAN habe wegen der falschen Finanzinformationen erhebliche Verluste hinnehmen müssen.

Die Münchner Lastwagenbauer wiesen Western Star darauf hin, dass ihnen nach vorläufigen Erkenntnissen ein Schaden von rund 472,5 Millionen Dollar entstanden sei und die Wirtschaftsprüfer von BDO der Frage nachgingen, ob MAN Schadensersatz für die Verluste verlangen könnte.

Aus Western Star war nach der Übernahme durch Freightliner inzwischen die Freightliner Ltd. geworden. Und rund um dieses Unternehmen begann zu jener Zeit eine Reihe von Transaktionen, bei denen die Produktion von Lastwagen verlagert, Markenrechte abgetreten und mehrere hundert Millionen Dollar hin und her überwiesen wurden.

MAN behauptet, diese Transaktionen hätten vor allem einem Ziel gedient: Alle Vermögenswerte sollten von der ehemaligen Western Star auf andere Konzernteile von Freightliner übertragen werden. Die Freightliner-Muttergesellschaft in den USA, geführt von Schmückle, habe die neue Tochter aushöhlen wollen. Falls diese zu Schadensersatzzahlungen an MAN verurteilt werden sollte, könnte sie allenfalls einen Bruchteil zahlen. Sie müsste Konkurs anmelden, und MAN bliebe auf dem Schaden sitzen. Am 31. Juli 2002 habe

Nichts zu holen Streit um Lkw-Firmenkauf



Freightliner Ltd. alles, was nötig ist zur Produktion schwerer Lastwagen, an die Freightliner-Mutter in Portland übertragen: die Ausrüstung, die Technologie, alle Beschäftigten und die Markenrechte. Die Mutter habe dafür nur 500 000 kanadische Dollar gezahlt, obwohl der Wert des Geschäfts ein Jahr zuvor noch auf 378 Millionen kanadische Dollar geschätzt worden sei.

Weiterhin habe Freightliner Ltd. sein Geschäft mit Sterling-Lastwagen auf Freightliner Canada übertragen. Dafür habe Freightliner Ltd. zwar 295,2 Millionen US-Dollar erhalten. Doch das Geld sei später wieder aus dem Unternehmen herausgezogen worden. Kurz vor Jahresende 2003 habe Freightliner Ltd. 233,8 Millionen US-Dollar an die Mutter Freightliner in den USA überwiesen, im Februar des Jahres 2004 weitere 211,4 Millionen US-Dollar.

DaimlerChrysler erklärt den Abzug von 445 Millionen US-Dollar so: Das Geld sei an die Freightliner-Muttergesellschaft überwiesen worden, damit es dort dem Cash Management zugeführt werde. Die Lastwagenfertigung habe man übertragen, um Kapitalsteuern in Kanada sparen zu können.

MAN dagegen behauptet, „die sogenannte Steuer-Reorganisation war nichts anders als eine cover story“, hinter der die Beklagten ihre wahren Absichten verbergen wollten – MAN zu „betrügen“. Als Beleg für diesen Vorwurf führt MAN unter anderem eine E-Mail von William Wondolowski, dem Leiter der Steuerabteilung von Freightliner, an.

Wondolowski hatte am 11. Oktober 2002 geschrieben, dass es offenbar zwei Gründe für die Neuorganisation des Geschäfts gab: nicht nur die „kanadische Kapitalsteuer“, sondern auch „juristische Gründe“. Die juristischen Gründe nannte er an erster Stelle.

Am Ende einer Reihe von Verlagerungen und Verschiebungen, so stellt MAN fest, habe sich die Freightliner Ltd. „von einem Unternehmen mit operativem Geschäft und messbaren Wertgegenständen in eine Hülle mit keinen verwertbaren Vermögenswerten“ verwandelt. Fabriken, Mitarbeiter, Markenrechte – alles ist übertragen auf andere Freightliner-Firmen. Die verklagte Firma sei eine Vertriebsgesellschaft und habe kaum noch eigene Vermögenswerte.

Das Londoner Handelsgericht hat in erster Instanz entschieden, dass MAN Schadensersatz von mindestens 360 Millionen Euro zusteht. Über die genaue Höhe wird gestritten. Klar aber scheint, dass Freightliner Ltd. nicht über so viel Geld verfügt.

Deshalb kommt dem zweiten Prozess in den USA große Bedeutung zu. Das Bezirksgericht in Oregon kann klären, ob die Freightliner-Muttergesellschaft in den USA die gesamten Transfers von Fabriken und Geld wieder rückgängig machen oder selbst für mögliche Schadensersatzzahlungen einstehen muss.

DaimlerChrysler schiebt den unangenehmen Fall möglichst weit von sich weg. In der Konzernzentrale heißt es, DaimlerChrysler habe damit gar nichts zu tun. Das sei eine Angelegenheit von Freightliner. Und eigentlich handle es sich hier um einen Streit zwischen zwei Geschädigten.

Freightliner selbst sei betrogen worden, als das Unternehmen Western Star übernommen habe. Von Unregelmäßigkeiten beim Verkauf einer Tochter an MAN habe man nichts gewusst. Und die späteren Transaktionen von Fabriken und Markenrechten hätten der Eingliederung des neu-



Freightliner-Lastwagen: 445 Millionen von der Tochter

en Unternehmens in die Muttergesellschaft Freightliner gedient oder aber der Steuerersparnis.

Üblicherweise regeln Konzerne solche Streitigkeiten nicht in öffentlichen Gerichtsverfahren, sondern in vertraulichen Gesprächen. Der einstige DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempp hat den Fall auch schon mit MAN-Chef Håkan Samuelsson erörtert. Doch Schrempp konnte einer Ausgleichszahlung in Höhe mehrerer hundert Millionen Euro an MAN kaum zustimmen, ohne dazu durch ein Gericht verpflichtet worden zu sein. Sonst hätten DaimlerChrysler-Aktionäre ihn möglicherweise wegen Vermögensverschleudung verklagen können.

Also kämpfen MAN und die DaimlerChrysler-Tochter Freightliner die Angelegenheit vor Gericht aus. Dem Publikum in Multnomah County, wo sich sonst vielleicht einmal Weizenbauern mit ihren Saatgutlieferanten streiten, bietet sich ein seltenes Schauspiel: Ein deutsches Unternehmen bezichtigt einen deutschen Konzern schwerer Betrügereien. Es geht um bis zu eine Milliarde Euro. Die Verhandlungen sind auf mehrere Wochen angesetzt.

DIETMAR HAWRANEK

GLÜCKSSPIEL

Bei Anruf Betrug

Das Lotto-Fieber treibt
Hunderttausende in
dubiose Tippgemeinschaften.
Die Länderchefs wollen
die Geschäftemacherei stoppen.

Die Ibiza-Reisen mit integrierter Dienstsitzung waren für viele der geladenen Callcenter-Betreiber der Höhepunkt des Jahres. Auf einem 70 000-Quadratmeter-Anwesen mit Pool und Tennisplatz durften sie sich ein Wochenende lang nach Lust und Laune vergnügen.

Für Spritztouren hätten schon mal Cabrios, Jeeps sowie Motorräder bereitgestanden, erinnert sich ein Gast. Und im alten Hafen von Ibiza-Stadt ankerte für die Ausflügler ein Zweimaster – schwarz, mit Piratenflagge und Totenkopf auf dem Bug.

Der bizarre Pomp sollte die Geschäftspartner von Andreas B. und Eckhard W. bei Laune halten. Schließlich erforderte das Geschäft mit Lotto-Tippgemeinschaften vollen Einsatz. Dutzende Callcenter waren allein damit beschäftigt, neue Kunden zu werben – damit der Quell des Luxus nicht versiegen möge.

Doch die Lustreisen sind erst einmal eingestellt worden. Andreas B., Eckhard W. und eine weitere Person aus ihrem Umfeld sitzen in Untersuchungshaft. Staatsanwälte in München und Steuerfahnder des Finanzamtes Wetzlar ermitteln wegen des Verdachts auf Betrug und Steuerhinterziehung in Millionenhöhe.



GÜNTHER / THOMAS & THOMAS

Lotto-Ziehung (mit Moderatorin Franziska Reichenbacher): Selbstbedienung der Betreiber

Die Ermittler haben es mit windigen Geschäftemachern aus der Telefonmarketing-Branche zu tun. Die hat im vergangenen Jahr 2,6 Milliarden Euro umgesetzt und ist wegen aggressiver Methoden immer wieder in die Schlagzeilen geraten. Erst vergangene Woche warnte die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen vor unseriösen Werbeanrufen für Glücksspiele.

Die Klagen häufen sich. Gerade wird einer Truppe von Telefonabzockern in Frankfurt der Prozess gemacht. Sie soll bei Lotto-Spielern fast 14 Millionen Euro eingesammelt, davon aber nur 30 000 Euro als Spieleinsatz weitergereicht haben.

Die Länderchefs wollen das Treiben nun stoppen. Der neue Staatsvertrag zum Lotteriewesen soll den kommerziellen Spielvermittlern die Telefonwerbung untersagen, verkündete jüngst Niedersachsens Regierungschef Christian Wulff.

Lotto-Tippgemeinschaften funktionieren nach einem durchaus legalen Modell: Von

den Konten der Kunden werden regelmäßig Einsätze abgebucht, gebündelt und nach Abzug einer – oft sehr hohen – Verwaltungsgebühr fürs reguläre Lotto-Spiel verwendet. Fallen Gewinne an, werden sie unter den Spielern verteilt.

Im Fall Andreas B. und Eckhard W. dienten die Tippgemeinschaften nach Erkenntnis der Ermittler dazu, noch ganz andere Geschäfte abzuwickeln: Im vergangenen Dezember wurden 366 282 Kontoinhabern bundesweit jeweils 39 Euro abgebucht, angeblich die Jahresgebühr für eine sogenannte Travel-Card.

Diese war ihnen 2004 offenbar unaufgefordert zugesandt worden, nachdem sie von sechs Tippgemeinschaften mit klingvollen Namen wie zum Beispiel Glücksmillion geworben worden waren. Die Travel-Card biete Vergünstigungen und koste eigentlich 99 Euro, stand im Begleitschreiben – freundlicherweise sei sie bereits bezahlt. Nur im Kleingedruckten war zu le-

sen, dass vom kommenden Jahr an 39 Euro Gebühr fällig seien.

Doch nachdem die ersten knapp 5 von insgesamt gut 14 Millionen Euro an die Tippgemeinschaften überwiesen worden waren, stoppte die zuständige Bank die Aktion. Denn auffällig viele Lotto-Spieler hatten sich über die unerwünschte Abbuchung beschwert.

Auf der Suche nach den Initiatoren des mutmaßlichen Betrugsversuchs stießen die Fahnder auf ein Geflecht von mehr als 50 Firmen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Spanien. Die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund sollen die beiden Verhafteten Andreas B. und Eckhard W. gewesen sein. Weder die beiden Männer noch sämtliche genannten Unternehmen wollten gegenüber dem SPIEGEL aktuell Stellung beziehen.

Glücksmillion und ähnliche Konstrukte sind Verbraucherschützern schon lange ein Dorn im Auge. Bereits 2003 warnte die Stiftung Warentest, ein Großteil der Spieleinsätze fließe nicht in den Lotto-Topf, sondern in die Taschen der Betreiber.

Auch bei Super 77 aus Wuppertal bedienen sich offenbar die Betreiber. Internen Unterlagen zufolge beliefen sich die Einsätze der Super-77-Spieler 2004 auf immerhin 7,6 Millionen Euro. Doch der Land Brandenburg Lotto GmbH, mit der Super 77 bis heute zusammenarbeitet, wurden 2004 nur 2,3 Millionen Euro überwiesen. Der Rest versickerte bei verschiedenen Firmen – darunter die BvW Management & Services GmbH, die dem B.-und-W.-Imperium zugeordnet wird.

Im vergangenen Jahr ermittelte die Staatsanwaltschaft Wuppertal gegen den Super-77-Geschäftsführer wegen des Verdachts auf Betrug und Steuerhinterziehung, das Verfahren wurde jedoch gegen die Zahlung von 20 000 Euro an wohltätige



TV-Prominenter Jolig: Vor schnittigen Cabrios posiert

Vereine „vorläufig eingestellt“. Außerdem muss Super 77 gemäß Staatsvertrag zum Lotteriewesen seit Juli 2005 „zwei Drittel der von den Spielern vereinnahmten Beträge für die Teilnahme am Spiel an den Veranstalter“ abliefern.

Doch wer die Super-77-Website studiert, kommt erst einmal auf eine andere Quote. Die jeweils 160 Spieler einer Gemeinschaft müssen für jeden der wöchentlich zwei Spieltage sechs Euro bezahlen, dafür werden laut Website pro Woche 264 Tippreihen gespielt. Das entspricht einem Lotto-Einsatz pro Tippgemeinschaft von weniger als 300 Euro pro Woche – bei Einnahmen von 1920 Euro.

Vermutlich durchaus legal: Die Diskrepanz können die Super-77-Betreiber damit rechtfertigen, dass sie als „Zusatzleistung“ einen „Hotelscheck im Wert von 100,00 Euro“ anbieten – internen Unterlagen zufolge wurden die Gutscheine allerdings für 22 Euro erworben. Nur in den

Geschäftsbedingungen findet sich ein Hinweis, wonach die Kunden auf den „Hotelscheck“ verzichten können – und dann günstiger spielen.

Um für das lukrative Geschäft zu werben, schmückte sich die Super 77 GmbH auch schon mal mit TV-Prominenz.

2002 stellte sie Alexander Jolig als „Marketingdirektor“ ein. Der Ex-„Big Brother“-Star posierte in der Super-77-Werbung mit einer vermeintlichen Lotto-Gewinnerin und vor schnittigen Cabrios. Nach etwa einem Jahr verließ Jolig die Firma wieder.

Die Kunden schienen Super 77 zunehmend zu misstrauen, die Umsätze der Callcenter begannen 2005 zu sinken. Sie nahmen deshalb neue Produkte ins Sortiment auf, etwa Mitgliedschaften bei Children's Help. Das Konstrukt bereite „schon lange Kopfzerbrechen“, so Bernhard Wilke vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen.

Den Angerufenen werde erzählt, man helfe „Kindern in Not“, tatsächlich würden „Clubmitgliedschaften“ verkauft. Wie viel in wohltätige Projekte fließt, ist unbekannt. Auch die Children's-Help-Betreiber stehen nach Erkenntnissen der Ermittler in Kontakt mit dem B.-und-W.-Imperium.

Andreas B. und Eckhard W. warten derzeit auf ihren Prozess. In Szenelokalen des Düsseldorfer Stadtteils Oberkassel werden die „Männer mit den Callcentern“ schon vermisst. „Außergewöhnlich gute Gäste“ seien sie gewesen, erinnert sich ein Wirt, sympathisch – und sehr spendabel.“

SEBASTIAN RAMSPECK, JÖRG SCHMITT



Ruzicka



Ruzicka-Anwesen

MEDIA-AGENTUREN

Dubioses Firmennetz um Aegis-Manager

In der Affäre um den Deutschlandabnehmer von Europas größter Media-Agentur, der Wiesbadener Aegis-Gruppe, verdichten sich die Beweise gegen deren ehemaligen Geschäftsführer Aleksander Ruzicka. Inzwischen sitzen der Ex-Aegis-Chef sowie zwei seiner Ex-Kollegen und eine vermeintliche Treuhänderin wegen des Verdachts der Untreue in Untersuchungshaft. Es geht um Werbezeitenrabatte im Wert von mindestens 15 Millionen Euro, die die Fernsehsender der Aegis gewährt haben, die aber über ein verdecktes Firmennetz bei Ruzicka und seinen Partnern privat gelandet sein sollen. Im Zentrum der Ermittlungen stehen zwei Wiesbadener Briefkastenfirmen namens Camaco und Watson Communication & Service sowie eine Vermarktungsfirma aus Bonn. Die soll – eigentlich der Aegis zustehende – Freispots von den Sendern erhalten und

dann aber an die Aegis verkauft haben. Das Geld soll schließlich bei den Firmen Camaco und Watson gelandet sein. Nach Erkenntnissen der Fahnder waren Ruzicka und seine Partner über eine Treuhandkonstruktion an der Camaco beteiligt, über deren Konten bei der Commerzbank pro Jahr zwischenzeitlich allein rund vier Millionen Euro geflossen sein sollen. Für das Konto mit der Nummer 7101884 waren Unterkonten eingerichtet worden, deren wirtschaftlich Berechtigte Ruzicka und zumindest zwei seiner Geschäftsführerkollegen sein sollen. Die zweite Briefkastenfirma namens Watson, offiziell von einem PR-Berater gehalten, soll dagegen Ruzicka allein gehört haben. Sein Anwalt hat bislang alle Vorwürfe gegen seinen Mandanten als haltlos zurückgewiesen. Auslöser der Ermittlungen war eine detaillierte anonyme neunseitige Strafanzeige von 2005.

TV-KONZERNE

Berlusconi ante portas

Nach der Ankündigung des italienischen Medienkonzerns Mediaset (Canale 5, Rete 4), am Dienstag über ein Angebot zur Übernahme von 50,5 Prozent der Anteile an der ProSieben-Sat.1 Media AG zu entscheiden, steht ein Gewinner schon fest – Haim Saban und seine German Media Partners. Wie



Berlusconi

bei bislang jeder Spekulation über mögliche Interessenten, wie den französischen Kanal TF1, die Finanzinvestoren Apax und Goldman Sachs sowie Permira und KKR, schoss der Börsenkurs nach oben. Die Ankündigung des TV-Konzerns von Silvio Berlusconi trieb die Notierung gar zeitweise über 24,20 Euro und damit auf einen Höchststand seit dem Saban-Einstieg. Der US-Milliardär und seine Co-Investoren können nun entspannt auf ein Bieterfeuerwerk hoffen: Bereits im Juni hatten sie ihre Anteile mit einem Darlehen in Höhe von 1,25 Milliarden Euro beliehen und damit zumindest ihre Anfangsinvestition von etwa 525 Millionen Euro mehr als verdoppelt. Zusätzlich flossen ihnen allein in diesem Jahr mehr als 90 Millionen Euro an Dividenden zu. „Berlusconi wäre alles andere als eine Bereicherung für Deutschland, weder politisch noch kulturell“, sagt WDR-Intendant Fritz Pleitgen. „Dann hätte man besser Mathias Döpfner eine Chance gegeben.“

VERLAGE

G+J setzt auf Chinas Frauen

Der Verlag Gruner + Jahr („Stern“, „Brigitte“) baut sein Zeitschriftengeschäft in China aus. Ein Einstieg bei der chinesischen Vermarktungsgesellschaft Boda, die für den Verlag Ray Li vier Zeitschriften, darunter drei Frauenmagazine im gehobenen Segment, führt, steht kurz bevor. Zum Verlag



Frauenzeitschrift

Ray Li gehören Frauenzeitschriften wie „Ray Li Yi Ren“, die auf dem chinesischen Markt noch vor „Cosmopolitan“, „Elle“ und „Vogue“ liegen. G+J gibt in China mit Partnern bereits vier Zeitschriften heraus.

TV-Vorschau



Szene aus „Jagdsaison“

Jagdsaison

Montag bis Freitag, 20.15 Uhr, Arte

Während man hierzulande bei dem Wort Treibjagd voller Entsetzen an blutrünstige Engländer denkt, die rittlings hinter einem Fuchs her sind, erfreut sich die alte Tradition in Frankreich großer Beliebtheit. Dokumentarfilmer Antoine Roux heftet sich an die edlen Fersen einer Hirschjagdgesellschaft unweit von Paris, und – Frankreich, Frankreich – die Klischees werden erlegt. Frisierte Jagdhunde, ein Gewehrsmann, der seine Jagdfaszination mit der Liebe zu einer Frau vergleicht. Anders als in neudeutschen Dokus entfällt dankenswerterweise der Diskurs über die Berechtigung der Jagd an sich. Umso intensiver widmet sich die fünfteilige Reihe den sozialen Gräben zwischen der französischen Unter- und Oberschicht.

Das Geheimnis im Moor

Montag, 20.15 Uhr, ZDF

Wohin mit Stasi-Schuld und DDR-Sühne? Diesem optisch intensiven Film (Buch: Thomas Kirchner, Regie: Kai Wessel) gelingt es, einen mythischen Ort für die düstere Vergangen-



Szene aus „Das Geheimnis im Moor“

heit zu finden. Es ist die Landschaft des Spreewalds mit ihren dunklen Kanälen unter dichtem Laubdach und den geduckten Häusern, die sich am Wasser verstecken. In diese verschlos-

sene Welt stakt ein junger Chirurg aus Berlin (Sebastian Blomberg) zurück, nachdem ihn die Begutachtung einer Leiche dazu gebracht hat, sich mit seiner Heimat Spreewald zu Zeiten der DDR zu beschäftigen. Das Geheimnis dreht sich um jugendliche Fluchtpläne, Regimekritik und Verrat. Ein Schauspielerevangelium erwartet den Zuschauer nach all dem Gleiten über die Wasser des Gestern: Angela Winkler. Wie eine würdige Fee taucht die 68er Ikone am Ufer auf, die nichts von ihrem genialen Zauber einer Entrückten verloren hat.

Bloch: Der Mann im Smoking

Mittwoch, 20.15 Uhr, ARD

Ein Mann (Rudolf Kowalski) hat sein Gedächtnis verloren, Psychologe Bloch (Dieter Pfaff) befreit ihn aus einer Klinik, die nur an konventionelle Therapiemethoden glaubt. Bloch betreibt – das wissen die Freunde der Reihe – seine eigene Art der Seelenerforschung, er begleitet den Leidenden mit der ganzen Fülle seiner Persönlichkeit durch die wirkliche Welt. Packend sind diese Ausritte aus dem Therapiezimmer, wenn Buch, Regie und Schauspieler jeden Anflug von platt Theatralischem vermeiden und psychologisches Raffinement erkennen lassen. In diesem „Bloch“ fügt sich alles aufs Beste in diese Konzeption. Regisseur René Heisig verfilmt das Buch von Marco Wiersch mit intelligenter Zurück-

haltung, und Kowalski darf seine brillante Sensibilität vorführen, die er als Kommissarsheld im neuen ZDF-Krimi „Stolberg“ nicht zeigen darf.

The Closer:
Aller Anfang ist schwer

Mittwoch, 21.10 Uhr, Vox

Die frischgeschiedene Blondine Deputy Chief Brenda Leigh Johnson (Kyra Sedgwick) hat eine natürliche Feindschaft mit Stadtplänen und zahlreiche weibliche Neurosen zu bieten – im Verhör aber ist sie knallhart. Als „Closer“ bringt die Vernehmungsexpertin jeden Fall zum Abschluss. Die Kollegen in Los Angeles sind von der spröden neuen Chefin trotzdem alles andere als begeistert. Mit 13 Folgen startet Vox die erste Staffel der erfolgreichen US-Krimiserie.



Sedgwick in „The Closer“

TV-Rückblick

ARD-exklusiv:
Arbeit, ja bitte – aber schwarz

1. November, ARD

Schwarzarbeit ist ein weitverbreitetes Phänomen, wer wüsste es nicht. 350 Milliarden werden Jahr für Jahr in der Schattenwirtschaft umgesetzt, so wird geschätzt. Die Berichterstattung im Fernsehen hat sich mit diesem Thema wieder und wieder befasst. Umso wichtiger wäre es, neue Aspekte zu zeigen und nicht, wie es die ARD-Reporterin Rita Knobel-Ulrich tat, die üblichen Szenen zu liefern, also die Fahndungsgruppen vom Zoll zu begleiten,



Zoll- und Verkehrskontrolle

Handwerker den Unterschied zwischen dem regulären Stundenlohn und den Einkünften aus Schwarzarbeit vorrechnen zu lassen und eine hohe Finanzbeamtin augenzwinkernd zu fragen, ob sie auch schon mal hat schwarzarbeiten lassen. Dass dem Staat und den Sozialkassen Gelder entgehen, gehört zu den Erkenntnissen, die sich herumgesprochen haben, jedoch das Schuldbewusstsein der Nutznießer von Schwarzarbeit

nicht erhöhen. Aber was passiert, wenn Billigarbeiter verunglücken oder die Kunden Reklamationen wegen schlampiger Ausführung an den Mann bringen möchten? Solche Aspekte sparte der unentschlossenen wirkende Film weitgehend aus.



Druck der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“: Die Konkurrenten sollen überholt, übertroffen, überrumpelt werden

ZEITUNGEN

Der Traum vom Sonntag

Der einst zementierte Markt der Sonntagszeitungen ist kräftig in Bewegung. In Hamburg gingen gleich zwei Blätter an den Start, und die Verantwortlichen bei der „Süddeutschen Zeitung“ scheinen wild entschlossen, sich auch am siebten Tag der Konkurrenz zu stellen.

Sie waren nervös, und sie waren sehr vorsichtig. Viel hing ab von diesem Treffen für die Macher des spannendsten Zeitungsprojekts, das zurzeit in Deutschlands Redaktionen eronnen wird. Nichts sollte nach außen dringen. Darum durfte keiner der Gäste Notizen machen, Fotos waren ohnehin nicht erlaubt, und erst recht sollte niemand mit nach Hause nehmen, was dort auf dem Tisch lag.

Die Gäste, das waren ein paar handverlesene Fachleute deutscher Werbeagenturen. Sie sollten sich Entwürfe einer Sonntagsausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ ansehen, und vor allem sollten sie sagen, ob man mit dem, was da auf dem

Tisch lag, Anzeigenkunden gewinnen könne. Hätten die Werbeleute Nein gesagt, wäre an diesem Nachmittag hinter verschlossenen Türen in München alles schon wieder vorbei gewesen.

Mittlerweile sind die Macher nicht mehr nervös. Sie haben vielmehr Mühe, die jetzt entfachte Euphorie ein wenig herunterzudimmen. Die Werbekunden hätten geradezu enthusiastisch reagiert, heißt es in Verlagskreisen. Seit ein paar Tagen ist eine Stimmung in Verlag und Redaktion, als wolle die „Süddeutsche Zeitung“ („SZ“) den großen Sprung tatsächlich wagen. Das neue Blatt aus München wäre ein Beben im Zeitungsmarkt.

Nicht nur im Süden, auch im Norden der Republik ist der bislang einzige weitgehend zeitungsfreie Tag der Woche plötzlich im Blickfeld der Verlage: In Hamburg kamen in den vergangenen acht Tagen gleich zwei neue Sonntagszeitungen auf den Markt. Vorvergangenes Wochenende war erstmals das „Hamburger Abendblatt“ mit einer Ausgabe für den siebten Tag erschienen, vergangenes Wochenende folgte direkt darauf die „Hamburger Morgenpost“. Und auch bei der „Berliner Zeitung“ wird angeblich bereits an Sonntagsplänen gearbeitet. Die Konkurrenten „Tagesspiegel“ und „Berliner Morgenpost“ haben längst eine siebte Ausgabe.



STEFAN OELSNER / KEYSTONE

Die mitunter geradezu hektischen Aktivitäten an den gegenüberliegenden Enden der Republik zeigen: Der einst zementierte Markt für Sonntagszeitungen ist heftig in Bewegung.

Noch immer gebeutelt von Einnahmeverlusten durch die massenhaft ins Internet abgewanderten Rubrikanzeigen, suchen die Zeitungsverlage ständig nach Wachstumspotentialen und neuen Nischen – und hatten in den vergangenen Jahren eigene Buch-, CD- oder DVD-Editionen als einträgliches Nebengeschäft entdeckt. Nun aber scheinen sich die Zeitungsmacher vielerorts wieder auf das Hauptgeschäft zu besinnen und sich mit einer einfachen Frage zu befassen: Wenn schon an sechs Tagen eine Zeitung produziert wird, warum nicht auch am siebten?

Jahrzehntelang hatten die beiden bei Axel Springer erscheinenden Blätter „Welt am Sonntag“ und „Bild am Sonntag“ das überregionale Geschehen beherrscht. Erst vor fünf Jahren wagte mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ („FAS“) ein Blatt einen Großangriff auf das dominante Duo – und hatte zur Überraschung vieler Branchenexperten Erfolg.

Seit Gründung steigerte das Schwesterblatt der „FAZ“ seine durchschnittliche Auflage von rund 250 000 auf über 315 000 Exemplare und schreibt nach Verlagsangaben schwarze Zahlen. Vor allem erreicht sie Leser, nach denen sich die Wochentagsausgabe nur mühsam streckt.

„Es ist uns gelungen, neue Leserkreise zu erreichen“, sagt der Sprecher der „FAZ“-Geschäftsführung, Tobias Trevisan. „Unser Sonntagspublikum ist jünger und weiblicher.“ Mittlerweile erreicht die „FAS“ laut Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse trotz geringerer Auflage sogar mehr Leser als die „Welt am Sonntag“.

Der Erfolg der „FAS“ beflügelt nun auch die Münchner Zeitungsmacher. Schon einmal hatte es Pläne für eine Sonntagsausgabe gegeben, doch die Verlagsmanager entschieden sich stattdessen für einen Regionalteil für Nordrhein-Westfalen. Als die „SZ“ jedoch in eine wirtschaftliche Krise

dagegen geradezu staatstragend wirke. Es dominierten große Bilder, die von viel Weißraum umgeben sind. „Sehr farbig, sehr hell, sehr entspannt“ sei das Ganze.

Seit Details von diesem Treffen auf den Fluren erzählt werden, scheint auch die Redaktion der „SZ“ geradezu beflügelt von der Aussicht, dass er doch noch wahr werden könnte, der Traum von der eigenen Zeitung am Sonntag. Denn dass man dem Hauptkonkurrenten „FAZ“, den die „SZ“ bei der Auflage längst hinter sich gelassen hat, am Sonntag die eigenen Leser bisher kampflos überließ, hat manche Redakteure schon lange geärgert.

Das neue Sonntagsprodukt aus München soll darum nicht einfach nur mithalten auf dem Markt. Die Konkurrenten sollen überholt, übertroffen, übertrumpft werden: mehr Seiten, mehr Ressorts, mehr Themen. Das soll vor allem über ein Paket von Supplements gelingen.

Das Münchner Sonntagskind soll alle Wunden heilen, die der „SZ“ in den vergangenen Jahren geschlagen wurden. Geplant ist etwa, das während der Zeitungs-



Kampagne für die „WamS“: Das neue Blatt aus München wäre ein Beben im Zeitungsmarkt



ratschte, wurde der NRW-Teil 2003 prompt wieder eingestellt – unter heftigen Protesten der Redaktion. Das traditionelle „Streiflicht“ auf Seite eins erschien deshalb nur in Schrumpfgroße. Nun stehen im Verlagshaus an der Sendlinger Straße die Signale auf Mut. Manche sagen, auf Übermut.

Die Werbeleute haben den Zeitungsmachern Hoffnung gemacht. Erwartet, so ein begeisterter Werber, habe er eher einen zweiten Aufguss der „FAS“. Doch was er zu sehen bekommen habe, sei mehr gewesen. Das Layout spiele offensiv mit Bildern, so dass die Konkurrenz aus Frankfurt

krise eingestellte Jugendmagazin „jetzt“ wiederaufleben zu lassen und der Sonntagszeitung beizulegen.

Mit rund 30 freigestellten Mitarbeitern wurde in den vergangenen Wochen weiter an den Details gefeilt. Über den Titel wird erst am Ende entschieden, doch bisher steht auf den Probe-Layouts: „Süddeutsche am Sonntag“ – kurz wäre das dann wohl: „SamS“. Der Chef des freitäglichen Magazins der „SZ“, Dominik Wichmann, leitet die Entwicklungsredaktion. Vor zwei Wochen produzierte sein Team eine erste Probenummer. Die wird gerade in der Marktforschung getestet, um zu sehen, wie



DANIEL BISKUP / BOEHMEDIA

DIETER MAYR / AGENTUR FOCUS

Chefredakteure Keese, Wichmann: *Nun hat sich das Tempo geändert*

das neue Produkt bei den Lesern ankommt. Auch hier sei die erste Resonanz positiv, heißt es im Verlag.

Doch trotz aller neuen großen Pläne: Der Sonntagsmarkt ist alles andere als eine sichere Goldgrube für die Verlage. Insgesamt ging die Auflage der Sonntagspresse in den vergangenen vier Jahren sogar von rund 4,3 Millionen auf 3,8 Millionen Exemplare zurück – obwohl das Scherengewicht „FAS“ frisch hinzugekommen war.

So verlor etwa „Sonntag Aktuell“, die an die Abonnenten von 48 Tageszeitungen in Baden-Württemberg geht, gegenüber 2002 rund 13 Prozent an Auflage. Die „Sächsische Zeitung“ stellte ihre siebte Ausgabe bereits im Sommer 2005 nach gerade einmal eineinhalb Jahren gleich ganz wieder ein.

Nicht einmal der Branchenprimus „Bild am Sonntag“ („BamS“) ist eine sichere Bank mehr: Zwar liegt der Verkauf immer noch bei etwa zwei Millionen Exemplaren, doch vor drei Jahren waren es noch rund 300 000 mehr.

Prinzipiell aber können Zeitungen am letzten Tag der Woche sehr gut beim Kunden landen. „Der Sonntagsmarkt ist für Zeitungsmacher so interessant, weil die Leute viel mehr Zeit zum Lesen haben“, sagt Christoph Keese, Chefredakteur der „Welt am Sonntag“ („WamS“). Andererseits sei es journalistisch ein schwieriges Geschäft. „Wir müssen mehr sein als einfach nur eine siebte Ausgabe. Tageszeitungen müssen stark in Nachrichten sein, Sonntagszeitungen liefern darüber hinaus viele unterhaltende Elemente. Wir ähneln darin eher Magazinen als Tageszeitungen“, behauptet Keese.

Für die Verlage liegt das Problem nun auch weniger darin, ihre Leser für eine

siebte Ausgabe zu interessieren – sondern diese auch zu ihnen zu bringen. Denn sonntags gibt es nun einmal keine reguläre Post, und die sonst mitgenutzten Zusteller der regionalen Blätter arbeiten ebenfalls nicht. Auch die Zahl der offenen Verkaufsstellen ist weit geringer: Statt 120 000 wie an Werktagen sind es nur rund 30 000. Das macht den Vertrieb aufwendiger und teuer.

Gerade auch deswegen konnte sich der „WamS“-„BamS“-Platzhirsch Springer auch so lange lästige Konkurrenz vom Hals halten – der Verlag hatte sich ein eigenes Vertriebssystem aufgebaut. Erst die „FAS“ wagte es, kräftig in ein eigenes Zustellsystem zu investieren.

Als die „FAS“ 2001 startete, profitierte sie auch von dem zunehmend gelockerten Ladenschluss und belieferte eifrig Bäckereien mit Lesestoff. Aber der Aufbau eines eigenen Auslege- und Abo-Vertriebssystems war für die im Vergleich zur „BamS“ geringe Auflage extrem teuer. Noch heute sind die Vertriebskosten für eine „FAS“ mindestens doppelt so hoch wie die einer Wochentags-„FAZ“.

Die eigene Sonntagszeitung ist für die Wochentagszeitung eine zweischneidige Angelegenheit. Einerseits profitiert die „FAZ“ davon, dass ihr Schwesterblatt ganz neue Leser gewinnt. Andererseits droht bei Auflage und Anzeigen eine schleichende Kannibalisierung. Das dürfte auch für eine „SamS“ gelten. Wer wenig liest, dem reicht womöglich bald das Sonntagsblatt. Und Werbekunden sind nicht zimperlich, wenn sie an einen lukrativeren Platz wechseln können.

„Eine Sonntagszeitung ist ein sehr, sehr langfristiges Engagement“, sagt „FAZ“-Geschäftsführer Trevisan.

Auch die „Süddeutsche“ müsste zunächst einen Vertriebsweg finden. Dass Springer seinen Sonntagsvertrieb öffnet, ist kaum zu erwarten. Die „FAS“ würde sich einen Einstieg der Münchner in den Sonntagsvertrieb teuer bezahlen lassen. Vermutlich wird die „Süddeutsche“ einen eigenen Weg finden müssen. „Wir sind nahe an einer Lösung“, gibt man sich in München selbstsicher.

Bereits auf dem Markt ist das „Hamburger Abendblatt Sonntags“. Der Springer-Verlag kam damit dem örtlichen Konkurrenten, der „Hamburger Morgenpost“, um eine Woche zuvor. „Abendblatt“-Abonnenten bekamen samstags einen Gutschein für die Sonntagsblatt-Premiere. Florian Kranefuß, Verlagsgeschäftsführer der Regionalzeitungsgruppe Hamburg, schwärmt pflichtgemäß: „Ein überwältigender Erfolg.“ Doch wie viele das Blatt tatsächlich gekauft haben, mag er nicht sagen. Auch verrät er nicht, wie groß die Sonntagsredaktion ist. Jedenfalls kann sie auf Texte der Springer-Titel „WamS“, „Computer Bild“, „Computer Bild Spiele“, „Audio Video Foto Bild“ und der Sonntagsausgabe der „Berliner Morgenpost“ zurückgreifen. Das Problem, dass Anzeigenkunden vom Wochentag auf den Sonntag ausweichen könnten, hat Kranefuß mit Chuzpe gelöst. Sonntagswerbung kann nicht einzeln gebucht werden, sondern nur in der Kombination mit einer Anzeige im Samstagblatt. „Damit soll eine Kannibalisierung verhindert werden.“

Die Manager des Süddeutschen Verlags scheinen indes von der Euphorie, die ihnen in der Redaktion, aber auch von den Anzeigenleuten entgegenschlägt, eher überrollt zu sein. Eigentlich hatten es sich die Kaufleute nämlich ganz anders gedacht. Sie hatten das Konzept für eine „SamS“ in Ruhe prüfen wollen – um es dann erst einmal in die Schublade zu legen. Herauskommen sollte es da erst, wenn sich geklärt hat, ob der Süddeutsche Verlag in Zukunft vielleicht einen anderen Eigentümer erhält. Denn mehrere der fünf Eigentümerfamilien des Süddeutschen Verlags überlegen, sich von ihren Anteilen zu trennen. Noch sind die Gesellschafter jedoch an eine Haltefrist gebunden, die erst Mitte 2007 ausläuft (SPIEGEL 30/2006). Bisher hieß es, vorher würden keine wichtigen Zukunftsentscheidungen mehr gefällt.

Doch nun hat sich das Tempo geändert. Geschäftsführer Klaus Josef Lutz will das Konzept für eine Sonntagszeitung und die Ergebnisse der Marktforschung bereits auf der Gesellschafterversammlung im Dezember vortragen – und am liebsten gleich einen positiven Beschluss mitnehmen. Start der „Süddeutschen am Sonntag“ könnte dann bereits im Spätsommer 2007 sein.

Und zittert jetzt die Konkurrenz? „Der Sonntagsmarkt ist kein Verdrängungsmarkt, da bin ich zuversichtlich“, sagt „WamS“-Chef Keese. MARKUS BRAUCK, THOMAS SCHULZ



Zerstörte Polizeiwache im Südirak, Politiker Maliki, Talabani

IRAK

Auf der Flucht

Während das Land mit jeder Woche tiefer im Chaos versinkt, sucht Iraks politische Elite das Weite. Vergangene Woche waren nicht weniger als sechs der höchsten Staatsdiener im Ausland unterwegs, die meisten von ihnen mit umfangreichen Delegationen: Präsident Dschalal Talabani weilte mit vier Ministern in Frankreich, sein Stellvertreter Tarik al-Haschimi in Jordanien, Vize-

premier Barham Salih mit dem nationalen Sicherheitschef in Kuwait, der andere Vizepremier in Ägypten und Regierungssprecher Ali Dabbagh in Dubai. Zurück blieb der bedrängte Premierminister Nuri al-Maliki – doch als er und sein Verteidigungsminister am Mittwoch einer Vorladung des Parlaments folgten, um ihre gescheiterten Sicherheitsoffensiven für die Hauptstadt Bagdad zu erläutern,

sagte Parlamentspräsident Mahmud al-Maschhadani die Sitzung kurzfristig ab: Nur 95 der 275 Abgeordneten waren erschienen, das nötige Quorum war somit nicht erreicht. „Ihr seid Hunde, die gegen die Interessen des irakischen Volkes arbeiten“, beschimpfte Maschhadani eine Gruppe von Abgeordneten; nur seine Leibwächter konnten ihn davon abhalten, auf einen der Parlamentarier loszugehen.

Bereits im August hatte Großajatollah Ali al-Sistani, das geistliche Oberhaupt der irakischen Schiiten, der politischen Führung ins Gewissen geredet: Er erkenne an, unter welch schwierigen Bedingungen sie Verantwortung trüge, doch fordere er „die Beamten auf, nicht ins



JALL / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Ausland zu fahren, sondern mit den Menschen in Verbindung zu bleiben, die sie gewählt haben“.

Sistanis Aufruf hat nicht einmal beim Staatspräsidenten verfangen: Talabani, dessen Staatsbesuch offiziell am Freitag endete, bleibe „aus privaten Gründen“ noch bis Mittwoch dieser Woche in Frankreich, hieß es aus Kreisen seiner Delegation.

FRANKREICH

Säuberung am Flughafen

Die französischen Behörden haben seit September 66 muslimischen Arbeitern am Pariser Flughafen Charles de Gaulle die Zugangskarten zum Sicherheitsbereich entzogen – was in den meisten Fällen einem Rauschmiss gleichkommt. Sie werden verdächtigt, mit radikalen Organisationen in Verbindung zu stehen oder nach Pakistan, Afghanistan und in den Jemen gereist zu sein. Einige von ihnen hatten angeblich in Terroristencamps trainiert, ein



Flughafen Charles de Gaulle

MALARY / SIPA PRESS

weiterer Beschuldigter sei mit Richard Reid in Kontakt gewesen, dem gescheiterten „Schuhbomber“, so ein Sprecher. Rund ein Dutzend Arbeiter wurde darüber in Kenntnis gesetzt, dass man sie zwar als Sicherheitsrisiko ansieht, sie aber vorläufig weiterarbeiten dürften. Die Betroffenen sind unter anderem mit dem Reinigen von Flugzeugen und dem Transportieren von Gepäck beschäftigt. In den Briefen, die die Arbeiter erhalten haben, steht, ihre „Einstellung“ und ihr „persönliches Verhalten“ würden ein Problem darstellen. Allerdings konnten die Behörden für ihre Anschuldigungen keine Beweise präsentieren. Sie berufen sich auf interne Geheimdienstangaben.

MEXIKO

Machtloser Präsident

Vier Wochen vor der Amtsübernahme des gewählten Präsidenten Felipe Calderón herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände in der einstigen Touristenhochburg Oaxaca, einem der ärmsten Bundesstaaten des Landes. Studentenbewegungen, Lehrergewerkschaften und Indianerorganisationen laufen seit Monaten Sturm gegen den verhassten Gouverneur Ulises Ruiz von der einstigen Regierungspartei PRI. Er gilt als Repräsentant der alten Garde jener Partei, die über 70 Jahre lang die Nation mit Korruption und Wahlbetrug regierte und immer noch viele Regionen im Landesinneren



Fox

gegen den verhassten Gouverneur Ulises Ruiz von der einstigen Regierungspartei PRI. Er gilt als Repräsentant der alten Garde jener Partei, die über 70 Jahre lang die Nation mit Korruption und Wahlbetrug regierte und immer noch viele Regionen im Landesinneren



Aufständische in der Provinzhauptstadt Oaxaca

ISLAND

Rochade wider den Schachgott

Robert James („Bobby“) Fischer ist Reine flüchtige Existenz. 1972 wurde er in Reykjavik Schachweltmeister gegen den Sowjetrussen Boris Spasski, doch diesen Titel ließ er kampflos sausen. Er tauchte ungeschlagen ab und geistert seither als Phantom umher, ein Howard Hughes des edlen Brett sports, nicht so reich, aber ähnlich schrullig wie der legendäre Milliardär. Slobodan Miloševićs Diktatur wertete er mit Schaukämpfen auf; in seiner amerikanischen Heimat machte sich der Schachgott mit antijüdischen Äußerungen unbeliebt; auf dem Tokioter Flughafen verlor er bei Sicherheitskontrollen einen Zahn und wurde verhaftet; im Internet soll er unter allerlei Decknamen selbst stärkste Gegner reihenweise plätten und entnerven. Erst seit dem 22. März 2005, als Islands



Fischer

Parlament ihn in Anerkennung alter Verdienste um ihre Vulkaninsel einbürgerte, schien sein unstetes Leben befriedet, doch neuer Ärger stresst den mittlerweile 63-Jährigen. Derzeit wurmt ihn vor allem eine unerwartete Rochade der Schweizer Bank UBS, eines der größten Geldinstitute der Welt. Die kündigte nämlich Fischers seit 1992 bestehendes Konto und überwies ohne Angabe von Gründen die Einlagen (drei Millionen Schweizer Franken) auf ein anderes Fischer-Konto bei der isländischen Landsbanki, zusammen mit Wertpapieren und allen Goldmünzen, die der Exzentriker für ein paar Revanche-spiele gegen Spasski im jugoslawischen Sveti Stefan erhalten hatte. Fischer fühlt sich diskriminiert und glaubt, eine „dritte Partei“ könnte mit dem Vorfall etwas zu tun haben, womöglich eine US-Behörde, die auf die Schweizer Druck ausgeübt hätte. Er sei der UBS „als Kunde nicht recht gewesen“, vermutet Fischer weiter – und zumindest dies wird von den Bankern auch nicht dementiert.

LIBANON

Gefährliche Spaltung

Die Spannungen zwischen den Anhängern und den Gegnern Syriens in der Zedernrepublik nehmen wieder zu. Grund ist die Forderung des Führers der schiitischen Hisbollah, Hassan Nasrallah, die Regierung des liberalen Ministerpräsidenten Fuad Siniora solle von einer „Regierung der nationalen Einheit“ abgelöst werden. Für seine eigene Organisation beansprucht er ein Drittel der Ministerposten – faktisch eine Sperrminorität. Nasrallah hat angekündigt, die Regierung durch Massendemonstrationen zum Rücktritt zu zwingen, falls sie seinem Verlangen nicht nachkommt. Er wird vom christlichen Anwärter auf das Präsidentenamt, General Michel Aun, unterstützt. Dagegen lehnt die Mehrheitlich von Sunniten und Drusen gebildete anti-syrische „Allianz des 14. März“ es ab, das Kabinett Sinioras vorzeitig aufzulösen. Wortführer der „Allianz“ wie Saad al-Hariri, der Sohn des 2005 angeblich von syrischen Agenten ermordeten Ministerpräsidenten Rafik al-Hariri, sehen die verlangte Amtsenthebung des Ministerpräsidenten als Versuch, den Einfluss der Syrer zu stärken. Westliche Diplomaten befürchten, dass die Demonstrationen der Hisbollah zu gefährlichen Unruhen und Zusammenstößen zwi-

kontrolliert. Präsident Vicente Fox, der in den letzten Wochen seiner Amtszeit rapide an Autorität verloren hat, ignorierte den Konflikt über Monate. Erst nachdem bei Schießereien zwischen Pistoleros des Gouverneurs und Demonstranten vier Menschen ums Leben gekommen waren, entsandte er Bundestruppen in die Unruhe-region.

Bis Ende vergangener Woche war es ihnen jedoch nicht gelungen, die Provinzhauptstadt zu befrieden. Vergebens versuchte Fox, den Gouverneur zum Rücktritt zu bewegen – nun lässt er durchblicken, dass er den Konflikt seinem Nachfolger Calderón vererben wird. Die Aufständischen hoffen, dass jetzt die katholische Kirche vermittelt.

Weil zwischen Wahl und Amtsantritt des neuen Präsidenten in Mexiko fünf Monate liegen, entsteht in dieser Zeit leicht ein Machtvakuum. Auch der unterlegene Präsidentschaftskandidat Andrés Manuel López Obrador nutzt die Schwäche des scheidenden Präsidenten aus: Der Populist, der seine knappe Niederlage immer noch nicht anerkennt, will Mitte November vor einer „Volksversammlung“ den Präsidenteneid ablegen.



Nasrallah

schen der Armee und der Hisbollah-Miliz führen könnten und dass sich die politische Spaltung der Zedernrepublik damit vertieft. Siniora selbst ist bemüht, seine internationalen Gesprächspartner zu beschwichtigen – seine Regierung werde nicht stürzen, denn „eine Minderheit darf nicht majorisieren“.



Sandstrand vor der Insel Nukubati

BLAINE HARRINGTON III / CORBIS

FIDSCHI Turbulente Tropen

Eintaused Reservisten marschierten vergangenen Freitag finster blickend durch die Hauptstadt Suva: Mit dem Inselreich Fidschi befindet sich – nach

Osttimor, den Salomonen und Papua-Neuguinea – der nächste Staat der Region in schweren Turbulenzen. Hartnäckig hielten sich Umsturzgerüchte auf den 106 dauerhaft bewohnten Inseln der melanesischen Tropenrepublik. Armeechef Frank Bainimarama warnte seinen Premierminister Laisenia Qarase vor einem „Blutbad“, falls er nicht zurücktrete. Anlass der Unruhen war der Fund von 7,5 Tonnen Munition im Hafen von Suva am Mittwoch voriger Woche. Die Armee habe sich die



Patronen einfach angeeignet, sagte Fidschis australischer Polizeichef Andrew Hughes; und weil er einen Putsch nicht ausschließen wollte, erwog er kurzfristig, Bainimarama zu verhaften – die Kompetenzen dazu hätte er. Regierungschef Qarase seinerseits versuchte erst vergebens, den soldatischen

Dauerrivalen abzusetzen, er will nun aber lieber Gespräche mit ihm führen. Hintergrund des Konflikts sind Rivalitäten zwischen alteingesessenen Insularen und zugewanderten Indern. Sie führten bereits 2000 zu einem Umsturzversuch durch den seither inhaftierten Rebellenführer George Speight. Wie ernst die Lage ist, zeigt die Reaktion Australiens: Die Sheriffs der Region schickten drei Kriegsschiffe, um notfalls ihre 7000 Landsleute zu evakuieren.

RUSSLAND Tod im Lift

Während die Reichen und Superreichen vergangene Woche auf der Moskauer Millionärsmesse die neuesten Luxusgeräte bestaunten, unter anderem ein mit Brillanten besetztes Goldhandy für eine Million Dollar, kämpfen weniger vermögende Russen Tag für Tag mit einer viel glanzloseren technischen Einrichtung: den russischen Fahrstühlen, deren Benutzung oft lebensgefährlich ist. 440 000 Aufzüge gibt es im ganzen Land. Rund ein Drittel von ihnen aber ist hoffnungslos veraltet, ein Viertel der ratternden Kästen müsste eigentlich sofort den Betrieb einstellen, meldet die technische Aufsichtsbehörde Rostekhnadsor. Trotzdem fahren sie immer weiter – bis sie eines Tages den Geist aufgeben oder abstürzen. 17 Men-

schen sind seit Anfang vergangenen Jahres schon in Aufzügen ums Leben gekommen, im sibirischen Omsk gar ein acht Monate altes Baby. Die Sicherheitslage der Lifte sei „kritisch“, gesteht der Omsker Vizebürgermeister Wladimir Potapow. In seiner Stadt forderte nun sogar die Staatsanwaltschaft die Wohnungsverwaltungen auf, gefährliche Aufzüge stillzulegen.



Fahrrstuhl in St. Petersburg

RAPHO / LAIF



Deutsche Soldaten bei der Zerstörung beschlagnahmter Waffen, Lager der Bundeswehr bei Sarajevo: Erfolgreicher Kampf mit dem

BOSNIEN

Der Fluch von Dayton

Die Bundeswehr will ihre Soldaten aus der Balkanrepublik zurückholen, auch der Hohe Repräsentant zieht im kommenden Sommer wahrscheinlich ab – dabei haben sich die früheren Kriegsparteien bis heute nicht ausgesöhnt.

Nikola Radovanović, Herr über fast 12 000 Soldaten, ist in diesen Tagen ein vielbeschäftigter Mann. Schadensbegrenzung lautet die Devise des bosnischen Verteidigungsministers, wenn er Gäste in den breiten schwarzen Ledersesseln seines Kabinetts Platz nehmen lässt.

Dass Deutschland baldmöglichst damit beginnen wolle, sein 852 Mann starkes Bundeswehrkontingent in Bosnien abzubauen? Nein, diese Absicht habe ihm niemand aus Berlin mitgeteilt. Geahnt habe er es allerdings. Schließlich hätte ihm sein deutscher Amtskollege Franz Josef Jung diese Möglichkeit im Sommer bei einem Treffen in Salzburg angedeutet.

Radovanovićs Erkenntnissen zufolge beabsichtige die internationale Gemeinschaft, ihre militärische Präsenz in Bosnien bis spätestens Ende 2008 zu beenden. Schon im kommenden Jahr würde die derzeit rund 6000 Mann starke Eufor-Truppe, die vor zwei Jahren die Nato ablöste, auf 3500 Soldaten reduziert.

Abrüstung also auf dem Balkan, dem Pulverfass Europas? In einem Land, das zwischen 1992 und 1995 mindestens 100 000 Menschen in einem blutigen Bürgerkrieg verlor? Nichts wäre wünschenswerter für den alten Kontinent als genau das.

Ja, sagt Radovanović, der Verteidigungsminister, die Lage sei jetzt eigentlich stabil, und auch der derzeitige Eufor-

Kommandeur, der italienische Generalmajor Marco Chiarini, bestätigt es. Aber es gibt Dinge, die eher nachdenklich stimmen.

Die geheimen Waffenlager zum Beispiel, die offenbar im Lande noch existieren – ein Hinweis darauf, dass sich einige Extremisten für einen neuen Krieg rüsten. Im Februar, sagt der Italiener Chiarini, „haben wir drei Tonnen Waffen in einem unterirdischen Lager ausgehoben“.

Auch die Tatsache, dass das Balkanland Ende Juni 2007 politisch in die Eigenverantwortung entlassen werden soll, hält Unwägbarkeiten bereit. Der Hohe Repräsentant, der mehr als elf Jahre für die zivile Überwachung im Nachkriegs-Bosnien zu-



HIDAJET DELIC / AP (L.); AXEL SCHMIDT / PICTURE-ALLIANCE / DPA (R.)

nationalistischen Gespenst

ständig war, soll seine Mission beenden. Was aber wird dann?

Die Politiker in Sarajevo haben aus ihrer skeptischen Haltung zum „Protektorat“ der internationalen Gemeinschaft, das sie häufig als Bevormundung empfanden, nie ein Hehl gemacht. Und schon gar nicht aus ihrer Enttäuschung, dass die Nato – die immer noch mit einem Stab von rund 150 Mann in Bosnien vertreten ist – den ehemaligen Serbenführer Radovan Karadžić bis heute nicht verhaftet hat. Zwar wird der als Kriegsverbrecher Gesuchte derzeit intensiv gejagt – allerdings nur vom amerikanischen Schauspieler Richard Gere, der gegenwärtig in Sarajevo den Film „Spring Break in Bosnia“ dreht; er spielt dort einen Reporter, der dem Gesuchten auf den Fersen ist.

Dass Brüssel künftig in der Lage ist, Bosnien aus der Ferne in einen demokratischen Rechtsstaat zu verwandeln, bezweifelt der derzeitige Hohe Repräsentant, der Deutsche Christian Schwarz-Schilling (siehe Seite 136). Zwar haben die ultranationalistischen Gruppierungen der einstigen Kriegsführer – unter an-

deren auch die Serbische Demokratische Partei Karadžićs – bei der Wahl im Oktober ihre Mehrheiten verloren. Doch andere Parteien werben inzwischen mit kaum weniger radikalen Parolen.

Bosniens Bevölkerung sieht die Zukunft ihres Landes vor allem in einer baldigen EU-Mitgliedschaft. Die Kluft zwischen erschreckender Armut mit einer Arbeitslosenquote von rund 50 Prozent und dem Reichtum der Kriegsprofiteure ist mittlerweile beängstigend. Milliarden an Aufbaugeldern – pro Kopf sollen sie sogar die Marshallplan-Hilfen für Deutschland nach Ende des Zweiten Weltkriegs übersteigen – versickerten oder wurden für zweifelhafte Investitionen eingesetzt. Allein 60 Prozent des Haushaltsbudgets verschlingt die aufgeblähte bosnische Administration mit ihren mehr als 180 Ministern, 10 Kantonen und 760 Abgeordneten in den vielen Parlamenten.

Hinzu kommen eine hohe Kriminalität, wachsende Korruption und ein desolates Justizsystem – Phänomene allerdings, die auch in Rumänien und Bulgarien zu beobachten sind, bei jenen Nachbarn, die nun in die EU aufgenommen werden.

Was den Balkanstaat jedoch zum erneuten Konfliktherd machen könnte, das ist die unversöhnliche Stimmung zwischen den ehemaligen Kriegsparteien. 60 000 internationale Soldaten waren nach Kriegsende nötig, um in der „Ifor“ genannten ersten militärischen Friedensmission Serben, Kroaten und bosnische Muslime von neuen Gewaltakten abzuhalten. Doch die Zivilverwaltung mit den bisher fünf Hohen Repräsentanten experimentierte danach eher erfolglos mit dem nationalistischen Gespenst.

Während etwa der Brite Lord Paddy Ashdown seine Macht als „Kolonialverwalter“ rigoros nutzte und sich radikal gerierende Politiker serienweise feuerte oder verhaften ließ, versucht es Nachfolger Schwarz-Schilling bislang mit der langen

Leine, um die Landespolitiker langsam an Verantwortung zu gewöhnen. Funktioniert hat beides bisher nicht.

Die Bosnier schreiben das vor allem dem „Fluch von Dayton“ zu. Denn mit dem Friedensabkommen von 1995 wurde das Land in zwei sogenannte Entitäten geteilt – in die bosnisch-kroatische Föderation und die serbische Republika Srpska. Letztere wurde zur Achillesferse des Projekts vom gemeinsamen Staat. Während die bosnischen Muslime auf einem Zentralgebilde bestehen, pochen die Serben auf ihr verbrieftes Recht eines Sonderstaates. Die Kroaten wiederum fühlen sich in der Zwangsgemeinschaft mit den Muslimen unterdrückt.

Eine Aufarbeitung der Kriegsergebnisse fand, vor allem bei den Serben, bestenfalls verbal statt, und dann auch nur unter internationalem Druck. Keine vier Wochen ist es her, dass in Mostar erneut eine Moschee mit Granaten beschossen und ein katholischer Friedhof geschändet wurde. Ein Anschlag auf den nahen Wallfahrtsort Medugorje konnte im letzten Moment verhindert werden. Mostar, die 110 000-Einwohner-Stadt an der Neretva, ist trotz jahrelanger internationaler Verwaltung immer noch in einen von Kroaten dominierten Westteil und den überwiegend muslimischen Ostteil gespalten.

Und in mehr als 50 bosnischen Schulen unterrichten die Lehrer nach dem Apartheidssystem: Serbische, kroatische und bosnisch-muslimische Schüler sind säuberlich getrennt. Immerhin ließen sich dadurch die blutigen Prügeleien auf den Schulhöfen vermindern.

Von den rund 2,2 Millionen Flüchtlingen kehrte laut Uno-Flüchtlingskommissariat zwar eine Million zurück. Doch verschweigen die Statistiken, dass rund 80 Prozent der an ihre ehemaligen Eigentümer zurückgegebenen Wohnungen von diesen sofort wieder verkauft wurden: Die Menschen ließen sich anschließend in jener Entität nieder, in welcher die eigene Nationalität die Mehrheit stellt.

Dass auf dem Balkan Friedenszeiten blitzschnell von blutigen Gemetzeln abgelöst werden können, ist eine Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte. Schwer zu kalkulieren ist derzeit vor allem, wie sich eine mögliche Unabhängigkeit des Kosovo auf die Region auswirken wird. Hardliner in der Republika Srpska könnten eine solche Entscheidung für den Ruf nach einem eigenen „Unabhängigkeitsreferendum“ nutzen. Der derzeit starke Mann der Serbenrepublik, Premier Milorad Dodik von der Unabhängigen Sozialde-



RANKO CUKOVIC / REUTERS

Serben-Führer Mladić, Karadžić
Nur im Film gejagt



Muslimische Gräber in Sarajevo: Auf Friedenszeiten folgt blitzschnell Blutvergießen

mokratischen Partei, hatte die Sezession in der Vergangenheit mehrmals angedroht.

Entscheidend in diesem Fall wird die Reaktion in Belgrad sein: Die neue Verfassung, die dort gerade angenommen wurde, lässt wenig Spielraum für Kompromisse. In ihr wird das Kosovo als „unantastbarer Bestandteil der Republik“ bezeichnet. Bereits jetzt würden umfangreiche Waffenlieferungen in das überwiegend von Ser-

ben besiedelte Nordkosovo eingeschleust, warnen Beobachter. Da inzwischen kaum jemand noch glaubt, dass das Kosovo ein Teil Serbiens bleiben wird, sind viele Szenarien möglich – bis hin zu einem erneuten Bürgerkrieg und dem anschließenden Exodus Zehntausender Serben.

Käme es tatsächlich zum Blutvergießen, geriete auch der deutsche Verteidigungsminister in Bedrängnis. Denn die Kfor, die

Schutztruppe der Nato im Kosovo, wird derzeit vom Deutschen Roland Kathor kommandiert, die Uno-Zivilverwaltung Unmik untersteht seinem Landsmann Joachim Rücker.

Und mit 2858 Soldaten stellt die Bundeswehr das größte Kontingent der Kfor. 650 zusätzliche deutsche Soldaten wurden unlängst in Nord-Mitrovica stationiert, wo im Konfliktfall die heftigsten Auseinandersetzungen zu erwarten sind.

Und Bosnien? Jener Balkanstaat, dessen Zukunft Minister Jung offenbar sehr rosig sieht? Dass vom Kosovo-Streit schnell Funken in die Nachbarregion überspringen würden, gilt unter Insidern fast als ausgemacht. Dann trügen ebenfalls Deutsche ein großes Maß an Verantwortung: Neben Christian Schwarz-Schilling, dem Hohen Repräsentanten der Zivilaufsicht, amtiert von Dezember an der Flottenadmiral Hans-Jochen Witthauer – als neuer Kommandeur der Eufor-Truppen.

RENATE FLOTTAU

„Jeder hier fühlt sich als Opfer“

Der frühere Bundesminister und jetzige Hohe Repräsentant für Bosnien-Herzegowina, Christian Schwarz-Schilling, 75, über den geplanten Abzug der Bundeswehr



MARC DARCHINGER

SPIEGEL: Herr Schwarz-Schilling, hat Sie die Ankündigung des deutschen Verteidigungsministers überrascht, dass sich die Bundeswehr aus Bosnien zurückziehen will?

Schwarz-Schilling: Ich habe ihn sofort angerufen, und er war seinerseits ziemlich überrascht, als ich ihm von der Lawine berichtete, die diese Meldung hier ausgelöst hat. Natürlich weiß er, dass die Entscheidung über eine Truppenreduzierung erst nach einer Beurteilung der Sicherheitslage durch die EU im Dezember fallen wird und dass es dabei um alle an der Eufor-Mission beteiligten Länder geht.

SPIEGEL: Diese Woche werden Sie dem Uno-Sicherheitsrat in New York Ihre Einschätzung der Situation vortragen. Fällt sie positiv aus?

Schwarz-Schilling: Eher realistisch. Wir müssen eingestehen, dass die Annahme einfacher Gesetze, die Polizeireform oder die Verabschiedung einer neuen Verfassung nicht vorankommen. Der Missbrauch der Vetomöglichkeit der einzelnen Ethnien hat ein Ausmaß erreicht, dass meist gar nichts mehr läuft und jeder ernsthafte Reformkurs blockiert wird. Wenn wir hier vom Büro des Hohen Repräsentanten ohne Parlamentsbeschluss nicht ganze Gesetze außer Kraft gesetzt und selbst neue eingeführt hätten – dann könnten wir aus Bosnien jetzt kaum Fortschritte melden.

SPIEGEL: Das Gremium, dem Sie vorstehen, soll im Juni kommenden Jahres auf-

gelöst werden. Ist damit nicht Chaos im Land programmiert?

Schwarz-Schilling: Die endgültige Entscheidung darüber fällt im Februar, auch eine Revision des Beschlusses ist denkbar. Wir können schließlich nicht Milliarden in dieses Land investieren und uns dann zu einem Zeitpunkt, da es nach wie vor keine stabile Friedensordnung gibt, aus dem Staub machen. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass eine Verfassung verabschiedet wird, die Gesetzesblockaden unmöglich macht. Außerdem müssen wir die Situation in der gesamten Region im Auge haben – vor allem die im Kosovo. Es darf keinerlei Signal geben, dass für Bosnien die Gefahr einer neuen Krise entstehen könnte.

SPIEGEL: Nationalistische Drohungen waren bei den letzten Wahlen unüberhörbar.

Schwarz-Schilling: Einen erneuten Krieg halte ich für unrealistisch. Aber die Angst davor ist in der Bevölkerung stärker, als ich vermutet hatte. Das müssen wir sehr ernst nehmen: Wir müssen den Menschen die Sicherheit geben, dass die internationale Gemeinschaft ihrer Rolle gewachsen ist. Ich war Anfang der neunziger Jahre in der Bundesregierung isoliert und verzweifelt, als Europa beim Völkermord in dieser Region einfach wegschaute und die Opfer durch das verhängte Embargo de facto zwang, Waffen zu ihrer Verteidigung illegal aus islamischen Ländern zu importieren.

SPIEGEL: Sind es nur die Serben, die den gemeinsamen Staat boykottieren?

Schwarz-Schilling: Jeder hier fühlt sich als Opfer ungerechter Verhältnisse. Der internationalen Gemeinschaft ist es bisher nicht gelungen, eine funktionierende Zivilgesellschaft aufzubauen. Beim Friedensabkommen von Dayton 1995 hat man eine Verfassung mit großen Mängeln durchgeboxt, um Milošević entgegenzukommen und den Krieg zu stoppen. Dabei gestand man den Serben die Republika Srpska zu – das hat sich im Nachhinein als problematisch erwiesen.

SPIEGEL: Und könnte irgendwann den Zerfall Bosniens einleiten. Milorad Dodik, Premier der Republika Srpska, hat bereits mehrmals mit einem Unabhängigkeitsreferendum gedroht.

Schwarz-Schilling: Ich habe Dodik zuerst privat gesagt: Lieber Mann, das sind Tonlagen, die du lieber unterlässt. Als er sich nicht daran hielt, habe ich ihm gedroht, ich würde meine gesamten Machtbefugnisse einsetzen, sobald ich Anzeichen einer beabsichtigten Volksabstimmung bemerke. Das hat Wirkung gezeigt. Doch das heißt nicht, dass die Serben nicht morgen einen neuen Vorstoß unternehmen. Wenn es dann keinen Hohen Repräsentanten mehr gibt, der sie stoppt, könnte das Land in eine Krise geraten. Deshalb müssen die Entscheidungen Anfang nächsten Jahres sehr sorgfältig getroffen werden.



MATT ROURKE / AP

Ex-Präsident Clinton im Wahlkampf: „Wir lieben dich, Bill!“

USA

„Was immer sie will“

Bill Clinton ist wieder da. Der begnadete Wahlkämpfer versucht, den Demokraten die Mehrheit im Kongress zurückzuerobieren – und Hillary den Weg ins Weiße Haus zu ebnet.

Acht Jahre, sieben Wochen und fünf Tage danach betritt Bill Clinton die Eissporthalle von Worcester, Massachusetts, und diesmal ist er ein Held. Er breitet die Arme aus, als wollte er sein Glück umfassen, diese Fans, seine Verehrer, diese Menschenmasse, die jetzt 8000fach brüllt: „Thank you, Mister President, thank you.“

Er geht in die Mitte des Podiums, und jeder in seiner Nähe muss sich umarmen lassen. Ein Sprecher begrüßt ihn, als wäre er ein dreifacher Superlativ: „William! Jefferson! Clinton!“ Edward Kennedy, der altgewordene Senator und jüngster Bruder von John F., röhrt wie ein Gospelsänger beim ganz großen Halleluja: „Wir werden dich niemals vergessen. Niemals, niemals, niemals! Wir lieben dich, Bill!“

Vor acht Jahren, sieben Wochen und fünf Tagen, am 27. August 1998, kam Bill Clinton schon einmal nach Worcester, der ansehnlichen Stadt in Neuengland. Kein leichter Besuch, eine Mutprobe eher, weil es sein erster Auftritt nach seinem Geständnis war, er habe ein Verhältnis mit Monica Lewinsky gehabt. Ein schlimmer Tag. Am Straßenrand standen Leute mit Schildern, auf denen stand: „Genug. Treten Sie zurück als Präsident“.

Bill Clinton hat die Schilder und diesen Sommertag sicher nicht vergessen, aber heute will er ihn vergessen machen, er will ihn auslöschen. Das ist seine Rache an seinen Verächtern, die ihn damals aus dem Amt jagen wollten. Und es ist vielleicht seine Illusion, dass er mit einer der ganz großen Niederlagen in seinem Leben doch noch ins Reine kommen kann.

Kerzengerade steht er in der Eissporthalle von Worcester, fast majestätisch, wie sein eigenes Denkmal. Hinter ihm hängen etwa 300 Quadratmeter amerikanische Flagge, das Licht der Bühnenscheinwerfer fängt sich so günstig in seinem weißen Haar, dass es für einen Moment so aussieht, als trüge er einen Heiligenschein.

Ausgiebig lässt er den Blick schweifen, nach unten, dorthin, wo die jüngeren Fans stehen, diese vielen Wahlhelfer, die amerikanischen Fähnchen schwenken und ihn wie erleuchtet anheben, und weiter nach oben in die Ränge unter dem Dach, wo die älteren Herrschaften sitzen in ihren Anzügen oder Kostümen. Alle gehören jetzt ihm, die ganze demokratische Partei ist wieder die Clinton-Roadshow. Er genießt es bis zur Neige, dass er kein Gejagter mehr ist, sondern ein Jäger – der Jäger.

„Ich freue mich, zurück in Worcester zu sein“, ruft er schließlich, „und ich soll euch herzlich von Hillary grüßen.“ Der Saal kocht, so wie ihn Hillary selbst nie zum Kochen gebracht hätte.

Da tut sich gerade eine große, vielleicht historische Chance auf, und Bill Clinton will sie nutzen, für sich, für seine Frau, für die Demokraten, die nach Leitfiguren wie ihm gieren. An diesem Dienstag wählt Amerika den Kongress in Washington: sämtliche Abgeordnete fürs Repräsentantenhaus und ein Drittel aller Senatoren. Hillary Clinton steht zur Wiederwahl als New Yorker Senatorin, sie ist unbestritten, sie dürfte mit gebührendem Vorsprung gewinnen. Wenn sie aber ganz groß gewinnt und mit ihr die ganze Demokratische Partei, dann kann sie sich zur Präsidentschaftskandidatin aufschwingen und eine Grundwelle auslösen, die sie womöglich ins Weiße Haus trägt.

Und wenn Hillary Clinton die erste Präsidentin in der Geschichte der Vereinigten Staaten werden sollte, dann wird er, Bill Clinton, der Präsident, der nach der Verfassung selbst nicht mehr Präsident werden kann, der erste First Husband in der Geschichte Amerikas.

Als er 2001 das Weiße Haus verließ, galt er als Ehebrecher, als Lügner und Pleitier. Er hatte etliche Millionen Dollar Schulden, er musste ein Heer von Anwälten bezahlen und zog sich den schweren Vorwurf zu, er habe Al Gore, seinen Vize, um die Präsidentschaft gebracht.

Bill Clinton, der Mann, der George W. Bush den Weg ebnete, der den Republikanern mit seinen Kapriolen zum ersten Mal seit Jahrzehnten im Herbst 1994 wieder die

Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses verschaffte. Es gibt viele Gründe, weshalb er sich ins Wahlkampfgetümmel stürzt.

„Massachusetts ist der 27. Bundesstaat, den ich besuche“, schreit er in die Halle. Mehr als 80 Auftritte brachte er in diesem Wahlkampf schon hinter sich, und jeder Auftritt ist ein Triumph und eine Trophäe. Er war in allen umkämpften Staaten, in denen Demokraten siegen müssen, um die Mehrheitsverhältnisse im Kongress zu verändern.

Er war auch in Iowa und New Hampshire, dort, wo Anfang 2008 wichtige Vorentscheidungen darüber fallen, wer Präsidentschaftskandidat der Demokraten wird. Selbst am 26. Oktober, dem Geburtstag seiner Frau, war er im Einsatz. Er sagt, es sei ihr Geburtstagswunsch gewesen. Am Abend sahen sie sich für zwei Stunden beim Dinner mit Freunden.

Er sieht ein wenig müde aus, hat schwere Säcke unter den Augen, er ist am 19. August 60 geworden. Aber er fühlt sich entschieden zu jung, um in Rente zu gehen. Selbst die vierfache Bypass-Operation im September 2004 zügelt ihn nicht.

In Little Rock in seinem Heimatstaat Arkansas hat er sich für 180 Millionen Dollar eine Präsidenten-Bibliothek mit einer naturgetreuen Nachbildung des Oval Office hingestellt. Alles muss groß sein, riesig, bombastisch. Der in trostlosen Ver-

hältnissen aufgewachsene Bill Clinton war nie frei von Größenwahn und Großmannssucht.

Lange spielte Clinton mit der Idee, Kofi Annan zu beerben. Freunde sorgten dafür, dass die Spekulation durchsickerte. Helmut Kohl warb offen, Joschka Fischer hinter den Kulissen für diese Idee, aber das ungeschriebene Gesetz, wonach die mächtigste Nation der Erde nicht den Uno-Generalsekretär stellen sollte, ließ sich nicht einmal für Clinton außer Kraft setzen.

So löst er die Probleme der Welt jetzt auf eigene Faust, immer im September,

Für die Demokraten ist Clinton der Beweis, dass sie Amerika besser als Bush regieren können.

zeitgleich mit der Uno-Vollversammlung, dafür hat er die „Clinton Global Initiative“ gegründet. Staatsmänner, Hollywood-Größen, Industriebosse quetschen sich in den Ballsaal des Sheraton-Hotels, in der Lobby stehen dann der pakistanische Präsident Pervez Musharraf und der afghanische Präsident Hamid Karzai mit Bill Gates und Michael Douglas zusammen.

Clinton hat spendable Freunde, die Milliarden Dollar für gute Zwecke spenden: den Manager des Pharma-Riesen Merck

zum Beispiel, der Impfstoff nach Nicaragua liefern wird. Oder den schottischen Turnschuhmillionär Tom Hunter, der 100 Millionen Dollar für Ruanda und Malawi verspricht. Und Medienmogul Rupert Murdoch, der versichert, er wolle sein ganzes Firmenimperium auf Umweltverträglichkeit durchforsten.

„Bill Clinton, der Präsident der Welt“, nennt ihn ein Investmentbanker ehrfürchtig.

Er hat wieder Statur, er ist wieder geachtet, und plötzlich ruft ihn auch seine Partei zurück. Clinton ist nun einmal ein begnadeter Wahlkämpfer, ein Riesentalent, wie es nur alle paar Jahrzehnte heranwächst. Er ist die stärkste Waffe, die die Demokraten aufbieten können. Nach sechs Jahren mit George W. Bush ist Clinton für die Demokraten der lebende Beweis, dass sie die Weltmacht Amerika besser regieren können als die Republikaner. Acht Jahre Frieden und Wohlstand gegen drei Jahre Krieg – Bill Clinton ist für Demokraten in diesem Wahlkampf „Mister Peace and Prosperity“.

Er füllt das Vakuum einer Partei, die nicht gut vorbereitet ist auf die Macht. Außer ihm gibt es keine große Identifikationsfigur, niemanden, der eine neue Richtung vorgeben könnte, kein Konzept für den Krieg im Irak, keine Idee, wie sich das riesige Haushalts- und Außenhandelsdefi-



KATHY WILLIAMS / AP

Ehepaar Clinton bei einem Auftritt in New York: „Hillary hat so viel für mich getan“

zit tilgen lässt. So bleibt vorläufig nur der Blick zurück, die Verherrlichung der Vergangenheit, so bleibt nur der schlank gewordene, immer noch jungenhafte Bill Clinton.

Auf Autoaufklebern steht der kleine Unterschied zwischen Clinton und Bush: „Clinton lied, but nobody died“ – Clinton hat, genauso wie Bush, gelogen, aber seinetwegen ist niemand gestorben. Die Demokraten sind im Aufwind und polarisieren so kräftig wie möglich, so wie es ihnen die Republikaner vorgemacht haben.

Wie in Worcester hat Bill Clinton die große Bühne, und falls er Maß hält, kann er seiner Partei, vor allem aber auch seiner Frau nutzen. Aber wie immer ist es auch eine Gratwanderung für ihn. Denn er hat im Übermaß, woran es ihr mangelt: Charisma. Er hat immer ehrgeizige Ziele gehabt, aber er wirkt nicht von Ehrgeiz zerfressen. Der Erfolg scheint ihm zuzufliegen. Und er lässt sich feiern, ohne Ende.

Seinen 60. Geburtstag feierte Clinton schon auf zwei Partys, zuerst auf Martha's

Vineyard, der wunderschönen Insel der Reichen des Landes, dann in Toronto in Kanada, was ihm nebenbei 21 Millionen Dollar an Spenden für seine Stiftung einbrachte.

Drei weitere Festtage gönnte er sich und seinen Freunden mitten im Wahlkampf noch, zum Beispiel einen Golf-Vormittag in New Jersey und ein Exklusivkonzert der Rolling Stones im New Yorker Beacon Theater. Eine halbe Million Dollar pro Kopf bezahlten einige „Friends of Bill“ für das VIP-Komplettpaket, das einen Backstage-Besuch bei Mick Jagger und Keith Richards gemeinsam mit Clinton einschloss.

Bill Clinton ist rastlos wie eh und je, er ist wieder populär, und er zügelt sich, es geht ja eigentlich um sie, um die Senatorin aus dem Staat New York. „Hillary hat so viel für mich getan, was immer sie will, werde ich für sie tun.“ Die 8000 in Worcester hören das gern und jubeln ihm schon wieder zu. Dann spielt Musik vom Band, eine Endlosschleife.

Sein Auftritt ist eigentlich zu Ende, aber er geht noch einmal auf die Absperrungen zu, ergreift die ausgestreckten Hände, unterschreibt Autogrammkarten, signiert Bücher und schaut strahlend in Fotohandys.

Er bleibt noch, es ist wie früher, ein Rausch.

MARC HUJER, GEORG MASCOLO



Camorra-Opfer Prestigiacomo Botschaft an den Familienclan

Doch darum geht es nicht. Der Schrecken, der dem Land in die Glieder gefahren ist, ist der Schrecken des Déjà-vu: Nichts hat sich also geändert seit dem letzten Krieg der Clans in der Millionenstadt am Fuße des Vesuv. Wieder liegen Jugendliche in Blutlachen, wieder hat niemand etwas gesehen, und im Hintergrund häufen sich immer noch die Müllberge, als hätte sich der Staat aus dieser Stadt verabschiedet. Der alte Giorgio Bocca, Widerstandskämpfer und Publizist, sagt dazu nur: „Die Camorra hat gewonnen.“

Ein Polizeibericht meldete kürzlich, dass inzwischen kein Bezirk Neapels mehr als befriedet gelten könne. Der Stadtreferent für Kultur, Nicola Od-
dati, ist ebenso mitten in der Stadt beraubt worden wie die oberste Jugendrichterin Luciana Izzo.

Im August wird einem amerikanischen Touristen die Videokamera entrissen. Beherzte Anwohner sorgen dafür, dass der Täter dem Griff des Überfallenen heil entkommen kann.

Im Oktober kommt es zu einem Flughafenstreik, nachdem ein Crew-Bus auf dem Weg zum Terminal überfallen und ausgeraubt worden war.

Die Camorra hat laut Saviano fünfmal mehr Mitglieder als die Mafia. Sie ist netzartig aufgebaut, ohne „Boss der Bosse“, und deshalb flexibel und unberechenbar. Wenn die Mafia ein Staat im Staate ist, dann ist die Camorra ein Staat gegen den Staat.

Der Schriftsteller Roberto Saviano ist in diese Gegenwelt eingetaucht, monatelang. Er hat erfahren, wie edle Modehäuser in Symbiose mit den Sweatshops der Clans leben. Wie der Staat mit den Abfallunternehmen der Camorra kollaboriert. Wie die neapolitanische Mafia durch Drogenhandel und viele andere illegale Aktivitäten – man spricht von 16 Milliarden Euro Jahresumsatz – längst in mittelständischen Unternehmen arbeitet, in Bauunternehmen, Schuhfabriken, Recyclingfirmen, Hotels.

Vincenzo „Enzo“ Prestigiacomo war ein harmloser Junkie, den jeder im Viertel Sanità kannte und der mit Mutter, Frau, drei Kindern in einer Parterrewohnung in der Via Luigi Settembrini wohnte. Am vergangenen Montag lag er zwischen der „Aligda“-Eistruhe der Marino-Bar und dem Muttergottesschrein im St.-Gennaro-Tor, tot, hingerichtet von zwei Killern auf einem Motorrad. Sie trugen – das ist ungewöhnlich in Neapel – Integralhelme und entkamen unerkannt. Prestigiacomo hatte

ITALIEN

Tödliches System

Zwölf Morde binnen weniger Tage und ein untergetauchter Schriftsteller: In Neapel macht das organisierte Verbrechen das Gesetz. Premier Prodi verspricht den „Umbau des Staates“.

Es ist gefährlich für einen Schriftsteller, zu dicht an der Wahrheit zu schreiben. Vor kurzem noch saß der 28-jährige Autor Roberto Saviano an der Piazza Dante in Neapel und erzählte, wie Stadtverwaltung und Camorra in Symbiose lebten. Wie eine Kultur der Komplizenschaft und der Resignation gegenüber dem Verbrechen seine Stadt zerfresse. Inzwischen ist Savianos Erstlingswerk „Gomorra“ der Bestseller dieses Herbstes. Das Buch über die Untergrundökonomie liegt in Italien überall aus. Nur Roberto Saviano ist verschwunden.

Es fing damit an, dass ihm in einer Filiale der neapolitanischen Pizzeriakette „Rosso Pomodoro“ erklärt wurde, er sei „hier nicht erwünscht“. Dann wurden die Drohungen deutlicher. Seit einigen Wochen lebt der Schriftsteller unter Polizeischutz an einem geheimen Ort, weit entfernt von Neapel. Die Unterwelt dort ist derzeit zu gereizt, um sich ausführlich beschreiben zu lassen. Und sei es literarisch.

Seit dem 22. Oktober sind im Stadtgebiet Neapels zwölf Menschen getötet worden. Ein 16-Jähriger erstickte seinen Nebenbuhler. Ein Nachwuchskicker starb, weil er mit einem Clanchef verwandt ist. Im Vorort Acerra wurde ein Sänger erschossen, in einem Sportgeschäft eine 45-

jährige Mutter, die vergangenes Jahr schon ihre beiden Söhne an die Camorra verloren hatte. Staatspräsident Giorgio Napolitano gelobte, seiner Geburtsstadt in diesen „schlimmsten Tagen seit langem“ beizustehen. Eine halbe Stunde nach der Erklärung lagen zwei Hingerichtete vor der Kaserne der Finanzpolizei von Torre del Greco.

Nicht alle Toten sind dem „System“ zuzurechnen, wie die neapolitanische Mafia, die Camorra, genannt wird. Und Lokalpolitiker weisen tröstend darauf hin, dass es im Vorjahr noch schlimmer gewesen sei.



Enthüllungsautor Saviano
Erste Warnung in der Pizzeria

sich nichts zuschulden kommen lassen. Nur trägt seine Frau Celeste den falschen Mädchennamen: Misso.

Peppe „Langnase“ Misso ist der Camorra-Chef des Stadtzentrums von Neapel, ein alter Mann, der der militanten Rechten nahesteht und seit vielen Jahren im Gefängnis sitzt. Die Enttäuschung seines Lebens war die Homosexualität seines einzigen Sohnes. So musste er seine Neffen als Nachfolger aufbauen, drei Brüder mit den Kampfnamen Emiliano Zapata, Ben Hur und Jesus von Nazareth.

Zapata ist im Februar verhaftet worden. Die Ermittler vermuten deshalb, eine andere Camorra-Familie, die Sequino-Torinos, wollten die Schwächung der Missos ausnutzen und ihr Drogengeschäft erweitern. Eine andere Quelle meint, die jungen Missos hätten den Drogenhandel im Innenstadtviertel Sanità neu ordnen wollen, gegen den Willen des Alten. Schließ-

Selbständigkeit zu versuchen. Man müsse nur mit derselben Brutalität zuschlagen, so die Lehre. Der Autor ist in seinem Versteck dieser Tage nur für wenige Freunde zu erreichen. Sie erzählen, es werde noch viele Tote geben in diesem Jahr.

Premierminister Romano Prodi kam am Totengedenktage nach Neapel, einem windigen, kalten Donnerstagmorgen. Die Regierung in Rom musste sich Kritik anhören, sie habe durch ein Amnestiegesetz die Kleinkriminellen wieder auf die Straße gebracht und mit ihrem Sparhaushalt die Städte finanziell stranguliert.

Rom werde Neapel nicht aufgeben, sagte Prodi und kündigte einen weiteren umfassenden „Plan für Neapel“ an, „einen Umbau des gesamten Staates und nicht allein der Polizei“. 1350 Beamte sollen aus den Büros auf die Straßen abkommandiert oder neu eingestellt werden. Die Videoüberwachung des Zentrums wird ausgebaut. „Das Militär ist zur Stunde nicht notwendig“, erklärte Prodi den Bürgern der Stadt. Es sollte beruhigend wirken.

Der Staatsanwalt Raffaele Cantone fordert statt des Heeres Arbeitsbedingungen, die denen der Camorra gleichkommen: „Es kann nicht klappen, wenn in den Büros Kopierpapier fehlt und in den Autos der Justizpolizei kein Benzin ist.“ Vincenzo Di Lauro, Sohn des Superbosses von Scampia, wurde versehentlich freigelassen, weil die Fotokopie seiner Anklageschrift nicht zu lesen war.

Innenminister Giuliano Amato versprach bei seinem Besuch am Freitag Besserung und schickte zusätzliche 1000 Polizisten. Zuvor hatte er den illegalen Mopedfahrern Neapels den „wütenden und erbarmungslosen“ Krieg erklärt, würden doch die meisten Verbrechen von nicht ordnungsgemäß angemeldeten Motorrädern aus verübt.

An der Kirche St. Maria Donnaregina wohnt, hinter einer Tag und Nacht beleuchteten Stahltür, ein Greis mit zurückgekämmtem Haar und braunen, hasenartig vorstehenden Schneidezähnen: Umberto Misso, einst Herrscher über den neapolitanischen Tabaksmuggel und Bruder des inhaftierten Paten Peppe „Langnase“ Misso. Auch Umberto Misso hat 20 Jahre abgesessen. Tags zuvor hat er seinen Schwiegersohn Vincenzo begraben – „ohne kirchliche Zeremonie“, wie er erwähnt. „Ich bin zerstört und müde“, sagt er. Und dass es so etwas früher nicht gegeben hätte.

Am vergangenen Dienstag tat Misso etwas, dessen er sich immer geschämt hätte. Er ging zur Polizei. Er erstattete Anzeige gegen diejenigen, die er für die Mörder seines Schwiegersohns hält. Das hätte er früher nie getan. Es sind eben härtere Zeiten, jetzt.

ALEXANDER SMOLTczyk



Premier Prodi*: „Militär zur Stunde nicht notwendig“

lich war der Tote auch mit dem Torino-Clan verwandt. Auf jeden Fall war der Tod des Vincenzo Prestigiacomo an der Porta San Gennaro keine Rache. Nur eine Botschaft.

In der mit Papstfotos und wehmütigen „Bella Napoli“-Drucken tapezierten Pizzeria vor dem Tatort stehen vier Kellner, vor sich ausgebreitet die Morgenausgabe des „Il Roma“. Sie kannten den Toten. „Panne? Ein Toter ist nie eine Panne“, meint Salvatore. „Das gibt eine Reaktion“, sagt sein Kollege. Er fürchtet, dass wieder Unschuldige unter den Opfern sein werden wie beim letzten Clankrieg, in den Randbezirken Scampia und Secondigliano.

Damals, zum Jahresbeginn 2005, hatten Abtrünnige des Di-Lauro-Clans ihrem Chef einen Teil der Drogeneinnahmen verweigert und waren vom Juniorboss mit bis dahin unbekannter Brutalität verfolgt worden. Der Bürgerkrieg in den Vorstädten forderte über hundert Tote. Aber die Treulosen behielten ihre Pfründen.

Das hätte, meint Saviano, andere Camorristen ermutigt, es ebenfalls mit der

* 2. v. r., am vergangenen Donnerstag mit dem Präfecten von Neapel, Renato Profili (r.).

INDONESIEN

Rückkehr der Sonnenkinder

Rauschende Partys, pompöse Hochzeiten: Der Suharto-Clan stellt seinen Reichtum wieder zur Schau.

Von den Verbrechen des früheren Diktators ist keine Rede mehr.

So empfängt man einen Staatschef, aber keinen Verbrecher: Mehr als 60 Journalisten belagern Anfang voriger Woche in Jakarta die Ausfahrt der Haftanstalt Cipinang. Sie warten auf Hutomo Mandala Putra, 44. Erst will „Tommy“, wie sich der jüngste Sohn von Ex-Diktator Suharto nennen lässt, die Meute ignorieren. Aber dann steckt er doch noch den Kopf aus seiner Luxuslimousine heraus. „Ich bin glücklich, dass ich wieder die Freiheit genießen darf“, ruft er mit breitem Grinsen den Reportern zu.

Abends sitzt er in seiner Villa im Nobelstadtteil Menteng, die Champagnerkorken knallen, und eine Sekretärin seines Firmenkonglomerats Humpuss lässt wissen, es sei wieder alles hergerichtet für den Chef. Er halte noch 60 Prozent der Aktien und werde seine Arbeit bald wieder aufnehmen. Es klingt, als hätte es im größten Land Südostasiens nie einen demokratischen Wandel gegeben.

Vier Jahre ist es her, dass Tommy Suharto ins Gefängnis geschickt wurde – für 15 Jahre. Der Grund: Er hatte jenen Richter erschießen lassen, der ihn in einem früheren Verfahren wegen Korruption verurteilt hatte.



Ex-Präsident Suharto*: Altherrenfeier mit 500 Jubelgästen

Der Spruch gegen Tommy galt damals als Meilenstein auf Indonesiens Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und damit als Hoffnungszeichen für viele der 238 Millionen Einwohner. Seine vorzeitige Haftentlassung hat diesen Traum wohl zerstört. So sieht es jedenfalls Asmara Nababan, Jurist vom Zentrum für Demokratie und Menschenrechtsstudien (Demos): „Wenn jemals Zweifel daran bestanden, dass die Familie Suharto noch immer über dem Recht steht, dann wurde das jetzt endgültig bewiesen.“

„Strafvollzug“ war ohnehin nicht zu nennen, was Tommy auf der Gefängnisinsel Nusakambangan in Südjava widerfuhr. Neben Swimmingpool und Badmintonplatz verfügte die luxuriöse Bleibe

gleich über mehrere Besuchszimmer, in denen sich der Playboy Schäferstündchen mit seiner Gattin und ständig wechselnden Gespielinnen gönnte. Per Hubschrauber flog er regelmäßig aus medizinischen Gründen nach Jakarta, mehrmals wurde seine Haftstrafe verkürzt. Nun ist er auf Bewährung entlassen, „wegen guter Führung“.

Schon im Mai, acht Jahre nachdem ein Volksaufstand Vater Suharto entmachtete, stellten die Behörden das Korruptionsverfahren gegen den Ex-Diktator ein. Begründung: Er sei zu krank und könne der Verhandlung nicht mehr folgen. Das lässt auch Marzuki Darusman resignieren, der seinerzeit als Generalstaatsanwalt die Anklage gegen Suharto, dessen Kinder und deren Günstlinge 1999 in Gang gebracht hatte. Sofort kamen damals, nach der demokratischen Wende, Spekulationen auf,

* Mit Töchtern Siti Hardiyanti Rukmana und Siti Hediya-ti Hariyadi am 8. Juni, seinem 85. Geburtstag, in Jakarta.

wie viel die Familie des Staatschefs zur Seite geschafft haben könnte: dem Magazin „Forbes“ zufolge 16 Milliarden Dollar. Die Anti-Korruptions-Organisation „Transparency International“ meinte gar, Suharto habe mehr zusammengekratzt als jeder andere Politiker der Welt.

Dass bis heute noch nicht mal eine Rupiah gefunden wurde, verwundert Darusman nicht: „Es gibt zu viel Widerstand in der Bürokratie gegen eine Verurteilung Suhartos“, sagt er, „vor allem in der Armee.“ Weder Sicherheitskräfte noch die staatlichen Eliten möchten an die schmutzige Vergangenheit erinnert werden, denn noch immer sind die alten Seilschaften intakt. Sämtliche Verfahren, in denen Beamte und Offiziere wegen Menschenrechtsverletzungen während der 32-jährigen Suharto-Ära, der „Orde Baru“ (Neue Ordnung), angeklagt waren, verliefen im Sande. Die angekündigte Versöhnungskommission trat nie zusammen.

Auch die meisten Korruptionsverfahren gegen die Führungselite der „Orde Baru“ zeigten kaum Ergebnisse. Dabei ist es gar keine Frage, dass der korrupte Clan noch immer im Geld schwimmt. Ganz in der Manier eines javanischen Königs spendete Suharto im Juni für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in der Stadt Yogyakarta die glückverheißende Summe von exakt 108 108 Dollar. Der Scheck wurde im schicken Granadi-Gebäude im Kuningan-Bezirk von Jakarta ausgestellt.

Hier, im vornehmen Südtel der 13-Millionen-Metropole, residieren sechs der sieben Wohltätigkeitsstiftungen der Diktatorfamilie: Laut Präsidialdekret musste jeder staatliche Konzern zwei Prozent seiner Erlöse an die Fonds abführen. Alle Suharto-Stiftungen zusammen genommen hätten 1999 „etwa 7,5 Billionen Rupiah auf dem Konto“ gehabt, schätzt das Nachrichten-

magazin „Tempo“. Das war damals gut eine Milliarde Dollar.

Wie viel von diesem Vermögen heute noch existiert, ist schwer zu ermitteln. In den vergangenen Jahren sind immer wieder beträchtliche Summen zur Sanierung des Suharto-Firmenimperiums abgeflossen. Deswegen verklagte der indonesische Staat den Ex-Diktator im Jahr 2000 wegen Veruntreuung von 419 Millionen Dollar.

Auch das aber muss im Rückblick wohl eher als symbolische Geste gesehen wer-

den. „Es gibt keinen politischen Willen, die Geschichte des Regimes aufzuarbeiten.“

Das weiß die Familie des früheren Präsidenten natürlich längst. Und so entwickelt sich die Jalan Cendana Nr. 8 – das großflächige Villenareal im Herzen Jakartas, wo Suharto im Kreise seiner Kinder und Enkel residiert – wieder zu einem Zentrum des gesellschaftlichen Lebens, mit High-Society-Partys und glitzernden Events.

Für den 85. Geburtstag des Alten im Juni rückten eigens 200 Mann der Polizeisondereinheit Brimob an, um den Verkehr in der Straße zu regeln und die betuchte Nachbarschaft vor ungebetenem Zuschauern, Journalisten und Demonstranten zu schützen.

500 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Showbusiness jubelten, als das Geburtstagskind ein traditionelles Reisgericht anschnitt – offenbar ist Suhartos Erkrankung nicht lebensgefährlich.

Die Altherrenfeier aber war noch gar nichts gegen jene rauschende Hochzeit eines Suharto-Enkels, die in den vergangenen Septembertagen stattfand. 5000 Einladungen hatten die Veranstalter verschickt. Frischblumen aus Singapur im Wert von gut 200 000 Euro waren eingeflogen worden, und jeder Besucher bekam eine Rose überreicht, die aus Rupiahbündeln geflochten war.

Kommentar des unter Suharto verbotenen „Tempo“-Magazins: „Die Staatsführung mag sich ändern, doch die Sonne des Suharto-Clans scheint weiter.“

JÜRGEN KREMB



Suharto-Sohn Tommy: „Die Freiheit genießen“

den. Denn obwohl Suhartos direkter Nachfolger, Präsident Bacharuddin Jusuf „Rudy“ Habibie, 70, die Spendensammelzentrale des Vorgängers anfangs unter staatliches Kuratel gestellt hatte, gibt heute im Granadi-Haus längst wieder ein treuer Diener des früheren Staatschefs den Ton an. „Wir berichten immer noch an Herrn Suharto“, sagt Haryono Suyono, der Chefkämmerer der Stiftungen. Den Zweck der Spenden bestimmten der Ex-Präsident und seine Familienmitglieder selbst.

Die Ankündigung des Generalstaatsanwalts, er werde den Clan jetzt zivilrechtlich zur Verantwortung ziehen, hält Jurist As-

TATAN SYULIANA / AP



Regierungsviertel in Astana (mit Ölzentrale und Transport-Tower): „In Beton gegossene Machtphantasien“?

PAWEŁ KASSIN

KASACHSTAN

Bonanza in der Steppe

Mit der neuen Metropole Astana will Staatschef Nursultan Nasarbajew sein zentralasiatisches Reich nach Westen öffnen. Architekten mokieren sich über die Retortenstadt, die internationale Baubranche aber hofft auf einen Milliardenprofit. Nur deutsche Firmen halten sich zurück.

Immmer wenn es Nacht wird in Astana, ahnt Wassilij Lestjew, dass er den Kampf bereits verloren hat. Dann beginnen auf der Baustelle gegenüber die Schweißer ihre nächste Schicht. Sie tauchen sein Wohnzimmer in zuckendes fahlblaues Licht, und die Presslufthämmer lärmen dann noch hemmungsloser als sonst.

Ein neues Hotel entsteht nebenan, das Betonskelett ist nur noch acht Meter von der Kossygin-Straße 8 entfernt – Lestjews LehmKate. Deren Stunden sind gezählt. Die Wasserversorgung ist schon gekappt; seit die Bagger auch durch den Vorgarten rollen, durchziehen daumenbreite Risse die Wand.

Lestjew ist 80, er trägt einen verwaschenen Pullover und blaue Trainingshosen, er kann kaum noch gehen. Seine Frau ist 86, sie brutzelt Zwiebeln auf dem Kohleherd.

Die beiden haben das Häuschen selbst gebaut, doch nun liegt ein Brief vom Bezirksgericht auf dem Tisch, der ihren Auszug „binnen einer Woche“ verlangt. Sonst werde das Haus zwangsgeräumt: „In diesem Falle übernehmen wir keine Verantwortung für Ihr Eigentum.“

Es dröhnt, es zischt, es lärmt an jeder Ecke in Astana, seit Staatschef Nursultan Nasarbajew die Kosakensiedlung 970 Kilometer nördlich der bisherigen Metropole Almaty zur neuen Hauptstadt der Kasachen-Republik ausgerufen hat. Der früher verschlafene Ort ist plötzlich eine pulsierende Stadt, aber der Boom hat die Einwohner in zwei Klassen geteilt. Lestjews gehören zu den Verlierern.

Jurij Braun dagegen ist ein Gewinner. Er sieht ein bisschen aus wie Lino Ventura, er

ist wohlgenährt und sein Gesicht von unverschämter Bräune: Der kasachische Unternehmer hat einen neuntägigen Urlaub in den arabischen Emiraten hinter sich.

Braun sitzt in seinem Büro in der Auesow-Straße und trinkt grünen Tee. Er ist zufrieden, denn seine Firma läuft wie geschmiert: das große Restaurant „Jegorkino“ unten im Haus, dazu das angeschlossene Hotel, die Bäckerei und der Straßenladen. 125 Mitarbeiter halten das kleine Imperium in Gang, es ist eine gute Adresse in der Stadt und sein 50-jähriger Besitzer ein Mann, der stets gewusst hat, dass es mit dem Steppennest Astana „einmal aufwärtsgehen wird“.

Braun ist deutscher Abstammung, denn Astana, früher „Zelinograd“, war vor anderthalb Jahrzehnten noch eine „deut-

sche“ Stadt – bewohnt meist von Nachkommen einstiger Wolgadeutscher, die Josef Stalin in die zentralasiatische Einöde verbannen ließ.

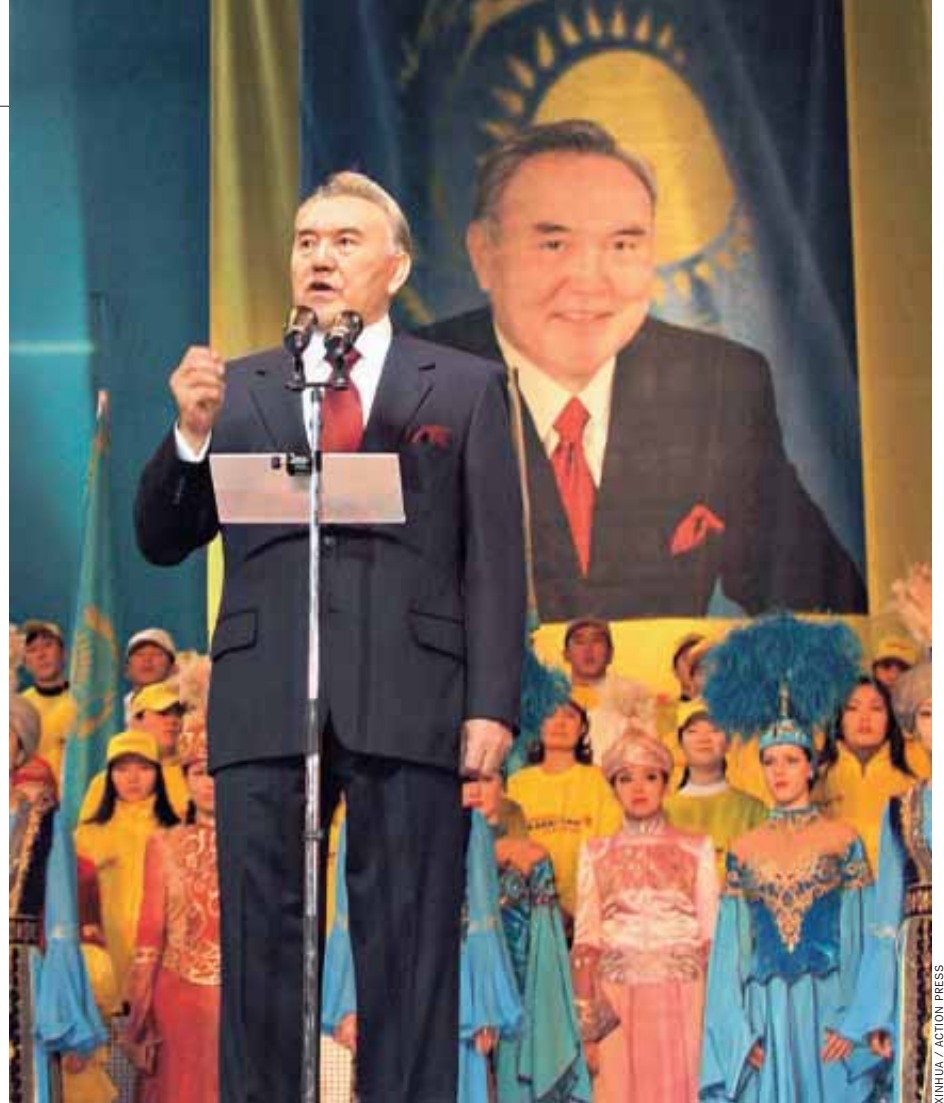
Als das Sowjetreich zugrunde ging, als die großen Landmaschinenwerke dichtmachten und die Weizenfelder ringsherum nicht mehr bestellt wurden – jenes riesige „Neuland“-Gebiet, das KP-Chef Nikita Chruschtschow zur Kornkammer des Landes machen wollte, auf dessen Böden sich aber nie viel mehr ernten ließ, als man gesät hatte –, da hatten die meisten Deutschen ihre Sachen gepackt und waren in den Westen gegangen. Zurück ins „Reich“.

Braun war geblieben. Der gelernte Bauingenieur hatte in einer Goldmine „ein wenig Geld“ gemacht und damit das Haus in der Auesow-Straße gekauft. Sechsmal war Nasarbajew, der Präsident, bereits im „Jegorkino“ zu Gast, „er mag unsere Küche“, sagt Braun. Es gibt Fotos, auf denen man ihn mit dem Landesvater sieht, und jetzt, welch ein Zufall, hat er plötzlich ein neues Grundstück zur Hand, auf dem ein zweites Hotel mit Billardclub entstehen wird – am linken Ufer des Flusses Ischim, dort, wo bereits Nasarbajews Präsidentenpalast steht. Eine Toplage, in drei, vier Jahren wohl schon unbezahlbar.

So gehen die Geschichten im kasachischen Klondike, das mitten in der trostlosen Weite zwischen Russlands Süden und der chinesischen Grenze liegt. Nur dass es hier keine Goldfunde gibt wie vor 110 Jahren am Bonanza Creek, sondern allein den eisernen Willen eines einsamen Herrschers.

Mit welcher Wucht Nasarbajew, der letzte KP-Chef Kasachstans, der sich voriges Jahr mit 91 Prozent der Stimmen zum vierten Mal als Staatsoberhaupt bestätigen ließ, sein neues Landeszentrum ins Nichts der Steppe stampft, zeigt sich am besten vom „Baum des Lebens“, dem Bajterek-Turm – einer großen Glaskugel auf 100 Meter hohen Metallstreben, die aussieht wie der Fifa-Weltpokal.

Sie bildet den Mittelpunkt einer monumentalen Achse quer durchs Regierungsviertel, die die neuen Machtzentren verknüpft: Am westlichen Ende stehen die durch einen Triumphbogen verbundenen



Staatschef Nasarbajew: Aufstieg zu den 50 wohlhabendsten Staaten der Welt

Zentralen der staatlich kontrollierten Öl- und Gaskonzerne, den östlichsten Punkt markiert „Ak Orda“, die Präsidentenresidenz, ein Haus aus weißem Marmor und Granit, auf dem eine himmelblaue Kuppel sitzt. In den Park dahinter hat Stararchitekt Norman Foster gerade eine 62 Meter hohe Glaspyramide gesetzt, den „Palast des Friedens und der Eintracht“.

Längs der Achse gruppieren sich die anderen Symbole des Nasarbajew-Reichs: die Hochhäuser von Parlament und Senat, das Oberste Gericht und das in einem überdimensionalen Ei verpackte Staatsarchiv, der golden verglaste „Transport-Tower“ und dahinter das Diplomatenviertel – eine Ansammlung rotgedeckter Kleinvillen, die wie eine Kompanie gehorsamer Soldaten in der Landschaft stehen und von denen es praktischerweise nur fünf Minuten zum Präsidentensitz sind. Gegenüber blinken die Kuppeln von Kasachstans nunmehr größter Moschee und weiter hinten die Zinnen des „Triumph“-Palastes – perfekte Kopie eines Moskauer Stalin-Baus.

Zwischen all den verspielten Türmen und Minaretten, den

schwingenden Fassaden und den Zwiebeldächern dröhnen Dampfmaschinen, nur Menschen gibt es hier nicht. Das neue Astana ist ein Kunstprodukt: ein bisschen Moskau und Las Vegas, ein bisschen Wolfsburg und Eisenhüttenstadt, ein Cocktail aus eurasischer Moderne und sowjetischem Zuckerbäckerstil. „Tausendundeine Nacht“, erregen sich die einen, „in Beton gegossene Machtphantasien“, die anderen.

Peter der Große ließ St. Petersburg in die Sümpfe am Finnischen Meerbusen stemmen, weil er Russland nach Europa öffnen wollte, das Brasília des Oscar Niemeyer war als politische Modellstadt gedacht, Australiens Canberra ist die Frucht eines Streits zwischen Sydney und Melbourne und das neue burmesische Naypyidaw Rückzugsort einer paranoiden Junta.

Aber Astana? „Auch ich wurde vom Umzugsbeschluss überrascht“, bekennt Amanschol Tschikanajew.

Tschikanajew war Nasarbajews erster Chefarchitekt, jetzt ist er so etwas wie der stadtplanerische Vordenker des Staatschefs. Der Professor hat sein Büro hinter dem neuen Rathaus, er sitzt zwischen Modellen und Schränken voller Zeichnungen und zählt die mutmaßlichen Gründe dafür auf, warum sein Präsident sich entschied, dem neuntgrößten Land der Erde ein neu-





PAMEL KASSIN

Muslimische Gläubige bei einer Feier zum Geburtstag des Propheten Mohammed: *Symbol für ein Land, das sich neu erfinden will*

es Zentrum zu geben und dafür Jahr um Jahr zwei Milliarden Dollar zu verbauen.

Die Lage Almatys direkt an der Südgrenze, in unmittelbarer Nähe zu China, sei „ökonomisch eine Sackgasse“ gewesen, sagt er. Und gefährlich obendrein, weil die Kasachen nach der Unabhängigkeitserklärung 1991 gegenüber den Russen eine Minderheit gewesen seien, dem großen Nachbarn im Norden aber das halbe Land wie ein Scheunentor offenstand. Und schließlich habe Nasarbajew die damals krisengeschüttelte Ex-Sowjetrepublik von den Wirtschaftsklans in Almaty lösen müssen, um sie auf Westkurs zu bringen.

Der Erfolg scheint ihm recht zu geben. Seit Kasachstan seine Reichtümer wie Öl und Gas, Uran und Gold selbst nutzen kann, boomt das Land, es hat 13 Milliarden Dollar Rücklagen angelegt, schickt eigene Satelliten ins All und ist mit 40 Milliarden Dollar ausländischen Direktinvestitionen größter Kapitalempfänger pro Kopf unter den Nachfolgestaaten der UdSSR, das Baltikum ausgenommen.

Es gibt Strom und Gas im früheren Nomadenreich, Elf-Klassen-Bildung, ein modernes Bankennetz und private Rentenfonds – Dinge, von denen viele Russen im großen Nachbarland noch träumen. Genügend Gründe also, warum die Kasachen den Blödel-Film „Borat“, über den die ganze Welt jetzt lacht, voll daneben finden – weil er sie als Tölpel karikiert.

Auch den Staatschef lässt der Aufstieg in die Riege der weltweit erfolgreichsten Transformationsländer immer selbstsicherer werden: Bis 2030, so ließ er verkün-

den, wolle sein Land zu den „50 wohlhabendsten Staaten der Welt“ aufschließen, noch früher schon soll es der fünftgrößte Erdölexporteur auf dem Erdball sein und – unausgesprochen – natürlich die wichtigste Macht in der zentralasiatischen Region.

Und weil der energiehungrige Westen an den Schätzen des Kasachen teilhaben will, sieht er über dessen rigide Staatsführung hinweg, über die unfreien Wahlen, die Morde an Oppositionellen und das Gebaren des Präsidenten-Clans, denn Nasarbajews Töchter und Schwiegersöhne sitzen im Öl- und Baugeschäft und im Mediensektor wie fette Spinnen im Netz.

Natürlich hat sich ganz Almaty aufgeregt, als der Präsident seine Minister, die

Es gibt Strom und Gas und private Rentenfonds – Dinge, von denen viele Russen noch träumen.

ausländischen Botschafter, internationale Fluggesellschaften und sogar den Staatszirkus zum Umzug zwang – in ein Provinznest, das neben dem mongolischen Ulan Bator nun als zweitkälteste Metropole der Welt gilt und das noch unter einem Schneepanzer steckt, wenn in Almaty schon die Mandelbäume blühen. In dem es „nicht mal Bürgersteige“ gebe, wie einer der beleidigten Alt-Hauptstädter sagt, „und das jeden Ziegelstein, jede Dachrinne von anderswo herbeischaffen muss“.

Doch Tschikanajew, der Architekt, sieht in der Unschuld Astanas die eigentliche

Chance: Die Stadt soll zum Symbol werden für ein Land, das sich neu erfinden will. „Wir werden“, sagt der 60-Jährige, „nicht die Produktion der Sowjetzeit wiederbeleben, wir wollen auch nicht nur Rohstoffe verkaufen, wir wollen unser intellektuelles Potential nutzen.“ Astana sei Kasachstans Abschied von der Vergangenheit.

Das sagt ausgerechnet ein Mann, der im Kommunismus groß geworden ist und dessen Anzug aussieht, als hätte auch er jene Zeit überlebt. Aber für Tschikanajew, Sohn eines reichen kasachischen Viehzüchters, ist die neue Stadt eine Wiedergutmachung: Die Sowjets hatten seinen Vater in den zwanziger Jahren „entkulakisiert“ und in die Wälder des Ural vertrieben, der Sohn kam im russischen Jekaterinburg zur Welt. Bis zu zwei Millionen Kasachen starben damals, die Tschikanajews kamen erst 30 Jahre später in ihre Heimat zurück.

Jetzt seien die Kasachen endlich souverän, sagt Tschikanajew. Er will seine Landsleute aus dem früheren Forschungszentrum für Biowaffen im Aralsee herlocken und Experten der ehemaligen Rüstungsindustrie, kasachische Mathematiker und Computerefachleute, die bislang noch in Russland forschen – „jene Leute, die für uns wertvoll sind“. Es soll eine „Hightech-Stadt“ werden, und um möglichst viele Leute anzusiedeln, schreibt er gerade den Masterplan des japanischen Stararchitekten Kisho Kurokawa um – der habe Astana doch nur „als schöne Kulisse gesehen“. Es müssten aber noch mehr Hochhäuser her – „2030 sollen hier 800 000 Menschen wohnen“. Schon jetzt sind 500 000 hier,

deswegen wird auch in der Altstadt mit atemberaubendem Tempo gebaut. Während die Alteingesessenen in den Vierteln, die nun unter den Planierdraht verschwinden, noch um die Höhe ihrer Entschädigung kämpfen, während sich die Rentner über den Verlust ihrer plattgemachten Gemüsegärten erregen und über die unverschämten Preise in den neuen Restaurants, herrscht am Prospekt der Republik bereits der Geist der „Neuen Kasachen“, der „Kasanovas“.

Chruschtschows Plattenbauten haben die Planer hinter weißen Fassaden versteckt, ins Erdgeschoss sind Pubs und Discotheken eingezogen. Auf Reklametafeln versprechen Bauunternehmen jedem, der eine Wohnung kauft, ein „neues Lebensgefühl“, Banken wie Texaka bieten dazu das „schnelle Geld“, der Zins zu zwölf Prozent. Vor den Werbesprüchen schiebt sich hupend eine von Zementstaub verdreckte Lawine von Autos westlicher Marken vorbei.



Stadtplaner Tschikanajew

„Wir holen Leute, die für uns wertvoll sind“

Der „Triumph“-Palast hinter dem „Astana Tower“ ist eben fertiggebaut, aber die 459 Wohnungen Marke „Elite“ oder „de Luxe“ sind bereits verkauft, bei einem Quadratmeterpreis von umgerechnet 1300 Euro. Das ist das Jahresgehalt eines kasa-

„Alles, was blinkt, ist Gas“

Außenminister Frank-Walter Steinmeier setzt bei seiner Reise durch Zentralasien auf das Prinzip Wandel durch Annäherung.

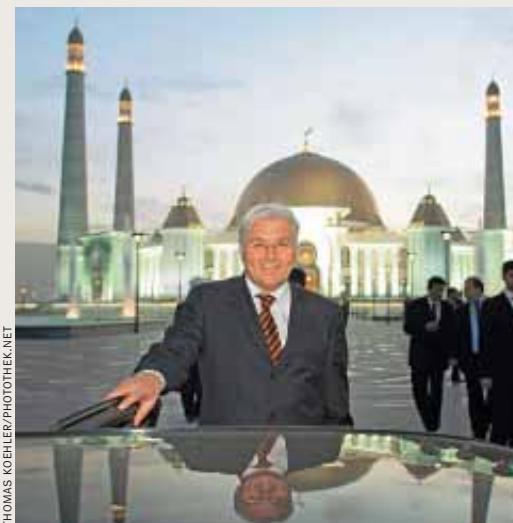
Schön, dass Sie da sind“, sagt der Despot, den seine Untertanen Turkmenbaschi, Vater der Turkmenen, nennen müssen. Mit richtigem Namen heißt er Saparmurat Nijasow, ein bulliger Typ im kurzärmeligen Hemd, um den Hals eine brillantenverzierte Krawatte.

Noch nie war ein deutscher Außenminister in Turkmenistan, nie hatte einer Zeit, kein Kinkel und kein Fischer, aber nun ist Frank-Walter Steinmeier gekommen, und der Präsident platzt geradezu vor guter Laune. Drei Stunden wird das Gespräch dauern, sechs Minister hat Turkmenbaschi mitgebracht, die jedes Mal wie die Schulbuben aufspringen, wenn der Chef sie anspricht. An der Wand hängt eine große Karte seines Landes, auf der überall kleine Lämpchen angebracht sind. „Alles, was blinkt, ist Gas“, sagt der Despot.

Man könnte jetzt über die Vorzüge des Landes reden, den großen Reichtum des Wüstenstaates. Aber Steinmeier will erst einmal über die Schattenseiten sprechen, über Folter, das Verbot einer freien Presse, die Unterdrückung jeder Opposition. Turkmenistan gehört zu einer Gruppe von Staaten, die dank ihres Rohstoffreichtums attraktive Partner sein könnten, mit denen der Westen aber nur schwer ins Geschäft kommt. Im Mai stattete Steinmeier auch den Golfstaaten einen Besuch ab. Nun bereiste er fünf zentralasiatische Länder, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unabhängig wurden. Komende Woche geht es dann an die afrikanische Nordküste, von Marokko über Al-

gerien und Tunesien bis hin nach Libyen, wo seit fast 40 Jahren der Diktator Muammar al-Gaddafi herrscht.

Hinter dem Reiseprogramm steckt Methode. Steinmeier, der sich zum Verdross von Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) leidenschaftlich für die Außenwirtschaft interessiert, will in der Region Wandel durch Annäherung herbeiführen – und so auch nationale Interessen bedienen. Dass Außenpolitik in Zukunft immer stärker „Energieaußenpolitik“ ist, hat sein Amt vor Monaten in einem internen Grundsatzpapier festgelegt. Wenn die Deutschen nachdrücklich, aber mit gewis-



Turkmenistan-Besucher Steinmeier
Gewaltherrscher als Gesprächspartner

chischen Lehrers, „doch jeder Zweite zahlt in bar“, sagt Schanar Ainabulatowa, Vize-Direktorin von Basis-A, jenem Konzern, der den Wolkenkratzer hochgezogen hat. Almaty mag die Nase rümpfen über die Rivalin Astana, aber es legt sein Geld längst in der neuen Hauptstadt an.

Basis-A plant als Nächstes ein ganzes Stadtviertel, „Romance“ soll es heißen und europäische Baustile des 19. Jahrhunderts kopieren – „die Raffiniertheit der Engländer, den Chic der Franzosen und die Leichtigkeit der Italiener“, sagt die Direktorin und blättert in einem Hochglanzprospekt. Die Bilder zeigen ein kasachisches Disneyland, aber wo schon in Astana regieren derzeit Vernunft und Geschmack? In Astana regiert der Größenwahn: Dem neuen Finanzministerium, vis-à-vis der nun ebenfalls glasverspiegelten Zentrale des Geheimdienstes KNB, haben die Planer den Grundriss eines Dollarzeichens gegeben, und Fosters Pyramide mit Kongresszen-

ser Verlässlichkeit die Transformation der autoritären Systeme begleiten, so das Kalkül, könne das in der Zukunft nicht nur Stabilität, sondern auch lukrative Aufträge bringen.

Soll Rivale Glos doch sein Glück bei aufstrebenden Riesen wie Indien und China versuchen, wo er im Sommer anklopfte, heißt es spöttisch im Außenministerium. Dort stünden die anderen Interessenten Schlange, viel könne ein deutscher Minister da eh nicht erreichen. Steinmeier konzentriert sich da lieber auf die zweite Liga der Wirtschaftspartner.

Allerdings sind seine Gesprächspartner dort meist autoritäre Führer, manchmal auch einfach übergeschnappte Gewaltherrscher.

So gleichen die Reisen oft Drahtseilakten, weil der Minister immer wieder zum Missfallen seiner Gastgeber auch Menschenrechtsfragen anspricht. In Kirgisien brachen vergangene Woche neue Unruhen aus, bis kurz vor der Landung am Freitag wusste der Deutsche nicht, ob es wieder zu Übergriffen gegen die Opposition kommen würde. In Usbekistan tritt er sich zwei Stunden mit dem Präsidenten Islam Karimow über die Verfolgung von Dissidenten.

Steinmeier hofft, dass sich der Einsatz lohnt. Ob er eigentlich wisse, wie viel Kapital sein Land schon jetzt in Deutschland liegen habe?, fragte Turkmenbaschi den Außenminister. Der musste passen: „In Deutschland gilt das Bankgeheimnis auch gegenüber der Bundesregierung.“

Daraufhin verriet Nijasow stolz, er habe zwei Drittel seines Geldes bei der Deutschen Bank angelegt, „für drei Prozent Zinsen“. Geld, lockte er den Gast aus Berlin, habe sein Land im Überfluss: „Wir zahlen immer bar.“

RALF BESTE



Neubauviertel in Astana: Bayerische Weißwürste und Franziskaner vom Fass

trum und Opernhaus, verrät ein Fachmann, werde so viel Strom verbrauchen wie eine „mittlere deutsche Kleinstadt“.

Nasarbajew ficht das so wenig an wie die nach Astana drängende Baubranche. Schweizer und Italiener sind da, Kuweiter und Jordanier. Der Scheich von Katar spendierte die Moschee; die Binladin-Gruppe, hier hinter dem Namen „KazArabInvest“ versteckt, baut nach dem Herzzentrum jetzt vier 20-stöckige Türme; der südkoreanische Highvill-Konzern zieht gleich ein ganzes Stadtviertel hoch, mit 600 000 Quadratmeter Wohnfläche.

Das alles ist nichts gegen die Omnipresenz der Türken. Sie haben die Moschee gebaut, sie errichteten die Pyramide. „Die kaufen wie am Fließband Grundstücke auf, setzen Subunternehmer ein und verkaufen das schlüsselfertige Projekt“, erzählt ein Stadtbeamter. Dass die Türken Beton bei minus 40 Grad gießen und sie die meisten tödlichen Unfälle haben, wisse jeder hier, sagt er und zeigt auf das Skelett einer riesigen Wohnanlage, die wohl wieder abgerissen werden wird. Astana sei voll von „temporärer Architektur“, die kaum 20 Jahre überdauern dürfte, warnt der Japaner Tsubokura Takashi, ein Gehilfe von Stadtplaner Kurokawa.

Die Türken seien „bei einfachen Kasachen nicht beliebt“, sagt Unternehmer Andreas Seewalt, der in einer stillgelegten Mährescherfabrik eine kleine Handelsfirma betreibt. „Doch weiter oben hält sich die Mär, sie hätten nach dem Krieg ganz Deutschland wiederaufgebaut. Und Deutschland – das klingt hier nach Solidität.“

Nur: Die Deutschen sind nirgendwo in Astana. Zwar hat die Lufthansa dem Druck der Kasachen nachgegeben und fliegt jetzt zweimal wöchentlich die Steppenmetropole an. ThyssenKrupp baut Fahrtreppen für die türkischen Hochhäuser, Wirtgen

liefert Asphalttechnik, eine Berliner Firma half beim Präsidentenpalast, und vorige Woche war sogar der deutsche Außenminister da. Aber bei den Ausschreibungen selbst den Hut in den Ring werfen? „Es ist das Übliche“, sagt Seewalt, „die Deutschen wollen deutsche Preise und staatliche Garantien, beides aber läuft hier nicht. Willst du beim Großprojekt Astana einsteigen, musst du vorher die entscheidenden Leute auf deine Seite ziehen – das ist den Deutschen zu beschwerlich.“

Seewalt kennt beide Welten, er ist 43, er kam wie Hotelier Jurij Braun als Deutschstämmiger zur Welt, in Peterfeld, im Norden Kasachstans. Er hat Elektrotechnik studiert, reiste 1992 mit den Eltern nach Bayern aus, scheiterte dort mit seinen Geschäften und versuchte den Sprung zurück, mit vier Lkw voll deutscher Farbe.

Er hat keine Angst vor Dingen, von denen er eigentlich nichts versteht, und er weiß umzugehen mit den Mächtigen der Stadt. Die gaben ihm ein Stück vom großen Kuchen ab: Seewalt durfte das neue Zirkusgebäude verkleiden, das wie ein Ufo zwischen Alt- und Neustadt hockt. Freunde in Deutschland halfen ihm, sie fanden Fachleute und Material. Nun will er den 182-Meter-Turm der Eisenbahnverwaltung mit einer Glasfassade versehen – ein Zehn-Millionen-Euro-Auftrag.

Stadtplaner wie lokale Geschäftsleute warten trotzdem weiter auf die „echten“ Deutschen, solche, die keine Angst haben vor dem Risiko Astana. Jemand hat schon ein „Bier-Chaus“ aufgemacht. Es gibt Weihenstephan und Franziskaner vom Fass und bayerische Weißwürste. Es sitzen allerdings nur Kasachen drin. Sie hören Lieder wie „Rosamunde, schenk mir dein Herz“ oder „Mir san ja dö lustigen Holzhackersbuam“.

Aber es ist niemand da, der sie ihnen übersetzen kann.

CHRISTIAN NEEF



Das Genie der Karpaten

Global Village: Ceaușescus Heimatort zittert vor der Diktatur der EU-Bürokraten.

Am Rand von Scornicești steht, hinter alten Walnussbäumen verborgen und holzschindelgedeckt, eine verlassene walachische Bauernkate. Mit Fußböden aus gestampftem Lehm, offener Feuerstelle, zwei kargen Räumen.

Das Haus bewacht Emil. Ein Mann von Ende vierzig, blauer Trainingsanzug, wirres schwarzes Haar. Einer, der aussieht, als sei er in stillem Gleichklang mit seiner Umgebung langsam verwildert. Hinter der Tür zur eisigen Diele des Nebengebäudes brüht er Kaffee und erzählt von seinem Leben.

Emil Barbulescu war als Chef von Polizei und Geheimdienst bis zum Sturz der Kommunisten 1989 der starke Mann im Bezirk. Emils Vater war Erster Parteisekretär, die Mutter überwachte das Bildungswesen. Emils Onkel, in der Bauernkate gleich nebenan geboren und bis zu seinem Tod häufiger Gast, war das „Genie der Karpaten“ – Rumäniens Staats- und Parteichef Nicolae Ceaușescu.

Wie Ceaușescus Geburtshaus sahen in Scornicești alle Häuser aus. Bis der „Titan unter den Titanen“ in den Achtzigern von „agro-industriellen Komplexen“ zu träumen begann, bis Emils Vater Baubrigaden in Marsch setzte, um Bauernhäuser niederzureißen und durch Dreistöcker zu ersetzen. Während Emil selbst darüber wachte, dass es bei alledem ruhig blieb im Ort.

Auf wenige Meter an Ceaușescus Geburtshaus sollte in der Modellstadt Scornicești 130 Kilometer westlich von Bukarest das moderne Rumänien mit glücklichen Landarbeitern in kommunalen Wohnblocks heranrücken. Dahinter allerdings hat das alte Rumänien überlebt – mit Bauern, die die Scholle aufreißen und Schweine abstechen wie seit Hunderten von Jahren.

Andruta Ceaușescu, den Patriarchen der Bauernsippe, haben sie auf einem Wandgemälde zwischen Ikonen in der Friedhofskirche verewigt. Wohl auch, weil er sich mit den Kommunisten anlegte, als ihm in den Fünfzigern die Ochsen weggenommen werden sollten. Nicolae, sein Sohn, aber hat die Parteilinie nach seinem Aufstieg zur Macht 1965 verteidigt. Und Emil, der Enkel, erlebt nun, wie sich vor seiner Haustür, auf gerade rückübertragenen Bö-

den, die nächste Zeitenwende ankündigt. Abgesandte aus Straßburg oder Brüssel erscheinen neuerdings in Scornicești und prüfen Betriebe. Flugblätter kursieren, auf denen steht, viel Geld warte auf die Menschen hier, wenn sie nur mit der neuen Zeit gingen. Wenn sie sich Kühltanks anschafften für ihre Milch, Eier prüften und Schweine nicht mehr ausbluten ließen nach Väter Sitte – drei bis vier kräftige Männer halten das Tier, und einer setzt ihm das Messer an den Hals.

Nun sollen Ruheräume in den Schlachthöfen her, damit das Schwein während seiner letzten Lebensstunden Stress abbauen kann. So, wie in der EU üblich – der Gemeinschaft, der Rumänien am 1. Januar beitreten wird. Die Bauern von Scornicești

es sein, dass die EU Mindestlebensraum für Zuchtvieh fordert, wo doch in Rumänien nicht einmal der Platz für Sträflinge reicht? Statt der vom Europarat empfohlenen sechs Quadratmeter für eine Einzelzelle werden im Landesschnitt sechs Kubikmeter und Stockbetten geboten.

Die kleinen Bauern, sagt der Bürgermeister von Scornicești, werden sich umstellen müssen. Etwa 80 Prozent der rumänischen Landwirtschaftsbetriebe bearbeiten weniger als fünf Hektar. Beweiden dabei Karpaten-Almen und treiben Schafe durch die Baragan-Steppe, bauen im walachischen Flachland Pyramiden aus Maisstroh und treiben Schweine zwischen Rebstöcken durch die Vorgärten. Die kleinen Bauern kämpfen ums Überleben, aber noch halten sie das alte Herz Rumäniens am Schlagen.

Am Ortsrand von Scornicești hat derweil schon die Neuzeit begonnen. In der für 1,6 Millionen Euro sanierten Fleischfabrik zersäbeln Arbeiter in EU-konformen Schutzanzügen Rinderhälften aus Brasilien und Schweine aus Polen wie aus Deutschland. Im ganzen Betrieb ist nur noch das Eichenholz, das zum Räuchern der Würste verfeuert wird, rumänischer Herkunft.

Transport und Importsteuern inbegriffen seien die Einfuhren vom Amazonas oder aus Massenaufzuchten des Oldenburger Lands noch deutlich billiger als rumänisches Fleisch – die Regierung

in Bukarest stelle zu wenig Subventionen bereit, sagt der Fabrikbesitzer.

Ceaușescus Neffe Emil blinzelt derweil auf seinen Weingarten. Er wäre schon zufrieden, wenn er wegen der 100 Liter, die die Rebstöcke vor dem Geburtshaus des toten Führers aller Rumänen jährlich abwerfen, nicht Ärger mit der EU bekäme. Erlaubt und steuerlich begünstigt ist ab 1. Januar nur noch die Hälfte – 0,13 Liter Obstschnaps täglich genehmigen Brüssels Experten zum Privatverbrauch.

Fast sehe es so aus, sagt Emil Barbulescu spöttisch, als ob mit dem Segen der EU-Bürokratie nun doch noch vollendet werden könnte, was Nicolae Ceaușescu in Angriff nahm: die Abschaffung des rumänischen Kleinbauern unter dem Banner des Fortschritts.

WALTER MAYR



Bauer Dinescu, Ehefrau: „Mein Schwein hat keinen Stress“

rätseln noch. „Mein Schwein ruht sich den ganzen Sommer lang aus. Es hat keinen Stress“, sagt Ioan Dinescu.

Dinescu hat schon das Vieh von Ceaușescus Vater gehütet und bewohnt jetzt eine Hütte, die mit knapper Not Platz zum Schlafen und Stehen bietet. Der Schwarzweißfernseher im Schlafzimmer hat den Dienst eingestellt, Dinescu hat deshalb auch sonntags morgens Zeit für seine Tiere – wenn bis zu 60 Prozent der Rumänen die von der EU mitfinanzierte Sitcom „Der Weg nach Europa“ sehen. Und dabei lauschen, wie ein Häuflein vermeintlich landestypischer Knallchancen Folgen und Chancen des EU-Beitritts erörtert.

Lohnt es, schon jetzt eine Schneckenfarm zu gründen, um ab 1. Januar Europas Feinschmecker-Märkte zu erobern? Kann

DRAGOS MICIU



David Foster Wallace

ist amerikanischer Romanautor und Essayist und lebt in Kalifornien, wo er an einem College in Claremont Englisch und Creative Writing lehrt. Wallace, 44, hat neben zahlreichen journalistischen Texten bisher zwei Romane („Der Besen im System“, „Infinite Jest“) und diverse Bände mit Kurzgeschichten geschrieben, sein jüngster ist gerade erschienen („In alter Vertrautheit. Storys“; Verlag

Kiepenheuer & Witsch). Bevor Wallace mit dem Philosophie-Studium begann, spielte er professionell Tennis. Den Schweizer Tennisprofi Roger Federer hat er in diesem Sommer bei dessen Sieg in Wimbledon beobachtet. Federer ist seit Februar 2004 die Nummer eins der Weltrangliste, hat viermal hintereinander Wimbledon gewonnen und will nun zum dritten Mal den Tennis Masters Cup gewinnen, der ab dem 12. November in Shanghai ausgetragen wird.

TENNIS

Poesie in Bewegung

44 Turniersiege, 9 Grand Slams: Warum der Schweizer Roger Federer wahrscheinlich der beste Spieler aller Zeiten ist. *Von David Foster Wallace*

Fast jeder Tennisfan, der die großen Herrenturniere vor dem Fernseher verfolgt, hat in den vergangenen Jahren das erlebt, was man einen Federer-Moment nennen könnte. Das sind die Momente, in denen man dem jungen Schweizer mit offenem Mund und weit-aufgerissenen Augen zusieht und dabei Laute ausstößt, dass die Frau aus dem Nachbarzimmer kommt, um zu schauen, ob sie den Notarzt rufen soll.

Noch intensiver sind diese Momente, wenn man selbst Tennis gespielt hat und weiß, dass das gerade Gesehene im Grunde unmöglich ist.

Vierter Satz, Finale der U.S. Open 2005, Roger Federer schlägt auf gegen Andre Agassi. Zuerst ist es das typische Hin und Her des modernen Power-Grundlinienspiels, Federer und Agassi hetzen einander von einer Seite zur anderen, bis schließlich Agassi einen Ball gegen die Laufrichtung Federers schmettern kann, eigentlich ein tödlicher Ball. Federer ist noch im linken Feld, fast schon an der Mittellinie, doch er schaltet irgendwie auf Umkehrschub, macht drei, vier unglaublich schnelle Schritte zurück und schlägt, das ganze Gewicht nach hinten ver-

lagernd, aus der linken Ecke eine Vorhand, der Ball passiert Agassi, Federer tänzelt noch, während der Ball aufspringt. Entsetztes Schweigen bei den New Yorker Zuschauern, bevor die Menge explodiert. John McEnroe, der das Spiel im Fernsehen kommentiert, sagt (mehr oder weniger zu sich, so klingt es jedenfalls): „Wie kann man aus dieser Position einen solchen Ball schlagen?“

Es war unmöglich. Es war wie eine Szene aus dem Film „Matrix“, in der die Grenzen der Schwerkraft nicht mehr gelten. Ich weiß nicht, welche Geräusche ich gemacht habe, aber meine Frau sagt, überall auf der Couch habe Popcorn gelegen, und ich hätte mit weit aufgerissenen Augen vor dem Bildschirm gekniet.

Das jedenfalls war so ein Federer-Moment, obwohl ich ihn nur im Fernsehen erlebt habe und obwohl natürlich Tennis im Fernsehen sich zu real erlebtem Tennis verhält wie ein Pornofilm zu real erlebter Liebe.

Roger Federer ist gegenwärtig der beste Tennisspieler der Welt, vielleicht der beste aller Zeiten. Seine Herkunft, sein Elternhaus in Basel, sein enges Verhältnis zu seinem Trainer, der 2002 bei einem Unfall

tödlich verunglückte, seine 44 Turniersiege, seine 9 Grand Slams, die Rolle seiner Freundin, die mit ihm auf Reisen geht (selten im Herrentennis) und sich um seine Vermarktung kümmert (einmalig im Herrentennis), seine psychische Stärke, seine Fairness, seine Großzügigkeit – all das ist bekannt und kann mit einem Mausklick im Internet abgerufen werden.

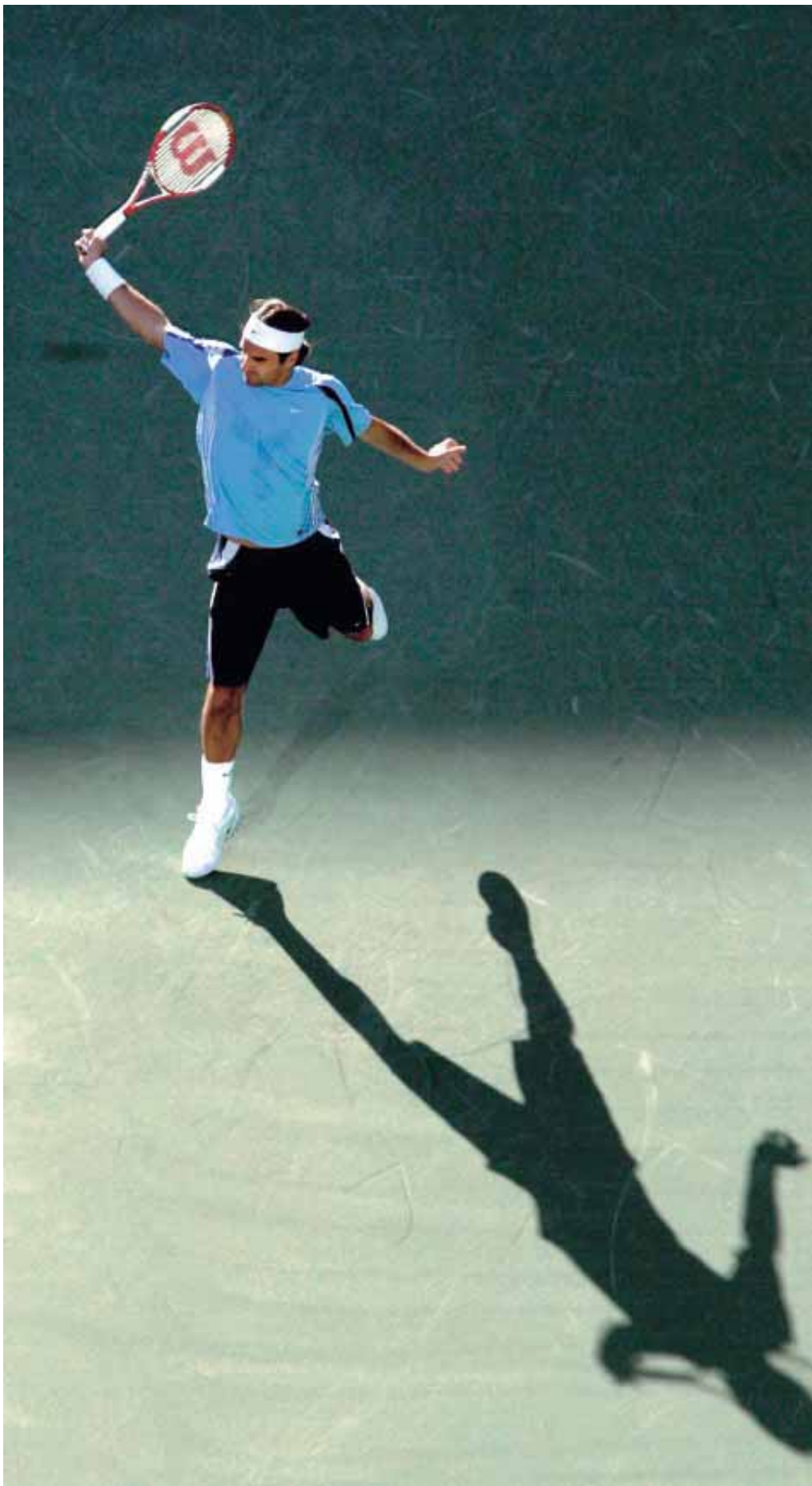
Und doch: Sieht man Roger Federer live spielen, ist das so etwas wie eine „religiöse Erfahrung“. Das klingt wie eine Übertreibung, aber sie trifft den Kern der Sache.

Im Leistungssport geht es nicht um Schönheit, aber der Spitzensport ist ein Ort, an dem sich menschliche Schönheit zeigt. Diese Schönheit, um die es hier geht, ist von besonderer Art; man könnte sie als kinetische Schönheit bezeichnen, als eine Schönheit der Bewegung. Ihre Anziehungskraft ist universell, und sie hat nichts mit Sex zu tun, nichts mit kulturellen Normen, sondern mit den anscheinend grenzenlosen Möglichkeiten eines menschlichen Körpers.

Im Männersport redet natürlich niemand von Schönheit oder Anmut der Körper. Männer reden vielleicht von ihrer „Liebe“



Weltklasseathleten Ali (1971), Maradona (1986), Jordan (1991): Die Gesetze der Physik scheinen nicht zu gelten



zum Sport, aber diese Liebe hat immer etwas Kriegerisches: Angriff, Gegenangriff, Rang und Status, Zahlenvergleiche, technische Analysen, regionale oder nationale Leidenschaften, Uniformen, Massenjubiläum, Fahnen, Kriegsbemalung, Drohgebärden und so weiter. Die meisten von uns fühlen sich in der Sprache des Krieges sicherer als in der Sprache der Liebe.

Die Schönheit eines Spitzenathleten lässt sich unmöglich direkt beschreiben. Federers Vorhand beispielsweise erinnert mich an einen Peitschenhieb. Sein Slice mit der einhändigen Rückhand ist derart angeschnitten, dass der Ball in der Luft Figuren beschreibt und auf dem Gras höchstens bis auf Knöchelhöhe aufspringt. Sein Aufschlag ist so schnell und genau und variantenreich, wie das kein anderer Spieler schafft. Federers Antizipation und sein Gespür für den Platz sind legendär, seine Beinarbeit ist unerreicht – als Kind war er ein sehr guter Fußballer.

All das stimmt, und doch erklärt es im Grunde nichts und vermittelt auch nicht, was es heißt, die Schönheit und die Genialität von Federers Spiel mit eigenen Augen zu sehen. Man muss sich Federers ästhetischen Qualitäten anders nähern, durch Umschreibungen zum Beispiel, oder so wie der Theologe Thomas von Aquin sich seinem Gegenstand näherte – indem er definierte, was Gott nicht ist.

Zum Beispiel ist Federers Schönheit nicht fernsehtauglich, jedenfalls nicht ganz. Tennis im Fernsehen hat Vorteile, aber die Wiederholungen in Zeitlupe und die Nahaufnahmen schaffen nur eine Illusion von Nähe, während sich der Zuschauer in Wahrheit gar keine Vorstellung davon machen kann, wie viel bei der Übertragung verlorengeht.

Reales Tennis ist dreidimensional, das TV-Bild aber nur zweidimensional. Verloren geht die tatsächliche Länge des Spielfelds (knapp 24 Meter zwischen den Grundlinien) und die Geschwindigkeit, mit der der Ball diese Entfernung zurücklegt – auf dem Bildschirm wird das nicht fassbar, auf dem Platz erfüllt es den Beobachter mit ehrfürchtigem Staunen. Gehen Sie mal zu einem Profiturnier, wo Sie nur ein paar Meter neben der Seitenlinie sitzen, und erleben Sie, wie hart die Profis den Ball schlagen und wie wenig Zeit ihnen bleibt, ihn zu erwischen, wie schnell sie sich bewegen und schlagen und sich wieder neu orientieren. Und niemand ist schneller und scheinbar müheloser als Roger Federer.

Was im Fernsehen interessanterweise deutlich wird, ist Federers Intelligenz. Federer besitzt wie kein anderer die Fähigkeit, den richtigen Winkel für einen Schlag zu erkennen, und im Fernsehen kann man diese Art von „Federer-Momenten“ ideal nachvollziehen. Schwerer nachzuvollziehen ist jedoch, dass diese spektakulär geschlagenen Winner nicht aus dem Nichts kommen – sie sind meist über mehrere

KEVIN LAMARQUE / ACTION IMAGES / PIXATHLON

Weltranglisten-Erster Federer: „Eine religiöse Erfahrung“

Spielzüge angelegt und hängen nicht nur davon ab, wie Federer die Bewegungen des Gegners bestimmt, sondern auch von Tempo und Platzierung des entscheidenden Schlags. Und wer begreifen will, warum Federer andere Weltklasseathleten derart mühelos kontrolliert, braucht wiederum sehr viel mehr technisches Wissen über das moderne Power-Grundlinienspiel, als es das Fernsehen vermitteln kann.

Seit fast zwei Jahrzehnten wird offiziell erklärt, dass sich das professionelle Tennis von einem Spiel, das von Tempo und Finesse geprägt war, in ein körperbetontes, fast brutales Spiel verwandelt hat. Die Profis von heute sind messbar größer, stärker und fitter, und die modernen Hightech-Schläger geben ihnen die Möglichkeit, mit mehr Tempo und Spin zu spielen. Die Frage ist, wieso ausgerechnet jemand von Federers Eleganz das Herrentennis dominiert.

Dafür gibt es mehrere Erklärungen. Eine davon hat mit Metaphysik zu tun, und wahrscheinlich kommt sie der Wahrheit am nächsten. Die anderen sind eher technischer Natur und lassen sich besser in Worte fassen.

Die metaphysische Erklärung ist die, dass Federer einer jener seltenen Athleten ist, für die bestimmte physikalische Gesetze nicht zu gelten scheinen. Ähnlich liegen die Dinge bei dem Basketballer Michael Jordan, der nicht nur unglaublich hoch springen, sondern sich auch etwas länger in der Luft halten konnte, als es die Schwerkraft eigentlich erlaubt. Oder bei Muhammad Ali, der wirklich über den Boden zu fliegen schien.

Seit 1960 gibt es wahrscheinlich ein halbes Dutzend solcher Beispiele. Federer gehört ebenfalls in diese Kategorie – man könnte diese Sportler als Genies oder Mutanten oder übernatürliche Wesen bezeichnen. Federer wirkt nie gehetzt, verliert nie die Balance. Seine Bewegungen sind eher harmonisch als athletisch. Genau wie Ali, Jordan oder Maradona, wirkt er realer und zugleich irrealer als seine Gegner. Federer in Weiß auf dem Wimbledon-Rasen ist wie ein Wesen aus Fleisch und Licht.

Nach dem Halbfinale von Wimbledon in diesem Sommer zwischen Federer und dem Schweden Jonas Björkman, bei dem Federer den Schweden nicht nur einfach besiegt, sondern vernichtend geschlagen hatte, sagte Björkman auf der anschließenden Pressekonferenz, dass er sich gefreut habe, dem Schweizer vom besten Platz des Hauses aus zusehen zu dürfen. Vor der Pressekonferenz hatten die beiden Freunde miteinander gescherzt und geplaudert, Björkman sprach davon, wie unnatürlich groß der Ball auf dem Platz gewirkt habe, was

Federer bestätigte: so groß wie eine Bowlingkugel oder ein Basketball.

Federer wollte seinem Freund gegenüber höflich sein, aber seine Bemerkung verrät auch, was Tennis für Federer wirklich ist. Wenn jemand übernatürliche Reflexe, Koordination und Schnelligkeit hat, wird er auf dem Platz nicht das Gefühl haben, sehr schnell oder reaktionsstark zu sein, sondern eher den Eindruck haben, dass der Tennisball sehr groß ist und sich langsam bewegt, was wiederum auch bedeutet, dass man mehr Zeit hat, den Ball zu treffen. Für den staunenden Zuschauer mag das alles sehr schnell aussehen und

leichtes Kippen des Schlägers um ein paar Grad nach vorn oder hinten produzieren Sie einen Topspin beziehungsweise einen Slice. Ein senkrecht gehaltener Schläger produziert eine flache Flugbahn ohne Drall. Wenn Sie den Schläger etwas nach links oder rechts ziehen und den Ball vielleicht eine Tausendstelsekunde früher oder später schlagen, produzieren Sie einen cross beziehungsweise longline geschlagenen Return. Außerdem beeinflussen kleine Nuancen bei der Schlägerhaltung, wie hoch der Ball über das Netz fliegt. Dies und die Härte Ihres Returns wirken sich darauf aus, wie tief oder flach der Ball in

der gegnerischen Spielfeldhälfte landet, wie hoch er abspringt. Das alles ist wichtig, aber genauso wichtig ist es auch, wie nahe Sie den Ball an sich heranlassen, wie Sie den Schläger halten, wie tief Sie die Knie beugen, wie weit Sie Ihr Gewicht nach vorn verlagern und ob Sie imstande sind, die Flugbahn des von Ihnen geschlagenen Balls zu verfolgen und gleichzeitig zu beobachten, wie Ihr Gegner reagiert. Außerdem müssen Sie bedenken, dass Sie nicht ein statisches Objekt in Bewegung setzen, sondern die Flugbahn eines Balls umkehren, der auf Sie zugeflogen kommt – im Profitennis wohlgerichtet mit einer Geschwindigkeit, bei der keine Zeit mehr zum Nachdenken bleibt. Der Aufschlag des kroatischen Spielers Mario Ančić beispielsweise erreicht ein Tempo von etwa 210 Stundenkilometern. Da die Entfernung zwischen Ančić' Grundlinie und Ihnen etwa 24 Meter beträgt, bedeutet das, dass der Ball in 0,4 Sekunden bei Ihnen ist. Das reicht nicht einmal für einen doppelten Lidschlag.

Im Profitennis geht es also um Bewegungsabläufe, die so schnell sind, dass dem Spieler bewusste Entscheidungen nicht mehr möglich sind. Wir befinden uns hier im Bereich von Reflexen, von unbewusst ablaufenden physischen

Reaktionen. Und doch hängt ein erfolgreicher Aufschlagreturn von vielen Entscheidungen und physikalischen Feinabstimmungen ab, die weitaus komplexer und gezielter sind, als es ein Blinzeln oder ein erschrockenes Zusammenzucken erfordern.

Ein erfolgreicher Aufschlagreturn verlangt kinästhetisches Gespür, das heißt: die Fähigkeit, den Körper und dessen künstliche Verlängerung durch komplexe, blitzschnelle Reaktionen zu steuern. Also: Gespür, Antizipation, Ballgefühl, Auge-Hand-Koordination, Bewegungsfluss, Reflexe und dergleichen mehr. Für talentierte Jugendspieler geht es im Training vor allem darum, ihre kinästhetische Wahrnehmung zu verfeinern. Trainiert werden sowohl



Idol Federer, Freundin Mirka: Universelle Anziehungskraft

überaus geschickt, ein Spieler wie Federer aber wird dies selbst nicht empfinden.

Schnelligkeit ist nur ein Teil des Geheimnisses. Tennis wird oft als Spiel bezeichnet, in dem es um Zentimeter geht. Aus Sicht eines Spielers ist es ein Spiel, in dem es um Mikrometer geht. Jede noch so geringfügig veränderte Schlägerhaltung im Moment des Auftreffens hat große Auswirkungen auf die Flugbahn des Balls.

Stellen Sie sich vor, Sie stehen knapp hinter der Grundlinie. Der Gegner schlägt den Ball auf Ihre Vorhand. Sie bringen sich in die entsprechende Position und holen mit der Vorhand aus. Der heranfliegende Ball ist nun kurz vor Ihrer Hüfte, rund 15 Zentimeter vom Treffpunkt entfernt. Sie haben nun viele Möglichkeiten: Durch

Muskeln als auch Nervenbahnen. Wer täglich Tausende Bälle schlägt, entwickelt die Fähigkeit, durch Gespür und Ahnung etwas zu bewältigen, was mit bewusstem Denken nicht möglich ist.

Weil das nur mit viel Zeit und Disziplin erreicht werden kann, fangen Top-Tennispieler meist schon früh an. Federer hat mit 16 die Schule verlassen und gewann bald den Juniorentitel in Wimbledon. Dafür aber braucht es mehr als nur Zeit und Training – eben Talent. Federers Herrschaft ließe sich also damit erklären, dass er kinästhetisch etwas begabter ist als seine Konkurrenten. Nur ein kleines bisschen begabter, denn jeder unter den Top 100 ist hinreichend begabt, aber wie gesagt, beim Tennis geht es um Mikrometer.

Diese Erklärung ist plausibel, aber unvollständig. 1980 wäre sie vermutlich vollständig gewesen. Doch im Jahr 2006 stellt sich die Frage, warum es noch immer auf diese Sorte Talent ankommt. Roger Federer dominiert das größte, stärkste, fitteste, besttrainierte Feld im Profi-Herrentennis aller Zeiten, in dem Schläger verwendet werden, von denen es heißt, sie würden die kinästhetischen Talente der Spieler überflüssig machen – so als wollten sie während eines Metallica-Konzerts Mozart pfeifen.

Tatsächlich ist es so, dass die modernen Graphitschläger um einiges leichter und größer sind als die alten Holzschläger. Bei einem modernen Schläger muss man den Ball nicht exakt in der geometrischen Mitte der Bespannungsfläche treffen, um ein hohes Tempo zu produzieren, oder genau den richtigen Punkt, um ihn mit Topspin zu schlagen. Diese Schläger ermöglichen wesentlich schnellere und härtere Grundlinienschläge als noch vor 20 Jahren. Im Vergleich zum altmodischen Serve-and-Volley oder zu den ermüdenden Grundlinienduellen von früher ist das moderne Hochgeschwindigkeits-Grundlinienspiel nicht langweilig, aber es ist relativ statisch und begrenzt. Es ist aber nicht, wie Tennisgurus seit Jahren befürchten, der Endpunkt des Tennissports. Und genau das beweist Roger Federer.

Wimbledon Finale, 9. Juli 2006, zweiter Satz des Finales. Federers Gegner ist der Spanier Rafael Nadal, der sehr jung ist und einen mächtigen Bizeps besitzt, ein geradezu prototypischer Spieler des modernen Power-Tennis. Nadal führt 2:1 und schlägt auf. Federer hat den ersten Satz zu null gewonnen, doch dann ließ er ein wenig nach, wie das manchmal bei ihm vorkommt, und rasch liegt er ein Break zurück. Nadal ist deswegen ein so unangenehmer Gegner, weil er schneller ist als die anderen, weil er all die Bälle erreicht, die sie nicht erreichen. Im Verlauf dieses Ballwechsels schlägt Federer mehrmals hin-

tereinander mit einem Slice auf die beidhändige Rückhand Nadals, der wie hypnotisiert wirkt und zwischen den Ballwechseln nicht mehr in die Mitte der Grundlinie zurückläuft. Federer schlägt nun eine extrem harte Rückhand mit tiefem Topspin in Nadals Vorhandecke, Nadal erwischt den Ball und schlägt ihn cross, Federer antwortet mit einer noch härteren cross geschlagenen Rückhand bis zur Grundlinie, Nadal schlägt den Ball wieder in Federers Rückhandecke und läuft schon zur Mitte zurück, während Federer nun eine völlig andere Rückhand schlägt, cross, aber sehr viel kürzer und in einem steileren Winkel, den niemand erwarten würde, und mit so viel Topspin, dass der Ball knapp vor der Seitenlinie landet und hart wegspringt, unerreichbar für Nadal. Ein spektakulärer Schlag, ein Federer-Moment.

Wer diese Szene live verfolgt hat, konnte auch sehen, dass Federer den entschei-



Federer-Kontrahent Nadal: Fitter und stärker

denden Schlag mit vier oder fünf Schlägen vorbereitet hat. Alles, was nach dem ersten longline Slice kam, sollte Nadal einlullen und seinen Rhythmus stören, ihn aus der Balance bringen und schließlich diesen letzten, unglaublichen Ball ermöglichen.

Federer ist ein erstklassiger, kraftvoller Power-Grundlinienspieler, aber noch viel mehr. Da ist seine Intelligenz, seine Antizipation, sein Gefühl für den Platz, sein Talent, den Gegner zu lesen und zu dominieren, Drall und Tempo zu kombinieren, zu täuschen, taktische Voraussicht und kinästhetische Fähigkeiten einzusetzen statt nur schieres Tempo. Federers Spiel zeigt die Grenzen – und die Möglichkeiten des Herrentennis von heute.

All das mag vielleicht etwas überzogen klingen und allzu bewundernd, doch wir sollten wissen, dass im Fall Roger Federer nichts überzogen klingen kann. Er zeigt, dass Geschwindigkeit und Härte nur das Skelett des modernen Herrentennis sind, aber nicht das Fleisch. Federer hat das Herrentennis neu erfunden, er verkörpert es, buchstäblich und im übertragenen Sinne. ♦



Randalierende Dresdner Fans in Berlin

STEFAN GROßMANN / DEHJ-NEWS (O.); SHOPS (U.)

KRAWALLE

Der Frust der Verlierer

Der Berliner Soziologe Gerd Dembowski über die Gewalt auf den Fußballplätzen und die bisher hilflosen Versuche, in den unteren Ligen dagegen vorzugehen

Dembowski, 34, war Sprecher des „Bündnisses Aktiver Fußball-Fans“ (BAFF) und ist Autor mehrerer Bücher über Gewalt und Rassismus im Fußball.



richter verprügeln oder in der Regionalliga Massenschlägereien anzetteln, generell um Leute aus der sogenannten Unterschicht handelt. Da sind durchaus auch Leute dabei, die Geld haben.

SPIEGEL: Ähnelt der kommerzialisierte Fußball nicht längst einer

Klassengesellschaft? Hier die modernen Erstliga-Arenen mit Businesslogen, dort die Amateurstadien, in denen sich Krawallgruppen austoben?

Dembowski: Es war schon immer so, dass bei Jugendlichen, die unter Perspektivlosigkeit leiden – Soziologen nennen sie Modernisierungsverlierer –, der Frust in Gewalt umschlagen kann. Dass Krawalle nur selten in den neuen Arenen stattfinden, liegt an der Überwachung und natürlich an der Arbeit der Fanprojekte.

SPIEGEL: Was können der DFB und die Vereine, außer den jetzt beschlossenen Maßnahmen zur Förderung von Fanprojekten, gegen die Gewalt noch unternehmen?

Dembowski: Statt immer nur die Kommerzialisierung voranzutreiben, könnte man mal darüber nachdenken, wie man die Zusammensetzung des Publikums verändert. Noch immer finden sich kaum Migranten in deutschen Stadien, weil die Fankurven als Hoheitsgebiet eher rechts orientierter Anhänger gelten. Solche Hegemonien muss man durchbrechen, indem man die Vereine dazu verpflichtet, sich noch klarer für Integration einzusetzen.

SPIEGEL: Sind gerade kleine Clubs mit solchen Aufgaben nicht überfordert?

Dembowski: Nicht, wenn sie von der Politik entsprechend unterstützt würden. Fußball ist ein ideales Gebiet, um Integration zu fördern, weil man bei den Vereinen in den unteren Ligen alle möglichen gesellschaftlichen Gruppen erreichen könnte. Aber noch hat man diese Chance nicht erkannt.

SPIEGEL: Vor allem bei Clubs im Osten hat sich eine rechte Fankultur etabliert. Sind Vereine mit solchen Phänomenen überfordert?

Dembowski: Vielen Vereinen in den unteren Ligen fehlen Fanprojekte. Und rechte Fangruppen bekämpft man am besten, indem sie erst gar nicht ins Stadion gelassen werden und man ihnen damit signalisiert: Bei uns nicht. Es gibt Handbücher für Ordner, da steht genau drin, wie rechte Jugendliche heute aussehen.

SPIEGEL: Beim Regionalligisten Dynamo Dresden scheint man den Kampf gegen die Schläger aufgegeben zu haben. Die Fans dort gehören seit Jahren zu den gewalttätigsten in Deutschland.

Dembowski: Dresden ist ein Sonderfall. Dynamo versteht sich ja wegen seiner erfolgreichen Vergangenheit als das Bayern Münchens des Ostens, aber nun spielt man nur noch in der dritten Liga. Dort werden nach fast jedem Spiel die Fans der Gästemannschaft angegriffen. Sogar normale Fußballbesucher lassen sich zu Schmähungen hinreißen.

SPIEGEL: Nach den Ausschreitungen von Dresdner Fans in Berlin haben Verantwortliche des Vereins die Schläger in Schutz genommen und erklärt, die Polizei habe die Krawalle provoziert.

Dembowski: Das sind Reflexe, die nur davon ablenken sollen, dass man in Wahrheit große Probleme hat. Vielleicht wollen die Verantwortlichen in Dresden auch nur einen Teil ihrer Klientel nicht vergraulen.

INTERVIEW: GERHARD PFEIL

SPIEGEL: Die jüngsten Ausschreitungen haben Deutschland aus der schönen WM-Stimmung gerissen. Haben wir ein neues Hooligan-Problem?

Dembowski: Wir wissen schon seit Jahren, dass es in unteren Ligen Gewalt gibt. Seit der WM berichten die Medien nur wieder verstärkt über die Ausschreitungen. Erst recht, wenn es sich so häuft wie am vorvergangenen Wochenende, als es Krawalle in Berlin, Augsburg und Pforzheim gab und ein ganzer Spieltag in der Kreisliga im Siegerland abgesagt wurde.

SPIEGEL: Wer sind die Leute, die sich bei Drittligaspielen prügeln?

Dembowski: Natürlich gibt es noch Hooligan-Reste. Aber diese Szene stirbt aus. Die Gruppen, die heute Ärger machen, sind unorganisiert, oft weiß man gar nicht genau, woher sie kommen.

SPIEGEL: Erleben wir beim Fußball die Auswirkungen der Klassengesellschaft?

Dembowski: Der Fußball spiegelt immer gesellschaftliche Probleme wider. Das Stadion oder der Fußballplatz ist heute nur noch ein weiterer Ort, an dem Aggressionen ausgelebt werden. Aber man kann nicht sagen, dass es sich bei den Leuten, die in der Kreisliga im Siegerland Schieds-

SUIZIDE

Das Tal der Selbstmörder

Der Grand Canyon du Verdon in der Provence in Südfrankreich ist mit bis zu 700 Metern eine der tiefsten Schluchten Europas – und eine der grausigsten dazu: Jahrzehntlang haben sich hier Selbstmörder mitsamt ihrem Auto in den Tod gestürzt. Lange wurden nur die Leichen geborgen, die Wracks blieben liegen. Nun haben erstmals Aufräumarbeiten begonnen. Mit Hilfe von Bergsteigern und einem Hubschrauber wurden die ersten zehn Schrotthaufen abtransportiert, weitere sollen im Frühjahr folgen. Niemand weiß, wie viele der makabren Trümmer an den steilen Hängen und Klippen der Schlucht liegen, nur so viel ist klar: Je intensiver die Behörden suchen, desto mehr finden sie. „Es ist wie ein Automobilmuseum“, sagt Pierre Cartier von der regionalen Naturparkverwaltung. Ein Renault Juva-

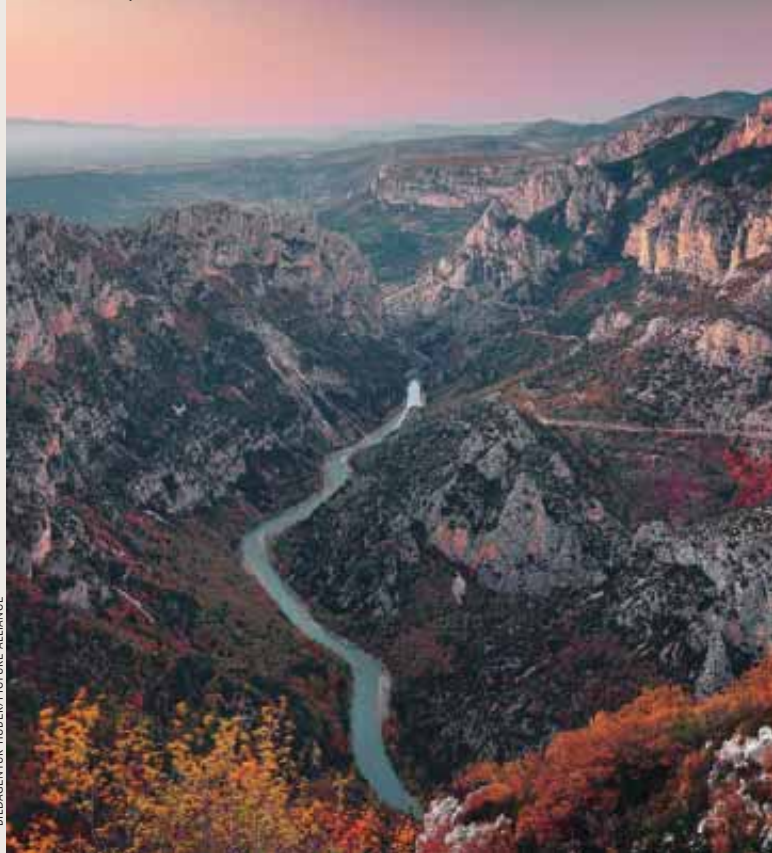


GAIL MOONEY / CORBIS

Wrack aus dem Verdontal

quatre aus den dreißiger Jahren wurde an seinem Platz gelassen, weil er mit der Vegetation verwachsen war. Geborgen hingegen wurden eine Ente und die Überreste so legendärer Modelle wie des Renault R16 und des Citroën DS. Frankreich hat unter den Industrienationen eine relativ hohe Suizidrate. Seit 1980, als entlang der schmalen Straße des Verdontals Barrieren installiert wurden, ist hier der Selbstmord mit dem Auto selten geworden. Heute, so Cartier, springen Lebensmüde eher von der nahe gelegenen 182 Meter hohen Artuby-Brücke.

Grand Canyon du Verdon



BILDAGENTUR HUBER/PICTURE-ALLIANCE

BIOMETRIE

Abc-Schützen im Anti-Terror-Kampf

Eine schottische Grundschule in Paisley bei Glasgow ist zum Schauprojekt für Anti-Terror-Sicherheitstechnik der Zukunft geworden. Die Kinder dort bezahlen für ihr Mittagessen nicht mehr mit Geld, Gutscheinen oder Chipkarten, sondern indem sie eine Hand vor einen Handflächenscanner halten. Das Verfahren, so der Hersteller, biete mehr Sicherheit als die Analyse eines Fingerabdrucks.

Das Gerät ermittelt das unverfälschbare Muster der Blutgefäße in der Hand und vergleicht es mit dem Datenbestand. Der Computer wickelt nicht nur Bezahlvorgänge ab, er prüft überdies, ob die Kinder bekannte Lebensmittelallergien gegen die von ihnen gewählten Speisen haben. Bald soll das System auch eingesetzt werden, um morgens die Anwesenheit zu kontrollieren,

Fremde am Zugang zur Schule zu hindern oder festzuhalten, wer welche Bücher aus der Schulbücherei ausgeliehen hat. Kritiker sehen in dem Projekt ein weiteres Beispiel für die wachsende elektronische Totalüberwachung. Den Kindern jedoch macht die James-Bond-Technik Spaß – und sie verlieren kein Essensgeld mehr.



DONALD MACLEOD / TSPL

Handflächenscanner in schottischer Schulkantine

SUCHTPRÄVENTION

Getarnte Werbung

Von der Tabakindustrie finanzierte Werbebotschaften, die Teenager vom Rauchen abhalten sollen, sind entweder vollkommen nutzlos, oder sie stiften sogar zum Rauchen an. Das ist das Ergebnis einer Studie amerikanischer und australischer Forscher, die im Dezember im „American Journal of Public Health“ erscheint. Die Wissenschaftler untersuchten, wie oft 100 000 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 17 den Anti-Nikotin-Slogans der Tabakindustrie („Think. Don't smoke“) ausgesetzt waren. Außerdem ermittelten sie, ob und wie viel die Befragten rauchen. Ergebnis: Die millionenschweren Präventionsprogramme, mit denen sich die Tabakkonzerne ein verantwortungsbewusstes Image geben wollen, haben keinen nachweisbaren Erfolg. Gerade ältere Teenager fühlen sich durch sie eher animiert, Zigaretten zu probieren. Je mehr Anti-Tabak-Werbung diese Jugendlichen gesehen hatten, desto eher waren sie der Ansicht, dass Gesundheitsgefahren von Tabakprodukten in der Öffentlichkeit übertrieben würden.

FUSSBALLPSYCHOLOGIE

Parteiische Unparteiische

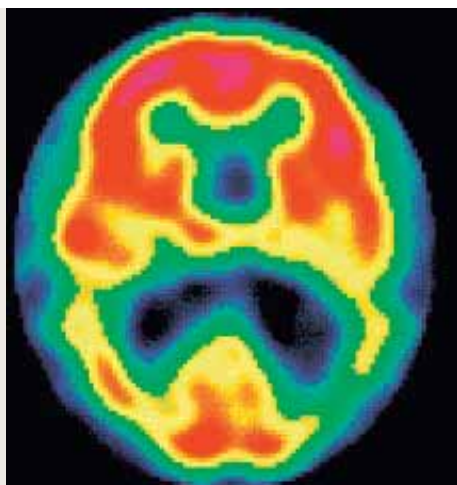
Die größte Lüge im Fußball ist die, dass Schiedsrichter unparteiisch seien. Dieser weitverbreitete Verdacht ist jetzt von Forschern der englischen University of Bath eindrucksvoll bestätigt worden. Eine Analyse von 2660 Spielen der Premier League aus sieben Spielzeiten ergab: Zum Opfer der Schiri-Willkür wird vor allem die Mannschaft, die gerade auswärts spielt. Auf statistisch höchst signifikante Weise zeigen die „Unparteiischen“ bevorzugt der platzfremden Elf gelbe und rote Karten. Außerdem ließen die Männer in Schwarz den etablierten Spitzenmannschaften vieles durchgehen, was sie bei kämpferischen Underdogs mit strengen Strafen ahndeten. Bewusst sei ihnen ihre Voreingenommenheit vermutlich nicht, schreibt Peter Dawson in der kommenden Ausgabe des „Journal of the Royal Statistical Society“. Nun hofft er, dass Fußballverbände seine Ergebnisse aufgreifen und neue Regularien für mehr Fairness im Sport erlassen. Vertreter der gescholtenen Schiedsrichterschaft bezeichneten die Arbeit unter des als interessant, aber unzutreffend.



Platzverweis (in Köln, gegen Schalke)



Alzheimer-Patienten (in Stuttgart)



PET-Aufnahme eines Alzheimer-Hirns

KRANKHEITEN

Rätsel des alternden Gehirns



Neurobiologe Mathias Jucker, 45, vom Hertie-Institut für klinische Hirnforschung am Universitätsklinikum Tübingen, über Zukunftsaussichten in der Alzheimer-Therapie

SPIEGEL: Vor genau 100 Jahren wurde sie erstmals beschrieben, heute leiden bereits eine Million Deutsche an der Alzheimer-Demenz. Wie viele werden es in 30 Jahren sein?

Jucker: Relativ wenige, hoffe ich, außerdem wird die Krankheit nur noch in abgeschwächter Form auftreten. Durch eine Kombination verschiedener Therapien wird es gelingen, die schweren Krankheitsstadien um fünf bis zehn Jahre hinauszuschieben – und so werden die meisten Menschen an etwas anderem gestorben sein, ehe bei ihnen die Demenz richtig ausbrechen konnte.

SPIEGEL: Welches ist denn der vielversprechendste Therapieansatz?

Jucker: Eindeutig die Impfung, bei der die Patienten gegen das sogenannte Beta-Amyloid immunisiert werden. Dieses Eiweiß lagert sich im Hirn der Patienten in einer krankhaften Form ab und ist an der Entstehung der Demenz wahrscheinlich entscheidend beteiligt.

SPIEGEL: Ihre eigenen Forschungen haben ergeben, dass auch Umweltfaktoren Alzheimer auslösen könnten.

Jucker: Allerdings. Noch haben wir jedoch keine heiße Spur, welche Faktoren das sein könnten. Wenn wir wüssten, wie bei Alzheimer-Patienten die krankhafte Form des Beta-Amyloids genau aussieht, könnten wir in der Umwelt nach ähnlichen Substanzen suchen – das würde uns möglicherweise weiterhelfen. Aber das Entscheidende scheint mir, dass wir das alternde Gehirn verstehen müssen. Was macht es so anfällig für Alzheimer, Parkinson und viele andere Erkrankungen? Wenn wir das wüssten, würden sich viele Probleme von selbst lösen. Ich fürchte allerdings: Das alternde Gehirn werden wir in 30 Jahren noch nicht verstanden haben.

BILDUNG

Nachhilfe aus Indien

Indien ist nicht mehr nur das Land der Programmierer und Callcenter; neuerdings exportiert das Land auch Bildung, vor allem in ebenso große wie bedürftige Märkte wie die USA und Großbritannien. Über das Internet erteilen derzeit Hunderte indischer Lehrer Nachhilfeunterricht in Fächern wie Mathematik,



Biologie, Physik, Chemie – und sogar in Geschichte und Englisch. US-Kunden der E-Learning-Firma Tutorvista aus Bangalore zahlen monatlich 100 Dollar und bekommen dafür angeblich so viele Einzelstunden, wie sie wollen. Die indischen Lehrer haben meist akademische Abschlüsse – und haben in speziellen Kursen amerikanisches Englisch und Schulsprache eingeübt.

US-Schülerinnen bei Nachhilfelektion aus Indien



Burgbaustelle von Guédelon, Steinbruch-Arbeiter: „Wir freuen uns über Probleme, denn sie helfen uns zu verstehen, welche Schwierigkeiten

ARCHÄOLOGIE

Steinkoloss im Goldlicht

Steinmetze, Zimmerleute und Maurer im französischen Guédelon bauen, streng nach den Regeln mittelalterlicher Handwerkskunst, eine Trutzburg. Gebraucht wird sie von niemandem. Doch Historiker erhoffen sich von dem Projekt Aufschluss über die Bautechnik einer vergangenen Epoche.

Kann ein einzelner Mann einen 400 Kilogramm schweren Buckelquader aus Sandstein in den zweiten Stock wuchten? Er kann. Er braucht dazu nur eine Art hölzernes Hamsterrad.

„Seid ihr so weit?“, ruft Jean-Paul Masseron nach oben zur Mauerkrone und steckt den Kopf durch die Speichen des fast vier Meter hohen Tretrads. Dann tappt der 30-Jährige vornübergebeugt los.

Keine Maschine kreischt, kein Dieselmotor stinkt. Dennoch ist das Kunststück kaum eine halbe Minute später vollbracht: Der Block schwebt in sechs Meter Höhe vor der Mauer in der Luft. Helfer müssen ihn nur noch an einem soliden Hanfseil hereinziehen.

Zwei Stockwerke tiefer springt Masseron aus dem mühlradartigen Käfig und hat jetzt ein bisschen Zeit zum Plaudern. „Wir können mit dem Kran bis zu 500 Kilogramm

heben, man muss nur aufpassen, dass man nicht stolpert“, sagt er und wischt sich Schweißperlen von der Stirn. „Wenn dann niemand bremst, kracht die Last nach unten, und ich breche mir in der Trommel alle Knochen“ – willkommen auf der verrücktesten Baustelle der Welt.

Jeden Morgen um zehn findet auf einem staubigen Parkplatz in Guédelon, rund 180 Kilometer südlich von Paris, dasselbe Ritual statt. Drei Dutzend Männer und Frauen zwingen sich aus ihrem Kleinwagen und streifen sich grobe Mittelalter-Drillche über. Sie bauen eine Burg mit den Arbeitsmethoden und Techniken des 13. Jahrhunderts.

In einem aufgegebenen Steinbruch nebenan sind die Umrisse der trutzigen Immobilie bereits zu erkennen. Alle Außenbastionen und die sechs Rundtürme des Mittelalter-Kastells sind bis zur Höhe des

Burghofs aufgemauert. An der nördlichen Kurtine ragen die Stümpfe des zwölf Meter dicken Hauptturms und eines Flankierungsturms sechs Meter in die Höhe.

Aus den Arbeitshütten erklingt das „Tok, tok“ der Steinmetze und das „Ding, ding“ des Schmieds. Der Kaltblüter Idole rumpelt mit einem mannshohen Einachser aus Holz übers Gelände. Das langgezogene Tröten aus einem Kuhhorn verkündet mittags und abends das Ende der Schicht.

„Als wir hier 1997 angefangen haben, erklärten uns viele für verrückt“, sagt Maryline Martin, die Chefin des Burgbauprojekts inmitten der stillen Wald- und Wiesenlandschaft Puisaye. Doch seit damals habe sich viel verändert in Guédelon.

Mit insgesamt 50 Angestellten hat sich das Burgbauunternehmen zum größten Arbeitgeber in der strukturschwachen Region



FOTOS: BRUNO BARBEY / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

unsere Vorgänger im 13. Jahrhundert meistern mussten“

gemausert. In den Bars und Cafés der umliegenden Ortschaften sind die Mittelalter-Handwerker noch nach Dienstschluss daran zu erkennen, dass rötlicher Sandstein aus ihren Kleidern rieselt.

Finanziert wird das Projekt ausschließlich durch die Eintrittsgelder der jährlich mehr als 200 000 Besucher, die in Pulk über die Waldlichtung pilgern. Für seine Initiatoren ist es zugleich ein Paradebeispiel experimenteller Archäologie, jener Wissenschaft, die alte Techniken durch praktisches Erproben erkundet. Im Falle mittelalterlichen Burgenbaus scheint dies notwendig, denn schriftliche Aufzeichnungen darüber existieren fast gar nicht. Die Kenntnisse der Handwerker zum Beispiel wurden nur mündlich weitergegeben. „Es gibt enorm viele Dinge, von denen wir heute so gut wie nichts wissen“, sagt der Frankfurter Burgenkundler und Kunsthistoriker Peter Feldmann.

Einige der Tricks und Kniffe der alten Meister haben die Festungsexperten von Guédelon inzwischen im Trial-and-Error-Verfahren herausgefunden. Stroh etwa schützt die unfertigen Mauerstümpfe, anders als bisher angenommen, in den Wintermonaten nur schlecht gegen Regen und Frost. Stattdessen kippen die modernen Burgenbauer nun dampfenden Tier-

mist auf die Mauern. Er isoliert den noch feuchten Mörtel weitaus wirksamer gegen die Unbilden der kalten Jahreszeit.

Auch das Geheimnis des Mörtels selbst haben die experimentellen Archäologen geknackt. Sie tüftelten so lange, bis sie eine Mischung aus rötlichem Sand, Wasser und Kalk gefunden hatten, die ideal mit den Farben der Umgebung harmoniert und zugleich lange elastisch bleibt. Bei chemischen Analysen stellte sich dann heraus, dass die Zusammensetzung dieses Baustoffs tatsächlich verblüffend genau übereinstimmt mit Mörtel, der aus mittelalterlichen Gemäuern der Umgebung stammt.

Alle 15 Tage wird der Fortgang der Arbeiten auf Fotos festgehalten. Mehr als 18 000 Bilder sind schon archiviert. Die wis-

senchaftliche Dokumentation aller Bauvorgänge ist in den Augen der Betreiber eine „Weltpremiere“: „Guédelon wird die einzige Burg sein, die die Forscher Stein für Stein wieder zerlegen können“, sagt Florian Renucci, seit acht Jahren „Magister operis“ und Chef aller Handwerker von Guédelon.

Zumindest ein Teil der Mittelalterforscher ist vom Burgbauexperiment verzückt: „Für uns ist die Baustelle ein unglaublicher Glücksfall, um bestimmte Hypothesen überprüfen zu können“, urteilt der Bauarchäologe Nicolas Reveyron von der Universität Lyon. „Wir freuen uns über Probleme“, meint Renucci. „Denn sie helfen uns zu verstehen, welche Schwierigkeiten unsere Vorgänger im 13. Jahrhundert meistern mussten.“

Bei der Konstruktion der ersten Kreuzrippengewölbe standen er und seine Helfer vor der bisher größten Bewährungsprobe. Auf den filigranen Kalksteinquadern im Hauptturm ruhen seither über 50 Tonnen. Auch die Mauern im Haupthaus werden am Ende einer Last von mehr als 40 Tonnen standhalten müssen.

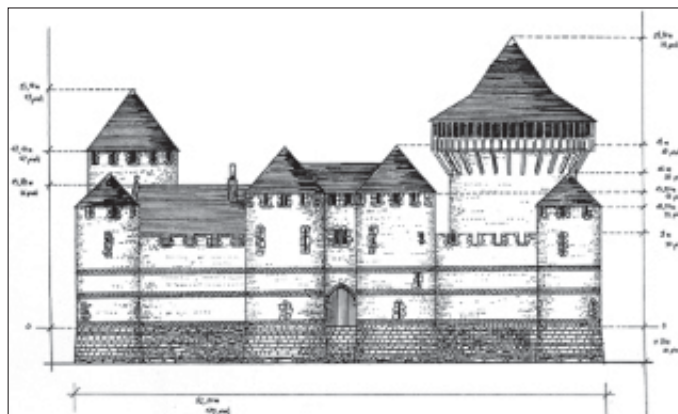
Muße für die Tüftelei an jedem einzelnen Verfahren haben die Akteure genug, denn die Burg wächst nur im Zeitlupentempo. Im Graben vor den Mauern schlägt der 39-jährige Jean-François Dejeau mit einem Vorschlaghammer die groben Umrisse eines Formsteins aus einem von der rotbraunen burgundischen Erde befreiten Block. Die Arbeit ist schweißtreibend und verlangt Konzentration. Doch er muss sie immer wieder unterbrechen, weil sich Schulklassen vor ihm aufbauen.

„Der Chef lässt uns unseren Rhythmus“, sagt der ehemalige Geschichtslehrer lachend. Immerhin 24 000 exakt behauene Buckelquader haben die Steinmetze bisher aus dem 14 Meter mächtigen Sandsteinflöz gezaubert, das sich in weitem Bogen um die Burgbaustelle erstreckt. Wie viele es noch sein werden, bis auf dem Mittelalter-Kastell in ungefähr 20 Jahren Richtfest gefeiert wird, weiß so genau noch keiner.

Das Team der Handwerker hat die gelernte Sinologin Martin zusammengestellt.

Etwa die Hälfte der Bauarbeiter rekrutierte sie aus Arbeitslosen in der Region. Die Übrigen meldeten sich aus allen Teilen Frankreichs. Jedes Jahr flattern dem Projekt unaufgefordert 200 Neubewerbungen ins Haus.

Vorbild für die Festung im Steinbruch sind die Burgen, die der französische König Philippe Auguste zu Beginn des 13. Jahrhunderts überall auf seinem Territorium errichten ließ. Die standardisierten Bauwerke verfügten über alle Merkmale, die der damalige Adel an seinen Heimstätten schätzte: wehrhafte Mau-



Entwurfszeichnung der Burg: Trutzige Immobilie

ern, hoch aufragende Türme, ein Wohnhaus mit Freitreppe und Saal, Ausfallpforten, Schießscharten, Gusslöcher und Fallgatter. „Die Kastellburgen waren das Feinste, was der damalige Festungsbau zu bieten hatte“, sagt der Frankfurter Bauhistoriker Alexander Antonow.

Dass Burgen geradezu im Serienbau errichtet wurden, hatte gute Gründe: In den Spannungsgebieten mussten die „Châteaux forts“ möglichst schnell in verteidigungsfähigen Zustand gebracht werden, denn der Feind wartete nicht. Außerdem ließen sich die Baukosten drücken, wenn die Arbeiter ihre Hütten und Gerüste auf der einen Baustelle ab- und auf der nächsten gleich wieder aufbauen konnten.

Allerdings gehen nicht alle Arbeitsprozesse in Guédelon so authentisch über die Bühne, wie es sich die Betreiber eigentlich wünschen. Yvon Herouart etwa, der 18 Jahre als Maschinist in der Landwirtschaft gearbeitet hat, knüpft jetzt die Seile, die auf der Baustelle gebraucht werden – aus Industrieschnur, die er verschämt aus einem Korb hervorholt.

Der Arbeitsschutz zwingt zu Kompromissen: Die Steinhauer im Burggraben tragen Schutzbrillen aus Plastik, moderne Bauhelme sind unter Strohhüten verborgen. Auch um die Genehmigung für die Tretkräne haben die Mittelalter-Pioniere vier Jahre lang mit den staatlichen Sicherheitskontrolleuren gerungen. Erst als sie Holzbremsen installierten und in den geflochtenen Hanfseilen Stahldrähte versteckten, waren die Bedenken der Inspektoren ausgeräumt.

Einige Wissenschaftler ließen deshalb anfangs kein gutes Haar an der experimentellen Archäologie von Guédelon: Das Burgenbauprojekt verspotteten sie als Disneyland für Zeitreisende. „Das ist ein Themenpark für Kinder, aber auf die offenen Fragen über jene Epoche kann er keine Antworten liefern“, schimpfte Christian Sapin, Mittelalter-Experte in Auxerre.

Inzwischen jedoch habe sich die Stimmung gewandelt, berichtet Michel Guyot, Initiator des Unternehmens und Schlossbesitzer im nahe gelegenen Saint-Fargeau: „Jetzt kommen dieselben Leute, gehen über das Gelände und lassen anschließend ihre Visitenkarte hier.“

Das spornt die Burgenbauer an zu neuen Abenteuern. Wenn der letzte Stein in Guédelon gemauert ist, wollen sie gleich nebenan ein mittelalterliches Dorf und eine Abtei aus dem Boden stampfen – ehrgeizige Pläne zwar, doch die Mittelalter-Spezialisten wissen, wie man Träume vermarktet, um sie anschließend realisieren zu können.

Schon den ganzen Vormittag über haben der Zwei-Meter-Hüne Philippe Delage, der noch vor drei Jahren in Lyon Rohre verlegte, und seine Helfer die Burgbaustelle



Tretkran in Guédelon: Lasten bis zu 500 Kilogramm



Bau eines Kreuzrippengewölbes: Heikle Bewährungsprobe

von Gerümpel befreit. Am Nachmittag sollen vom Helikopter aus Werbebilder von der Trutzburg geschossen werden.

Als die Maschine mit dem Fotografen heranknattert, ist der Steinkoloss in lichte Ocker- und Goldtöne getaucht. Die Handwerker posieren vor ihren Arbeitshütten. Thierry, der Schmied, balanciert mit einem Balken auf der Schulter auf dem höchsten Punkt des Hauptturms. Idole, das Lastpferd, ist mit seinem Holzkarren schon zum fünften Mal über die Eichenbrücke und wieder zurück getrabt.

Die perfekte Mittelalter-Show. Doch die Verantwortlichen von Guédelon sehen darin keinen Widerspruch. „Wir bauen eine Burg“, sagt Martin, „aber wir sind auch ein Unternehmen des 21. Jahrhunderts.“

GÜNTHER STOCKINGER

BÜCHER

Genialer Angeber

Francis Crick, der Entdecker des genetischen Codes, hütete sein turbulentes Privatleben. Nun ist die erste Biografie über den großen Forscher erschienen.

bedeutendsten Forscher des vorigen Jahrhunderts. Sein Misstrauen gegenüber den Medien mag dazu beigetragen haben, dass zu seinen Lebzeiten wenig über den Mann geschrieben wurde, der die Struktur des Erbmoleküls und den genetischen Code entdeckt hat. Erst jetzt, zwei Jahre nach seinem Tod, ist die erste vollständige Biografie erschienen; das Buch zeichnet ein präzises Bild von Cricks Persönlichkeit und erklärt seine wissenschaftlichen Erkenntnisse so, dass auch Laien sie verstehen**.

In den ersten 35 Jahren seines Lebens fällt Crick indes mehr durch sein vorlautes

Crick geht nach Cambridge und vertieft sich in die Molekularbiologie. 1951 lernt er dort den jungen US-Biologen James Watson kennen. In chaotisch-genialer Zusammenarbeit, ohne sich jemals im Labor die Finger schmutzig zu machen, lösen Crick und Watson wenig später eines der größten Rätsel der Biologie: Sie klären die Struktur des Erbmoleküls DNA auf.

Ohne direkte Erlaubnis verwenden die beiden Forscher dabei Unterlagen der britisch-jüdischen Chemikerin Rosalind Franklin; später wird ihnen vorgeworfen, sie hätten Franklin um die verdiente Anerkennung gebracht. Franklin selbst sieht das offenbar nicht so: Sie und Crick werden gute Freunde. Dass Crick und Watson 1962 für ihre Entdeckung den Nobelpreis gewinnen, erlebt sie nicht mehr.

Sechs Jahre später das Zerwürfnis: Watson veröffentlicht trotz erbitterten Protests von Crick eine autobiografische Erzählung über die Entdeckung der DNA-Doppelhelix, die mit dem legendären Satz beginnt: „Ich habe Francis Crick nie bescheiden gesehen.“

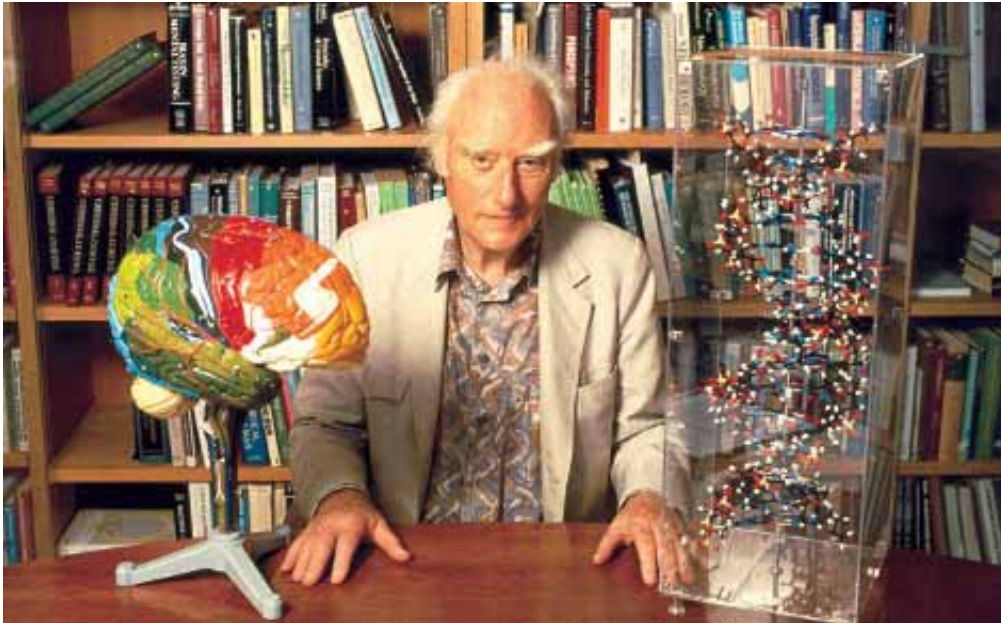
Das Buch wird ein Bestseller – doch Crick betrachtet es als üble Klatschgeschichte, die seine Forschungsarbeit in den Schmutz ziehe. Wutentbrannt denkt er sich Titel für ein eigenes Buch aus: „Die lockere Schraube“ oder „Klüger als tausend Jims“. Er notiert sogar die ersten zwei Sätze: „Jim war immer ungeschickt mit seinen Händen. Man musste ihn nur sehen, wie er eine Orange schälte.“

Doch Crick ist nicht nachtragend. Schon im folgenden Sommer laden er und Odile den alten Freund mitsamt neuer Gattin in ihr Haus in Cambridge ein. Dort feiern sie in den sechziger Jahren rauschende Partys, die für schöne weibliche Gäste, unerschöpflich sprudelnden Punsch und Experimente mit Haschisch und LSD berühmt sind. Die Cricks führen nicht explizit eine offene Ehe – aber Francis ist ein unverwundlicher Charmeur, und Odile scheint sich nicht darum zu kümmern.

Trotz derartiger Ablenkungen sorgt Crick in jener Zeit für eine zweite wissenschaftliche Sensation: Gemeinsam mit dem Südafrikaner Sydney Brenner entschlüsselt er den genetischen Code. Ein Triumph für den überzeugten Atheisten: Die Existenz des Codes beweise, dass sich das Geheimnis des Lebens ausschließlich mit Mechanik und Chemie erklären lasse.

Mit 61 Jahren wendet sich Crick seinem zweiten großen Thema zu: der Funktionsweise des Gehirns. Doch die 27 Jahre, die ihm bleiben, reichen für eine Lösung nicht aus. Der Forscher nutzt seine Zeit fast bis zum letzten Atemzug: Noch auf dem Totenbett redigiert er ein Manuskript.

SAMIHA SHAFY



Erbgut-Entschlüssler Crick*: Rauschende Partys mit Haschisch und LSD

Er träumte davon, ein berühmter Wissenschaftler zu werden – doch eine große Angst erfüllte den kleinen Jungen: Was sollte er bloß mit seinem Leben anfangen, wenn andere ihm alle wichtigen Entdeckungen vor der Nase wegschnappten? „Mach dir keine Sorgen, Entchen“, tröstete ihn seine Mutter. „Es werden jede Menge Entdeckungen für dich übrigbleiben.“

Die Mutter sollte recht behalten. Annie Wilkins, Krankenschwester von Beruf und lange Zeit überzeugte Jungesellin, hatte mit 35 Jahren unerwartet den zehn Jahre jüngeren Schuhfabrikanten Harry Crick geheiratet. Als Söhnchen Francis Harry Compton am 8. Juni 1916 zur Welt kommt, leben die Cricks in Northampton, dem Zentrum des britischen Schuhmacherhandwerks. Wie die Familientradition es verlangt, trägt seine Tante Ethel den Säugling in den obersten Stock des Elternhauses – damit er später auch in seinem Beruf „an die Spitze aufsteigt“.

Das Ritual hat offenkundig nicht geschadet: Francis Crick wurde zu einem der

Mundwerk auf als durch besondere Leistungen. Ein Schulfreund beschreibt ihn als „extrovertiert und leicht exzentrisch“. Sein großspuriges Auftreten und sein lautes, kreischendes Lachen irritieren viele, die mit ihm zu tun haben. Manche halten ihn für einen Angeber.

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs kämpft Crick als Physikkandidat in London mit dem für ihn „langweiligsten denkbaren Problem“: Er soll die Viskosität von Wasser unter Druck bei wechselnder Temperatur messen. Eine Landmine der Deutschen, per Flugzeug abgeworfen, erlöst den Doktoranden von seiner Qual – sie zerschmettert das Messgerät.

Nach dem Krieg fallen dem 30-jährigen Physiker ohne Dokortitel nur zwei Themen ein, die ihn wirklich interessieren: die Grenze zwischen Leben und Nichtleben und die Arbeitsweise des Gehirns. Er ist jetzt frei und ungebunden – seine Frau ist mit einem kanadischen Soldaten durchgebrannt, sein Sohn lebt bei den Großeltern. Mit der Künstlerin Odile Speed, mit der er bis zu seinem Tod 55 Jahre lang verheiratet sein wird, verbindet ihn zu diesem Zeitpunkt erst eine zaghafte Affäre.

* Mit Hirn- und DNA-Modell, 1994.

** Matt Ridley: „Francis Crick, Discoverer of the Genetic Code“. Harper Collins, New York; 216 Seiten; 21,90 Euro.

COMPUTER

Kreuzchen ohne Spur

Die meisten US-Wählerstimmen werden bereits von Computern gezählt. Auch in Deutschland setzt sich die elektronische Wahl durch. Doch ist sie wirklich sicher?

Bei manchen Scherzen bleibt einem das Lachen im Hals stecken: Ein Fernsehkomiker vom Schlag eines Stefan Raab stellt sich aus reinem Daffke zur Wahl als künftiger US-Präsident – und gewinnt. Denn die verwendeten Wahlmaschinen sind fehlerhaft. Nun sitzt der unglückliche Clown in der Patsche: im Weißen Haus.

Diese Story erzählt der Hollywood-Film „Man of the Year“, der in den USA angefallen ist, mit Robin Williams in der Hauptrolle, gedreht von Barry Levinson („Wag the Dog“). Die Komödie heizt in den USA eine erbitterte Debatte an: Wie zuverlässig sind elektronische Wahlmaschinen? Droht nach den Kongresswahlen am Dienstag womöglich wieder ein Desaster, weil fehlerhafte Wahlcomputer zur Anfechtung des Ergebnisses führen? „Die Verantwortlichen bereiten sich auf einen Wahltag mit langen Warteschlangen und viel Verwirrung vor“, warnt die „New York Times“.

Vielen Amerikanern sitzt das Debakel aus dem Jahr 2000 noch in den Knochen, als Wahlmaschinen unklare Ergebnisse lieferten und wochenlang das Land blockierten. Seitdem haben viele Wahlkreise neue Wahlcomputer angeschafft. Doch das, warnen Kritiker, löse die Probleme nicht, sondern verschärfe sie vielmehr. Denn damals gab es zumindest gestanzte Papierzettel als Beleg des Wählerwillens; viele elektronische Wahlurnen im papierlosen Wahllokal jedoch bieten keinerlei Möglichkeit, im Notfall noch einmal von Hand nachzuzählen.

Auf den ersten Blick ähneln die neuen Wahlcomputer den vertrauten Geldautomaten – unterscheiden sich von ihnen jedoch in zwei wesentlichen Punkten: Während jede Geldtransaktion an einen bestimmten Kontobesitzer gekoppelt ist, müssen geheime Wahlen anonym ab-



Wahlcomputer
(in Cottbus)

RAINER WEISFLOG

Die neue Qual der Wahl

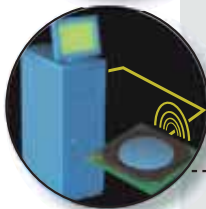
Unterschiedliche Methoden der elektronischen Stimmabgabe

Die Wähler werden im Wahllokal, wie bislang üblich, registriert und zur Wahlkabine vorge lassen. Die meisten elektronischen Wahlmaschinen verfügen über einen eingabeempfindlichen Bildschirm. Durch einfachen Druck auf das Touchscreen-Menü wird gewählt.



1 Nach Wahlschluss wird der Speicherchip der Wahlmaschine entnommen, zum dafür vorgesehenen Rechenzentrum gebracht und dort zentral ausgelesen.

Nachteil: kein Papierbeleg vorhanden



2 Die Wählerdaten werden per Funknetz vom Speichermedium direkt an den zentralen Wahlserver übertragen.

Nachteil: kein Papierbeleg, teilweise nicht abhörsicher



3 Die Wahlmaschine druckt nach jeder Stimmabgabe zusätzlich einen Beleg aus. Eine Extrabox sammelt die Belege, so dass das Wahlergebnis für Nachzählungen auch schriftlich vorliegt.

Nachteil: zusätzlicher technischer Aufwand



4 Der digitale Wahlstift kommt ohne Bildschirm aus. Mit ihm wird ein Wahlzettel wie gewohnt ausgefüllt und anschließend in die Wahlurne geworfen. Die eingebaute winzige Kamera erfasst zugleich die Stimmabgabe. Diese wird digital gespeichert und später ausgelesen.

Nachteil: bisher kaum erprobt

laufen. Und zweitens drucken viele Wahlmaschinen nicht einmal einen Beleg aus, während der Geldtransfer auf dem Kontoauszug auftaucht.

Bislang werden in umstrittenen Fällen einfach die Wahlzettel noch einmal ausgezählt, in Anwesenheit von Vertretern unterschiedlicher Parteien. Das aber geht beim papierlosen Verfahren nicht. Der Wahlcomputer ist eine Black Box. Ob sie richtig funktionstüchtig, kaputt oder manipuliert ist, kann der normale Wahlbürger nicht erkennen.

Nicht Technikmuffel, sondern Computerspezialisten formulieren die schärfste Kritik: Informatikprofessoren in Princeton oder vom MIT, Programmierer aus dem Silicon Valley und Hacker aus aller Welt prangern die Macken der elektronischen Wahlhelfer an und fordern einen sogenannten Paper Trail, eine papierne Spur, die belegt, wo der Wähler sein Kreuzchen gemacht hat (siehe Grafik).

Denn der gute alte Wahlzettel ist kein museales Relikt, sondern eine scharfe Waffe gegen Manipulatoren und Diktatoren. Das bewies nicht zuletzt die Bürgerrechtsbewegung der DDR im Jahr 1989. Bei den Kommunalwahlen am 7. Mai überwachten allein in Berlin kritische Bürger in über 130 Wahllokalen die Auszählung – und stellten massive Manipulationen fest. Wahlcomputern dagegen wären sie kaum auf die Schliche gekommen.

Ob die Hollywood-Komödie „Man of the Year“ je in Europa gezeigt wird, ist unklar. Ihr zentraler Gegenstand jedoch ist auch hier längst zu besichtigen: Rund 2000 Geräte waren 2005 bei der Wahl zum Deutschen Bundestag im Einsatz, weitaus die meisten davon in Nordrhein-Westfalen.

Doch das Lager der Zweifler und Kritiker wächst. Vergangenen Montag zum Beispiel kam es in den Niederlanden zum Eklat. Der Innenminister gab dort bekannt, dass Wahlcomputer der Firma SDU das Wahlgeheimnis gefährdeten, weil ihre elektronische Abstrahlung zu stark sei und leicht abgehört werden könne. Ganz Amsterdam wird daher am 22. November bei der Parlamentswahl seine Wahlcomputer einmotten und stattdessen auf eine andere Technik setzen: Papierzettel und Stift.

Die Entscheidung trifft die Niederlande schwer, denn das Land gilt als Vorreiter in Sachen E-Wahl. Fast alle Wahllokale sind papierlos, und die niederländische Firma Nedap exportiert ihre Geräte, unter anderem nach Deutschland.

Lange galten ihre Produkte als bestens gesicherte Spezialgeräte, deren Missbrauch fast unmöglich ist. Doch Anfang Oktober bewies eine Gruppe von Hackern, darunter auch Leute vom Chaos Computer Club aus Berlin, wie einfach sich die Nedap-Geräte manipulieren lassen: Sie programmierten den Stimmzähler so um, dass er zunächst einmal korrekt zu zählen scheint, bis die ersten Tests abgeschlossen

sind. Doch nach und nach schlägt er einfach immer mehr Stimmen einer bestimmten Partei zu – ein erschreckendes Szenario.

„Das Thema Wahlmaschinensicherheit hat durch den Nedap-Hack eine besondere Brisanz bekommen“, gesteht Professor Dieter Richter ein, der bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Berlin für die technische Überprüfung der Wahlmaschinen zuständig ist. „Wahlcomputer sind ein sehr komplexes Querschnittsthema“, klagt auch der Jurist Martin Leder. „Viele Informatiker sind nicht mit den Feinheiten des Wahlrechts vertraut; für

rund drei Euro, rechnet Wahlmaschinist Schulze vor. Seine Geräte könnten den Preis um rund 20 Prozent drücken. Dass sein System nicht so transparent ist, wie es sein könnte, kümmert ihn nicht weiter: „Es gibt keine perfekte Wahl, auch Stimmzettel können manipuliert werden“, sagt er. Außerdem genüge sein System allen gesetzlichen Vorgaben.

Die jedoch will Tobias Hahn nun ändern. Der Mathematik-Doktorand aus Berlin sammelt Unterschriften für eine Petition, die den Einsatz von Wahlgeräten unterbinden soll. Über 20 000 Unterschriften habe er bereits, heißt es auf der Website www.ccc.de.



Wahlprüfung in Florida (2000): Demokratie zum Schnäppchenpreis?

viele Juristen wiederum sind Computer ein Buch mit sieben Siegeln.“

Leder weiß, wovon er spricht. Vor ein paar Jahren versuchte er, das Wahlgesetz des Landes Sachsen so anzupassen, dass es auch Wahlcomputer zulässt. Aber er kam zu dem Schluss, dass die Maschinen zu schwer zu überprüfen sind, weshalb Sachsen bis heute auf sie verzichtet.

Bei vielen Kommunen dagegen sind sie durchaus beliebt, denn sie versprechen eine einfache Lösung für ein doppeltes Problem: Auf der einen Seite sind die Wahlregeln teilweise höchst kompliziert, mitunter muss der Wähler ganze Hefte mit über hundert Kandidatennamen mit in die Kabine nehmen. Auf der anderen Seite fällt die Suche nach Wahlhelfern schwer. „Sprechen Sie mal mit Wahlleitern vor Ort, die haben große Schwierigkeiten, genügend Bürger zusammenzubekommen, die den ganzen Tag im Wahllokal sitzen und dann abends noch stundenlang Zettel auszählen“, sagt Herbert Schulze Geiping, Geschäftsführer der Firma HSG, die Nedap-Maschinen verkauft.

Zudem verspricht der Computer Demokratie zum Schnäppchenpreis: Jede Stimme koste mit herkömmlichen Methoden

„Ich bin nicht generell gegen Wahlmaschinen, aber sie müssen nachvollziehbare Ergebnisse liefern“, sagt der Mathematiker. Wie viele Experten fordert auch er zumindest eine Kombination aus Papier und Computer: Die Wahlzettel könnten zum Beispiel automatisch eingescannt und gezählt werden, wie es in den USA bereits teilweise gemacht wird.

Besonders pfiffig erscheint der Hamburger Wahlstift, der die Kreuze auf dem Wahlzettel mit Tinte markiert und gleichzeitig mit einer Kamera festhält und speichert.

Damit verbindet er zumindest in der Theorie die Vorteile beider Welten: schnelle Wahlergebnisse am Computer und zuverlässige Kontrollmöglichkeiten auf Papier. Bei der Bürgerschaftswahl im Jahr 2008 sollte der Stift erstmals flächendeckend zum Einsatz kommen, wurde letzten Dienstag verkündet.

Bevor allerdings der Stift auch bei Bundestagswahlen Verwendung findet, müsste wohl erst die Wahlgeräteverordnung geändert werden. Denn die ist auf so viel Innovation nicht vorbereitet und sieht bislang nur den Einsatz herkömmlicher Wahlcomputer vor.

HILMAR SCHMUNDT



Neuer Smart Fortwo (Computeranimation)
Vespa auf vier Rädern

AUTOMOBILE

Kummer mit der Kultkiste

Das Öko-Auto Smart wurde für Mercedes zur grünen Hölle. Viele technische Probleme sind beim Nachfolger behoben. Profitabel aber wird auch er kaum sein.

Das Foto ist inzwischen zehn Jahre alt. Es zeigt ein Grüppchen vernünftiger Führungskräfte rund um den Prototyp eines zweisitzigen Automobils. Das sah in seiner radikalen Kürze aus wie ein Scherz.

Der Schweizer Uhren-Krösus Nicolas Hayek ist auf dem Bild zu sehen und ein Mann mit wallendem Schnauzbart, der damals in zweiter Reihe stand: Chefentwickler Dieter Zetsche, heute Vorstandsvorsitzender von DaimlerChrysler, ist noch immer ein hartnäckiger Förderer dieses Fahrzeugs.

Die Geburt des Smart aus dem Marketing-Gespenst des Swatch-Mobils war eine achtbare unternehmerische Mutprobe, die prompt in eine Blamage von Weltformat mündete: Während die zuvor gestartete A-Klasse im Elchtest zur Seite kippte, kulterte der Smart gleich in alle Richtungen. Erst zahlreiche Nachbesserungen brachten das Kugelauto auf Spur und ließen es letztlich zum urbanen Szenegefährt aufsteigen.

Nach achtjähriger Bauzeit kommt nun ein Nachfolger. Smart überlebt also – allerdings nur dieses eine Modell. Die Versuche, aus dem Produkt eine ganze Kultmarke zu machen, sind gescheitert, der Smart Roadster und der Viersitzer Forfour wurden wegen dürftiger Nachfrage wieder eingestellt, ein geplanter Kleingeländewagen kam gar nicht erst auf den Markt.

Der Zweisitzer Fortwo dagegen hat in Europas Metropolen Ikonenstatus erlangt, gleichsam als vierrädriges Pendant der Vespa. Mit nur 2,50 Meter Gesamtlänge unterbietet er jedes andere Auto um mehr als einen Meter und bereitet innerstädtischen Parkplatzsuchern ebenso verlässlich Freude, wie er der Finanzabteilung des Konzerns Kummer macht.

Denn die Kultkiste Smart ist schon aufgrund ihres Konzepts ein betriebswirtschaftliches Problemkind. Keines der teuren Bauteile – etwa Motor, Getriebe, Fahrwerk oder die grundlegende Karosseriestruktur – konnte von anderen Konzernprodukten übernommen werden.

Der neue Smart wird ein ähnlich isoliertes Produkt sein. Lediglich der Benzinmotor kommt künftig von Mitsubishi – ein Überbleibsel aus der geplatzten Partnerschaft mit DaimlerChrysler. Der Dreizylinder ist etwas stärker als der des Vorgängers und treibt in Japan einen hier unbekannten Autowinzling namens „i“ an. Trotz der höheren Leistung (61 bis 84 PS) soll er keine höheren Verbrauchswerte haben, im Norm-Zyklus also knapp fünf Liter schlucken.

Wie sein Vorgänger trägt auch der neue Smart (Preise ab etwa 9500 Euro) Motor



Ur-Smart nach Unfall (1998)
Blamage von Weltformat

und Antrieb im Heck. Mit diesem Konstruktionsprinzip gleicht er etwa dem seligen VW-Käfer oder einem Porsche 911, aber eben keinem Mercedes und nicht einmal irgendeinem aktuellen Kleinwagen anderer Hersteller. Ein Produktionsverbund über Konzerngrenzen hinaus, wie ihn viele Firmen in dieser Klasse schließen, bleibt dem Smart deshalb verwehrt.

Der exotische Heckmotor jedoch ist die einzige Chance, ohne Kompromisse in der Crash-Sicherheit die Smart-typische Kürze zu erhalten – zumindest annähernd. Das neue Modell wurde um 20 Zentimeter gestreckt. Das beliebte Querparken mit der Front zum Randstein, schon jetzt ein ordnungsrechtlicher Grenzfall, dürfte sich nun endgültig erledigen.

Die Verlängerung ist zum Teil ein Tribut an Vorschriften zum Fußgängerschutz, zum Teil an Fahrdynamik und Komfort, wo die erste Generation des Citymobils eklatante Macken hatte. Der Wagen konnte komfortabler gefedert werden. Auch nickt er wegen des längeren Radstands bei Gangwechseln nicht mehr so unschön.

Einen wesentlichen Beitrag dazu soll das neue Getriebe leisten. Es hat wie beim Vorgänger eine automatische Kupplung, schaltet aber schneller und kann auch Gänge überspringen. Laut Chefentwickler Klaus Badenhausen sind „die Schwächen der ersten Generation überwunden“.

Weitgehend unverändert übernommen wurde der Dieselmotor, ebenfalls ein Dreizylinder, der kürzlich in ein merkwürdiges Sperrfeuer der Öko-Kritik geriet. Smart stattet dieses Modell mit einem preiswerten PM-Katalysator aus. Er wird salopp auch „offener Filter“ genannt und entfernt etwa 40 Prozent der Rußpartikel aus dem Abgas. Geschlossene Filtersysteme fangen dagegen 99 Prozent auf.

Smart bewarb das Provisorium als „Dieselpartikelfilter“ und fing sich prompt eine Klage der Deutschen Umwelthilfe ein. Kleinlaut strich die DaimlerChrysler-Tochter den Begriff wieder aus der Reklame.

Auch der Neue fährt zunächst noch mit der Billiglösung, bis die Abgas-Gesetzgebung im Jahr 2010 ein geschlossenes System unumgänglich machen wird. Weitere Debatten sind absehbar, aber es empfiehlt sich, dabei den Blick fürs Wesentliche nicht ganz zu verlieren.

In einem Europa, das schweren Lastwagen ganz ohne Filter die Zulassung erteilt, scheint halbgereinigter Smart-Ruß nicht das akuteste aller Umweltprobleme zu sein. Immerhin wird es im Sinne des Klimaschutzes kein besseres Auto geben als den neuen Smart Diesel. Er emittiert 90 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer und ist damit das einzige in Großserie gebaute Drei-Liter-Auto der Welt.

CHRISTIAN WÜST

RESTITUTIONEN

Mega-Wunschzettel der Wettiner

Gier oder Gerechtigkeit? In Baden-Württemberg fordert das Adelshaus Baden vom Land, beziehungsweise seinen Museen, die Herausgabe von Kunstgut, in Sachsen sind es die noch umtriebigeren Wettiner. Diese sächsische Adelsdynastie verlangt jetzt forsch vom Freistaat etwa 1600 kostbarste Porzellanobjekte zurück, die zum Bestand der Dresdner Kunstsammlungen gehören – darunter Stücke, die jedes für sich bereits mehrere Millionen Euro wert sein dürften. Der enorme Gesamtwert lässt sich kaum beziffern. 829 Jahre hatten die Wettiner in Sachsen regiert, häuften Schlösser, Ländereien und Kunstbesitz an, darunter Edles aus Porzellan, Vasen, Lüster, Figuren und anderes. 1918 musste der damalige sächsische König abdanken. Jahre darauf folgte ein Vertrag, in dem die Aufteilung des Besitzes zwischen Familie und Land geregelt wurde. 1945 kam es zu einer umfassenden Enteignung. Längst sind die Wettiner, beziehungsweise deren Albertinische Linie, eine Firma: die GbR Haus Wettin A.L. Diese versucht seit Jahren, einstiges Eigentum wiederzuerlangen. Bei Grund und Boden war das aussichtslos. Verzweifelt, aber erfolgversprechender gestaltet sich die Lage bei der Kunst. In den neunziger Jahren erhielt das Haus zurück, was im Krieg eingegraben und nun im Erdreich wiederentdeckt worden war. 1999 wurde ein Kompromiss beschlossen, der Objekte aus den Museen betraf. Der Freistaat gab 6000 Objekte ab und durfte 12 000 Werke wettinischer Herkunft behalten, im Gegenzug erhielt die Familie eine üppige Entschädigung. Eigentlich schienen die Verhandlungen damit abgeschlossen. Doch pochte das Haus Wettin auf eine Klausel, die Nachforderungen zulässt, sollten noch mehr Kunstschätze seiner Ahnen auftauchen. Man suchte und nutzte die Klausel fleißig: Im Oktober 2006 nahmen die Wettiner zehn Tiergroßplastiken aus Porzellan entgegen. Ihre neueste Wunschliste betrifft die 1600 Porzellane und wohl 1000 weitere Stücke. Offensichtlich setzt man auf die momentan günstige Stimmung: Viele Landesregierungen sind – siehe Baden-Württemberg – in kopfloser Spendierlaune, etwa wenn es darum geht, Museumsstücke aus Adelsbesitz sogar ein zweites Mal anzukaufen. Eine Einigung, die auch die Interessen einer (klammen) Kulturnation Deutschland berücksichtigt, scheint den Anspruchsstellern weniger wichtig zu sein.



Biermann in seiner Berliner Wohnung Chausseestraße 131 (1972)

POPMUSIK

Bier her, Mann!

Es war im Ost-Berlin des Jahres 1968, als ein nicht mehr ganz junger Mann mit Walrossbart beschloss, auf eine Karriere beim DDR-Label Amiga zu verzichten und stattdessen besser gleich in beiden Teilen Deutschlands Popstar zu werden: „Chausseestraße 131“, das erste Album Wolf Biermanns, mit Hilfe eines aus dem Westen geschmuggelten Tonbandgeräts in seiner Wohnung aufgenommen, erschien nur in der BRD, nannte den Stasi-Spitzeln aber gleich die Adresse des Kulturstaatsfeinds Nummer eins: Welch heroische Geste! Hat es je eine geschichtsträchtige deutsche Popplatte gegeben, dann war es diese. Zum 70. Geburtstag Biermanns (der Verlag Zweitausendeins bringt eine CD-Edition heraus) wird es nun Zeit, den Dichter und Bänkelsänger als reines Pop-Phänomen zu entdecken: Wie gut er aussah! Wie schamlos er einen auf Prolo-Bruder Bert Brecht machte! Die Gitarre schrammelt, die Stimme flucht, faucht und fleht und brüllt vor Zorn: „Beamte! feige! fett und platt! – die hab ich satt!“ Wacht auf, ihr hippen Barmänner von Berlin-Mitte: Spielt diese brandaktuelle Platte!

AUSSTELLUNGEN

Gespeicherte Schnipsel

Wie man sogar seine persönliche Unordnung in ein kulturelles Ereignis verwandeln kann, zeigt der Schriftsteller und Journalist Benjamin von Stuckrad-Barre, 31 („Soloalbum“), gerade in einer



Stuckrad-Barres „Der Runter-Laden“

Ausstellung in der Hamburger Galerie Heliumcowboy artspace (bis zum 25. November) unter dem Titel „Der Runter-Laden“. Weil er des Chaos nicht mehr Herr wurde und die Tendenz hat, nichts wegzuschmeißen, scannte Stuckrad-Barre Notizen, Bilder, Fundstücke und Schnipsel kurzerhand ein, speicherte sie auf Festplatten; jetzt werden die Originale wieder hervorgeholt – „runtergeladen“ und zu Kunstexponaten erklärt. „Ein sehr persönlicher kleiner Striptease“ habe sich daraus ergeben, so Heliumcowboy-Galerist Jörg Heikhaus. Das Ganze funktioniert „natürlich nur bei Leuten, die so polarisieren wie Stuckrad-Barre“. Bei vier Auftritten wird sich der Künstler „interaktiv“ mit den Galeriebesuchern auseinandersetzen. Stuckrad-Barre beschreibt seine Schau als einen „Erlebnispark gegen jung und alt“ für aber: alle.

KUNST

Verlorenes Skandalwerk

Als „weitgehend unsichtbare Symbolfigur“ wird Hans Haacke angekündigt, nun soll sich der Künstler gleich an zwei Orten materialisieren. Die Hamburger Deichtorhallen und die Akademie der Künste in Berlin ehren den in New York lebenden Deutschen mit einer Doppelschau. Hamburg startet am 17. November, Berlin einen Tag später. Haacke, 70, hält sich als Person im Hintergrund, mit seiner Kunst bringt er viele

auf. Geschichtsträchtig ist die Reaktion (inklusive Bundestagsdebatte) auf sein Blumentrog-Objekt für den Berliner Reichstag. Haacke, eine Ikone der Unabhängigkeit, kennt die Mechanismen der Entrüstung: Er legt sich mit Weltkonzernen und Weltmächten an, offenbart Verfehlungen. 1991

dekorierte er etwa den Münchner Königsplatz. Auf Bannern flatterten ein Totenkopf und die Namen deutscher Firmen, die an der Aufrüstung des Irak verdient hatten; es gab Skandalgeschrei. Nun wurde das Werk für das Hamburger Ereignis neu produziert, weil das Original nicht aufzufinden war. Das zuständige Münchner Lenbachhaus kann nicht nachvollziehen, ob es die Banner je eingelagert hat. Für die Dublette zahlt es nicht: „Wir haben das Werk gekauft, also ist es unser Eigentum – oder unser Verlust.“



VG BILD-KUNST, BONN 2006: HANS HAACKE

Haacke-Werk



Szene aus „Madeinusa“

Kino in Kürze

„**Madeinusa – Das Mädchen aus den Anden**“ spielt in einem entlegenen Dorf in Peru und beschreibt, wie Ostern zur Orgie wird. Weil Jesus zwischen Tod und Auferstehung nichts sehen könne, sei den Menschen in dieser Zeit nahezu jede Sünde erlaubt, glauben die Bewohner – eine Sichtweise, die viel für sich hat. Die Regisseurin Claudia Llosa, 30, Nichte des Schriftstellers Mario Vargas Llosa, führt den Zuschauer durch eine so brutale wie skurrile Welt, beschreibt deren Rituale und Traditionen voller Respekt und mit sinnlicher Präzision. Hierfür erhielt sie im Oktober den Kritikerpreis beim Filmfest Hamburg. Unaufgeregt, spannend und humorvoll erzählt sie vom Befreiungskampf einer Frau (Magaly Solier), die ihr Schicksal beherzt in die eigenen Hände nimmt.

„**Children of Men**“ beschreibt die Zukunft, wie sie erschreckender kaum sein könnte: Im Jahr 2027 gibt es keine Kinder mehr auf

der Erde, die Menschen sind schon lange unfruchtbar, weltweit regieren Angst, Terror, Chaos. Der resignierte Angestellte Theo (Clive Owen) hat sich mit dem sicheren Untergang mehr oder weniger abgefunden, bis ihn eine Rebellenorganisation bittet, ein schwarzes Mädchen (Claire-Hope Ashitey), das die Hoffnung der ganzen Welt in seinem Bauch trägt, zu beschützen. Mit schwindelerregendem Tempo und spektakulärer Kameraführung jagt Regisseur Alfonso Cuarón („Y tu mamá también“) den Zuschauer in dem sehr sehenswerten Film durch seine finstere wie realistische Version der Apokalypse, ohne dass je eine Sekunde zum Luftholen bliebe.



Szene aus „Children...“

POP

„Ich bin arrogant“

Der Schwede Gustaf Norén, 24, über den Erfolg seiner Band Mando Diao und die Privilegien der Jugend

SPIEGEL: Mit Ihren ersten drei Alben waren Sie und Ihre Band in Deutschland sehr erfolgreich. Warum sind schwedische Rock'n'Roll-Bands wie Ihre oder The Hives so begehrt im Ausland?

Norén: Weil wir eben brilliant sind. Sie denken nun, ich sei arrogant. Und ich bin arrogant. Aber ich meine das nicht böse, sehe es eher als ein Privileg meiner Jugend. Wir arbeiten hart für den Erfolg. Und wir sind nicht wie Paris Hilton, also berühmt dafür, dass wir berühmt sind.

SPIEGEL: Warum sollte man eines der Konzerte Ihrer Deutschland-Tour-



DENIS PERNATH / WMT.DE

Mando-Diao-Sänger Norén (M.)

nee besuchen, die in dieser Woche startet?

Norén: Mal abgesehen von der besseren Musik haben wir das schönere Publikum.

Zu uns kommen immer zuverlässig viele hübsche Mädchen. Schauen Sie sich mal die Rentner an, die sich noch zu Metallica-Konzerten schleppen. Da haben selbst die Frauen mittlerweile einen Bart.

SPIEGEL: Was bedeutet denn Mando Diao?

Norén: Das ist ein Phantasiebegriff, den mein Bandpartner Björn Dixgård geträumt hat. Er träumt andauernd so wildes Zeug. So wie „Ode to Ochrasy“, den Titel unseres neuen Albums. Keiner von uns hat einen Schimmer, was das bedeutet. Aber Geheimnisse machen den Rock'n'Roll doch nur interessanter, oder?

SPIEGEL: Ihre Musik klingt mehr nach London oder Los Angeles als nach Ihrer schwedischen Heimatstadt Borlänge. Was ist schwedisch an Mando Diao?

Norén: Die Schönheit unserer Melodien. Wir lieben alle schwedische Folklore. Außerdem sind wir alle große Romantiker. Das ist auch schwedisch.

AUKTIONEN

Verbrecher auf der Leinwand

Im Jahr 1961, kurz bevor die DDR mit dem Bau der Mauer begann, flüchtete der junge Maler Gerhard Richter von Ost nach West. Im selben Jahr erschien im SPIEGEL ein Bericht über den Umgang mit Medizinern, die in der NS-Zeit für Euthanasieverbrechen verantwortlich gewesen waren. Einer von ihnen war Dr. Werner Heyde (alias Fritz Sawade): Es zeugte vom typischen Nachkriegs-

ein typisches Richter-Frühwerk: geheimnisvoll, irritierend, durch unscharfe Konturen verfremdet. Schlichter Titel: „Herr Heyde“. Längst gilt Richter als wichtigster Maler der Gegenwart. In dieser Woche versteigert Christie's das „Heyde“-Bild. Einlieferer sind die Erben eines Sammlers aus Wolfsburg, der das Werk nur ungern als Leihgabe für Ausstellungen herausgab; Richter fertigte später eine fotografische Reproduktion an, legte eine Edition auf. Nun ist das kunsthistorisch so wichtige Ölbild auf dem Markt, der obere Schätzpreis liegt bei drei Millionen Dollar. Mittlerweile lässt sich die tiefere Bedeutung des Themas



Richter-Gemälde „Herr Heyde“ (1965), SPIEGEL-Ausgabe (1961)

zynismus, wie die Gerichte die Taten herunterzuspielen versuchten. Das damals publizierte Foto, das Heyde 1959 auf dem Weg in die Untersuchungshaft zeigt, wurde vom eifrigen SPIEGEL-Leser Richter als Vorlage für ein Gemälde verwendet. Es entstand 1965 und ist

für Richter ermessen. Seine Tante Marianne – auf einem anderen Bild als Teenager porträtiert – war ein Opfer des NS-Euthanasieprogramms. Richter selbst will das „Heyde“-Gemälde auf keinen Fall erwerben. „Viel zu teuer“, lautet sein Kommentar.

THEATER

Kapitaler Bühnenstoff

Ein Blinder fungiert als Vorleser und beschreibt das Geheimnis der Warenakkumulation am Beispiel seiner riesigen Plattensammlung: Solche Attraktionen bietet „Karl Marx – Das Kapital, Erster

Band“, die jüngste, am Wochenende im Düsseldorfer Schauspielhaus angelaufene Produktion des Theaterkollektivs Rimini Protokoll. Die für kuriose und kluge Bühnenaktionen zu Politik, Literatur und Wissenschaft bekannte Truppe holt auch diesmal Experten aus dem realen Alltag ins Theater, um zu erkunden, was sich mit Marx' „Kapital“ heute noch anfangen lässt. Es gehe „nicht darum, den Text in einen Bühnentext zu verwandeln, seine einzig sinnvolle Bühne liegt zwischen zwei Buchdeckeln“, verkünden die Rimini-Aktivistin Helgard Haug und Daniel Wetzel; sie „wollten wissen, welche Rolle das Buch gespielt hat und spielt im Leben einzelner Menschen“. Deshalb haben die Theatermacher nicht nur kundige Marxisten eingeladen, sondern auch den kapitalismustheoretisch eher unbeleckten Leiter einer Selbsthilfegruppe für Spielsüchtige. Dem Akkumulateur ist manches manchmal doch zu schwör.



SEBASTIAN HOPPE

Szene aus „Karl Marx – Das Kapital, Erster Band“



BOISIERE/SIPA PRESS



STUART RAMSON / AP (M.); ZEPPELIN X / ACTION PRESS (R.)



Helmut-Lang-Models bei Prêt-à-porter-Schauen in Paris und New York (zwischen 1999 und 2004): „Es gibt seit Mitte der neunziger Jahre keine

MODE

Die Kunst des Nichts

Mit seinem Minimalismus prägte Helmut Lang den Stil der neunziger Jahre. Bis er seine Firma plötzlich verkaufte. In einem Holzhaus an der amerikanischen Atlantikküste sucht der Ex-Modemacher nun nach neuen Aufgaben. *Von Moritz von Uslar*

Vor seinem Haus, am östlichen Ende von Long Island gelegen, gut zwei Autostunden von Manhattan entfernt, fällt als Erstes sein Wäscheständer in den Blick: Zwei mal drei gekreuzte Holzstangen, mit weißer Kordel verbunden.

Es ist der denkbar einfachste Wäscheständer – in seiner Grobheit, Klarheit und Kraft das Mannsbild eines Wäscheständers, wie er in einem John-Ford-Western oder, als Readymade, in einer Altbauwohnung in Berlin herumstehen könnte. „Das Neue“, so die Modejournalistin Ingeborg Harms, „ist bei Helmut Lang daran zu erkennen, dass es wie das Alte aussieht, nur ist man seiner nicht mehr überdrüssig.“ Wusste man gar nicht, dass ein Wäscheständer ein derartig einleuchtender Gegenstand sein kann. Schau an: Jetzt weiß man das auch.

Er tritt aus der wunderbar sanftmütigen und gleichgültigen Kulisse aus Wiesen, Bäumen und zwei Holzhäusern, hinter denen der Ozean liegen muss, heraus, umwedelt von zwei blonden Hunden.

Er trägt – weiter nichts, T-Shirt, Shorts, Schlappen. Natürlich ist bei ihm das Wenige bis ins Detail ausdifferenziert: Die Shorts sind aus verwuschener Baumwolle;

das T-Shirt sitzt nicht zu eng; er trägt keine Uhr. Allein über die Schlappen könnte man noch reden (seine sind schwarz). Andererseits: Wir sind hier nicht im New Yorker Einkaufsviertel SoHo, wo japanische Touristen mit Papiertüten und nackten Zehen von Boutique zu Boutique ziehen, wir sind hier auf dem Land.

Um hier gleich ein Gerücht auszuräumen: Er sieht nicht dick aus oder sonst wie gezeichnet – im Gegenteil: braungebrannt, schmal, auf angenehm unangestrenzte Art durchtrainiert. Er hat die weichen Muskeln des Schwimmers. Gesicht und Körper haben, das sieht man, über Monate die konstant ideale Mischung aus Sonne, Salzwasser und Schlaf abbekommen.

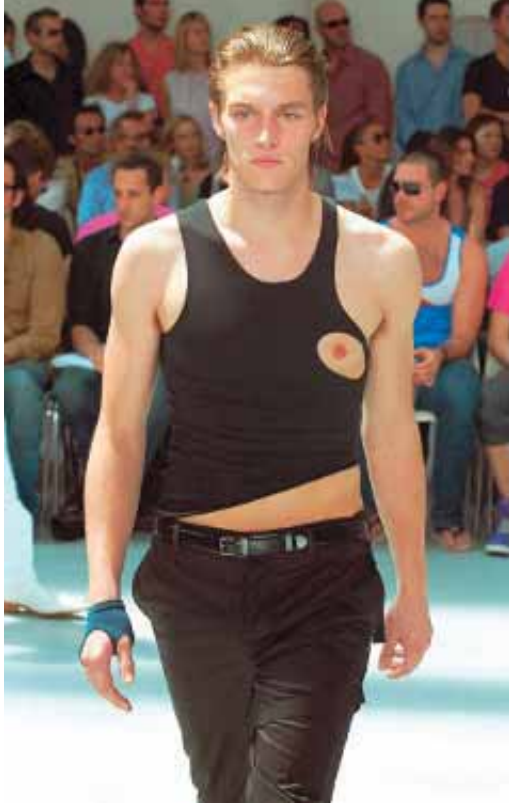
Er spricht die Helmut-Lang-Phantasiesprache, eine leise dahingemurmelte, mehr gesungene als gesprochene Mischung aus Österreichisch und Amerikanisch. Den Wäscheständer habe er bei einem Trödler im naheliegenden Montauk gefunden – habe fast nichts gekostet. Helmut Lang, der vielleicht einflussreichste Modemacher der vergangenen 20 Jahre, mittlerweile schöne 50 Jahre alt, schlägt nun vor, noch ein wenig im Schatten einer Magnolie ste-

henzubleiben. Dabei möchte man jetzt – noch lieber – loslaufen und Haus und Hof einer Inspektion unterziehen.

Helmut Lang – der große Aussteiger der Modeszene oder, einfach: der vielleicht wichtigste Ex-Modemacher der Welt. Er hat für einen Nachmittag und Abend auf seine Farm eingeladen. Es ist sehr schön und angenehm hier draußen, und es ist ein Ereignis, hier eingeladen zu sein: Seit seinem Rücktritt vom gleichnamigen Label im Januar 2005 hat Lang kaum Interviews gegeben.

In seinem Fall ist es nun wirklich noch einmal gerechtfertigt, vom Schönsten, Besten, Einflussreichsten zu sprechen. Er ist der Letzte in der vergleichsweise kurzen Reihe der wahren Erneuerer der Mode, der Mann nach Yves Saint Laurent, Giorgio Armani, Karl Lagerfeld und der Mann vor Marc Jacobs, Diors Hedi Slimane und dem Jil-Sander-Couturier Raf Simons – ohne Lang keinen Slimane, keinen Simons.

Anders als seine Kollegen war Lang weniger Designer (was für ein schauderhaft altbackenes, aufgetakeltes Wort), schon eher Modemacher (klingt angenehm sachlich), der Vollstrecker kühler, klarer, radi-



total neue Silhouette, kein neues Männerbild, kein neues Frauenbild“

kaler, im Detail oft vollkommen neuartiger, deshalb dramatischer Ideen. Sein Minimalismus befreite die Mode vom Nimbus des Verspielten, Beliebigen, Überflüssigen und machte aus Kleidung eine schlichte Notwendigkeit: Seit Lang sind Jacketts Drei- und Zwei-Knopf-Jacketts mit schmalen Revers und Schultern, und so haben Jacketts, egal von welchem Hersteller, bis heute auszusehen. Langs Entwürfe wirkten angenehm ungekünstelt, sie schienen nicht vom Zeichentisch zu kommen, sondern von der Straße, aus dem Nachtleben, der Kunst, der Popmusik. Es ist Langs Verdienst, dass er die Leute, die sich zu klug vorkamen, um sich mit Mode zu beschäftigen, zu gut-angezogenen Menschen gemacht hat.

Der Modemacher der Intellektuellen hatte selbst bald den Ruf des schwierigen Geistesmenschen: Auf den eigenen Prêt-à-

porter-Schauen ließ sich Lang, wenn überhaupt, nur widerwillig blicken, in der Klatschpresse tauchte er so gut wie gar nicht auf – wofür ihn die Modewelt nur noch hysterischer verehrte: Als Lang 1998 seinen Standort von Paris nach New York verlegte, baute die Branche seinetwegen den Modekalender um. Als sich zu seiner ersten Show in den USA halb Hollywood ankündigte, sagte Lang das Ereignis kurzerhand ab und präsentierte die neue Kollektion stattdessen im Internet. Bei der Verleihung der American Fashion Awards 2000 sollte Lang als erster Ausländer in den exklusiven Kreis des „Council of Fashion Designers of America“ aufgenommen werden – nur, der Geehrte brüskierte die Branche durch seine Abwesenheit.

Der Rücktritt vor mittlerweile 21 Monaten fand dagegen vollkommen undrama-

tisch statt: Lang war einfach weg – kein Gruß, keine Danksagung, kein offizielles Statement. Es war ein phantastischer Abgang, ein derartig stilles, seitliches, schnörkelloses Verschwinden, dass die Modebranche bis heute verblüfft: Vom Meister selbst fehlte jede Erklärung.

Der wirtschaftliche Ausstieg liest sich im Rückblick allerdings wenig rätselhaft: 1999 hatte Lang 51 Prozent des Labels dem Mode-Imperium Prada verkauft; 2004 bekam Prada-Chef Patrizio Bertelli die restlichen 49 Prozent; mit dem Verkauf soll Lang rund 100 Millionen Dollar verdient haben. Nach Langs Rücktritt veräußerte Bertelli, dem seit der Übernahme von Jil Sander der Ruf eines Zerstörers anhaftet, das Label im März dieses Jahres für geschätzte 36 Millionen Dollar an einen japanischen Konzern, der wiederum im Mai mit der Nachricht für Aufsehen sorgte, dass das Designer-Ehepaar Michael und Nicole Colovos (bekannt als Erfinder eines Jeans-labels) ab sofort die Kreativdirektion des Labels Helmut Lang übernehmen. Schon im Frühjahr sollen die ersten Helmut-Lang-Stücke, mit denen Helmut Lang rein nichts mehr zu tun hat, in den Läden liegen.

Nach Langs Rücktritt wurde es still, bis auf ein paar irre Gerüchte um den abgetauchten Modemacher: Er trage nur noch Ski-Unterwäsche; er rede nur noch mit seinen Hunden; er züchte eine seltene Sorte mexikanischer Kampfhennen; Helmut Lang, der J. D. Salinger der Modebranche, bewahre auf seinem Dachboden eine gigantische Christbaumkugelsammlung auf.

Dabei sind es die simplen Fragen, die beim Antrittsbesuch bei Helmut Lang zu beantworten sind: Wird er in die Modewelt zurückkehren? Ist Glückseligkeit einfach? Was hat man sich unter seinen Kunstprojekten vorzustellen? Wie sieht sein Haus von innen aus?

Zurück also in den Schatten der Magnolie: Vom Bretterort am Eingang zieht sich eine Wiese in sanften Hügeln längs einer Allee aus Tulpenbäumen dahin. Scheinbar unendliche Weiten. Die jeweils nächste Begrenzung in jeder Himmelsrichtung ist der Himmel. Platz muss der größte Luxus sein.

Ihm ist nun erst mal danach, von Tieren und Pflanzen zu schwärmen – die majestätische Ruhe des rundum glücklichen Gastgebers: Morgens, vom Schlafzimmerfenster aus, könne er dem Spiel der Wale, Seehunde, Delfine zuschauen. In der Dämmerung grasen in den Dünen die Rehe.

Die Hamptons, jene Strandvororte von New York, die für ihre sagenhafte Schönheit und ihre sagenhaften Grundstückspreise berühmt sind: Hier geben seit weit über hundert Jahren alle diejenigen Ruhe, die es sich leisten können, genug zu haben von der Großstadt, vom Ruhm und vom Geld. Zur klassischen Hamptons-Bohemia zählten die Künstler Jackson Pollock, Willem de Kooning, Andy Warhol. Marilyn Monroe soll



Stil-Ikone Lang: „Niemand sagt, dass man eine zweite Karriere haben muss“

vor Helmut Langs heutigem Besitz nackt in den Fluten geschwommen sein.

Von Helmut Lang, seit 1999 Grundbesitzer in East Hampton, heißt es, er habe das Anwesen dem Komiker Jerry Seinfeld in buchstäblich letzter Minute weggeschnappt; Lang soll 16, Seinfeld 10 Millionen Dollar geboten haben, das Grundstück ist heute etwa 40 Millionen Dollar wert.

Da kreuzt auf dem Hügel der Magnolie ein Hahn den Lauf der Hunde. Hühner? Warum denn, um Himmels willen, Hühner? Helmut Lang: „Wir dachten: wenn schon eine Farm, dann auch Hühner.“

Der gebürtige Wiener Helmut Lang ist ab seinem zehnten Lebensjahr im Alpendorf Ramsau am Dachstein aufgewachsen:

Schöner-Wohnen-Zeitschriften muss dieser Anblick selig machen – ein wackliges Tischlein, Bank, zwei Stühle, eine Decke auf der Bank; auf dem Tisch steht ein Wasserglas, darin lehnt eine Wiesenblume.

Und nun endlich hinein in das Farmhaus – zur Inspektion der Einrichtung: Holz in allen Tönen, Farben, Stärken. Holz, so versteht man, ist das erste, das logische Einrichtungsmaterial. Wenige Designklassiker (Le Corbusier, Charlotte Perriand, Joseph Hoffmann, Hans Wegner). Kaum Kunst – obwohl? Da hängen, hoppla, ein Mark Rothko und ein Ölbild des Wiener Wilden Kurt Kocherscheidt. Kaum Krimskrams außer Zeitschriften („National Geographic“, „Texte zur Kunst“). Keine Klima-

Letzte Plaudereien: Hinter dem Schwimmbad kommen die Doppeldünen, ein Naturschutzgebiet, dahinter Atlantik. Der Strand sei endlos und das ganze Jahr über praktisch menschenleer. Über Nachbarn spreche man nicht: „Gute Zäune machen gute Nachbarn.“ Man könne hier jeden Abend an einem Benefit teilnehmen, aber: „Wenn du einmal damit anfängst, bist du mehr oder wenig ausgeliefert.“

Neben seiner Farm hält sich Lang eine Stadtwohnung in Manhattan. In den Räumen über dem ehemaligen Flagship-Store in der Greene Street ist seine neue Firma „HL-art“ eingezogen: Dort halten ihm fünf bedeutend freundliche Mitarbeiter die Anfragen vom Hals und helfen bei der Entwicklung der Projekte. Wann war er das letzte Mal in Manhattan? Vor zwei, vor drei Monaten? Bei einer Film Premiere? Er kann sich nicht entsinnen. Dieser Helmut Lang ist froh, wenn er nicht gesellschaftlich sein muss – dann geht es zur Sache:

Er wird nicht zur Mode zurückkehren, und wenn doch, dann nur in einer „radikal anderen Form“ – was immer das heißt. Sein Kopf sei woanders: „Rückkehr zur Mode? Ich vermisse sie nicht genug.“

Der Verkauf an Prada sei die richtige Entscheidung gewesen, die Modeindustrie an einem Punkt angekommen, an dem es für ihn nicht mehr weiterging: „Es wurde immer mehr Geschäft, mehr Image, mehr Fake. Das Geschäft sind Gesichtscremes und relativ scheußliche Handtaschen.“ Er sei zufällig zur Mode gekommen, also habe er auch das Recht, dann auszusteigen, wann es ihm passe: „Mit 30 etwas erreichen, mit 40 das Geld verdienen, mit 50 in den Ruhestand gehen“ – klingt gut, er fand das immer einen coolen Plan. Was zwei junge Designer unter seinem Namen mit seiner ehemaligen Marke anstellen, das gehe ihn nichts an, das sei ihm, mit Verlaub, auch gleich: „Wenn ich etwas verkaufe, dann gehört es mir nicht mehr.“

Helmut Lang muss nun erklären, was es bedeutet, Tag für Tag, und das seit Monaten, absolut nichts zu tun – ein heikler Punkt: Man kennt ja kaum jemanden, der freiwillig gar nichts tut. Im puritanischen Amerika kommt der Müßiggänger, der genießt, einem asozialen Verbrecher gleich.

Grinsender Lang. Es ist die Frage, auf die er gleich mehrere Antworten weiß: „Ich gehöre ja zu den Leuten, denen es nie langweilig ist.“ Und: „In der Zeit, in der du nicht versuchst, produktiv zu sein, bist du in Wahrheit wirklich produktiv.“

Seine Bilanz fällt nüchtern aus, es schwingt ein Hauch von Trotz mit, wenn er sagt: „Ich habe mein Leben lang hart gearbeitet. Niemand sagt, dass man eine zweite Karriere haben muss.“

Lang erzählt nun von seinen Projekten. Er besteht darauf, sie „Projekte“ zu nennen, obwohl sie im weiten Sinn natürlich Kunstprojekte sind – wieder eines dieser Bescheidenheitsmanöver, mit denen der Ex-Mode-



Prominenz bei Modenschau in New York*: Vom Meister selbst fehlt jede Erklärung

„Meine Großeltern hatten auch Hühner. Deshalb ist das Bild für mich normal.“

Das Farmhaus, im 18. Jahrhundert im Stil der Saltbox-Häuser gebaut, wurde Anfang der fünfziger Jahre auf Reifen, wie in den Hamptons üblich, von einem anderen Grundstück an seinen jetzigen Standpunkt bewegt. Schlichter, ergreifender, eleganter kann ein Haus nicht aussehen. Lang: „Ein Kind würde so ein Haus zeichnen: Tür, Fenster, Dach, Sonne, Himmel, fertig.“

Er erklärt nun, warum er lieber von „Long Island“, nicht so gern von den „Hamptons“ spricht: „Klingt besser. Die Hamptons sind mit zu vielen Nebengeschmäckern belegt.“ Vor der Fassade des Farmhauses steht – die Redakteure von

anlage, keine Ventilatoren. Ein Flachbildschirm und Musikboxen zwischen den Balken. Ein Schaffell auf einer Holzbank. Es sieht aus, als hätte es sich ein Best-of der Welt von draußen (Wiesen, Bäume, Ozean) hier drinnen gemütlich gemacht.

Er bittet nun zu einem vitaminreichen Zwischengericht an den großen Tisch auf der Terrasse. An der Hauswand lehnt ein Holzregal, in dem das Treibgut vom Strand lagert: Walkknochen, Fischskelette, Vogelnester, die Knochen sogenannter Pfeilschwanzkrabben. Dazu gesellen sich im Regal grellbuntes Plastikspielzeug, gefärbte Stofftiere, ein verrosteter Schlüsselbund, ein Geschenk des britischen Stylisten Judy Blame. Der Zauber, so Lang, bestehe darin, zu beobachten, wie sich die Schätze des Meers im Sonnenlicht verändern: „Es wartet alles auf seine Zeit.“

* „Vogue“-Chefredakteurin Anna Wintour (2. v. l.), Tochter Bee Shaffer (3. v. l.), „Vogue“-Kolumnist André Leon Tally (r.).



HELMUT LANG



Helmut-Lang-Anzeigenmotive (1999)*: Sehnsucht des Kreativen nach einem natürlichen Rhythmus

macher den Ernst seiner Arbeit bewacht. Der erste Sinn dieser Projekte besteht darin, dass sie nicht analysiert, auf eine Formel gebracht und verkauft werden müssen, bevor sie etwas sind. Den Projekten möchte er die Zeit geben, die sie brauchen: „Ich habe keine Idee, was es ist und wohin es führt. Das ist es, was mich daran interessiert.“

Was den Kunstbetrieb und seine Mechanismen angeht, ist Helmut Lang kein Anfänger: Im Umfeld der Wiener Kunstszene um 1980 fand Lang den Zuspruch, es auf eigene Faust als Modemacher zu versuchen; Ende der neunziger Jahre setzte er die Kunstfotos Robert Mapplethorpes auf Anzeigenseiten ein; seine Kooperationen mit der Konzeptkünstlerin Jenny Holzer und der Bildhauerin Louise Bourgeois führten 1998 zu einer gemeinsamen Ausstellung in der Kunsthalle Wien. Sieht Helmut Lang sich selber als Künstler? „Ich stelle mir diese Frage nicht, also muss ich sie auch nicht beantworten. Entschuldigung.“

So viel kann der Künstler, der noch keiner sein muss, dann aber doch verraten: Seine zwei großen Projekte haben die programmatischen Titel „Long Island Diaries“ und „Selective Memories Series“. Es geht also um Erinnerung, Archivierung von Alltag und Vergangenheit. Die „Selective Memories Series“ sind eine Sammlung von Notizen, Briefen, Faxen – Korrespondenz, die Lang zwischen 1986 und 2005 geführt hat. Ein Berufsleben von zwei Jahrzehnten breitet sich aus: „Je nachdem, was man weiß, kann es dekodiert werden.“ Schaut man genau hin, erkennt man die Glückwünsche und Grüße verschiedener Begleiter der Helmut-Lang-Geschichte – die Stars, Künstler, Fotografen, Models, Granden der Modebranche und die Wichtigen mit den unbekannten Namen.

Als Modemacher war Lang den Deadlines der Prêt-à-porters unterworfen, als Privatmann genießt er die künstlerische Freiheit: Das Kunstwerk, das vielleicht gar keins ist, be-

stimmt selbst, ob und wann es fertig ist – paradiesische Zustände.

In den „Long Island Diaries“ archiviert Lang unter anderem die Legegewohnheiten seiner Hennen: Bleistift auf Papier. Ein Eierbuch, das dezidiert nicht als Kunstwerk verstanden werden möchte – ist das, nach dieser Karriere, nicht ein bisschen dünn?

Die Frage muss eher lauten, ob es nach Langs Abtritt aus der Modewelt eine klügere, offenere, nonchalantere Äußerung geben kann als ebendieses Eierbuch. Langs Projekte sind ein Antiprogramm zur Mode, eine Anti-Oberflächlichkeitsübung – natürlich auch: ein selbsttherapeutischer Versuch. Seine Arbeiten dürfen nicht nur unbegreiflich sein. Es tut ihm gut, wenn die Öffentlichkeit vergeblich nach ihnen greift. Ein Eierbuch, das ein Ex-Guru der Modebranche führt – schöner geht's ja eigentlich nicht! Es erzählt so viel von der Sehnsucht des am High End des Hipstertums arbeitenden Kreativen nach einem natürlichen Rhythmus, dass es – ganz gleich, was der Ex-Modemacher sagt – als Kunstwerk durchgeht.

Natürlich hat der Modemacher Lang einen Ruf zu verlieren. Der zukünftige Künstler Lang aber ist schlichtweg zu ernsthaft bei der Sache, um seine Integrität mit der Produktion von Kunstkitsch zu gefährden. Einige seiner Projekte haben die Aura wissenschaftlicher Untersuchungen: Mit dem Museum für angewandte Kunst in Wien plant Lang eine Rückholaktion. Schlüsselstücke seiner Kollektionen sollen in priva-

ten Kleiderschränken aufgetrieben und im Museum einer neuen Bedeutung zugeführt werden: „Lost Clothes Wanted“. Mit dem Kunst- und Modefotografen Jürgen Teller wird Lang einen Bildband mit Tellers Backstage-Fotografie herausbringen: Die Fotos sind Tellers intime Erinnerung, sein Gruß an den Stil, den Sex, die Flamboyanz der wilden neunziger Jahre.

Der „Zeit“ hat Helmut Lang vor Jahren, auf dem Höhepunkt seines Erfolgs, einen Traum anvertraut: „Ich mag die Vorstellung, dass es eine Aufgabe gibt, die man für lange Zeit ganz allein ausführen kann, allein mit sich, mit dem Blatt Papier, der Leinwand, einem Stück Holz. Ich vermisste die Zeit des einsamen Kampfes mit dem Werk.“

Große Worte, schöne Worte. Es wird dem Ex-Modemacher nicht angenehm sein, das zu hören, aber es ist exakt jenes hochromantische Ringen mit den Grenzen der eigenen Fähigkeiten, dem Helmut Lang in seinem Exil auf Long Island nachgeht.

Und ab in den Ozean. Tatsächlich: Menschenleere. Man sieht kilometerweit. In der Brandung toben der Künstler und sein Freund Edward Pavlick (ebenfalls ein Flüchtling der Modebranche) und die Hunde – währenddessen Theresa, die Haushaltshilfe, oben im Holzhaus eine köstliche Bouillabaisse vom Vortag aufwärmt.

Helmut Lang spricht von Techno, als ihn der warme Wind am Strand trocknet, und dass er den Underground und die „roughen Styles“ der neunziger Jahre als Inspiration vermisst: „Es gibt seit Mitte der neunziger Jahre keine neue Silhouette, kein neues Männer-, kein neues Frauenbild.“ Dann erzählt er von Stella Tennant – sie sei ein kultiviertes Model, mit dem man außerdem prima herumalbern könne.

Da begreift der Besucher, dass man die Menschen, die glücklich sind, am besten in Ruhe lässt.

Die Dämmerung bricht herein, die unterirdische Rasensprenganlage springt an, und das Auto fährt in Richtung Manhattan. Wunderschöner Wäscheständer. Auf der Kordel hängt ein blaues T-Shirt. ♦



Lang-Farm auf Long Island: Gruß an die wilden Jahre

* Rechts: mit einem Porträt der Bildhauerin Louise Bourgeois.

SKANDALE

Von Bettpfannen und Muttermilch

Zunächst sah es so aus, als würde Paul McCartney seine Scheidung nur eine Menge Geld kosten. Doch nun gerät auch sein guter Ruf ernsthaft in Gefahr.

Das Fax bestand aus 13 Seiten, und es kam zur Mittagszeit, um 13.30 Uhr. Dass es eine Katastrophe bedeutete, dass es imstande war, mitten in Englands Seele zu schießen und dort zu wüten, begriff offenbar sogar der Computertechniker, der das Fax in der EDV-Abteilung der Nachrichtenagentur Press Association in Howden, East Yorkshire, aus dem Gerät zog. Es trug keinen Absender, doch es enthielt ganz offensichtlich Rechtsdokumente, darin Vorwürfe von Heather Mills McCartney, 38, gegen ihren Ehemann Paul, 64. Was da drinsteht, hat das Potential, den Ruf von Paul McCartney – neben der Queen Englands letzte verbliebene große Ikone – zu zertrümmern.

Der Techniker, pflichtbewusst, schickte das Fax weiter an die Redaktion nach London. Die Grausamkeiten, die die Nation daraufhin zu lesen bekam – Grausamkeiten, die Paul McCartney an seiner Ehefrau Heather Mills in vier Jahren Ehe begangen haben soll –, erinnern in ihrer Niedertracht an die Unanständigkeit des neuen Filmhelden Borat: Sie sind kaum zitierfähig, und dennoch – gespiegelt an McCartneys Image als Live-Aid-Tierschutz-Gutmensch – auch unfassbar komisch.

Das ist das Problem. Unfassbar komisch, das zeigt das Beispiel Borat, bedeutet eben auch manchmal: unfassbar wahr. Man erfährt unter anderem: McCartney soll Mills nach der Geburt der gemeinsamen, heute dreijährigen Tochter Beatrice verboten haben, den Säugling zu stillen, schließlich wolle er beim Sex keine Muttermilch im Mund haben; er soll Mills, die bei einem Unfall ein Bein verloren hat und nun auf eine Prothese angewiesen ist, eine Bettpfanne verweigert haben, was Mills zwang, nachts zur Toilette hinken zu müssen; als Mills einmal eine wichtige Operation vornehmen lassen musste, wollte Paul lieber in Urlaub fahren. Stimmt das alles? Wahrscheinlich nicht. Aber, andererseits, wer kann sich solche Geschichten von Bettpfannen und Muttermilch ausdenken?

Die englische Öffentlichkeit hat sich so gleich entschieden: Sie, die Engländer, glauben das nicht! Sie haben eine Wagenburg um „Macca“, wie sie McCartney zärtlich nennen, errichtet und vorsorglich angefangen, Heather Mills öffentlich zu ver-



Anwalt Julius, McCartney-Ehefrau Mills
Schon Lady Di verteidigt

nichten. Dabei haben sie auch jegliche Zurückhaltung aufgegeben, die zuvor aufgrund von Mills' Behinderung bestand. Nur ums Geld gehe es dieser Frau – Yoko Ono war ja nichts gegen die! –, schrieben die Zeitungen und druckten dazu Bilder aus einem deutschen Sexbuch, auf denen Mills nackt zu sehen war.

Englands geballte öffentliche Macht kämpft für Pauls Ehre, und der Kampf kommt einem bekannt vor: Pauls Anwältin hat schon für Prince Charles versucht, Diana zu erledigen, und es war Mills' Anwalt Anthony Julius, der damals Diana verteidigte. Inzwischen aber geht es um mehr als nur einen Scheidungskrieg mit sehr hohem Einsatz – McCartneys Vermögen wird auf 1,2



Ex-Beatle McCartney, Tochter Beatrice
Süchtig nach Aufmerksamkeit?

Milliarden Euro geschätzt. Es geht auch um eine Nation, die um ihre Identität kämpft, denn es sind miese Zeiten für britische Identifikationsfiguren. Tony Blair? Eine Marionette des von vielen Briten als Idioten wahrgenommenen George W. Bush; David Beckham? Selbst die Spanier wollen ihn verhökern! Robbie Williams? Ewig jammernd, komplett nutzlos. Prince Charles? Ach. Sein Sohn? Läuft mit Hakenkreuzarmbinde rum. Selbst der neue James Bond scheint ein Weichling zu sein. McCartney, immerhin, schien für die Nation gerettet.

Doch dann kamen die Tonbänder ins Spiel, die Presse nannte sie „The Linda Tapes“, und allein der Begriff definierte eine ganz neue Tragweite: Da schwingen sogleich die sogenannten „Nixon Tapes“ mit, die „Lewinsky Tapes“ oder die „Diana Tapes“, Reizwörter der ganz großen Skandale. Linda war McCartneys erste Ehefrau, sie starb 1998 an Krebs. Die Engländer haben sie geliebt, so wie sie Mills nun hassen, Lindas Ehe mit Paul galt als mustergültig, als Entschädigung gar für die Katastrophe von Charles und Diana.

Doch Linda, das behauptet nun der Literaturagent Peter Cox, habe in ihrem Kummer jahrelang Tonbänder besprochen, stundenlange Klagen über ihren Mann. Cox besitzt die Kassetten und sagt, Linda habe sich „wie an der Leine“ gefühlt, wie „ein Tier im Käfig“. Sie habe sogar überlegt, McCartney zu verlassen, und es doch wieder verworfen. Diese Nachricht hat nun wirklich Wucht, nach allem, was man mobilisiert hat für die Ikone! Der britischen Nation geht es jetzt wie einer Familie, die plötzlich entdeckt, dass der Lieblingsonkel jahrelang heimlich die Kinder misshandelt hat.

Bedenklich ist zudem, dass McCartney – bekannt dafür, seine Gegner für jede falsche Behauptung in Grund und Boden zu klagen – die Existenz der Bänder nicht abstreitet. Stattdessen hat er mit Cox eine Vereinbarung getroffen, dass die Tonbänder nicht veröffentlicht werden. Mills soll daraufhin kommentiert haben, klar, Paul habe Linda eben auch geschlagen, woraufhin McCartneys Tochter, die Modedesignerin Stella, kurz die Nerven verlor und über Heather sagte, sie bringe „die Schlampe um“. Nun bröckelt die McCartney-Front schließlich doch noch; nun kommen jene zu Wort – ehemalige Angestellte, Plattenfirmenleute, Musiker –, die schon immer berichteten, McCartney sei grob im Umgang, süchtig nach Aufmerksamkeit und im Übrigen geizig.

Wie kaputt McCartneys Ruf tatsächlich ist – dafür wird es in zwei Wochen einen Gradmesser geben. Dann erscheint mal wieder eine neue Beatles-Platte voller alter Songs. Neu abgemischt natürlich, doch unter Fans gilt die Platte – sie heißt auch noch „Love“ – schon jetzt als Geldschneiderei. Geld ist es wohl vor allem, was McCartney jetzt braucht. PHILIPP OEHMKE

Heilige Seelenzustände

Band 13 der SPIEGEL-Edition:
Saul Bellow's „Herzog“ ist ein gebildeter Neurotiker,
der sich und anderen in Briefen die Welt erklärt.



Die Idee, ein Buch über einen manischen Briefeverfasser zu schreiben, kam dem US-Autor Saul Bellow (1915 bis 2005), nachdem er sich selbst die Finger im Postrausch wundgeschrieben hatte. „Eines Tages fand ich mich inmitten von Briefen wieder, die im ganzen Haus verstreut waren“, berichtete er über die Entstehung seines sechsten und bekanntesten Werks, „da wurde mir klar, dass dies eine glänzende Idee für ein Buch über die geistige Verfassung unserer Gesellschaft und ihrer gebildeten Schicht ist.“

Und so entwirft der einst in Chicago lehrende Universitätsdozent Bellow die Figur eines Professors für Philosophie und Ge-



Autor Bellow (1962)
„Das Leben als Geschäftsbetrieb“

schichte, Moses Elkanah Herzog, 47, geboren in Kanada als Sohn jüdischer Einwanderer aus Osteuropa – wie er selbst. Doch während sich Bellow „immer als Sieger gefühlt“ hat, ist seine Schöpfung Herzog ein ramponierter Held, ein Mann auf dem Höhepunkt seiner Lebenskrise, der versucht, mit sich und seiner Umgebung wieder ins Reine zu kommen.

Wie sein Schöpfer ist auch Herzog mehrfach geschieden – Bellow hat es immerhin auf fünf Ehen und insgesamt vier Kinder gebracht. Wie viel Bellow in dem überklugen Galgenhumoristen Herzog auch immer stecken mag, unumstritten ist der kommerzielle Erfolg seiner Zettelmanie. In den USA stand Bellow's Werk 29 Wochen auf Platz eins der Bestsellerliste.

Bellow hat ein feines Gespür für die Bruchstellen der amerikanischen Gesellschaft. „Das Leben eines jeden Staatsbürgers wird zum Geschäftsbetrieb“, wettet sein Herzog in einem Brief an den US-Präsidenten gegen den American Way of Life und verlangt eine Umbesinnung: „Das menschliche Leben ist kein Geschäft.“ Und

an einen Universitätskollegen schreibt der Held: „Denken Sie, was Amerika für die Welt bedeuten könnte“ und „was für ein Geschlecht es hätte hervorbringen können“ – wäre doch nur der Glaube an den Wert des „Herzens“ stärker.

Den Einfluss seiner jüdischen Wurzeln, seiner Zerrissenheit zwischen dem alten Osteuropa seiner Eltern vor der Oktoberrevolution und der Neuen Welt mit ihrer urbanen, hochindustrialisierten Gesellschaft hat Bellow immer betont. Wie seine jüdische Herkunft, so hinterlässt auch Bellow's Lebensmittelpunkt Chicago, wohin die Familie 1924 übergesiedelt war, deutliche Spuren in seinem Werk. Obwohl er einige Zeit in New York gelebt hatte und Manhattan auch in „Herzog“ ein Schauplatz ist, wurde Chicago, die Stadt am Lake Michigan, für Bellow's Werk das, was London für Charles Dickens oder Dublin für James Joyce war – eine Art eigenständiger Charakter.

Dennoch geht es Bellow nicht vorrangig um die sogenannten gesellschaftlichen Verhältnisse. „Diesen Kram mit ‚Kritiker der Gesellschaft‘“, giftete er einmal, „das lehne ich strikt ab.“ Und vom politischen Geschäft sollten sich Schriftsteller erst recht

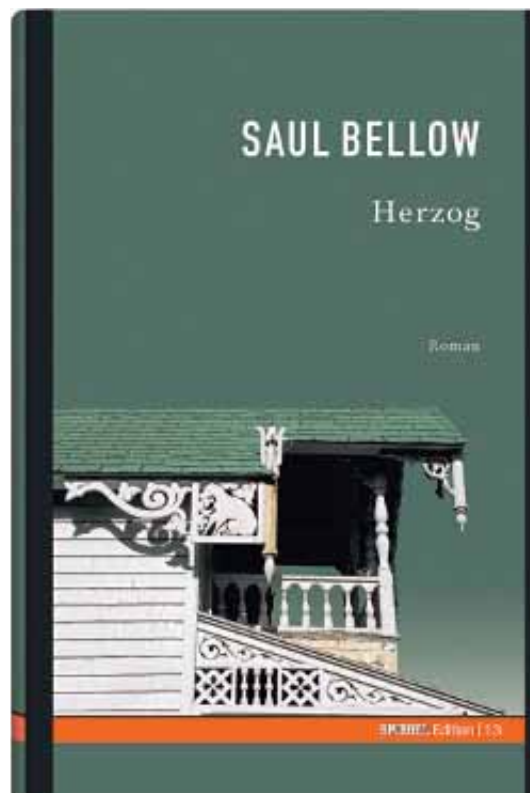
fernhalten, weil sie da „nicht viel bewirken“ könnten. Für ihn sei „nur der Mensch interessant, romanfähig sozusagen. Und wenn wir von der Dehumanisierung unserer Welt sprechen, dann meinen wir in Wahrheit das Verschwinden der Menschen“, beklagte er die gesellschaftliche und die für ihn damit eng verbundene literarische Entwicklung: „Der Verfall des Romans ist der Verfall des Humanums, der Persönlichkeit.“ Die rückt Bellow über Herzog's Briefblick meisterlich ins Zentrum.

Die zumeist nicht abgeschickten Notizen an seine Frauen und Kinder, an Freunde und Feinde, an Lebende wie Tote, an Geistesgrößen wie Nietzsche und Heidegger oder Mächtige wie den amerikanischen Präsidenten erfüllen dabei gleich eine zweifache Funktion. Für den verstörten Herzog sind sie stumme Hilferufe seines verunsicherten Ichs, Mittel der Gewissenserforschung wie Selbstfindung und wichtige Schritte auf dem Weg zur seelischen Genesung. Wie kein anderes Buch dürfte „Herzog“ denn auch Sinnsuchende, in der Adoleszenz wie in der Midlife-Crisis, animiert haben, selbst zum Stift zu greifen, und sei es auch bloß in der Phantasie.

„Das menschliche Verständnis und die subtile Kulturanalyse, die sich in seinem Werk vereinen“ beeindruckten auch die Schwedische Akademie. 1976 verlieh sie Bellow, der zuvor schon den Pulitzerpreis und zum dritten Mal den National Book Award erhalten hatte, den Literaturnobelpreis. Die zentralen Sätze seiner Dankesrede könnten auch vom späten, genesenen Herzog stammen. Eindringlich plädiert Bellow für den Respekt vor dem „Einfachen und Wahren“.

Dabei sei es die vornehmste Aufgabe des Schriftstellers, an „unser Mitleid und unseren Schmerz, an das latente Gefühl der Verbundenheit mit allen Geschöpfen“ zu appellieren. Und er fordert mit den Worten Joseph Conrads „eine Solidarität, welche die Einsamkeit unzähliger Herzen verknüpft“. Eben dies zu leisten galt Bellow als die höchste Aufgabe der Literatur. Von „heiligen Seelenzuständen“ soll Saul Bellow geschwärmt haben, die Romane in ihren besten Momenten auslösen könnten. „Herzog“ kann das.

DIETER BEDNARZ



ZEITGESCHICHTE

Salomon im Aufsichtsrat

Bestaunt, verkannt, ermordet – noch immer ist Walther Rathenau die tragische Rätselfigur der Weimarer Republik. Nun zeigt eine monumentale Briefsammlung seinen Witz und Weitblick.



Walther Rathenau auf der Weltwirtschaftskonferenz von Genua im April 1922



Harry Graf Kessler (1919)



Rainer Maria Rilke (1906)



Samuel Fischer (um 1920)

Außenminister Rathenau, Zeitgenossen: „Einsamkeit ist mein Los und mein Genügen“

Als Erstes fiel sein „wundervoller englischer Anzug“ auf. Der große Mann darin habe allerdings „etwas Negroides im Schädel. Phönikisches“, notierte der Schriftsteller Robert Musil skeptisch. Spitzbart und „kleine kühne gebogene Nase“ wirkten einschüchternd. Auch, dass „Dr. W. Rathenau“ seine Gesprächspartner gern mit der Wendung „Aber, lieber Doktor“ beim Oberarm packte. „Er ist gewohnt, die Diskussion sofort an sich zu reißen.“

Über Jahrzehnte hat Musil für seinen Epochenroman „Der Mann ohne Eigenschaften“ am literarischen Porträt eines gewissen „Dr. Paul Arnheim“ gefeilt, der, wie Rathenau, als Industriekapitän, Universalgelehrter, Salonlöwe und Sozialvisionär halb Europa verblüffte.

Wollte Walther Rathenau (1867 bis 1922) tatsächlich all diese Rollen spielen? Wer war der AEG-Präsident, der über hundert

Aufsichtsräten angehörte, Bestseller „Von kommenden Dingen“ schrieb, auf Berliner Empfängen über Kunst und Weltpolitik diskutierte, im Reichstag sprach und zwischendrin die neuesten Romane las? Was wollte und dachte jener Mann, der 1922 nach wenigen Monaten als Außenminister von Attentätern im Grunewald erschossen wurde?

Darauf gibt es nun Antworten, wie sie so detailliert, aber auch so vielschichtig und widersprüchlich bis vor kurzem nicht einmal Fachleute ahnten.

Erst 1992 tauchten im Staatlichen Militärarchiv Moskau die Kisten mit Rathenaus Nachlass, der 1939 von der SS beschlagnahmt, in Schlesien deponiert und dort der Roten Armee in die Hände gefallen war, wieder auf. Seither ist der Freiburger Historiker und Rathenau-Spezialist Ernst Schulz, 77, mit etlichen Kollegen dabei, die vielen tausend Dokumente auszuwerten.

In einer monumentalen, penibel kommentierten Briefausgabe von über 2800 engbedruckten Seiten stellen die Wissenschaftler nun erste Resultate vor – Blicke ins Alltagsdasein eines scheuen, verletzlichen, aber auch sprachmächtigen Giganten*.

Warum dieses lebenslange Ringen? Gab es Hürden für den Sohn eines der führenden Industriellen des jungen Kaiserreiches? Promovierter Physiker mit Spezialkenntnissen in Maschinenbau und Chemie, seit 1891 als Fabrikorganisator tätig, weltgewandt, hochgebildet – was konnte solch einen geborenen Siegertyp erschüttern?

Einiges, wie jetzt die Briefe zeigen.

Da war das ernüchternd frostige Familienleben. „Also, bitte, wenn ihr einmal Langeweile habt oder grade bei Gelde seid, dann denkt dran, dass das Briefschreiben schon bei den Alten bekannt war. Es war aber teuer damals.“ Kaum übertönt die Schnoddrigkeit, wie einsam sich der junge Rathenau fühlt.

Das eigene Ich bleibt ein Leben lang im Schatten. Niemand erfährt von Stimmungen hinter der „maschinenmäßigen Regelmäßigkeit“, mit der der lebenslange Junggeselle seine multiple Existenz organisiert. Hauptgrund für die Entstehung seiner Bücher, schreibt er lakonisch mit 47 Jahren, sei der „Mangel an Familienleben“. Ein spätes Geständnis, er habe um 1895 einmal versucht, sich umzubringen, dazu der ominöse, auch den Briefeherausgebern rätselhafte Satz „Drei Frauen liebe ich, diese drei und eine vierte lieben mich“: Weiter hebt sich der dichte Schleier über dem Privaten kaum.

Nur zu einer Leidenschaft bekennt sich Rathenau unumwunden: dem Durchschauen des Ganzen. „Leider Gottes“ habe er nicht gelernt, sein Denken abzustellen, witzelt er schon als Schüler. Bereitwillig erklärt er später, sooft einer fragt, den Kerngedanken seiner großen Essays „Zur Kritik der Zeit“ und „Zur Mechanik des Geistes“: Aus der tristen Herrschaft der „Mechanisierung“ müsse sich die Menschheit wieder emporarbeiten zur schönen Unmittelbarkeit der „Seele“.

Er suchte das Gespräch mit Dichtern und Denkern. Rainer Maria Rilke und Carl Schmitt, Frank Wedekind, Albert Einstein und Else Lasker-Schüler, Rudolf Borchardt und Hermann Hesse, all diese Geistesgrößen verschiedenster Couleur nahm er ernst. Mit dem Poetenfürsten der Jahrhundertwende, Gerhart Hauptmann, war Rathenau per du und wechselte gereimte Grußtelegramme. Den eigenwilligen Religionsphilosophen Constantin Brunner, der Christus als Vermittler von Judentum und Christentum sah, himmelte er förmlich an.

* Walther Rathenau: „Briefe 1871–1922“. Hrsg. von Alexander Jaser, Clemens Picht und Ernst Schulz. Droste Verlag, Düsseldorf; 2 Bände mit zusammen 2832 Seiten; 182 Euro.

Er selbst dagegen blieb isoliert. „Jesus im Frack“, spotteten die Linken über den Wirtschaftsboss, der als Prophet einer neuen Epoche auftrat. Philosophen taten seine Weltbildentwürfe als begriffliche Heimwerkerei ab. Die Gazette „Zeit im Bild“ setzte 1912 gar hämisch eine Prämie aus für den, der in Rathenaus Werk einen neuen Gedanken fände.

„Einsamkeit ist nun einmal mein Los und mein Genügen“, seufzte er. „Sie wissen, für wen man Bücher schreibt. Für sechs Menschen.“ Ein anderes Mal, noch trüber: „Oft denke ich, wie schön es wäre, für eine lebende Generation zu schaffen. Die meinige ist mir verloren, weil ich, um zu leben und zu begreifen, auf die Tat nicht verzichten konnte.“ Illusionslos nahm er sein Image hin: „Geistreich, kühl, Dilettant auf sechzehn Gebieten, leidlicher Kaufmann.“

Ganz falsch lagen die Spötter nicht: eine stattliche Villa im Grunewald, dazu das stilvoll renovierte Preußenschlösschen Freienwalde – waren das Domizile für jemanden, der „niemals einen entwickelten Sinn für Besitz gehabt“ haben wollte? Klang es nicht dubios, wenn ein Kapitalist dieses Kalibers für Gemeinwirtschaft plädierte?

„Mit herzlichen Wandergrüßen des Ewigen Juden“ verschenkte Rathenau 1912 eines seiner Bücher. Und an die Berliner



Zeitungsmeldung von Rathenaus Tod
„Die Flamme brennt nieder“

Unternehmergattin Lili Deutsch, eine der Frauen, denen er vertraute, schrieb er ein Jahr später: „Mit mir hat der Herrgott ein Experiment angestellt, das selbst, wenn es misslingt – und das glaube ich häufiger als das Gegenteil –, interessant war.“ Resignieren? Dagegen stand schon sein preußisches Pflichtbewusstsein: „Wir haben nur dies eine Bilderbuch, nur die eine Bühne“, hier in dieser Welt habe man „das Spiel zu leisten“, und zwar „wahrhaftig, ernst, heiter und fromm“.

Mit welcher Sprachkraft und Geistesgegenwart er das zu tun versucht hat, beweisen die 3000 Briefe nun besser als jede Biografie. Denn häufig schreibt da kein gehetzter Großmagnat, sondern ein

witziger, raffinierter Causeur. Im Januar 1905 las etwa die Frauenrechtlerin Julia Scheuermann:

*Meine Gnädigste,
Sie sagen, dass Sie eine junge, hübsche und talentvolle Dame sind, aber Sie weigern sich, den Beweis anzutreten. – Gut, ich will Ihnen glauben. Sie sagen, Sie wollen meine Seele erobern. Sie haben sie erobert. Aber was nun?*

In Ergebenheit

R.

Literarisch setzt es sowieso regelmäßig Pointen: Thomas Manns „Tod in Venedig“ findet er konstruiert, jedenfalls „nicht auf der Höhe Maupassants“. Den Dichter Theodor Däubler, damals ein Geheimtipp, entzaubert er mit der Meldung, dieser Herr habe „mehrere Adressbücher Lyrik – nicht einmal schlechte“ von sich gegeben. Selbst ein Stück des sensiblen Hugo von Hofmannsthal erhält das vernichtende Etikett „brave Arbeit“.

„Dass Sie in Kali spekulieren, betrübt mich, und ich hoffe, dass Sie durch mäßige Verluste zu der Ansicht gebracht werden, dass jede andere Art, Geld auszugeben, interessanter ist“, teilt er einem Journalisten mit, den er Jahre zuvor auf einer Safari getroffen hat. Als der nervöse Kulturförderer Harry Graf Kessler, sein späterer Biograf, einmal in Freienwalde einfällt, klagt Rathenau nicht über den schwer abschüttelbaren Gast, sondern über die

Reichsbahn, die ihre Züge viel zu selten fahren lässt und so „7 Stunden Geschwätz“ verschuldet hat.

Kaum je ist der Wirtschaftshüne um eine Antwort verlegen; oft gelangen ihm wahre Orakelsprüche. Einer Bekannten schreibt er: „Man sollte eigentlich nur so lesen, wie man sich verliebt, aus heitrem Himmel, wie es die Sterne fügen.“ Einer Feministin gibt er den Wunsch mit, Frauen sollten „nie darauf verzichten, anmutig zu bleiben“. Einem antisemitisch eingestellten Leutnant deutet er aus dem Stegreif das Judentum, gegen das er jahrzehntelang rebelliert hatte:

Wissen Sie, wozu wir in die Welt gekommen sind? Um jedes Menschenantlitz vor den Sinai zu rufen. Sie wollen nicht hin? Wenn ich Sie nicht rufe, wird Marx Sie rufen. Wenn Marx Sie nicht ruft, wird Spinoza Sie rufen. Wenn Spinoza Sie nicht ruft, wird Christus Sie rufen.“

Und einen verwirrten jungen Verehrer ermuntert er: „Kommen Sie bald, lieber Klaus ... Dann aber müssen Sie mir einen ganzen Band erzählen. Und ich sitze am Ofen und nicke bedächtig mit dem Kopf.“

Regelmäßig leistete der Mann mit dem randvollen Terminkalender solch salomonischen Dienst – und zwar allen, die es nötig zu haben schienen. Selbst einen germanisch verblendeten Publizisten, der von „schlechtblütigen“ Rassen faselte und ihn im Überschwang zu duzen angefangen hatte, versuchte der geduldige Rathenau Brief um Brief halbwegs bei Räson zu halten.

Begeistert konnte er aus dem Stand Projekte schmieden. Einem Bibliothekar schlug er vor, zur Hebung der „Volksbildung“ den Lesestoff nach Güteklassen zu markieren. Einen Vier-Punkte-Plan gegen Geldfälschung schickte er 1920 gleich an den Reichsbankpräsidenten persönlich. Dass seine Ideen etwas taugten, hatte sich nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs gezeigt, als Rathenau binnen acht Monaten in einem beispiellosen „Materialienfeldzug“ Deutschlands Rohstoffversorgung neu organisiert hatte.

Spätestens seit dieser Tat galt der heimliche Aristokrat des Geistes als Anwärter auf ein Regierungsamt – schon 1912 hatte ihn Gerhart Hauptmann „im Ministerium des Äußeren“ sehen wollen. Doch erst als die Versailler Verträge das geschlagene Reich, nun Republik von Weimar, finanziell zu strangulieren drohten, ließ sich Rathenau auf das „notwendige Übel“ der Parlamentspolitik ein. Als Wiederaufbauminister, dann 1922 als Außenminister beugte er sich der Vaterlandspflicht.

Auf seine Landsleute hoffte er dabei längst nicht mehr. „Dies köstliche wahre Volk hat keinen entscheidenden Freiheitssinn“, hatte er Ende 1914 bemerkt. „Es gibt sich hin und will gehorchen.“ Nach dem Ende des Kaiserstaates sah er nun Europas ausgelaugte Mitte noch schlimmeren Katastrophen entgegentrei-

ben. „Auch Rathenau, der Walther, erreicht kein hohes Alter“, grölte der nationalistische Mob. „Knallt ab den Walther Rathenau, die gottverfluchte Judensau!“

Nicht einmal das erbitterte ihn mehr. Noch immer arbeiteten der „Gaul“, wie er seinen Körper nannte, und der „Motor“ seiner Tatkraft auf Hochtouren. Innerlich aber fühlte er sich „der eigenen Person so



Rathenau-Porträt von Edvard Munch (1907)
„Das Volk will gehorchen“

entfremdet, als ob sie längst gestorben wäre ... Wenn sie mir das Leben nehmen – sie nehmen mir nicht viel“. Im April 1922 gelang ihm mit dem Rapallo-Vertrag die Aussöhnung zwischen Deutschland und Sowjetrußland. Im Mai, zwei Tage bevor er auf der Weltwirtschaftskonferenz von Genua in einer großen Schlussrede den Frieden beschwor, gestand der 54-Jährige der Freundin Lili Deutsch: „Es ist freilich nicht mehr viel von mir übrig. Die Flamme brennt nieder.“

Am 24. Juni öffnete der Wiener Literat Hermann Bahr in München einen Brief von Rathenau. Darin versprach der Minister trotz aller „großen Anforderungen“, er werde einem armen Wissenschaftler „eine kleine Beihilfe“ zukommen lassen, wie so vielen anderen zuvor. Erst am Abend hörte Bahr entsetzt, dass um die gleiche Stunde rechtsradikale Heckenschützen den Mann, der es gewagt hatte, Wohltäter, Visionär, Industrielenker, Reformator und glücklicher Mensch zugleich sein zu wollen, auf dem Weg in sein Ministerium ermordet hatten.

JOHANNES SALTZWEDEL

KINO

Rollende Folterkammer

Der zur Münchner Synagogen-
einweihung präsentierte
Film „Der letzte Zug“ schildert die
Deportation von Berliner Juden.

Am gemeinsten und wirklich peinigend ist der Film „Der letzte Zug“, wenn seine Helden, die in einem Viehwaggon zusammengepferchten jüdischen Männer und Frauen, untereinander in Streit geraten wegen ein paar rettender Tropfen Wasser, einiger Quadratzentimeter Bewegungsfreiheit.

Anlässlich der Eröffnung der neuen Hauptsynagoge in München wird „Der letzte Zug“ an diesem Mittwoch in einer Galavorstellung präsentiert. Der Film, der tags darauf in den Kinos anläuft, erzählt rigoros, manchmal grobianisch und oft quälend detailgenau von einem der letzten großen „Juden Transporte“ von Berlin nach Auschwitz, bei dem im April 1943 im Bahnhof Grunewald 688 Männer, Frauen und Kinder wie schon

Abertausende zuvor in Viehwaggons gesperrt und auf die Reise in den nahezu sicheren Tod geschickt wurden. In Auftrag gegeben hat den Film der Berliner Produzent Artur Brauner, 78. Er sagt, der Stoff beruhe gewissermaßen auf „persönlicher Erfahrung“, weil er „ebenfalls in einem solchen Todeszug sitzen sollte“ und diesem Schicksal durch glückliche Fügung entgangen sei.

Zu den (auch finanziellen) Unterstützern des Films zählt Deutsche-Bahn-Chef Hartmut Mehdorn. Der Mann weigert sich seit Jahren, in deutschen Bahnhöfen mit einer Ausstellung daran zu erinnern, wie deutsche Juden per Bahn in die Mordfabriken der Nazis verschleppt wurden: Die von gehetzten Reisenden bevölkerten DB-Stationen seien der falsche Ort für eine Präsentation der historischen Schreckensbilder.

Deutschlands Kinos hält Mehdorn für den richtigen Ort. Zum Film „Der letzte Zug“ jedenfalls sinniert er in einem Geleitwort über „die menschenverachtende Politik der Nationalsozialisten“ und verkündet: „Dass die damalige Staatsbahn, die Deutsche Reichsbahn, an diesen Verbrechen beteiligt war, steht außer Frage.“

Der Film beginnt mit einem Kameraschwenk auf ein Mahnmal am Bahnhof

Grunewald, das an die Opfer erinnern soll. Und er endet mit Bildern des Holocaust-Mahnmals am Brandenburger Tor. Das ist die Sorte Direktheit, für die Joseph Vilsmaier, der Gemütsmensch unter den deutschen Filmregisseuren, berühmt und berüchtigt ist. Vilsmaier und seine Frau Dana Vávrová haben den Regiejob für „Der letzte Zug“ übernommen, nachdem ein paar andere Kandidaten (darunter Armin Mueller-Stahl) dem Produzenten Brauner abgesagt hatten.

In diesem Fall ist Vilsmaiers und Vávrovás gradlinig zupackende Art durchaus ein filmischer Vorzug. Ohne kunsthandwerkliche Verrenkungen konzentrieren sie sich auf das Geschehen im Inneren eines einzigen Waggons, der sich schnell in eine rollende Folterkammer verwandelt. Durstig und hungrig, in brütender Hitze und unter ständiger Bedrohung durch ihre vorn im



Szene aus Vilsmaier-Film „Der letzte Zug“: Reise in den Tod

Zug mitreisenden SS-Bewacher, legen die Menschen im Waggon nach und nach einen Großteil ihrer Kleider ab – und fast alle auch die Hoffnung auf Rettung in letzter Minute.

Ein paar wollen aber doch die Flucht durch ein mühselig freigehämmertes Loch im Waggonboden versuchen; das ist, von einigen Rückblenden ins jüdische Großstadtleben Berlins abgesehen, schon die ganze Handlung. Der große Rest vertraut auf den ungeheuren Einsatz eines ziemlich abenteuerlich zusammengestellten Schauspieleresembles: Sibel Kekilli spielt ein sanft-heldenmütiges Widerstandsmädchen, Lale Yavas und Gedeon Burkhard kämpfen als junges Elternpaar für ihre Kinder und die Solidarität der Todgeweihten, Hans-Jürgen Silbermann segelt in der Rolle eines abgehalfterten Alleinunterhalters gruselig hinüber in den Alterswahnsinn.

„Der letzte Zug“ beruht angeblich auf peniblen Recherchen; vermutlich kann aber kein noch so exakt dokumentierter Film eine Ahnung vermitteln von den wirklichen Schrecken der Fahrten ins Vernichtungslager. Die Geschichte, die Brauner, Vilsmaier und Vávrová erzählen, ist auch so schlimm genug. Und wirklich ergreifend dazu.

WOLFGANG HÖBEL



JOHN FOLEY / OPALÉ

Schriftsteller Antrim: „Von einem düsteren, unbegreiflichen Schicksal bestimmt“

LITERATUR

Böse Hexe, gute Fee

Eine amerikanische Familiensaga in Miniaturen:
Donald Antrim hat ein Traum- und
Alptraumbuch über seine Mutter geschrieben.

Glückliche Familien kommen ja längst nur noch bei Rosamunde Pilcher vor, und sie gleichen einander bis zum Überdruß. Den übrigen gibt, wie man sagt, ihr je eigenes Unglück ihre je eigene Identität. Während seiner einsamen Kindheit mit der jüngeren Schwester, an die sich Donald Antrim erinnert – das Elternhaus ein Kleinkriegsschauplatz, von dem er als 16-Jähriger floh –, hatte er für das Unglück, für die Unberechenbarkeit des Tagtäglichen und die Unwetter der mütterlichen Hassausbrüche kein Wort*.

„Früher staunte ich darüber, dass mein Vater meine Mutter ertragen konnte. Ich fand dieses Märtyrertum, wie ich es damals sah, ehrenhaft. Mir schien, dass unsere Familie von einem düsteren, unbegreiflichen Schicksal bestimmt wurde. Es war jedoch nicht unbegreiflich, und es war auch nicht das Schicksal, das uns bestimmte. Es war der Alkohol.“

Der amerikanische Schriftsteller Donald Antrim, Jahrgang 1958, hat sich mit drei satirisch-phantastischen Romanen bei sei-

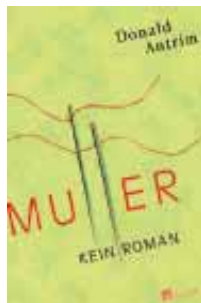
nesgleichen den Ruf eines Exzentrikers der Virtuosenklasse erworben; zwei dieser Bücher – übersetzt unter den angemessen verquerten Titeln „Die Beschießung des botanischen Gartens“ und „Ein Ego kommt selten allein“ – haben auch hierzulande entzückte Liebhaber gefunden. Seinen ersten Roman hatte Antrim (ohne besonderen autobiografischen Bezug) seinen Großeltern gewidmet, den zweiten seinem Vater und dessen Bruder; verständlich, dass seine Mutter ihn in einer schwachen Stunde, dem Tod schon nah, fragte, ob sie denn auf die Widmung des nächsten hoffen dürfe. Der Sohn – wie immer, wenn sie ihn bedrängte – wich aus: „Es muss das richtige Buch sein.“ „Das verstehe ich nicht, Don“, sagte sie. „Ich werde sterben.“ Und er: „Ach, Mom.“

Antrims viertes Buch ist nun das richtige. Es ist seiner Mutter gewidmet, heißt auf Deutsch „Mutter. Kein Roman“ (im Original „The Afterlife. A Memoir“), nennt in den ersten Zeilen als Ausgangspunkt ihren Tod „an einem schönen Sonntagmorgen im Monat August des Jahres 2000“ und fügt eine kleine Skizze von Sterbezimmer, Sterbehäus und Ort hinzu: Black

Mountain, North Carolina, keine liebliche Gegend. Doch von dieser ersten zartfarbigen Miniatur an übt die erzählende Erinnerungsarbeit, die Donald Antrim unternimmt, eine ganz eigene Suggestion aus, den Zauber der Unwiderstehlichkeit.

Kurze Frage: Was soll uns diese Louanne Antrim angehen, die eine Frau von Esprit, gewinnendster Lebhaftigkeit und Attraktivität gewesen sein soll, doch auch die Intoleranz und Unausstehlichkeit in Person, dazu eine Rabenmutter, wie sie im Märchenbuch steht, und wohl nur in ihrer wahnhaft-besoffenen Selbstüberschätzung eine Künstlerin, die erst in einer künftigen Kultur Anerkennung finden wird? Ganz einfach: Diese Unglücksmutter Louanne Antrim mit all ihren Exzessen und Verzweiflungen bewegt und rührt und fasziniert uns durch die Kunst, mit der ihr Unglückssohn Donald sie als Herzstück eines wunderbar dicht geknüpften, vielsträngigen Familienromans verewigt hat, dessen Personal sich unsterblich zwischen den kargen Tälern der Appalachen und den üppigen Küsten Floridas bewegt.

Die Eltern, früh verheiratet, lassen sich bald scheiden, heiraten abermals und trennen sich wieder. Akademisches Südstaatenbürgertum; ein Paar, das der Alkohol gleichermaßen verbindet und zerreißt; der Vater Literaturwissenschaftler, die Mutter Dozentin für Kostümggeschichte, Modedesign und Textilkunde, die sich in ihrem Job trotz ihrer „opernhaft selbstmörderischen“ Trinkerei jahrelang behauptet: für den kleinen Donald eine Kindheit voller „Wanderungsbewegungen und Umzüge, Treubrücke und Versöhnungen, Wiedervereinigungen, Trennungen, erneuter Umzüge und Krankenhausaufenthalte“ mit dem bunten, dschungelhaften Miami als



Antrim-Buch
Trauerarbeit

* Donald Antrim: „Mutter“. Aus dem Englischen von Nikolaus Stingl. Rowohlt Verlag, Reinbek; 240 Seiten; 17,90 Euro.

Lebensmittelpunkt – eine Kindheit, geprägt von der Angst, „niemals zu erfahren, wie man einen anderen Menschen liebt“.

Antrim ist kein Epiker, sondern ein Miniaturist. Seine taschenspielerische Eleganz, das Erzählziel scheinbar auf Abwegen wieder und wieder aus dem Blick zu verlieren, verwandelt die Art von Schwarzweißstoff, wie sie ein dickleibiges Familienfotoalbum bergen mag, in farbensattes Spielmaterial: detaildichte Landschaftsbilder, die wie Veduten leuchten; Selbstironie und ein jäher Slapstickhumor, wenn die Trauerarbeit allzu schmerzhaft wird; eine Chronik ohne Chronologie aus lauter Exkursen und Anekdoten.

Bei Gelegenheit lässt er sich Zeit für die unstandesgemäße und also unerfüllte Jugendliebe der Großmutter väterlicherseits

und in der Angst um sie – stets gegenwärtig. Die Mutter ist nah, wenn es um die grotesk-komische Suche nach dem unüberreichlichsten aller Betten geht, das er, als Akt der Befreiung, sich gleich nach ihrem Tod zu kaufen beschlossen hat; und die Mutter ist spürbar, wenn der Sohn ihrem späten Gefährten quer durch New York bei der Fahndung nach einem verschollenen, ja schimärenhaften Gemälde hilft, das angeblich von Leonardo da Vinci stammt.

Die Figur dieser Mutter, der gelernten Schneiderin und akademischen Haute-Couture-Expertin, gewinnt bewegenden Glanz in Antrims Beschreibung des kunstreichsten der textilen „Kunstwerke“, die sie – endlich ohne Alkohol, doch aufgeputscht von Kaffee und Zigaretten – in ihren letzten Jahren geschaffen hat. An-



BUDDY MAYS / CORBIS

Antrim-Kindheitsschauplatz Miami: „Trennungen, Umzüge und Krankenhausaufenthalte“

zu einem Studenten karibischer Provenienz. Ein anderes Mal verweilt er auf einer landschaftlich reizvollen Exkursion durch die Smoky Mountains bei einem hinterwäldlerischen Fall von Blutrache, mit dem einst sein Großvater mütterlicherseits als Studienberater zu tun hatte.

Dann wieder macht er in einem erzählerischen Zauberkunststück aus dem Inventar des abenteuerlich vollgestopften Autokofferraums seines Onkels Eldridge ein veritables Porträt dieses knorrigen Junggesellen: Als Junge hielt Donald den Eigenbrötler für einen tollen Hecht, nun aber, mit etwas Sentimentalität zurückschauend, erkennt er in ihm einen weichen, ängstlichen Tagträumer, dessen Gefühlsleben in Kindlichkeit steckengeblieben war – einer mehr aus der weitverzweigten Sippe, der sich früh und einsam nach seiner Fassung zu Tode gesoffen hat.

Antrims „Mutter“ ist ein heiteres Buch, doch seine Intensität kommt aus Bitterkeit und tiefem Schmerz. Auch als der Sohn schon seit Jahrzehnten fern in Brooklyn lebt, ist die Mutter – in der Angst vor ihr

trim nennt dieses vielfarbig aufblühende, geflügelte und mit Schmuck übersäte Prachtkleidungsstück einen Kimono; es hätte auch, mit Mond und Sternen verziert, das Zeremonialgewand einer Fee, einer Hexe oder Schamanin sein können oder noch besser – da diese Monstermutter ja zugleich niemals aufhörte, „ein Kind zu sein“ – wie ein Mantel die Welt selbst, „die dieses Kind bewohnt, eine Welt voller Märchenbuchtiere, die darauf warten, die Heldin auf ihrer Reise in die Ewigkeit zu begleiten“. Antrim betet sie an.

Kann es sein, dass der Schmerz dieser Frau, wie sie wohl selbst meinte, damit begann, dass sie sich von ihrer Mutter nie geliebt fühlte, und dass sie diesen Schmerz an ihren Sohn weitergegeben hat? Was passiert, fragt er sich, „wenn das Martyrium des Verlassenwerdens das Leben selbst ist“? Er war bei ihr in ihren letzten Wochen in Black Mountain, er hat ihr das letzte Morphinum gegeben und nun dieses zarte Denkmal gesetzt: für Louanne, „visionäres Kind und Frau mit gebrochenem Herzen“.

URS JENNY

Belletristik

- 1 (1) **Katharina Hacker**
Die Habenichtse Suhrkamp; 17,80 Euro

 - 2 (2) **Daniel Kehlmann** Die Vermessung
der Welt Rowohlt; 19,90 Euro

 - 3 (16) **John Grisham** Der Gefangene
Heyne; 19,95 Euro

 - 4 (4) **Jacques Berndorf** Eifel-Kreuz
Grafit; 17,90 Euro

 - 5 (3) **Charlotte Link** Das Echo
der Schuld Blanvalet; 21,95 Euro

 - 6 (–) **Stephen King**
Love
Heyne; 22,95 Euro
- Beim Ordnen des
Nachlasses ihres Mannes
bewegt sich eine
Witwe zielstrebig auf
den Wahnsinn zu**


-
- 7 (–) **Orhan Pamuk** Schnee
Hanser; 25,90 Euro

 - 8 (10) **Tommy Jaud** Resturlaub
Scherz; 12,90 Euro

 - 9 (8) **Kathy Reichs** Hals über Kopf
Blessing; 19,95 Euro

 - 10 (7) **François Lelord** Hector und die
Entdeckung der Zeit Piper; 90 Euro

 - 11 (6) **Marina Lewycka** Kurze
Geschichte des Traktors auf
Ukrainisch dtv; 14 Euro

 - 12 (12) **Philip Roth** Jedermann
Hanser; 17,90 Euro

 - 13 (15) **Günter Grass** Beim Häuten
der Zwiebel Steidl; 24 Euro

 - 14 (5) **Volker Klüpfel / Michael Kobr**
Seegrund Piper; 14 Euro

 - 15 (9) **Ildikó von Kürthy** Höhenrausch
Wunderlich; 17,90 Euro

 - 16 (18) **Iny Lorentz** Das Vermächtnis
der Wanderhure Knauer; 16,90 Euro

 - 17 (13) **Robert Harris** Imperium
Heyne; 19,95 Euro

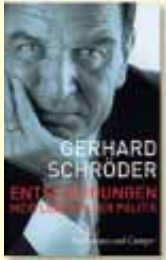
 - 18 (–) **Cody Mcfadyen** Die Blutlinie
Lübbe; 19,95 Euro

 - 19 (14) **Susanne Fröhlich** Treuepunkte
W. Krüger; 16,90 Euro

 - 20 (17) **Elizabeth George**
Wo kein Zeuge ist Blanvalet; 22,95 Euro

Sachbücher

- 1 (–) **Gerhard Schröder**
Entscheidungen –
Mein Leben
in der Politik
Hoffmann und Campe;
25 Euro
- Erinnerungen eines
nachdenklichen
Ex-Kanzlers, der auch
von Illusionen
und Fehlern erzählt**


-
- 2 (1) **Hape Kerkeling** Ich bin dann
mal weg Malik; 19,90 Euro

 - 3 (2) **Joachim Fest** Ich nicht
Rowohlt; 19,90 Euro

 - 4 (3) **Bernhard Bueb** Lob der Disziplin
List; 18 Euro

 - 5 (4) **Dietrich Grönemeyer** Lebe mit
Herz und Seele – Sieben
Haltungen zur Lebenskunst
Herder; 16,90 Euro

 - 6 (5) **Silvia Bovenschen** Älter werden
S. Fischer; 17,90 Euro

 - 7 (6) **Henryk M. Broder**
Hurra, wir kapitulieren! WJS; 16 Euro

 - 8 (7) **Sabine Kuegler** Ruf des
Dschungels Droemer; 19,90 Euro

 - 9 (17) **Kim Fisher** Tage auf Bewährung
Goldmann; 14,95 Euro

 - 10 (9) **Frank McCourt** Tag und Nacht
und auch im Sommer
Luchterhand; 19,95 Euro

 - 11 (15) **Eva-Maria Zurhorst**
Liebe dich selbst Goldmann; 18,90 Euro

 - 12 (10) **Hellmuth Karasek** Süßer Vogel
Jugend oder Der Abend wirft
längere Schatten
Hoffmann und Campe; 18,95 Euro

 - 13 (13) **Gabor Steingart** Weltkrieg um
Wohlstand – Wie Macht und
Reichtum neu verteilt werden
Piper; 19,90 Euro

 - 14 (12) **Paul Kirchhof** Das Gesetz der
Hydra – Gebt den Bürgern ihren
Staat zurück! Droemer; 19,90 Euro

 - 15 (11) **Marion Küstenmacher /
Werner Tiki Küstenmacher**
Simplify your love Campus; 19,90 Euro

 - 16 (8) **Eva Herman** Das Eva-Prinzip –
Für eine neue Weiblichkeit
Pendo; 18 Euro

 - 17 (18) **Katharina Münk** Und morgen
bringe ich ihn um! – Als Chef-
sekretärin im Top-Management
Eichborn; 14,90 Euro

 - 18 (14) **Bernd-Lutz Lange** Ratloser
Übergang Kiepenheuer; 16,90 Euro

 - 19 (20) **Wendelin Wiedeking**
Anders ist besser Piper; 19,90 Euro

 - 20 (–) **Dieter Hildebrandt mit Bernd
Schroeder** Ich mußte immer lachen
Kiepenheuer & Witsch; 18,90 Euro



Krautrock für Madonna

Nahaufnahme: Der Plattenladen Rough Trade in London, ein Wallfahrtsort des Pop, feiert 30-jähriges Jubiläum.

Bowie kommt immer vormittags und zahlt bar. Madonna schickt Vertraute mit handgeschriebenen Einkaufszetteln. Beck erscheint mit einem Bodyguard an der Seite – zum Tütentragen –, und der ehemalige Led-Zeppelin-Sänger Robert Plant hat stets seinen Sohn im Schlepptau. Nur Bono wurde neulich leider nicht erkannt. „Wir haben uns nett unterhalten, aber erst als ich seine Kreditkarte sah, kapierte ich, mit wem ich da schwatzte. Hoffentlich hielt er mich nicht für zu cool“, sagt Nigel House amüsiert.

Der kahlgeschorene Brite, 48, ist Mitbesitzer und Geschäftsführer der Londoner Pop-Institution namens Rough Trade. Ein garagengroßer Plattenladen, einen Steinwurf entfernt von der schneien Portobello Road in Notting Hill. Hier, im „besten unabhängigen Plattenladen Englands, wenn nicht der Welt“ („The Guardian“), treffen sich seit 30 Jahren Pop-Millionäre und Büroangestellte, Bauern und Bohemiens, die eine gesteigerte Liebe für außergewöhnliche Musik verbindet. Sie kommen, um in den vollgestopften Regalen zu stöbern, oder einfach nur, um ein Schwätzchen mit den Verkäufern zu halten.

Der Rough-Trade-Laden entspricht dem kleinen widerspenstigen Dorf von Asterix und Obelix im von den Römern besetzten Gallien. Im Gegensatz zur von allerlei Umsatz- und Identitätskrisen gestressten Musikindustrie herrscht hier allerbeste Laune. Denn während Internet-Firmen wie Amazon und iTunes immer mehr traditionelle Plattenläden ausradieren – jüngst meldete die US-Kette Tower Records Insolvenz an –, kaufen die Freunde des Hauses hier unbeindruckt viele CDs und Vinyl-Tonträger. „Es ist wirklich unglaublich, aber wir setzen jedes Jahr mehr um“, berichtet Nigel House aus seinem Parallel-Pop-Universum.

Zu Rough Trade kommt man, um zu suchen, sich überraschen zu lassen und Neues zu entdecken. So wie der Modemacher Paul Smith, der neulich eine CD eher obskurer, aber hochgelobter Amerikaner namens Spank Rock erworben hatte, jedoch später nicht sicher war, ob er die nun mochte oder nicht. Nachdem ein junger

Mitarbeiter die Platte auf seinem Bürotisch liegen sah, sehr beeindruckt war und seinen Chef daraufhin sehr viel lässiger fand, hatte sich die Sache für Smith schon gelohnt, berichtete der später stolz im Laden. „Es freut mich immer, wenn wir unsere Kunden so glücklich machen können“, sagt Nigel House grinsend.

Bei aller Freundlichkeit ist Rough Trade natürlich auch ein Biotop für Musiksnobs.

Und es kann einem hier durchaus mal so gehen wie dem armen Kerl, der in Nick

tert man durch Musikgenres mit abenteuerlichen Namen wie „Bastard Pop“, „Cut Up Experiments“, „Krautrock“ oder „Ethiopics“. Denn bei Rough Trade beschränkt man sich auf die Alternativen zur Realität der Hitparaden; eine bunte Auswahl von Country-Gefiedel und Techno-Geballer bis zum Britpop von Pete Dohertys Babyshambles. House und seine Kollegen fungieren dabei als Geschmacks-polizei, nur was ihre Gnade findet, kommt in die Regale.

Gestartet hat den Laden ein Cambridge-Absolvent namens Geoff Travis mit einem Berg Reggae- und Singer-Songwriter-Platten, die er aus Amerika mitgebracht hatte. Dazu kam Punk-Rock, der bei Rough Trade schnell zum Hit wurde.

Bald erweiterte Travis sein Betätigungsfeld und gründete die gleichnamige Plattenfirma. Der Rough-Trade-Shop wurde zentraler Treffpunkt der englischen Punk-Rocker und Avantgardisten wie Robert Wyatt und John Peel. Aber als Travis die Geschäfte seiner Plattenfirma trotz künstlerischer Triumphe über den Kopf wuchsen, wollte er 1982 den Plattenladen schließen. „Wir überredeten ihn, das Geschäft den Angestellten zu überlassen, was er erleichtert annahm“, erinnert sich House, der seit einem Vierteljahrhundert dabei ist.

Die größte Gefahr, meint House, sei, zu einem Museum zu verkommen, in dem verwitterte Rockrentner der guten alten Zeit nachtrauern. Doch da müssen sie sich bei Rough Trade keine Sorgen machen. Ein gesunder Anteil der Kundschaft besteht aus Teenagern, weil es auf Dauer doch aufregender ist, Plattenberge zu durchforsten, als sich stundenlang durch MySpace zu klicken. „Wir sind eben auch eine popkulturelle Autorität“, sagt House.

„Wir sagen dem Nachwuchs, was gut ist. Im Netz gibt es keine Selektion.“

House hat nach all den Jahren weniger Zeit für Musik als früher. Er ist verheiratet, hat zwei Kinder, die sich ziemlich wenig für die tollen Platten in Daddys Laden und seine eigene Sammlung interessieren. „Mein Sohn ist 13 und fragt nur, ob er meine Platten bekommt, wenn ich mal sterbe. Wahrscheinlich will er sie bei Ebay verkaufen“, sagt Nigel House und lacht.

CHRISTOPH DALLACH



Rough-Trade-Laden, Mitbesitzer House (o.): Biotop für Snobs

Hornbys Roman „High Fidelity“ in einem Plattenladen, der Rough Trade sehr ähnlich ist, nach Stevie Wonders Evergreen „I Just Called to Say I Love You“ fragt und sich dafür verhöhnen lassen muss. Wer also bei Rough Trade nach U2, Norah Jones oder Sting sucht, wird nichts finden. Das sei kein Snobismus, man habe eben nur nicht „das Publikum für solche Musiker“, verteidigt sich House. Selbst ein Stammkunde wie Robbie Williams sollte hier nicht nach seinen Werken suchen. Stattdessen blät-

SAMSTAG, 28. 10.

GEWALT Bei Fußballspielen unterer Ligen kommt es in mehreren deutschen Städten zu schweren Krawallen, Dutzende Zuschauer und Polizisten werden verletzt.

SONNTAG, 29. 10.

WAHLSIEG Der linksgerichtete brasilianische Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva erzielt in der Stichwahl 61 Prozent der Stimmen und bleibt trotz Korruptionsvorwürfen vier weitere Jahre im Amt.

BUNDESWEHR I Israels Ministerpräsident Ehud Olmert bedauert in einem Telefongespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel die Provokationen der israelischen Luftwaffe gegen deutsche Marineeinheiten vor der Küste des Libanon.

MONTAG, 30. 10.

BESUCH Der polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczyński trifft mit der deutschen Regierungschefin zusammen. In zentralen Punkten bleiben sich beide uneinig, etwa in der Frage der deutsch-russischen Gaspipeline.

BUNDESWEHR II Verteidigungsminister Franz Josef Jung kündigt einen stufenweisen Rückzug der Bundeswehr aus Bosnien an und begründet ihn mit personeller und materieller Überforderung.

OFFENSIVE Bei einem Luftangriff der pakistanischen Armee auf eine Koranschule, die im Grenzgebiet zu Afghanistan Terroristen ausgebildet haben soll, kommen rund 80 Menschen ums Leben.

DIENSTAG, 31. 10.

KUNST Der Musikproduzent David Gefen soll das Bild „No. 5, 1948“ von Jackson Pollock für 140 Millionen Dollar an einen mexikanischen Unternehmer

verkauft haben – es wäre damit das teuerste Gemälde der Welt.

STILLSTAND Die Österreichische Volkspartei von Bundeskanzler Schüssel friert die Verhandlungen über eine Große Koalition mit den Sozialdemokraten ein.

VERHANDLUNGEN Nordkorea sagt bei einem informellen Treffen mit den USA und China überraschend eine Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche über sein Atomprogramm zu.

MITTWOCH, 1. 11.

ATTACKE Das Sturmtief „Britta“ richtet in Norddeutschland schwere Schäden an.

STATISTIK Die Zahl der Arbeitslosen sinkt auf 4,085 Millionen, den niedrigsten Stand seit fast vier Jahren.

DONNERSTAG, 2. 11.

REFORM Die Bundesregierung beschließt, die Steuerlast für Unternehmen um jährlich fünf Milliarden Euro zu vermindern.

KAPITULATION Die Bahn sieht kaum noch Chancen für einen Börsengang. Nach dem Verkehrsminister nennt auch Bahn-Chef Hartmut Mehdorn ein Ende der Pläne „das Wahrscheinlichste“.

FREITAG, 3. 11.

GELDSEGEN Die Steuereinnahmen fallen dieses und nächstes Jahr um 39,5 Milliarden Euro höher aus als erwartet. Die Bundesregierung beschließt daraufhin, die Neuverschuldung auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung zu senken.

UMFRAGE Laut ARD-Deutschlandtrend ist erstmals eine Mehrheit von 51 Prozent der Deutschen „weniger“ oder „gar nicht“ zufrieden mit der Demokratie.

SPIEGEL TV

MONTAG, 6. 11.
22.50 – 23.20 UHR SAT.1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Schwindelnde Höhen – Touristenrummel am Kilimandscharo
Die Symptome der Höhenkrankheit machen das Abenteuer, den höchsten Berg Afrikas zu besteigen, zur Qual. Bis zu 40



Abtransport eines Bergtouristen

Touristen jährlich überleben den Aufstieg zum fast 6000 Meter hohen Gipfel nicht.

DIENSTAG, 7. 11.
23.10 – 0.05 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Ist es wirklich Liebe? Scheinehen im Visier
SPIEGEL TV begleitet Kommissare bei ihren Ermittlungen gegen Scheinehen.

FREITAG, 10. 11.
22.10 – 0.10 UHR VOX

SPIEGEL TV THEMA

Die Schulprofis – Krisenmanagement im Klassenzimmer, Teil 1
SPIEGEL TV dokumentiert, wie durch das Engagement von Sozialarbeitern positive Veränderungen möglich sind.

SAMSTAG, 11. 11.
22.00 – 24.00 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

Die Schulprofis – Teil 2

SONNTAG, 12. 11.
20.15 – 21.15 UHR DMAX

SPIEGEL TV WISSEN

Raumfahrt – Wege ins All
Unter anderem: Der Weltraumtourismus wird Realität.

SONNTAG, 12. 11.
23.00 – 23.55 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Eiszeit, Sturmflut, Hitzerekord – Klimakatastrophe weltweit; Kaum gesehen und schon geheiratet – das Geschäft mit den Scheinehen; Verschleppt vor 24 Jahren – der Fall Johnny Gosch.



Die iranische Armee feuert bei einem Manöver am Donnerstag Raketen in die Wüste hinter der heiligen Stadt Ghom.



TAG DER ABRECHNUNG

Bei den US-Kongresswahlen droht den Republikanern eine bittere Niederlage. SPIEGEL ONLINE berichtet mit Reportagen, Interviews, Grafiken und Analysen über den Wahlausgang – und die Folgen für Präsident Bush.

►► WIRTSCHAFT

Sklaverei 2006: Massenquartiere, Arbeit ohne Pausen – der Aufschwung im Boom-Emirat Dubai wird durch Heere von Gastarbeitern ermöglicht. SPIEGEL-ONLINE-Report über Ausbeutung im 21. Jahrhundert.

►► WISSENSCHAFT

Hoch hinaus: Es ist ein triviales Problem des Alltags – und eine der größten Herausforderungen an die Mathematik. Wie fährt ein Aufzug am besten? SPIEGEL ONLINE lüftet das Geheimnis der Hightech-Lifte.

►► KULTUR

Kino: SPIEGEL-ONLINE-Interview mit dem britischen Schauspieler Clive Owen über die düstere Utopie seines Films „Children of Men“ und seine Rolle als Hollywoods Shootingstar.

►► NETZWELT

Digitale Heimstatt: Auf Home-Entertainment-Produkte dürfte ein Gros der Weihnachtsgeschenkumsätze entfallen. SPIEGEL ONLINE zeigt, was uns die Elektronikkonzerne bescherten.

**Jeden Tag.
24 Stunden.**

www.spiegel.de
Schneller wissen, was wichtig ist.

GESTORBEN

William Styron, 81. „Schreiben ist die Hölle“, erklärte der in privilegierten Verhältnissen aufgewachsene amerikanische Schriftsteller Anfang der fünfziger Jahre. Fast vier Jahrzehnte später beschrieb der inzwischen berühmte Künstler seine wahre Hölle: In dem autobiografischen Werk „Sturz in die Nacht“ (auf Deutsch erschienen 1991) berichtete er auf erschütternde Weise, was es heißt, an einer schweren Depression zu erkranken – und sie zu überleben. Auch Styrons Romane sind keine heiteren Angelegenheiten; tragische Konflikte, Schuldgefühle, tiefe Verzweiflung treiben seine Protagonisten. Der Roman „Die Bekenntnisse des Nat Turner“ (1968) über einen Sklavenaufstand im 19. Jahrhundert, erzählt aus der Perspektive des Anführers, wurde zum Bestseller, Styron erhielt den Pulitzerpreis – und bekam harsche Vorwürfe ob seiner „anmaßenden Vereinnahmung“ der Schwarzen. Styron, der aus seinem Alkoholproblem kein Hehl machte, provozierte auch mit „Sophies Wahl“ (1980) eine Kontroverse. Verharmlosend sei das Buch über eine KZ-Überlebende, die Suizid begeht, meinten manche; die Verfilmung des Stoffs brachte Meryl Streep einen Oscar. Der Autor, der Joyce und Flaubert liebte, gehört trotz aller Kritik und seiner unamerikanischen Schwermut zu den wichtigsten Stimmen der US-Moderne. William Styron starb am 1. November auf Martha's Vineyard, Massachusetts.



ANDERSEN LUEF / GAMMA / STUDIO X

Clifford Geertz, 80. Kann man Kulturen verstehen? Mit Theorien oder Experimenten jedenfalls nicht, meinte der US-Kulturanthropologe. Nur eine „dichte Beschreibung“ werde sozialen Vorgängen gerecht, etwa dem Hahnenkampf-Ritual auf der Insel Bali, das er in einem wegweisenden Aufsatz schilderte. Die „thick description“, ein Ausdruck des britischen Philosophen Gilbert Ryle, wurde zum Leitmotiv: Seit 1970 hat Geertz am Institute for Advanced Study in Princeton gewirkt und Generationen von Anthropologen und Sozialforschern zu bedächtig-intensiven Geschichtenerzählern gemacht – denn „Gesellschaften bergen wie Menschenleben ihre eigene Interpretation in sich“. Clifford Geertz starb am 30. Oktober in Philadelphia.

Pieter Willem Botha, 90. Seine burischen Mitbürger nannten ihn halb bewundernd, halb verängstigt „das Große Krokodil“. Und Nelson Mandela hielt den wegen seiner Temperamentsausbrüche gefürchteten Politiker für den „Inbegriff des altmodischen,

starrsinnigen Afrikaanders“, der nie mit Schwarzen diskutieren würde. Doch am 5. Juli 1989 holte Botha den politischen



MIKE HUTCHINGS / REUTERS

Gefangenen zu einem Gespräch in seine Präsidentenresidenz und verhielt sich gegenüber dem Staatsfeind „respektvoll und freundlich“. Mit dem Geheimtreffen in Kapstadt, schreibt Mandela in seiner Autobiografie, hatte Botha „den Rubikon überschritten“. Angesichts internationaler Sanktionen und wachsender Unruhe in Südafrika suchte auch Botha Verhandlungen mit der schwarzen Mehrheit. Bis dahin hatte der Nachkomme von seit über 300 Jahren am Kap lebenden Siedlern als Verteidigungsminister, Premierminister und Staatspräsident für die ewige Vorherrschaft der Weißen gekämpft. Botha ließ Dissidenten gnadenlos verfolgen, schürte Spannungen zwischen Südafrikas Stämmen und griff Nachbarstaaten an, die Anti-Apartheidsaktivisten Zuflucht gewährten. Seinen „totalen Krieg“ begründete er gegenüber der Welt mit dem Kampf gegen den Kommunismus. Angeblich steckten die Roten hinter jeder Opposition gegen Südafrikas Regierungssystem. Mit dem Ende des Kalten Krieges entfiel diese Ausrede. Dennoch erklärte der Politikrentner nach der Wende am Kap: „Es gibt nichts, für das ich mich entschuldigen müsste.“ Pieter Willem Botha starb am 31. Oktober im südafrikanischen Wilderness.

Arnold „Red“ Auerbach, 89. Unaufdringlich war der langjährige Coach der Boston Celtics nicht: Sobald abzusehen war, dass sein Team das Basketballspielfeld als Sieger verlassen würde, steckte er sich gewöhnlich eine Zigarre an. Er konnte sich solche Provokationen erlauben: Unter



GETTY IMAGES

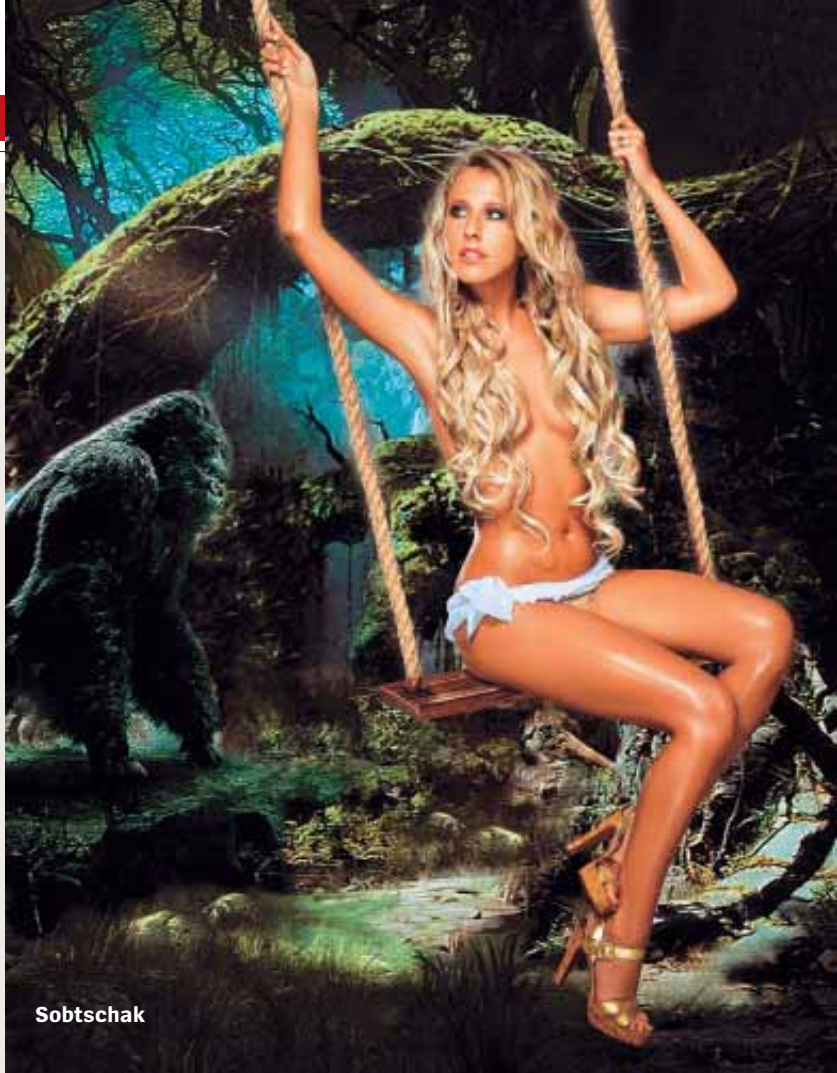
Auerbachs Regie gewannen die Celtics 938 Spiele in der amerikanischen Profiliga NBA, der Mann aus Brooklyn führte die Mannschaft neunmal zur Meisterschaft, von 1959 bis 1966 achtmal in Serie. Der Erfolgstrainer, der später auch Manager und schließlich bis zu seinem Tod Präsident der Celtics war, besaß ein Gespür für Talente: Gegen alle Widerstände holte er mit Chuck Cooper 1950 den ersten farbigen Spieler in die NBA. Auerbach, Sohn eines russischen Einwanderers und deshalb einst von Arbeitskollegen in einer Textilreinigung „Red“ genannt, war auch der Förderer von Larry Bird, dem späteren Megastar der NBA. Arnold „Red“ Auerbach starb am 28. Oktober in Washington.

Xenija Sobtschak, 25, Freundin der Familie von Kreml-Chef Wladimir Putin und als „russische Antwort auf Paris Hilton“ gefeiertes Glamour-Girl, posierte freizügig für eine Fotoreportage nach dem Motto „Die Schöne und das Biest“. Mal in weißen halterlosen Strümpfen, mal im Tiger-Bikini, mal im Spitzenhöschen auf einer Schaukel sitzend ließ sich das geltungssüchtige Fräulein für die russische Ausgabe des „Playboy“ in Szene setzen. Außer durch körperliche Reize versuchte die Jet-Set-Größe, auch in einem Interview mit dem Herrenmagazin zu glänzen. Auf die Frage allerdings, ob die provozierenden Bilder womöglich einer künftigen politischen Karriere schaden könnten, antwortete die Tochter des vor sieben Jahren verstorbenen ehemaligen Oberbürgermeisters von St. Petersburg und politischen Förderers von Wladimir Putin, Anatolij Sobtschak, treuherzig: „Ich bin nur eine Person des gesellschaftlichen Lebens, keine Politikerin.“ Auch gebe es nicht, wie die „Plaboy“-Interviewer listig unterstellten, ein Telefon mit direkter Leitung in den Kreml. Sie habe, so das Moskauer Party-Girl, „nicht mal ein Büro“.



Putin

ULSTEIN BILDERDIENST / REUTERS



Sobtschak

PLAYBOY



EVERETT COLLECTION / ACTION PRESS

Mirren in „The Queen“

Helen Mirren, 61, britische Schauspielerin („Tötet Mrs. Tingle“), hat in den USA durch ihre Rolle im dort vor vier Wochen angelaufenen Film „The Queen“ einen Run auf die berühmt-berüchtigten englischen Wachsjacken von Barbour ausgelöst. Die grüne, nach außen und innen wasserdichte Jacke, die ihren Besitzer gern schwitzen lässt, trägt Mirren in einer Szene als Königin von England. Seitdem gilt das ländliche Kleidungsstück den modebewussten amerikanischen Fans als ein Muss nicht nur für Liz und Co. „Zuerst fragen mich die Kunden, ob ich den Film gesehen habe“, erklärt der Chef des Barbour-Shops in Manhattan den unerwarteten Verkaufserfolg, „dann fragen sie nach der Jacke, die die Queen trägt.“

Katja Ostrovski, 31, Dolmetscherin im Tross von Außenminister **Frank-Walter Steinmeier**, 50, verstieß gegen eine der zahlreichen Regeln im autoritären Turkmenistan. Stundenlang hatte sie im Präsidentenpalast das Gespräch des Staatschefs Saparmurat Nijasow mit Steinmeier übersetzt. Erst stritten die Staatsmänner zwei Stunden im Kreis der Delegation über Menschenrechte und wirtschaftliche Zusammenarbeit, dann eine weitere unter vier Augen, Ostrovski dolmetschte als einzige Zeugin. Anschließend steckte sich die Raucherin draußen vorm Palast erst mal eine Zigarette an, nicht wissend, dass das Rauchen in der Öffentlichkeit in Turkmenistan absolut verboten ist, seitdem der



Steinmeier, Ostrovski

Despot Nijasow es sich abgewöhnt hat. Doch die Schergen des Herrschers reagierten gnädig – und drückten beide Augen zu.

Papst Benedikt XVI., 79, Oberhaupt der katholischen Kirche und Ehrenmitglied des Fördervereins Bairische Sprache und Dialekte e.V., erhielt dieser Tage den Bairischen Sprachpreis überreicht, die „Nordbairisch-Mittelbairische Sprachwurzel“: ein gläsernes Gebilde, das einen tiefwurzelnenden Baum darstellen und dessen kugelförmige Krone das Sprachzentrum im Gehirn symbolisieren soll. Sepp Obermeier vom Förderverein, der die Gabe mit Gleichgesinnten überreichte, begründete die Verleihung damit, der Papst, wiewohl eine „polyglotte Persönlichkeit“, habe in der Vergangenheit bei allerlei Anlässen nie seine Herkunft verleugnet und, wo immer es angemessen war, selbstverständlich bairisch geredet. Das tat der Papst dann auch bei der Übergabe. Aufmerksam gemacht auf den „Globalisierungswind“ in der Welt, folgerte der Heilige Vater messerscharf: „Dann miass ma fest boarisch redn, dass uns da Globalisierungswind ned okonn!“

Annette Schavan, 51, Bundesforschungsministerin, wurde in Seoul eine besondere Ehre zuteil: Sie wurde in den Rang einer „Göttin“ erhoben. Beim Empfang des deutschen Botschafters anlässlich ihrer Korea-

LANGREHN / ACTION PRESS

Reise hatte die Ministerin eine kurze Rede gehalten, in der sie neben der Wissenschaft auch die Kultur erwähnte. Dies überwältigte den koreanischen Dichter Ko Un dermaßen, dass er sich spontan und außerhalb des Protokolls erhob, um eine flammende Laudatio auf Schavan zu halten. Der Lyriker, der seit Jahren zum Kreis der Anwärter auf den Literaturnobelpreis zählt, bemühte Nietzsche, die Freundschaft und das Göttliche. Am Ende ließ der Dichter die Ministerin über die Begegnung wissen: „Ich nehme eine Göttin in meinem Herzen mit.“

Beatrix, 68, Königin der Niederlande, die sich einmal in der Woche in ihr Atelier zurückzieht, um sich ihrer Lieblingstätigkeit, der Bildhauerei, zu widmen, hatte bereits als Kind Talent gezeigt. Aber die neugierige Öffentlichkeit hat bisher so gut wie keines ihrer Kunstwerke zu sehen bekommen. Daher war es eine kleine Sensation, als vergangenen Dienstag bei Sotheby's in Amsterdam ein juveniles Werk der Königin zur Versteigerung gelangte. Die romantische Zeichnung, die die Monarchin als Zwölfjährige fertigte, wurde auf 2000 Euro taxiert und zeigt einen Prinzen und eine Prinzessin, umringt von Prinzessinnen in Ballkleidern. Das Blatt stammt aus dem Nachlass eines adeligen Ehepaars, das unter Königin Juliana als Sekretär und Gouvernante gedient hatte. Prinz Bernhard soll die Arbeit seiner ältesten Tochter dem Paar zur Hochzeit geschenkt haben. Für 11 856 Euro ging die Kinderzeichnung in den Besitz eines niederländischen Sammlers.



SUNSHINE INTERNATIONAL / ACTION PRESS



ANP / DPA

Königin Beatrix, Beatrix-Werk

Miriam Gruß, 30, FDP-Bundestagsabgeordnete, und **Dorothee Bär**, 28, Parlamentarierin von der CSU, üben schon mal schwarz-gelbe Zweisamkeit. Bislang bereitete den beiden Müttern die Fahrbereitschaft Kummer. Miriam Gruß braucht für ihren zweijährigen Sohn Nick auf der Fahrt



FRANK OSESBRINK

Abgeordnete Gruß, Bär mit Kindern

zum Bundestag ein Auto mit Kindersitz, Dorothee Bär ein Auto nur mit Gurt zum Befestigen des Maxi-Cosy-Tragegestells ihrer vier Wochen alten Tochter Emilia. Die Fahrbereitschaft aber bekam das nicht so recht auf die Reihe. Sie schickte der Christsozialen ein Fahrzeug mit Kindersitz, während die im selben Haus wohnende Liberale mit einem Auto ohne Kindersitz bedient wurde. Nun haben die Damen die Entscheidung selbst in die Hand genommen: In den Sitzungswochen treffen sie sich um 7.30 Uhr vor dem Haus, dann wird geguckt, wer welchen Wagen nimmt. Gruß: „Ehe wir den Männern den Unterschied erklärt haben, klären wir das lieber unter uns.“

Peer Steinbrück, 59, Bundesfinanzminister, gab bei einem Empfang für Skisportler des deutschen Zolls einige private Details preis. So plauderte er mit den acht Damen über Haustiere, speziell über Katzen. Er habe zu Hause „so eine verflixte Katze“, die habe ihm seine Tochter eingebrockt. Während die Tochter nun studiere, habe er jetzt die Katze am Bein. Ein Hund würde ihm mehr gefallen. Wenn es nach ihm ginge, wäre die Katze „schon längst irgendwie weg“. Eine der acht Sportlerinnen, die sächsische Biathletin Katja Beer, unterbrach keck: „Nun mal halblang, Herr Minister, und wer streicht um Sie herum, wenn Sie zu Hause sind, und akzeptiert Sie ungefragt?“ Steinbrück knurrte, leicht gerötet: „Leider nur die Katze.“

Chopin zu Gast bei Gesprächskonzert

Minden (mt/hiA). In der VHS

Aus dem „Mindener Tageblatt“

Aus einer Werbebeilage für Zimmerdeckenrenovierung in der „Saarbrücker Zeitung“: „Niemand lässt sich vom Zahnarzt die Mandeln rausoperieren, weil ‚der hat ja auch was im Mund zu tun‘. Leider ist dies bei Spanndecken häufig der Fall, hier kauft der Kunde Lampen und eventuell Verkabelung, und der Mann, der die Dinge nachher montiert, ist kein Elektriker.“

Schäfer biss zwei Frauen kurz hintereinander

Polizei Tondern vernimmt heute Besitzer und Opfer

Aus dem „Nordschleswiger“

Bildunterschrift aus der Heimatzeitung für die Region Main und Spessart „Lohrer Echo“: „Einige Haustiere sind in den Athos-Klöstern schon geduldet. Bald sollen sie auch von Frauen betreten werden dürfen.“

Volles Brett im halb leeren Sumpf

Das Fat Dog lassen mit ihrem Crossover die gute Laune weiter-

Aus der „Deister- und Weserzeitung“

Aus der „Mainpost“: „Aber es ist wie immer in der Geschichte: Den Esel, den meint man, und den Sack sägt man.“

Vortrag für Aufgeweckte Schlaflosigkeit

Aus der Lokalzeitung „Markt“

Aus dem „Bauernblatt“: „Die Deutschen neigten immer noch dazu, an Bekannten festzuhalten. Wenn Deutschland seine Zukunftschancen nutzen wolle, müsse wieder mehr gewagt werden, so Merkel.“

Zitate

Die „Frankfurter Allgemeine“ zum Interview mit dem Historiker Hans-Ulrich Wehler über den NS-Verdacht gegen den Philosophen Jürgen Habermas „Panorama Deutschland – „Alles geschwindelt““ (Nr. 44/2006):

Eine Frage war bislang noch offen: Wie ist das Gerücht, der Philosoph Jürgen Habermas habe ein NS-Formular, mit dem er in jungen Jahren Hans-Ulrich Wehler abgemahnt hatte, später verschluckt, von der Insel Elba aufs Festland übergesprungen? Die Vermutung, dass Hans-Ulrich Wehler selber der Kolporteur gewesen sein muss („FAZ“ vom 27. Okt.), findet sich nun bestätigt. Dem SPIEGEL sagte Wehler: „Das habe ich nach der Rückkehr (von Elba) amüsiert einigen Historikerkollegen erzählt.“ So verfiel Wehler, als strukturbewusster Sozialgeschichtler eigentlich dem bloßen Erzählen abhold, einmal selbst dem Histörchen.

Das Zweite Israelische Fernsehen zum SPIEGEL-Bericht „Nahost – Konfrontation zur See“ über den israelischen Scheinangriff auf ein deutsches Kriegsschiff im Mittelmeer (Nr. 44/2006):

Nicht nur der „Independent“ glaubt, dass Israel nicht die Wahrheit sagt, auch der SPIEGEL hat Zweifel. Das Magazin veröffentlichte Fotos, die den Zwischenfall zwischen der israelischen Luftwaffe und der deutschen Marine Mitte der Woche beweisen. Auf einem Foto sieht man eine israelische F-16 im Tiefflug über dem deutschen Spionageschiff „Alster“, das in internationalen Gewässern kreuzte, als in Richtung des Schiffes gefeuert wurde. Dem Bericht zufolge gibt es weitere Fotos und einen Videofilm, die beweisen, dass der Zwischenfall, den die israelische Armee nach wie vor dementiert, stattgefunden hat.

Der „Tagesspiegel“ zum SPIEGEL-Bericht über den fragwürdigen Umgang mit Spenden bei der Brandenburger CDU „Brandenburg – Doppelte Mission“ (Nr. 44/2006):

Der Machtkampf in der Brandenburger CDU wird jetzt auch mit harten juristischen Bandagen geführt: Die Parteispitze will Strafanzeige unter anderem wegen Geheimnisverrats stellen. Die Anzeige gehe an diesem Mittwoch an die Staatsanwaltschaft, hieß es gestern in informierten Parteikreisen. Anlass ist, dass das Nachrichten-Magazin SPIEGEL interne Unterlagen über die Spendenpraxis der Partei im Landtagswahlkampf 2004 veröffentlicht hat. Wie der „Tagesspiegel“ erfuhr, richtet sich die Strafanzeige offiziell zwar gegen unbekannt, doch werden in der Begründung die Namen von drei Personen genannt, die selbständig Zugang zu den internen Akten hatten.